



universität
wien

Dissertation

Titel der Dissertation

„Staatsfeminismus in Ägypten -
Perspektiven zur Manifestierung und Implementierung
von Geschlechterpolitik oder Instrumentalisierung
frauenbewegungsorientierter Anliegen?“

Verfasserin

Mag. Maisa Khalil

angestrebter akademischer Grad

Doktorin der Philosophie (Dr.phil.)

Wien, im März 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 092 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

1. Betreuer/in:

Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

2. Betreuer/in

Univ.-Doz. Dr. John Bunzl

Inhaltsverzeichnis

I	Grundlagen	7
1	Einleitung	7
1.1	Einführung in das Thema	8
1.2	Fokus der Arbeit	14
1.3	Forschungsfragen, -thesen	18
1.4	Methodologische Überlegungen	21
1.4.1	Wahl des postkolonialen Ansatzes	22
1.4.2	Geschlecht als Forschungskategorie	23
1.5	Methoden	29
1.5.1	Materialgewinnung und –auswertung	30
1.5.2	Strukturiertes Vorgehen	34
1.6	Bemerkung zur Übersetzung	36
2	Theoretische Kontextualisierungen und Verhältnisse	38
2.1	Bedeutung religiöser Diskurse und religiös-motivierter Bewegungen im Verhältnis zu Staat im Rahmen der Analyse . .	38
2.1.1	Aspekte religiöser Legitimierung in staatlichen Strukturen	39
2.1.2	Politisierte religiöse Bewegungen und ihre Funktionalisierung staatlicher Politik	42
2.1.3	Perspektiven religiös-motivierter politischer Bewegungen zu Geschlechterverhältnissen	50
2.2	Bedeutung politischer Partizipation von Frauen	53
2.2.1	Konzeptionen von Zivilgesellschaft und Familie	60
2.2.2	Frauen in konventionellen Politikbereichen	64

2.3	Bedeutung des Begriffs „Staatsfeminismus“	67
2.3.1	First Lady Syndrom	75
3	Forschungsansatz	77
3.1	Postkoloniale Grundlagen und ihre Implikationen zu Staat und Geschlecht	77
3.1.1	Konzeptualisierung einer postkolonialen Theorie	78
3.1.2	Das Verhältnis von Frauen und Staat in postkolonialen Ländern	81
3.2	„Frau“ als boundary marker in machtstrategischen Diskursen . .	89
3.2.1	Überwindung der Dichotomie von privatem und öffentlichem Raum	92
3.2.2	Dialektik zwischen den Begriffen „Authentizität“ und „Modernität“	99
3.2.3	Veränderung der Konstruktionen von Frauenbildern im Rahmen neuer Nationenbildung	106
3.2.3.1	Konzept der StaatsbürgerInnenschaft als Grundlage von Partizipation	109
3.2.3.2	Konzepte von Frauenidentitäten in postkolonialen Gesellschaften	112
II	Programmatik	117
4	Politische Rechte von Frauen in Ägypten	117
4.1	Rechtliche Grundlagen frauenpolitischen Handelns	118
5	Frauenrechtsrelevante politische Entwicklungen	127
5.1	Beginn der Frauenrechtsbewegungen in Ägypten und ihre Anliegen	128
5.2	Geschlechterpolitik in Ägypten seit 1952	133

5.2.1	Sozialistische Frauenrechtsreformen unter Gamal Abdel Nasser (1956-1970)	135
5.2.2	Frauenrechtspolitische Veränderungen durch Anwar El-Sadat (1970-1981)	144
5.2.3	Hosni Mubaraks Pragmatismus hinsichtlich frauenrechtsspezifischer Initiativen (seit 1981)	156
5.2.4	Schlussfolgerungen	161

III Politische Bedingungen 164

6 Dimensionen der Institutionalisierung von Staatsfeminismus 164

6.1	Frauenrechtsbewegte Akteurinnen und ihr sozio-ökonomischer Hintergrund	164
6.1.1	Charakterisierung durch politische Biographien	165
6.1.2	Sonderstatus: Ehegattinnen der Präsidenten	170
6.1.2.1	Tahia Nasser	172
6.1.2.2	Jehan Sadat	174
6.1.2.3	Suzanne Mubarak	179
6.1.2.4	Schlussfolgerungen	182
6.2	Institutionelle Plattformen frauenbewegten Handelns	187
6.2.1	Das Parteiensystem	187
6.2.2	Wahlssysteme und Parlamentswahlen	196
6.2.3	Parlamentswahl 2005	206
6.2.4	Schlussfolgerungen	210

IV	Maßnahmen	217
7	Geschlechterpolitische Strategien	217
7.1	Portrait einer staatsfeministischen Einrichtung	217
7.1.1	Die Rolle des National Council of Women	218
7.1.2	Kritik am National Council of Women	225
7.2	Mechanismen zur strukturellen Verbesserung der Teilhabe von Frauen	229
7.2.1	Quotenregelung	231
7.2.2	Rolle internationaler Organisationen	234
7.3	Politische Diskurse im Rahmen neuerer Reformbestrebungen . .	236
7.3.1	Staatliche Haltung	236
7.3.2	Oppositionelle Stimmen	240
V	Ausblick	243
8	Alternativen zu staatlicher Doktrin – unabhängige Frauenrechtsorganisationen	243
9	Resümee	247
VI	Anhang	252
A	Liste der Abkürzungen	252
B	Literaturverzeichnis	253

Teil I

Grundlagen

1 Einleitung

Die Auseinandersetzungen zwischen Frauen und Staat in Ägypten weisen eine lange Geschichte auf, die geprägt ist durch einander abwechselnde Phasen von Kooperation und Konflikten. Frauenbewegungen und ihre Forderungen stellten und stellen dabei ein wesentliches Element in der Formulierung staatlicher Politiken dar. Institutionalisierte Maßnahmen und Regelungen schaffen hierbei den Rahmen, Geschlechterpolitiken¹ zu definieren und umzusetzen. Die Intentionen und Zielsetzungen, welche hinter staatlichen Entscheidungen stehen, sind determiniert durch das Ausbalancieren wechselseitiger Machtverhältnisse unterschiedlicher AkteurInnen, seien es Frauen-, politisch motivierte religiöse oder nationalistische Bewegungen oder internationale Faktoren, welche grundlegende Einflüsse auf politischer, sozialer und ökonomischer Ebene ausüben. Ägyptische Regierungen schafften in spezifischen historischen Perioden politische Zugänge für frauenbewegte Forderungen und distanzierten sich zu anderen Zeitpunkten wieder von eigenen Verbindlichkeiten. Die Gründe für diese schwankenden Haltungen ergeben sich aus dem Kontext politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche und den daraus resultierenden Transformationsprozessen.

In der Auseinandersetzung mit der relevanten wissenschaftlichen Literatur stieß ich auf das Phänomen des so genannten „Staatsfeminismus“ zur Beschreibung des manifestierten Einflusses frauenbewegter Anliegen. Unterschiedliche Auswirkungen reichen von der Identifizierung ungleichheitsgenerierender Faktoren in allen Politikfeldern über die Umsetzung frauenspezifischer Rechte bis hin zur Etablierung institutionalisierter Maßnahmen, wie bürokratische Einrichtungen oder Quotenregelungen. Die Beschäftigung mit staatlichen Strukturen, Interaktionen und Dynamiken in

¹ Geschlechterpolitik wird hier als weiter Begriff verwendet und umfasst keine spezifischen Politikfelder. In diesem Zusammenhang sind alle Formen von Politik Geschlechterpolitik, da sie unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer haben und Geschlechterverhältnisse unterschiedlich determinieren. vgl. Rosenberger, Sieglinde; Sauer, Birgit (2004): S 259

Ägypten, welche zu einem spezifischen Verständnis von Geschlechterpolitik und ihren Auswirkungen auf weibliche Lebensverhältnisse führen, sollen daher im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen.

1.1 Einführung in das Thema

Die Debatte um soziale Positionierungen von Frauen in Ägypten ist charakteristisch für Spannungen und Schwierigkeiten im Entwicklungsprozess eines postkolonialen Staates. Sie ist eng verknüpft mit der Frage, in welche Richtung sich das Land bewegen soll, wobei die Auseinandersetzung mit diesem Thema einen erstaunlichen Facettenreichtum aufweist. Positionen und Status ägyptischer Frauen werden, wie überall auf der Welt auch, determiniert durch das dialektische Verhältnis zwischen sozioökonomischen und kulturellen Konditionen und staatlichen Entwicklungsstrategien einerseits und der Fähigkeit von Frauen als „pressure group“ ihre sozialen und politischen Bedürfnisse durchsetzen zu können andererseits.² Themen wie Modernisierung, das Verhältnis zu „westlichen“³ Einstellungen und die Selbstverortung in einer authentischen nationalen Kultur sind symptomatisch für das Streben nach eigener Identität von ehemals kolonialisierten Ländern.⁴ Im Fokus der widerstreitenden Ansprüche verschiedener Hegemonialinstanzen im Rahmen der Konstruktion nationaler Entitäten steht immer auch die Verortung von Frauen in der Gesellschaft, als diskursiver Streitpunkt zur Manifestierung des jeweiligen Erklärungsanspruchs.

Um geschlechterspezifische Positionierungen und ihre Kräfteverhältnisse darstellen zu können, bedarf es differenzierter Kenntnisse des politischen Feldes, welches der Thematik zugrunde liegt. Die wissenschaftlichen Ansätze und Methoden in der Herangehensweise, die politische Landschaft Ägyptens beschreiben und erklären zu wollen, sind vielfältig. Sie rangieren zwischen der Einbettung in entwicklungstheoretische Ansätze über die Darstellung der strategischen Rolle Ägyptens im Nahen Osten, mit den damit verbundenen

² vgl. El-Baz, Shahida: „The Impact of Social and Economic Factors on Women’s Group Formation in Egypt” in: Chatty, Dawn; Rabo, Annika (HrsgIn): *Organizing Women. Formal and Informal Women’s Groups in the Middle East*. Oxford/New York, Berg 1997: S 148

³ Im Versuch einer Darstellung des Umgangs mit diesem Begriff und seiner Relevanz im Rahmen der Analyse wird in Kapitel 3.1. näher darauf eingegangen.

⁴ vgl. Al-Ali, Nadjé: „Secularism, Gender and the State in the Middle East. The Egyptian Women’s Movement”; Cambridge, Cambridge University Press 2000: S 1

Implikationen bezüglich internationaler Politik, bis hin zur diskursiven Auseinandersetzung mit religiös motivierten Mächten, ihren nationalen Verankerungen und den damit verbundenen Herausforderungen.

Eine exogene, implizit „westliche“ Perspektive beispielsweise nimmt eine oftmals hochmütige Haltung in Bezug auf „die arabische Frau“ ein. Gern wird auf gesellschaftliche Defizite arabischer Gesellschaften hingewiesen, welche argumentativ durch soziale Stellungen von Frauen versinnbildlicht werden. Begriffe wie „Unterwerfung“ oder „Unterdrückung“ gelten als bevorzugte Assoziationen zu Lebensrealitäten arabischer Frauen und halten sich oft hartnäckig im öffentlichen Bewusstsein. Dabei werden Klischees bedient, welche arabische oder islamisch dominierte Gesellschaften als reaktionär und repressiv darstellen und damit Grundlage für neoimperialistisches Handeln bieten. Öffentliche Medien tragen ihren Teil dazu bei, eine solch verzerrte Perspektive zu zementieren. Auf diese Weise bleiben sowohl die Region als auch Frauen der jeweiligen Gesellschaften bevorzugte Objekte von (Miss)Information.⁵ Diese Form der Darstellung rechtfertigt die Sichtweise der Überlegenheit westlicher Industrienationen vor diesen „unterentwickelten“ Gesellschaften und dient als Legitimationsmuster (neo)hegemonialer Politik.

Im Rahmen diverser Entwicklungstheorien⁶ wiederum gilt die Stärkung der Position von Frauen in verschiedenen Gesellschaften, insbesondere jener Staaten, welche allgemein unter Schwellen- oder Dritte Welt-Länder subsumiert werden, als essentielle Ressourcenförderung um nationale, politische und wirtschaftliche Rückstände aufzuholen und an internationale Standards anzudocken. Auch diesen Theorien liegt eine hegemoniale Sichtweise

⁵ vgl. Karam, Azza: “Strengthening the Role of Women Parliamentarians in the Arab Region: Challenges and Options”. Belfast, UNDP 1999: S 6 – www.undp-pogar.org/publications/gender/karam1/karama.pdf; Karam, Azza: “Democrats without Democracy: Challenges to Women in Politics in the Arab World” in: Rai, Shirin M. (HrsgIn): International Perspectives on Gender and Democratisation. London, Macmillan Press 2000: S 64f; Harders, Cilja: „Das Ende der Strukturkategorie Geschlecht? Empirische Erfahrungen aus Ägypten” in: Bauhardt, Christine; von Wahl, Angelika (HrsgIn): Gender and Politics. „Geschlecht” in der feministischen Politikwissenschaft. Opladen, Laske + Budrich 1999: S 178

⁶ Irmtraut Hanak bietet einen profunden Überblick über die Kritik feministischer EntwicklungswissenschaftlerInnen an klassischen Entwicklungskonzepten, zeigt deren Zugang zu Geschlechterverhältnissen und erläutert aktuelle Diskussionen zu Gender-Ansätzen in den Entwicklungswissenschaften. vgl. Hanak, Irmtraud: „Entwicklung – ein männlicher Mythos,” in: Fischer, Karin; Hanak, Irmtraud; Parnreiter, Christof (HrsgIn): Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Frankfurt, Brandes & Apsel Verlag 2002: S 103-115

zugrunde, da Entwicklung nach westlichen Maßstäben beurteilt wird und authentischen, heterogenen Entwicklungskonzepten wenig Bedeutung beigemessen wird.

Aus anderen, vordergründig indigenen Positionen heraus, knüpft man andererseits an spezifische Konstruktionen von Geschlechterverhältnissen in der Gesellschaft eine Formulierung eigener Identitäten zur Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins. Im Zuge der Unabhängigkeitsbewegung in Ägypten beispielsweise spielte die Tatsache, dass auch der Widerstand von Frauen in der Öffentlichkeit⁷ ein wesentliches Element im Kampf gegen die Besatzungsmächte bildete, eine wichtige Funktion in der Etablierung einer eigenständigen ägyptischen Identität⁸. Der Grund, warum Ägypterinnen lange vor ihren arabischen Geschlechtsgenossinnen ebenbürtige soziale und politische Rechte zugestanden wurden, liegt damit auch im Bemühen der Etablierung einer nationalen Einheit begründet.

Und schließlich zeigt sich noch ein vollkommen anderes Bild von „Frau“, und zwar in Machtdiskursen mit religiös-motivierter Rhetorik – die Frau als Statthalterin der Religion, Wächterin und Trägerin von Tugend und Ehre der Familie und somit der gesamten Gesellschaft. Generell ist anzumerken, dass Diskurse⁹ um politische Partizipation bzw. um Geschlechterpolitik in Ägypten in der zeitgenössischen Debatte ohne Rekurse auf religiöse

⁷ zur Diskrepanz des Begriffes Öffentlichkeit im Verhältnis zur privaten Sphäre verweise ich auf das Kapitel 3.2.1.

⁸ Die Frage liegt nahe, ob eine nationale oder kulturelle Identität eine gewachsene, einmalige und natürliche Entität darstellt und generell ein sinnvolles Mittel ist, um spezielle Sachverhalte sichtbar zu machen. Am Beispiel von Ägypten möchte ich darstellen, dass es keineswegs so etwas wie eine homogene Identität gibt, sie sich vielmehr selbst konstruiert und durch historische Gegebenheiten rekonstruiert wird. Innere regionale, gender, ethnische und Klassenheterogenitäten machen es schwer ein einheitliches Bild zu schaffen, welches sich nach außen abgrenzt. Schließlich geht es nicht mehr um die Frage „Wer bin ich?“ bzw. deren Abgrenzung „Wer oder was bin ich nicht?“, sondern vielmehr um die Debatte „Was an mir ist authentisch?“. Auch der Begriff der Kultur ist in diesem Zusammenhang mit Vorsicht zu genießen, da er verhaftet ist mit dem Stigma der Eingrenztheit, Homogenität und etwas natürlich und kontinuierlich Gewachsenem. Auch wenn ich die Begriffe im Folgenden aus der Notwendigkeit heraus selbst immer wieder gebrauchen werde, um komplizierte Gegebenheiten anschaulicher darstellen zu können, sollen sie nicht über ihre enge Begrifflichkeit hinwegtäuschen.

⁹ Unter dem Begriff „Diskurs“ ist ein Muster verbaler und nonverbaler Artikulationen und Auseinandersetzungen zu verstehen, welche im Kontext ihres Bedeutungsbereiches und ihrer Sinnverknüpfungen zu betrachten sind, um kommunikatives Handeln und die ihm eingeschriebenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse darstellen zu können. vgl. Rosenberger, Sieglinde; Sauer, Birgit (HrsgIn): „Politikwissenschaft und Geschlecht“. Wien WUV 2004: S 254f

Argumentationsstränge nicht denkbar sind.

Religiös motivierte Positionen im sozialen und politischen Leben Ägyptens diagnostizieren einen Mangel an religiöser Stärke und Struktur in der Gesellschaft und damit auch auf politischer Ebene. Die Rückführung zu den „wahrhaft islamischen Wurzeln“ und eine damit verbundene Umgestaltung des privaten und öffentlichen Raums sind das Ziel, um eine subjektiv empfundene Destabilisierung des Systems, welches durch Globalisierungsprozesse und internen Machtmissbräuchen hervorgerufen wird, zu kompensieren. Diskrepanzen bezüglich der Geschlechterthematik werden durch die Betonung von „Gleichwertigkeit“ anstelle von „Gleichheit“ überwunden.¹⁰ Frauen haben in diesem Argumentationsschema keinen Anspruch auf gleiche Rechte und Möglichkeiten, ihre klar definierten sozialen Rollen und die Betonung der Relevanz charakteristischer Funktionen gewährleisten jedoch die Anerkennung innerhalb des Systems. Diskurse, welche beiden Geschlechtern die gleichen Rechte einräumen, werden hingegen als westliche Modelle abgelehnt, mit dem Argument der Unvereinbarkeit mit der religiösen Doktrin der unterschiedlichen Beschaffenheit von Mann und Frau. Streit entfacht sich in diesem Zusammenhang insbesondere zwischen SäkularistInnen und religiösen Positionierungen, ob es sich hierbei um gegensätzliche Konzepte oder um zwei Seiten der gleichen Münze in der Darstellung von Geschlechterverhältnissen handelt. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Gender-Dimension des Gleichwertigkeitsansatzes dazu dient, religiös-motivierte Argumentationen zu legitimieren, um etablierte Strukturen unterwandern zu können, oder ob es sich in diesem Zusammenhang um den Versuch einer konstruktiven Gestaltung eines eigenen Politikverständnisses handelt.¹¹

Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen müssen sich SäkularistInnen in öffentlichen gesellschaftlichen und politischen Diskursen oft den Vorwurf gefallen lassen, „AgentInnen des Westens“ zu sein, da sie versuchen, sich aus einem nationalistischen bzw. religiös motivierten Kontext zu befreien und eine Grundlage zu schaffen, um allgemeine Menschenrechtsbestimmungen und

¹⁰ vgl. Karam, Azza: “Women; Islamisms, and State. Dynamics of Power and Contemporary Feminisms in Egypt” in: Afkhami, Mahnaz; Friedl, Erika (HrsgIn): Muslim Women and the Politics of Participation. New York, Syracuse University Press 1997b: S 19

¹¹ vgl. Kapitel 2.4.3.

Demokratiestandards zu implementieren.¹²

Den unterschiedlichen Perspektiven gemein ist die Reduktion von „Frau“ zum Objekt von Debatten in hegemonialen Diskursen. Bedürfnisse von Frauen und ihre Lebensrealitäten werden, wenn nicht vollkommen ausgeklammert, so doch wesentlich homogenisiert und entsprechend der jeweiligen Vorstellungen sozialer und politischer Ordnungen selektiert. Frauen dienen dabei als Platzhalterinnen in den Anstrengungen, Identitäten zu konstruieren und Machtansprüche zu untermauern.

Grundlage der öffentlichen Debatten um die Verortung von Frauen in der Gesellschaft bildet das Bewusstsein eines Defizits. Ob es sich dabei explizit um Gender-Defizite oder um den Kampf für globale Standards zur Überwindung von Demokratie- bzw. Entwicklungsdefiziten handelt, ist nicht eindeutig feststellbar, sondern stellt vielmehr ein Indiz für die Verwobenheit unterschiedlicher Diskursstränge dar. Fehlende Reflexionen bezüglich nationaler Identitätskonzepte, widersprüchliche Verortungen in globalisierten Strukturen und konkurrierende Führungsansprüche im politischen Geschehen sorgen für ein konfliktgeladenes Diskursklima, wobei gender-sensible bzw. frauenspezifische Themen allzu oft unter das Mühlrad von Machtdiskursen geraten und struktureller Tiefgang in politischen Entscheidungen nicht mehr möglich ist.

Am ägyptischen Beispiel lässt sich ein Beziehungsdreieck zwischen Staat bzw. seinem Gefüge und seinen Instrumenten, religiös-motivierten politischen – explizit islamistischen – Bewegungen als ideologische Impulsgeber und Anliegen unterschiedlicher Frauenrealitäten, als Rahmen zur Erklärung geschlechtsspezifischer Repräsentationsmuster und selektiver Problemwahrnehmungen feststellen. Schnell könnte man den Eindruck gewinnen, dass ägyptische Frauen sowohl hinsichtlich staatlicher als auch islamistischer Diskurse machtlos seien. Auf den ersten Blick bieten weder staatliche Strukturen noch religiös geprägte soziale Ordnungen entsprechende Handlungsspielräume. Tatsächlich schafften es Frauen immer

¹² vgl. Badran, Margot: „Framing Women. Feminist Historiography and the Politics of Gender and Culture“ in: *A Quarterly Women's Human Rights Journal* Nr. 6/1998: S 4; Karam, Azza (1997b): S 24. Zur Auseinandersetzung mit dem Konzept des Säkularismus in einem arabischen Kontext vgl. Flores, Alexander: „Egypt: A New Secularism?“ in: *Middle East Report* Nr. 153/1988: S 28ff; Zakariya, Fouad: „Säkularisierung – eine historische Notwendigkeit“ in: Lüders, Michael (Hrsg): *Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der arabischen Welt*. München, Piper 1993

wieder mit entsprechenden Mitteln ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. Darauf basierend lassen sich unterschiedliche Dynamiken in den Kräfteverhältnissen zwischen feministisch determinierten Frauenbewegungen, Staat und islamistischen Organisationen erkennen.¹³

Frauenrechtsbemühungen darf man allgemein nicht als homogene Entwicklungen betrachten. Wenn man von der Prämisse ausgeht, dass sich Identitäten um so unterschiedliche Schnittstellen wie gesellschaftliche Schichten, Ethnien, Ideologien, sexuelle Ausrichtungen, etc. entwickeln, die Individuen dazu bringen, zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich zu handeln, darf man darauf schließen, dass Frauen nicht ausschließlich aufgrund ihres Geschlechts politisch spezifisch agieren, sondern dass auch hier Ethnie, Gesellschaftsschicht, Ideologie und andere grundlegende Kategorisierungsformen maßgeblich sind.¹⁴ Man kann weder von „der“ Frau sprechen noch „eine“ Frauenbewegung identifizieren. Explizit „feministische“ Aktivitäten stellen dabei nur einen Teil in der Vielfalt an Bewegungen bezüglich frauenbewegter Handlungen dar. Weitgehende Generalisierungen sind schlichtweg unzulässig.¹⁵

Schon zu Beginn der ersten öffentlich-sichtbaren Aktivitäten von Frauen in Ägypten kristallisierte sich eine Vielfalt an gesellschaftlichen Hintergründen, Motivationen, Vorgehensweisen, Argumentationsmuster und Zielsetzungen heraus, welche sich bis in die Gegenwart durchziehen. Schnittstellen als Basis von Kooperationen gibt es fast ausschließlich auf thematischer Ebene. Vor den letzten Parlamentswahlen im Herbst 2005 entstand beispielsweise eine erstaunliche Koalition, unter deren Schirm sich sowohl säkulare Feministinnen als auch AnhängerInnen der Muslimbruderschaft wieder fanden und eine gemeinsame Opposition zum herrschenden Regime bildeten, um ihren

¹³ vgl. Karam, Azza (1997b): S 18

¹⁴ Die Verwobenheiten und Wechselwirkungen unterschiedlicher ungleichheitgenerierender Kategorien werden im Rahmen der Intersektionalitätsforschung analysiert. Auch wenn die Leitkategorie der vorliegenden Arbeit „Geschlecht“ ist, sind Dimensionen wie Klasse, Ethnie, Religion, Sexualität, Alter usw. und ihr gegenseitiger Einfluss wesentliche Faktoren in einer heterogenen Darstellung weiblicher Lebenszusammenhänge. vgl. Degele, Nina; Winker, Gabriele: „Intersektionalität als Mehrebenenanalyse“. Technische Universität Harburg 2007: S 1 – www.tu-harburg.de/agentec/winker/pdf/Intersektionalitaet_Mehrebenen.pdf

¹⁵ vgl. Waylen, Georgina: „Analysing women in the politics of the Third World“ in: Afshar, Haleh (HrsgIn): Women and Politics in the Third World. London & New York, Routledge 1996: S 16

Forderungen nach fairen Wahlen Ausdruck zu verleihen.¹⁶

Das Herausstellen von Geschlechterungleichheiten als nationale Streitfrage soll hier nicht über existierende Ungleichheiten zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Segmenten, welche Lebensrealitäten von ägyptischen Frauen darstellen, hinwegtäuschen. Unterscheidungen sind entlang Klassenzugehörigkeiten¹⁷, ungleichem Zugang zu sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen und Ressourcen und der Disparität von urbanem Raum und peripheren Regionen zu ziehen. Diese Situation resultiert in mannigfache, manchmal widersprüchliche Bedürfnisse, Ambitionen und Prioritäten in unterschiedlichen weiblichen Lebenswelten. Ausdrucksformen der Bedürfnisse und Emanzipationsprozesse von Frauen zeigen sich an verschiedenen Zielsetzungen verschiedener Gruppen auf verschiedenen Ebenen sozialer Entwicklung. Für ökonomisch benachteiligte Frauen aus ressourcenschwachen Lebensverhältnissen beispielsweise ist die Milderung ihrer Armut und besserer Zugang zu sozialen, ökonomischen und kulturellen Einrichtungen primärer Ausschlag für ein Streben nach mehr Rechten und Reformulierung ihrer sozialen Positionen. Währenddessen liegt bei ökonomisch und gesellschaftlich privilegierten Frauen mit Bildungszugang der Fokus eher auf dem Kampf um mehr und bessere Partizipationsmöglichkeiten im politischen Entscheidungsprozess, um eigene gender-sensitive Forderungen auf die politische Agenda zu bringen und somit dem Mainstream der Entwicklungspolitik und/oder Geschlechterpolitik einzuverleiben.¹⁸

1.2 Fokus der Arbeit

Ausgehend von einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem politischen Feld und den ihm innewohnenden Spannungsverhältnissen der relevanten

¹⁶ vgl. Kapitel 8

¹⁷ „Klasse“ ist im vorliegenden Falle weniger als Kategorisierung nach marxistischer Diktion zu verstehen, sondern dient vielmehr der Unterscheidung von Bevölkerungsgruppen nach sozio-ökonomischen Kriterien. Sie stellt eine wichtige Kategorie in der Darstellung von weiblichen Lebensrealitäten dar. Klassenzugehörigkeiten determinieren den Zugang zu Bildung, Arbeitsmöglichkeiten und unterscheiden sich in ihren Identitätskonzepten und im Umgang mit geschlechtsspezifischen Ideologien. vgl. Terpin, Evelyn: „Frauen in der islamischen Welt: Ein theoretischer Rahmen am Beispiel Ägyptens“ in: Ibrahim, Ferhad (Hrsg.): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. Hamburg, Demokratie und Entwicklung Band 19 Ltd 1995: S 199 bzw. S 226

¹⁸ vgl. El-Baz, Shahida (1997): S 149f

AkteurInnen – Staat, Frauenbewegungen und religiös-motivierten Strömungen – ergibt sich die Beschäftigung mit den daraus resultierenden Manifestierungen geschlechtsspezifischer staatlicher Politik. Wesentlichen Klärungsbedarf für die vorliegende Arbeit zeigt hier der Begriff „Staatsfeminismus“, welcher in der Literatur als eine Haltung ägyptischer Politik bezüglich frauenbewegter Forderungen, insbesondere in der Zeit der Präsidentschaft Nassers und dessen staatlich zentrierten sozialistischen Politik dargestellt wird und in jüngster Zeit manifestiert wurde durch die Etablierung des *National Council of Women* unter dem Vorsitz von Suzanne Mubarak, der Ehefrau von Präsident Hosni Mubarak. Diese Organisation agiert als Motor, um frauenspezifische Themen auf die politische Agenda zu setzen. Auch stützt sie sich auf die Rechtfertigung durch die machthabende *National Democratic Party* (National-Demokratische Partei, NDP).

Der ägyptische Staatsfeminismus entwickelte sich aus der Revolutionsbewegung von 1952 heraus, als direkte Antwort der Regierung Nassers auf anhaltendes Lobbying von Seiten unzähliger unabhängiger Frauenorganisationen im Rahmen einer neuen, nationalistisch orientierten Staatskonsolidierung. Durch die Institutionalisierung genereller Forderungen von Seiten der Frauenrechtsbewegungen, welche sich für zunehmende öffentliche Integration von Frauen in unterschiedlichen Partizipationsbereichen einsetzten, realisierte das neue Regime der Freien Offiziere unter Anführung von Präsident Gamal Abdel Nasser eine sichtbare Unterscheidung zur überwundenen monarchischen Herrschaft. Dieser Zug half, den sozial-progressiven Charakter des neuen Staates zu untermauern und sich der Unterstützung von Seiten bestimmter Frauenorganisationen zu vergewissern.¹⁹ Gemeinsam mit einem zunehmenden Staatsinterventionismus in ökonomische Belange wurde Staatsfeminismus zum wichtigen Aspekt einer strategischen Entwicklung, welche zur sozialistischen Transformation in den 1960er Jahren beitrug.²⁰

Die staatlich-zentrierte Politik Nassers schaffte die Grundlage für erste Strukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Wahrnehmung weiblicher Artikulationsformen und daraus resultierend für die Etablierung von Geschlechterpolitik. Seine Politik bildet also Dreh- und Angelpunkt in der

¹⁹ vgl. Kapitel 5.2.1.

²⁰ vgl. Hatem, Mervat F.: „Privatization and the Demise of State Feminism in Egypt“ in: Sparr, Pamela (Hrsg): *Mortgaging Women's Lives*. London, Zed Books 1994b: S 41f

Schaffung staatlicher Institutionen zur Durchsetzung geschlechtsspezifischer Politiken und ist dadurch auch wegweisend für die Darstellung der folgenden Kontinuitäten und Brüche bis in die Gegenwart. Bei der Betrachtung gegenwärtiger Entwicklungen zeigen sich die Diskrepanzen, unterschiedliche Motivationen und Intentionen bezüglich Gender-Gerechtigkeit. Warum die Implementierung eines gender-sensiblen Umgangs in der Politik doch nicht so einfach ist gilt es herauszuarbeiten.

Zum Verständnis des weiteren Aufbaus der vorliegenden Arbeit werden in Kapitel 1.4. die Forschungsfragen näher gebracht. Als Grundlage des wissenschaftlichen Vorgehens werden in Kapitel 1.3. die Gründe für die Wahl postkolonialer Ansätze bzw. des Konzepts „Geschlecht“ als Leitkategorie kurz dargelegt. Aus dieser Verbindung resultiert die methodische Herangehensweise (1.5.) an die Thematik. Den Rahmen für das theoretische Verständnis interdependenter Machtstrukturen in Ägypten bilden die Kapitel 2 und 3. Das dialektische Verhältnis zwischen Staat und religiös-motivierten politischen Bewegungen bilden die Grundlage für das Verstehen politischer Entscheidungen. Auch Formen der Teilhabe von Frauen in politischen Prozessen stellen Merkmale spezifischer politischer Strukturen dar. Schließlich wird der Frage der Operationalisierbarkeit des Konzepts „Staatsfeminismus“ in einem transnationalen Kontext nachgegangen und seine spezifischen Implikationen für das ägyptische Beispiel herausgefiltert. Auf dieser Basis lassen sich die beiden relevanten Ebenen der Repräsentationsformen und der Selektion der Problemwahrnehmung darstellen. Kapitel 2 zeigt auf diese Weise die Machtverhältnisse in diesem Beziehungsdreieck und entsprechende frauenspezifische Kontextualisierungen auf, welche für den Rahmen der Analyse relevant sind. Kapitel 3 dient dem Verständnis der diesem Machtmuster zugrunde liegenden Strukturen und Determinanten, um sich so den Gründen für politische Entwicklungen und Brüche und ihre Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse zu nähern. Ausgehend von einem, historisch betrachtet, postkolonialen Setting und seiner theoretischen Einbettung wird nun der postkoloniale Staat an sich und seine Auswirkungen auf weibliche Lebenszusammenhänge ins Augenmerk genommen. Das Herausfiltern äquivalenter Muster in der Konzeption öffentlicher und privater Sphären nach dem Modell klassisch westlicher Theorien und der Fokus auf spezifische indigene Formen im Versuch einer Entdichotomisierung bilden genau wie Diskurse zu authentischen oder modernen Entwicklungskonzepten den Rahmen zum Verständnis für Transformationsprozesse und ihre

Auswirkungen auf gesellschaftliche Konstruktionen von Frauenrealitäten. Diese Entwicklungen und Diskurse kulminieren schließlich in der Etablierung spezifischer politischer Rechte – wie sie in Kapitel 4 dargestellt werden – welche Zugänge von Frauen zu verschiedenen Öffentlichkeiten determinieren. Diese Rechte und die Ursprünge ihrer Entwicklungen werden in Kapitel 5 in einen historischen Kontext gestellt. Staatsfeministische Entwicklungen insbesondere ab der Phase der Transformation von Monarchie zu einem republikanischen System sollen Kontinuitäten und Brüche in der staatlichen Handhabung frauenbewegter Anliegen aufzeigen. Speziell Nassers Politik ist hierbei von struktureller Bedeutung für das Aufkommen des Staatsfeminismus. Kapitel 6 beschäftigt sich mit einzelnen Dimensionen von Staatsfeminismus zur Charakterisierung geschlechtsspezifischer staatlicher Politik, wobei Augenmerk auf AkteurInnen in politischen Strukturen und institutionellen Plattformen frauenbewegten Handelns wie Parteien- und Wahlsysteme gelegt wird. Dieses Kapitel dient auch der Darstellung der Möglichkeiten frauenspezifischer Einflüsse auf staatliches Agieren. Bestehende Maßnahmen zur Umsetzung geschlechtsspezifischer Strategien werden in Kapitel 7 analysiert. Auf eine konkrete Maßnahme, der Etablierung des National Council of Women als staatsfeministische Institutionen, wird näher eingegangen. Der Ausblick setzt sich schließlich mit alternativen frauenspezifischen Anliegen im Rahmen autonomer Frauenbewegungen auseinander und versucht zukünftige Entwicklungen aufzuzeigen.

Ausgehend von dieser Grundstruktur können nun die Forschungsfragen und die ihr zugrunde liegenden Thesen formuliert werden.

1.3 Forschungsfragen, -thesen

Folgende Fragestellungen stellten sich für die Analyse als relevant heraus:

Die primäre Problemformulierung, welche im Rahmen der vorliegenden Arbeit beantwortet wird, ist die Frage, **wo sich „Staatsfeminismus“ im Spannungsfeld zwischen institutionalisierter Geschlechterpolitik und der Vereinnahmung frauenbewegungsorientierter Anliegen festmachen lässt und welche Ziele mit dieser Strategie verfolgt werden.**

Ausgehend von Implementationen frauenbewegungsorientierter Forderungen in staatliche Politik, im Rahmen grundlegender Transformationsprozesse von monarchischen Strukturen hin zur Etablierung eines republikanischen Staates, kulminiert der Verlauf der Analyse in der Identifikation des National Council of Women als staatsfeministische Einrichtung, jener von Suzanne Mubarak geleiteten Organisation, die sich für die öffentlichen Belange der ägyptischen Frauen als zuständig erklärt. Kontinuitäten von Nassers staatsfeministischen Einheitsorganisationen hin zur NCW sollen rekonstruiert und politische Brüche in ihrem historischen Kontext dargestellt werden.

Dem vorausgehend müssen folgende drei Fragen geklärt werden:

- Was bedeutet Geschlechterpolitik im nicht-westlichen Bereich?

Es geht hier darum, eine Form der Definition von Geschlechterpolitik in einem transnationalen, postkolonialen oder spezifischen regionalen Kontext zu finden und herauszuarbeiten.

- Welche Äquivalente westlicher Partizipationsformen finden sich in der ägyptischen Gesellschaft und wo unterscheiden sie sich?

Spannende Faktoren stellen hierbei die Art der Handhabung dieser Entwürfe und die Reflexion und Auseinandersetzung von und mit den bestehenden Konzepten in einem nationalen Kontext dar. Aus diesem Konflikt lassen sich schließlich die Gründe für die hohe Unterrepräsentation von Frauen in öffentlichen Strukturen erklären.

- Was heißt „Staatsfeminismus“ und welche Rolle spielt er bei der Selektion und Implementierung frauenspezifischer Anliegen?

Die Definition von „Staatsfeminismus“ und die Frage seiner Übertragbarkeit auf das ägyptische System sind grundlegend für die weiterführende Analyse. Es soll geprüft werden, ob es zulässig ist, mit diesem Begriff zu arbeiten und welche Bedeutung er in der faktischen Politikausübung hat.

Sind diese ersten Faktoren geklärt, heißt es in einem weiteren Schritt jene Indikatoren zu identifizieren, die staatsfeministisches Handeln belegen und zur Klärung der ersten Fragestellung behilflich sein sollen. Ziel ist es, die verschiedenen Dimensionen staatlicher Geschlechterpolitik aufzuzeigen, um auf diese Weise die Intentionen staatlicher Handlungen hinsichtlich gleichheitsgenerierender Politik zu klären. In diesem Kontext lassen sich zwei Ebenen der Selektion darstellen. Einerseits stellt sich die Frage der Rekrutierung:

- Wer rekrutiert? Welche Eliten werden hier abgebildet? Wer wird rekrutiert? Welche Inklusions-/Exklusionsmechanismen lassen sich an einer institutionalisierten Geschlechterpolitik festmachen? Und wer wird schließlich repräsentiert?
- Wie ist der Zugang zu Entscheidungsträgern und wie wird er genutzt?

Die zweite Ebene stellt eine Selektion der Problemwahrnehmung hinsichtlich der Ansprüche und Forderungen von Frauen dar:

- Welchen Einfluss hat eine selektive Frauenrepräsentation auf Problemwahrnehmungen?
- Welche Themen werden als frauenspezifisch relevant erachtet und daher im Staatsfeminismus aufgegriffen und in welcher Form werden sie diskutiert und umgesetzt?
- Wie wird mit Themen umgegangen, welche an EntscheidungsträgerInnen herangetragen werden und wie werden diese transformiert?
- Welche Schnittstellen zu autonomen Frauenbewegungen – sowohl auf Personal- als auch auf thematischer Ebene - gibt es?

Die Leitgedanken dieser Arbeit lassen sich durch folgende drei Thesen von Cilja Harders stützen und am Beispiel Ägyptens überprüfen:

1. *Frauen und Frauengruppen treten insbesondere in Phasen gesellschaftlichen und politischen Wandels an männlich dominierte Öffentlichkeiten und tragen oft maßgeblich zur Initiierung und Unterstützung von Transformationsprozessen* ²¹ *bei.*
2. *In den Transformationsprozessen folgenden Phasen der (Re)Institutionalisierung demokratischer Prozeduren werden Frauen und Frauengruppen, abhängig von ihrer materiellen Ressourcenausstattung, zum größten Teil wieder von der politischen Bühne verdrängt.*
3. *Diejenigen Frauen und Frauengruppen, die in den formellen Institutionen des Staates und der Zivilgesellschaft aktiv sind, sind mit komplexen und oft widersprüchlichen Diskriminierungsstrukturen konfrontiert, die ihre Partizipation einschränken bzw. die Orte ihrer Partizipation marginalisieren. Die jeweiligen lokalen Konstruktionen dieser Ein- und Ausschlussmechanismen variieren erheblich und können nur vor dem Hintergrund unterschiedlicher ökonomischer, politischer, historischer und ideologischer Faktoren hinreichend erklärt werden.*²²

Definitionen und Bestimmbarkeiten von Begriffen und die Frage der Operationalisierbarkeit für das Forschungsvorhaben stellen grundlegende Herausforderungen im wissenschaftlichen Prozess dar. Wie bereits erwähnt, gelten allgemein Begriffe wie „Feminismus“, „Gender“ oder „Demokratie“ nicht per se als im arabischen Kontext anwendbare Termini. Die Tatsache, dass sich nicht einmal arabische WissenschaftlerInnen darüber einig sind, welche Bedeutung diesen Begriffen im regionalen Kontext immanent ist, welche Rolle sie spielen bzw. welchen Bezug sie im Rahmen einer spezifisch kulturellen Einbettung schaffen sollen, macht es nicht unbedingt einfach, der eigenen Arbeit nicht das Stigma einer westlichen Belehrung aufzudrücken. Aufgrund dieser Tatsache basiert die vorliegende Arbeit auf Definitionen jener WissenschaftlerInnen, die sich insbesondere mit Konzepten postkolonialer Entwicklungen auseinandergesetzt haben und einen selbstreflexiven, kritischen und sensiblen Ansatz im Umgang mit der eigenen Verortung und den

²¹ Unter „Transformation“ ist nicht nur die Restrukturierung von Institutionen nach politischen Veränderungen gemeint, sondern vielmehr die ihr zugrunde liegenden wirtschaftlichen und sozialen Prozesse. vgl. Miles, Angela: „Westlicher Feminismus – globaler Feminismus. Gegensätze und Gemeinsamkeiten“ in: Frauensolidarität 2/2000: S 4

²² Harders, Cilja: „Transformation ohne Frauen? Liberalisierung und politische Partizipation in Ägypten“ in: Orient Nr. 38/1997: S 85

wissenschaftlichen Fragestellungen zeigen. Verknüpfungen von Konzepten zu Forschung und Konzepten von Geschlecht im transnationalen Kontext bilden dabei die Grundlage einer theoretischen Verortung. Die Darstellung ziviler und politischer Gesellschaften, die oftmals Mustern kritisch liberaler Theorien folgt, soll nach Art und Gründe ihrer regionalen Modifikationen untersucht werden. Im Mittelpunkt stehen die Definition der Kategorie „Geschlechterpolitik“ und ihre Anwendbarkeit in einem ungleichen Verhältnis von Staat und Gesellschaft in nichtwestlichen Ländern. Der Fokus auf postkoloniale Ansätze um das Zusammenwirken örtlicher und transnationaler Faktoren zu erklären, soll der Gefahr einer westlich-zentrierten Sichtweise auf das Forschungsfeld entgegenwirken. Daran zu knüpfen sind Bestimmungen und Verschränkungen der Begriffkomplexe Gender/Geschlecht, Macht/Politik, Öffentlichkeit/Privatheit und Partizipation/Repräsentation. Die Klärung dieser Begriffe und Konzepte dienen auf diese Weise zur Konkretisierung der Problematik und Präzisierung der Fragestellungen.²³ Andockmöglichkeiten sollen dabei Ansätze zu Frauenbewegungsforschung und im Bereich der politischen Partizipation von Frauen, insbesondere der genderorientierten Partizipations- und Repräsentationsforschung bilden. Zentral hierbei sind bestehende Thesen zu politischen Zugangsbarrieren, zu einem „weiblichen“ Politikverständnis und deren Relativierungen.²⁴

1.4 Methodologische Überlegungen

Ich möchte hier kurz die dieser Arbeit zugrunde liegende Methodologie vorstellen, also jene reflexive Ebene der wissenschaftlichen Forschungslogik darstellen, die über zentrale Zielsetzungen und Fragestellungen bzw. deren Bearbeitung und die Wahl des methodischen Vorgehens bestimmt. Die Entscheidung, die vorliegende Analyse unter postkolonialen Blickwinkeln zu betrachten, macht hierbei das zentrale Forschungsinteresse aus. „Geschlecht“

²³ vgl. Alemann, Ulrich von; Tönnemann, Wolfgang: „Planung und Ablauf von Forschung“ in: Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung. Opladen, Westdeutscher Verlag 1995: S 98

²⁴ vgl. Geißel, Brigitte; Penrose, Virginia: „Dynamiken der politischen Partizipationsforschung“ in: *gender...politik...online* Sept 2003: S 6 – http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/geissel_penrose/geissel_penrose.pdf; Geißel, Brigitte: „Konflikte um Definitionen und Konzepte in der genderorientierten und Mainstream-Partizipationsforschung – ein Literaturüberblick“. Berlin WZB 2004: S 7 – <http://skylla.wzb.eu/pdf/2004/iv04-403.pdf>

ist im Folgenden sowohl als methodologische Kategorie als auch als Gegenstand der Forschung zu betrachten.²⁵

1.4.1 Wahl des postkolonialen Ansatzes

Die Wahl des postkolonialen Ansatzes bezieht sich auf drei Ebenen der Analyse:

- Auf einer historischen Ebene sollen die Auswirkungen von Dekolonialisierungsprozessen auf gegenwärtige gesellschaftliche und politische Zustände in Betracht gezogen werden. Das Vermächtnis kolonialer Politik zeigt sich bei gesellschaftlichen Neu-, Um- und Restrukturierungen genauso wie in politischen Handlungen und dem Aufbau national-ökonomischer Ordnungen.
- Basierend auf diesem Wissen können fortgesetzte Einflüsse (neo)kolonialer Strukturen auf eine formal dekolonisierte Gegenwart identifiziert werden. Neoimperiale Tendenzen in einem globalisierten Prozess mit neu formulierten Interessen und Zielen stellen grundlegende Barrieren in der Etablierung indigener Entwicklungskonzepte dar.
- Der letzte Zugang stellt jenen der persönlichen Ebene im Forschungsprozess dar. Die eigene Sozialisierung in einem weltpolitisch-dominierenden System birgt die Gefahr imperialer Bevormundung durch Wissensproduktion.²⁶ Grundlegendes Ziel ist daher die Vermeidung eines neokolonialen Forschungszugangs.²⁷

Bezüglich der ersten beiden Punkte liefert der postkoloniale Ansatz nicht nur wichtige Impulse hinsichtlich der Spätfolgen des Kolonialismus und von Ethnisierungsprozessen, sondern zeigt vielmehr neue Facetten im Verständnis von Debatten hinsichtlich Identitäten, transnationalen ökonomischen Entwicklungen, Interkulturalität, neoliberalen Tendenzen,

²⁵ vgl. Harders, Cilja; Kahlert, Heike; Schindler, Delia: „Forschungsfeld Politik: Method(ologi)e – Geschlecht – Politik“ in: Harders, Cilja; Kahlert, Heike; Schindler, Delia (HrsgIn): Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften 2005: S 9; Dackweiler, Regina-Maria: „Wissenschaftskritik – Methodologie – Methoden“ in: Rosenberger, S.K.; Sauer, B. (HrsgIn): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, WUV 2004: S 46

²⁶ vgl. Said, Edward W.: „Orientalismus“. Frankfurt, Ullstein Verlag 1981: S 13f

²⁷ vgl. Kapitel 3.1.1.

Rassismus und Migration.²⁸ Relevant für die vorliegende Arbeit ist insbesondere das Herausfiltern westlicher Partizipationsmuster in nationalen Strukturen Ägyptens als Resultat kolonialer Hinterlassenschaften, der Umgang mit diesen Systemen und ihre eventuellen Modifikationen.

Zum letzten Punkt zeigt sich eine wichtige Problematik bezüglich Forschungs- und Wissensproduktionspraktik anhand von vier Aspekten: der *„Macht und Hierarchie zwischen Forschender und Forschungssubjekten, der Auswahl des Forschungsthemas und des Forschungsinhalts, der Methodenwahl und der forschungsethischen Grundhaltung.“*²⁹ Die diesen Bereichen eingeschriebenen Ethnozentrismen, insbesondere Eurozentrismen gilt es zu identifizieren und zu durchbrechen.

Klare Unterscheidungen und Abgrenzungen zum „Anderen“ verlieren auf diese Weise genauso ihre Wirksamkeit wie die Darstellung spezifischer Thematiken als unabhängige Entwicklungen oder die Subsumierung von AkteurInnen unter homogenen Einheiten. Vielmehr stehen die Vorstellung dialektischer Wechselwirkungen zwischen Kolonialherren und Kolonialiserten, ForscherIn und Beforschten, die Heterogenitäten der jeweiligen Gruppen und ihre internen Differenzen im Vordergrund.³⁰

1.4.2 Geschlecht als Forschungskategorie

Die Definition von Geschlecht und ihre Bedeutung für das Verständnis von Handlungsweisen, Strukturen und Ordnungen unterliegen vielfältigen Diskussionen. Während eine klassische, aus dem US-amerikanischen Sprachraum stammende Auslegung die Unterscheidung zwischen „sex“ – dem biologischen, auf natürliche Eigenschaften festgelegten Geschlecht und „gender“ – der sozialen Konstruktion von Geschlecht unterscheidet³¹, hinterfragen PoststrukturalistInnen die Determiniertheit des biologischen

²⁸ vgl. Kerner, Ina: „Forschung jenseits von Schwesternschaft. Zu Feminismus, postkolonialen Theorien und Critical Whiteness Studies“ in: Harders, Cilja; Kahlert, Heike; Schindler, Delia (HrsgIn): Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften 2005: S 219

²⁹ Kerner zit. in Harders, Cilja, Kahlert, Heike; Schindler, Delia (2005): S 18

³⁰ vgl. Kerner, Ina (2005): S 221

³¹ „Gender“ implementiert dabei Mechanismen zum Ausdruck von Machtverhältnissen zwischen Geschlechtern, ihre Konstruktion und Normierung. vgl. Kreisky, Eva: „Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie“ in: Rosenberger, S.K.; Sauer, B. (HrsgIn): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, WUV 2004: S 33

Geschlechts und identifizieren so genannte „natürliche“ Eigenschaften als ebenso konstruiert wie gesellschaftliche Konstrukte von „gender“.³²

Die Notwendigkeit, sich explizit mit der Kategorie Geschlecht auseinanderzusetzen, stellt sich, im Vergleich zu anderen Kategorisierungen wie Alter oder Nationalität, an der Vielzahl an Konsequenzen dar, welche die Zugehörigkeit zu Geschlecht mit sich bringt.³³ Dem Begriff „Geschlecht“ ist hierbei eine doppelte Bedeutung eingeschrieben: sie zeigt auf der einen Seite Strukturen als festgelegte Formen auf und dient auf der anderen Seite zur Darstellung prozessorientierten, verändernden Handelns. Harders, Khalert und Schindler liefern dazu folgende Definition:

„'Geschlecht' als Strukturkategorie bezeichnet ein gesellschaftliches Gliederungsprinzip, das Männer und Frauen je verschieden in einem als hierarchisch verstandenen Geschlechterverhältnis positioniert: Frauen sind demnach in der sozialen Hierarchie der Geschlechter in der Regel ,unten' und Männer in der Regel ,oben' verortet. Das Geschlecht bestimmt folglich über das gesellschaftliche ,Sein'. Demgegenüber nimmt das Verständnis von ,Geschlecht' als Prozesskategorie die sozialen Interaktionssituationen von Individuen in den Blick, in denen ,das Geschlecht' in alltäglichen Handlungen immer wieder neu hergestellt wird (doing gender). Geschlecht wird hier als die unhinterfragt ablaufende, gegenseitige Zuschreibung bestimmter Eigenschaften analysiert.“³⁴

Ziel ist es nun, beide Perspektiven zu verbinden und durch den Blick sowohl auf festgelegte gesellschaftliche und institutionelle Ordnungen, als auch auf dynamische Prozesse handlungsorientierter Interaktionen und ihre miteinander verbundene Dialektik eine differenzierte Sichtweise auf Geschlechterstrukturen und –verhältnisse in politischen Konstellationen darzustellen.³⁵

Trotz des Bemühens, eine pluralisierte Darstellungsweise zu finden und einen differenzierenden Ausdruck zu formulieren, lassen sich essenzialisierende Aussagen nicht gänzlich vermeiden. Diese Homogenisierungen sind jedoch in jenen Bereichen strategisch bewusst eingesetzt, bei denen es nicht darum

³² vgl. Harders, Cilja; Kahlert, Heike; Schindler, Delia (2005): S 9f; Kreisky, Eva (2004): S 24

³³ vgl. Becker-Schmidt, Regina: „Probleme einer feministischen Theorie und Empirie in den Sozialwissenschaften“ in: *Feministische Studien* 2/1985: S 96

³⁴ Harders, Cilja; Kahlert, Heike; Schindler, Delia (2005): S 10

³⁵ vgl. Harders, Cilja; Kahlert, Heike; Schindler, Delia (2005): S 11

geht, eine bereits etablierte Gruppe ins politische Spiel zu bringen, sondern wo vielmehr die Existenz dieser Gruppe erst unterstellt werden muss. In so genannten öffentlich-sichtbaren Bereichen marginalisierten Entitäten, worunter Frauen immer einzustufen sind, wird erst durch ihre Homogenisierung eine Form der Legitimation geschaffen. Trotz strategischer und politischer Notwendigkeiten vereinheitlichender Zuweisungen, wie beispielsweise in frauenspezifischen Repräsentationsmustern, darf die zugrunde liegende Problematik jedoch nicht außer Acht gelassen werden, worunter Gefahren der Ausschlüsse und Missrepräsentationen zu zählen sind.³⁶

Bestimmte Formen frauenbewegter Motivationen stellen feministische Einstellungen dar. Eine Herausforderung zeigt sich im Versuch, Begrifflichkeiten von „Feminismus“ abseits von westlichen Orientierungen zu finden, so wie er in einem transnationalen, postkolonialen bzw. explizit arabisch-islamischen Kontext verwendet wird. In der arabischen Sprache existieren die Worte „Feminismus“ oder „feministisch“ nicht. Der Begriff „nisawiyya“ bezieht sich mehr auf „Frau“ oder „weiblich“. Erste Umdeutungen dieses Begriffs datieren auf den Beginn der Gründungen der ersten Frauenorganisationen ab ca. 1920.³⁷ Ich beziehe mich hier auf Azza Karams Definition:

“I understand and use feminism as an individual or collective awareness that women have been and continue to be oppressed in diverse ways and for diverse reasons, and attempts towards liberation from this oppression involving a more equitable society with improved relations between women and men.”³⁸

Feminismus ist in diesem Zusammenhang als politisches Projekt zu betrachten, welches Ansatzpunkte für Veränderungen liefert. Diese Definition zeigt einen inklusiven, weiten Charakter, im Gegensatz zu einem exklusiven, engen Gebrauch. Auf diese Weise gelingt es, Feminismen im Rahmen spezifischer Anliegen und Umständen darzustellen, um auf diese Weise dem Vorwurf der Vereinnahmung so empfundener fremder Muster, als die westliche Feminismen

³⁶ vgl. Kerner, Ina (2005): S 229ff

³⁷ vgl. Badran, Margot: „Feminists, Islam and Nation: Gender and the Making of Modern Egypt“. Princeton, Princeton University Press 1995: S 19; Harders, Cilja: „Frauen und Politik in Ägypten. Untersuchungen zur Situation ägyptischer Politikerinnen“. Hamburg, Demokratie und Entwicklung Band 16 Ltd 1995: S 30

³⁸ Karam, Azza: „Women, Islamism and the State. Contemporary Feminisms in Egypt“. London, Macmillan 1998: S 5

verstanden werden, zu entgehen.³⁹

Um der Diversität feministischer Ansprüche und Prioritäten Rechnung zu tragen, identifiziert Karam in ihren Analysen drei Formen feministischer Aktivitäten in Ägypten – so genannte säkulare, muslimische und islamistische Feminismen. Auf diese Weise werden Vorstöße, unterschiedliche Prioritäten, Einfluss- und Machtbereiche und Tätigkeiten, welche alle jedoch auf Grundlage eines Bestrebens, geschlechtsspezifische Marginalisierungsmechanismen aufzuzeigen und diese zu überwinden, basieren, in einem breiten politischen und sozio-ökonomischen Spektrum betrachtet.⁴⁰

Jene Frauen, die Karam als islamistische Feministinnen bezeichnet, zeigen eine Grundhaltung, die davon ausgeht, dass Frauen Strukturen ausgesetzt sind, die sie in benachteiligte Positionen bringen. Ihre Ziele sind nun, im Rahmen einer wahrhaft islamischen Gesellschaft faire Geschlechterverhältnisse herzustellen. Westliche Einflüsse und androzentrische Religionsauslegungen haben diese aus ihrer Sicht bis dato verhindert. Auch wenn Islamistinnen den Begriff „Feminismus“ als unnötiges westliches Konzept ablehnen, ist Karams Intention dieser Zuordnungen, jene Aktivitäten zu identifizieren, welche explizit auf Geschlechterverhältnisse ausgerichtet sind und von männlichen Diskursen und jenen Tätigkeiten von Frauen zu unterscheiden sind, deren Fokus im Rahmen männlicher Narrative verbleiben.⁴¹

Muslimische Feministinnen hingegen versuchen bei Interpretationen sozio-politischer und kultureller Realitäten den Spagat zwischen religiösen Auslegungen und Menschenrechtsdiskursen. Ihre Anliegen fokussieren auf der Identifikation vermeintlich westlicher Konzepte wie Demokratie, Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit als den eigenen Kulturen immanente und religiös argumentierbare Konzepte.⁴²

³⁹ vgl. Badran, Margot (1995): S 20

⁴⁰ vgl. Karam, Azza: „Feminist Futures“ in: *A Quarterly Women's Human Rights Journal* Nr. 6/1998b: S 16

⁴¹ Dieser Aspekt wird insbesondere in Kapitel 2.4.3. relevant, wenn es darum geht, den Einfluss islamistischer Feministinnen auf Positionen und Einstellungen islamistischer Strömungen darzustellen. Sherine Hafez (2001) bietet einen umfassenden Überblick über Tätigkeitsfelder islamistischer Aktivistinnen in Ägypten. vgl. Hafez, Sherine: „The Terms of Empowerment. Islamic Women Activists in Egypt“. Kairo, The American University in Cairo Press 2001; El-Gawhary, Karim: „An Interview with Heba Ra'uf Ezzat“ in: Joseph, Suad; Slyomovics, Susan (HrsgIn): *Women and Power in the Middle East*. Philadelphia, University of Pennsylvania Press 2001: S 100ff

⁴² vgl. Mernissi, Fatima: „Islam und Demokratie. Die Angst vor der Moderne“. Freiburg im Breisgau, Herder spektrum 2002

Säkulare Feministinnen begründen ihre Aktivitäten außerhalb eines religiös argumentierenden Rahmens, welcher als private Angelegenheit betrachtet wird und stellen ihre Ansprüche auf Basis internationaler Menschen- und Frauenrechtsdiskurse.⁴³

Diese Darstellung dient der Veranschaulichung der Mannigfaltigkeit feministischer Ausdrucksweisen, oftmals in Kontexten, welche man auf den ersten Blick nicht damit assoziieren würde. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Identifikation aktiver Frauen als handelnde Akteurinnen in ihrer Beziehung zu Implementationen und Umsetzungen staatlicher Politiken und im breiten Rahmen religiös-argumentierender Diskurse hinsichtlich der sozialen und politischen Positionen von Frauen.

Feministische Bewegungen stellten in Ägypten bereits zu Ende des 19. Jahrhunderts wichtige Elemente in sozio-politischen Prozessen dar. Veröffentlichungen und HerausgeberInnenschaft politischer Literatur gehörte und gehört genauso zum Repertoire feministischer Aktivitäten wie Organisationen von und Teilnahme an Demonstrationen gegen die britische Besatzung im Rahmen der Unabhängigkeitsbewegungen oder die Bildung politischer Vereinigungen.⁴⁴

Mohanty verdeutlicht vier Aspekte feministischer Bemühungen in einem postkolonialen Kontext: erstens die Gleichzeitigkeit der Wahrnehmung von Unterdrückung als Grundlage für das Erleben sozialer und politischer Marginalität und der Verortung feministischer Politik in historischen Aufarbeitungen von Rassismus und Imperialismus. Zweitens steht im Mittelpunkt der Analysen die bestimmende Rolle eines hegemonialen Staates, als Definitionsrahmen von Lebensrealitäten und Überlebensstrategien. Drittens kommt der Rolle von Erinnerungen und literarischer Aufarbeitung besondere Bedeutung in der Kreation einer oppositionellen Agenda zu und schließlich liegt der Fokus auf Unterschieden, Konflikten und Gegensätzen innerhalb von Frauenorganisationen und Gemeinschaften unter postkolonialen Konditionen. Grundlage dafür bietet ein komplexes Beziehungsgefüge zwischen feministischen, antirassistischen und nationalistischen Kämpfen.⁴⁵

Der Einfluss westlicher Erfahrungen spielt hier für die Selbstverortung

⁴³ vgl. Karam, Azza (1997b): S 21ff

⁴⁴ vgl. Badran, Margot (1995): S 14f

⁴⁵ vgl. Mohanty, Chandra zit: in Karam, Azza (1998): S 8

arabischer Feministinnen insofern eine große Rolle, als dass dieser Konflikt nicht nur die Form der Beschäftigung mit den eigenen Zielen prägt, sondern auch einen erschwerenden Faktor in der Verteidigung eigener Positionen nach außen darstellt. Die vielfältige wissenschaftliche Literatur hinsichtlich Feminismus in einem arabisch-islamischen Rahmen, explizit Ägyptens verdeutlicht die ausgeprägten und differenten Diskurse hinsichtlich dieser Thematik⁴⁶. Wesentliche Bedeutung kommt der theoretischen Auseinandersetzung mit Feminismus in diesem Kontext zu, da er als treibende Kraft frauenbewegten Handelns entlarvt wird, mit dem Ziel, Bedürfnisse von frauenbewegter Seite sichtbar zu machen und als wesentliche Forderungen auf die politische Agenda zu setzen. Staatliche Reaktionen auf diese Ambitionen resultieren in Sensibilisierung spezifischer Problembereiche und damit zu – wenn auch selektierter – Integration geschlechtsspezifischer Anliegen.

Wichtiges Element in der Analyse von Geschlechterpolitik in Ägypten stellt die Entlarvung des sozio-politischen Rahmens als patriarchales Ordnungssystem dar. Patriarchie ist in diesem Zusammenhang zu verstehen als ein System struktureller Beziehungen, welche in ihrer letzten Konsequenz dazu dienen, Frauen und ihre Lebensrealitäten kontrollierbar zu machen.⁴⁷ Ausgangspunkt rechtlicher Legitimation ist die Macht des Männlichen in familiären oder familienähnlichen Strukturen, welche sich auf den unterschiedlichen Ebenen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fortsetzt.⁴⁸ Carby hingegen spricht in diesem Zusammenhang von einer unzureichenden Verwendung des Begriffs „Patriarchat“ als Synonym für männliche Herrschaft, da auf diese Weise ausgeblendet wird, dass auch Männer in diesem System patriarchalen Strukturen unterworfen sind.⁴⁹ Ebenen der Marginalisierung folgen damit

⁴⁶ vgl. Abu-Lughod, Lila (1998); Aflatun, Inji (1990); Al-Ali, Nadjé (1997); Al-Ali, Nadjé (2000); Amireh, Amal (2008); Badran, Margot (1993); Badran, Margot (1994); Karam, Azza (1994); Karam, Azza (1998); Majid, Anouar (2002); Moghadam, Valentine (2002); Osman, Hoda (2003); Philipp, Thomas (1978); Zuhur, Sherifa (2001). Einen ausgezeichneten Überblick über die Entwicklung von Frauenbewegungen in Ägypten bietet Margot Badrans Monographie „Feminists, Islam and Nation. Gender and the Making of Modern Egypt.“. Der Faden der theoretischen Auseinandersetzung und Verortung von gender in diesem Analysekontext wird im Kapitel 3.2. wieder aufgenommen und weitergeführt.

⁴⁷ vgl. Hatem, Mervat F.: „Economic and Political Liberation in Egypt and the Demise of State Feminism“ in: Sabbagh, Suha (HrsgIn.): Arab Women. Between Defiance and Restraint. New York, Olive Branch Press 1996: S 172

⁴⁸ vgl. Rosenberger, Sieglinde; Sauer, Birgit (2004): S 266; Hijab, Nadia: „Women Are Citizens Too: The Laws of the State, The Lives of Women“. UNDP, Regional Bureau for Arab States 2002: S 6 – www.undp-pogar.org/publications/gender/nadia/summary.pdf

⁴⁹ vgl. Carby zit. in: Kerner, Ina (2005): S 218

nicht nur geschlechterbezogenen Trennlinien, vielmehr spielen in diesen Unterwerfungsmustern der Generationenaspekt genauso eine wesentliche Rolle, wie die Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Kreisen und die Mitgliedschaft zur Führungselite. Männer und Frauen werden so auf unterschiedliche Weise in einem patriarchalen System inkludiert.⁵⁰

Um geschlechter-differente politische Strukturen identifizieren zu können, bedarf es fundierter Kenntnisse der ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Mechanismen. Kapitel 3.2. bietet hierbei den nötigen Rahmen zum Verständnis sozialer Gefüge in postkolonialen Staaten, insbesondere mit arabischem Bezug. Davon ausgehend ist erst das Verständnis spezifischer politischer bzw. staatlicher Strukturen möglich.

Um das Verhältnis von Frauen und Staat unter dem Aspekt herrschaftsabhängiger Dominanz besser verstehen zu können, wird der Begriff „Neopatriarchat“ vakant, welcher von Sharabi als eine Mischung von Patriarchat, als Merkmal wie Macht ausgeübt wird und sich intern manifestiert und Abhängigkeit, die Interaktionen mit externen Kräften, wie beispielsweise Reaktionen auf Modernisierungstendenzen aufzeigt, dargestellt wird. Er konstatiert, dass Modernisierung als Folge von Globalisierungsbewegungen, im Verständnis von Zugang zu gleichen Informationen oder ökonomischen Vernetzungen in Verknüpfung mit kulturellen und politischen Rahmenbedingungen zu einer Stärkung patriarchaler Normen und Werte geführt hat.⁵¹ Der Begriff dient aber auch als Ausdruck der Beziehungen zwischen Staat und Nicht-Regierungsorganisationen, insbesondere Frauenorganisationen bzw. als Grad für Formen von Gewalt und Spannungen zwischen Staat und Islamistischen Gruppen.⁵²

1.5 Methoden

Nachdem primäre Absichten und zentrale Fragestellungen festgelegt sind, gilt

⁵⁰ vgl. Kapitel 2.1.1. und 2.2.1.

⁵¹ Sharabi, Hisham zit. in Karam, Azza (1999): S 10; Kandiyoti, Deniz: “The Politics of Gender and the Conundrums of Citizenship” in: Joseph, Suad; Slomovics, Susan (HrsgIn): Women and Power in the Middle East. Philadelphia, University of Pennsylvania Press 2001: S 57

⁵² vgl. Karam, Azza (1999): S 10

es nun in strukturierter Weise nach den vorgegebenen Richtlinien Daten zu erheben und entsprechend ihrer Eignung und Relevanz für den vorliegenden Text zu befragen. Das Vorgehen wird kontinuierlich geleitet durch die grundsätzliche Frage, wozu einzelne Materialien dienen sollen und was damit beantwortet wird.

1.5.1 Materialgewinnung und –auswertung

Aufgrund der Fülle an Materialien, welche mir zur Verfügung stehen, habe ich mich dazu entschlossen, verschiedene Arten der methodischen Datenerhebung und –aufarbeitung und der strukturierten Interpretation anzuwenden. Internet-, Medien- und Literaturrecherche und das Sammeln von Zeitungs- und Zeitschriftenartikel kamen genauso zum Einsatz wie die Durchführung qualitativer Interviews, insbesondere ExpertInneninterviews. Ziel hierbei ist der Erkenntnisgewinn über Problemzusammenhänge.⁵³ Diese Form der Befragung wird mit einem teilstandardisierten Gesprächsleitfaden⁵⁴ abgedeckt. Den Interviewrahmen bildet ein Katalog von Grundfragen, um vergleichbare Ergebnisse erzielen zu können. Die Interviews werden relativ offen gehalten, um den jeweiligen Interviewpartnerinnen die Möglichkeit zu geben, ihre individuellen Erfahrungen einzubringen. Auf diese Weise soll gewährleistet werden, dass Sachverhalte mit eigenen Begriffen und im eigenen Bezugsrahmen dargestellt werden können.⁵⁵ Die Materialsammlung wird abgerundet durch Hintergrundgespräche, die Möglichkeit der teilnehmenden Beobachtung und den Zugang zu grauer Literatur⁵⁶.

Mein Forschungsaufenthalt in Kairo, welcher sich auf insgesamt neun Monate erstreckte, hat sich als ausgesprochen nützlich, interessant und anregend

⁵³ vgl. Hoecker, Beate: „Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch“. Opladen, Leske + Budrich 1995: S 21

⁵⁴ Der Gesprächsleitfaden enthält eine Reihe offen gehaltener Fragestellungen, die relevante Aspekte und Themen abdecken. Die Reihenfolge und Formulierung wird dabei dem Gesprächsverlauf angepasst. Auch ist es der befragten Person grundsätzlich möglich, neue Themen in das Gespräch einzubringen. vgl. Diekmann, Andreas: „Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen“. Reinbeck, Rowohlt 2003: S 446; Alemann, Ulrich von (1995): S 117

⁵⁵ vgl. Alemann, Ulrich von (1995): S 117

⁵⁶ Unter grauer Literatur subsumieren sich selbst verlegte Publikationen einzelner Institute und Institutionen. Dazu zählen auch Gutachten, Behördenschriften oder Broschüren von Parteien und Verbänden sowie unveröffentlichte Studien wissenschaftlicher Institute. vgl. Alemann, Ulrich von (1995): S 105

erwiesen. Ich bin ausgesprochen froh, diese Reise angetreten zu haben, nicht nur um wie geplant Literaturrecherche zu betreiben und Interviews durchzuführen. Die gesamte Sichtweise zu meinem Thema hat sich durch die Tatsache, dass ich unverhoffte Einblicke in den Alltag von politisch aktiven Frauen hatte und Hintergrundgespräche mit Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen führen konnte, etwas verschoben. Mein persönlicher Zugang veränderte sich. Diese Entwicklung entspricht dem Anspruch eines doppelten Erkenntnisgewinnes in der Sozialforschung. Fokus liegt nicht nur auf der Erarbeitung neuer Entwicklungen und Erkenntnisse im Rahmen der Thematik, sondern auch auf einer Form der Selbstreflexion, die einen Lernprozess in der Auseinandersetzung mit sich selbst forcieren soll.⁵⁷

Ich lebte in einer Wohnung mitten in Kairo, war Augen- und Ohrenzeugin des täglichen öffentlichen und privaten Lebens, welches sich rund um mich abspielte. Meine Arabisch-Kenntnisse erlaubten es mir aktiv am Geschehen teilzunehmen. Gespräche fanden dabei oft in vertrauter Atmosphäre statt und resultierten aus Alltagssituationen.⁵⁸ Auf diese Weise fiel es mir nicht schwer, einen groben Überblick über Einstellungen zu „Frauen in der Politik“ zu gewinnen, sei es in Bezug auf Frauen als aktive Partizipantinnen oder als Wählerinnen. Fragen bezüglich Wahlverhalten (sofern die betroffene Person überhaupt eine Wahlkarte besitzt) oder Reaktionen auf Ministerinitiativen zu geschlechtsspezifischen Themen bzw. die Arbeit von Politikerinnen⁵⁹ ließen sich einfach, und ohne das offizielle Aussehen eines Interviews zu bekommen, in die Gespräche einbauen. Diese Konversationen dienten konkret dazu, mir Einblicke in gesellschaftliche Ordnungen zu verschaffen, welche eine Neubewertung meines Zuganges zur vorhandenen Literatur bewirkte. Aufbauend auf diesem Hintergrundwissen galt es, Zugänge zu öffentlichen politischen Strukturen festzumachen und jene Akteurinnen zu identifizieren, welche direkt in partizipative Foren eingebunden waren.

Die Suche nach Partnerinnen für die Expertinnen-Interviews gestaltete sich da schon schwieriger. Tatsächlich gelang es mir in den ersten zwei Monaten meines Aufenthaltes nicht, auch nur ein Interview durchzuführen. Trotz unzähliger

⁵⁷ vgl. Becker-Schmidt, Regina (1985): S 101

⁵⁸ vgl. Diekmann, Andreas (2003): S 444

⁵⁹ Ich verwende einen erweiterten PolitikerInnenbegriff; darunter subsumieren sich neben ParteipolitikerInnen, ParlamentarierInnen usw. auch politische AktivistInnen außerhalb staatlicher Institutionen. vgl. Harders, Cilja (1995): S 65

Telefonate und Vorsprechtermine musste ich zahlreiche Absagen hinnehmen. Auch bei fixen Zusagen sah ich mich mit der Situation konfrontiert, vergeblich auf meine Interviewpartnerin zu warten. Warum diese Frauen alle absagten, darüber lässt sich nur spekulieren und hat wahrscheinlich auch unterschiedliche Gründe. Doch neben vollen Terminkalendern liegt die Vermutung nahe, dass in Hinblick auf die als eher gespannt zu beurteilende politische Lage in Ägypten, die Skepsis hinsichtlich Unbekannten groß ist. Aufgrund eines rigoros betriebenen Spitzelwesens gelingt es nur schwer, Menschen zu öffentlichen Stellungnahmen zu bewegen, insbesondere dann, wenn es sich dabei nicht um rhetorische Standardaussagen handeln soll.

Durch zufällige Bekanntschaften an den richtigen Stellen gelang es mir schließlich doch Kontakte aufzubauen und diese durch das Dominoprinzip zu erweitern. Ich wurde weiterempfohlen und hatte somit durch die empfehlende Person einen Vertrauensbonus. Die Offenheit und kritischen Betrachtungen meiner Interviewpartnerinnen stellten nun einen interessanten Gegensatz zu meinen anfänglichen Erfahrungen dar. Interessant bei diesen Gesprächen war vor allem der sozio-ökonomische Background, die Schwerpunkte, welche die Akteurinnen in ihrer politischen Arbeit setzten und die Art, wie sie sich mit den politischen staatlichen Strukturen identifizierten.

Ich erhielt zudem die Möglichkeit, mich einer jungen Politikerin, einem Mitglied der NDP anzuschließen und sie in ihrem Parteialltag zu begleiten. Die Art des Netzwerkes, welches sie sich aufgebaut hatte, ihr Aufgabenfeld und ihr Auftreten in den Diskussionsrunden boten mir viel Aufschluss in Bezug auf Parteihierarchien und Geschlechterfestschreibungen. Es zeigte sich auch eine interessante Diskrepanz in ihrer Eigendarstellung, in den Gesprächen mit mir und in ihrem Wirken in ihrem politischen Umfeld.⁶⁰ Zahlreiche Hintergrundgespräche vervollständigten die Kommunikation mit und das Verständnis für politisch aktive Frauen und trugen zu einer Konkretisierung des verfügbaren Materials bei.

Die Aussagen dieser Gespräche dienten nun dazu, thematische Leitlinien zu

⁶⁰ zu Beobachtung als Methode der Sozialforschung vgl. Diekmann, Andreas (2003): S 456; Alemann, Ulrich von (1995): S 109ff. Teilnehmende Beobachtung ist nach Jürgen Friedrichs „die geplante Wahrnehmung des Verhaltens von Personen in ihrer natürlichen Umgebung durch einen Beobachter, der an den Interaktionen teilnimmt und von den anderen Personen als Teil ihres Handlungsfeldes angesehen wird.“ Friedrichs, Jürgen: „Methoden empirischer –Sozialforschung“. Opladen, Westdeutscher Verlag 1980: S 288

bilden und Schwerpunkte zu setzen. Wesentlicher Erkenntnisgewinn ergab sich aus der Selbstverortung der Akteurinnen und ihrer Wahrnehmung des politischen Umfeldes. Als wesentliches Konfliktpotenzial in der Legitimierung der jeweiligen Zugänge zu politischen Gremien zeigte sich der Balanceakt der Argumentation zwischen dem Bemühen eines authentischen Umganges mit Begriffen und Konzepten und dem Rekurs auf globalisierte Entwicklungsstrategien.

Die Literaturrecherche kam natürlich auch nicht zu kurz. Den Anfang bildete der Besuch der jährlich stattfindenden Kairoer Buchmesse – dem Äquivalent der Frankfurter Buchmesse für die arabische Welt. Auf diese Weise konnte ich mir einen Überblick über kürzlich veröffentlichte Fachliteratur machen und erstand zudem interessante Übersetzungen ägyptischer Rechtssätze – Auszüge des Personenstandsrechts, Familienrechts, öffentlichen Rechts usw.

Ich besuchte drei Monate lang einen Sprachkurs an der Amerikanischen Universität in Kairo und war somit in der glücklichen Lage, deren Bibliothek ausgiebig nutzen zu können, da der Zugang nicht so ohne weiteres möglich ist. Die Bibliothek, welche die größte Sammlung englischsprachiger Fachliteratur im Nahen Osten beherbergt, zeigte sich als wahre Goldgrube für mein Themenfeld, da viele Wissenschaftlerinnen arabischer Herkunft, insbesondere in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, zu vorliegendem Thema publizieren. Diese Tatsache ist insofern von Belang, als dass meine arabische Sprachbeherrschung zwar für den täglichen Bedarf ausreicht, nicht jedoch für die Lektüre wissenschaftlicher Arbeiten. Von Relevanz zeigte sich insbesondere jene wissenschaftliche Literatur, die sich mit der Resonanz westlicher Konzepte wie StaatsbürgerInnenschaft, Feminismus oder Moderne in einem postkolonialen Umfeld beschäftigt.

Nichtsdestotrotz fand sich auch in anderen Bibliotheken ausreichend englischsprachiges Material. Der Besuch der großen Bibliothek in Alexandria beispielsweise lohnte sich auf erfreuliche Weise. Vom Social Research Center in Kairo erfuhr ich freundliche Unterstützung und fand unveröffentlichte Studien zu Wählerinnenverhalten und Möglichkeiten der politischen Partizipation von Frauen. In der Bibliothek des „National Council for Women“, jener staatlichen Organisation, welche geknüpft an die Mehrheitspartei NDP (National Democratic Party) die offizielle Linie bezüglich Frauenbelange repräsentiert, fand ich zusätzlich graue Literatur zu Wahlpropaganda und viele weitere Publikationen Frauenthemen betreffend.

Zusammen mit den Büchern, welche ich aus den unzähligen Buchhandlungen in Kairo zusammengetragen habe, ergab sich nun eine umfangreiche Ansammlung an Material, welche es nun auf methodische Weise zu sichten und zu ordnen galt.

1.5.2 Strukturiertes Vorgehen

Im Rahmen meines Aufenthaltes in Kairo versuchte ich mich an die Richtlinien jener Methode der Feldforschung zu halten, welche Spivak folgendermaßen definiert:

„... , als den geduldigen Versuch, zu lernen, ohne dieses Wissen sofort zu verwerten, ohne es sofort weiterzugeben, ohne schon während des Lernprozesses an die akademische Verwertung zu denken.“⁶¹

Diesem Ansatz liegt das Aufbrechen der Einstellung zugrunde, die eigene Position als eine privilegierte wahrzunehmen, die dazu führt, sich unzureichend um ein dialektisches Verhältnis mit dem Gegenüber zu bemühen. Im Rahmen der Bemühung im Forschungsprozess soll vielmehr das eigene Verlernen, Lernen und Wieder-lernen im Mittelpunkt stehen. Unterschiedlichen Positionierungen ist mit vertrauensbildenden Maßnahmen entgegenzuwirken, die eigene Sichtweise als einen mit Vor-Urteilen behafteten Standpunkt zu identifizieren und in der Auseinandersetzung mit sich selbst und den eigenen Ansichten einen verantwortlichen Umgang zu entwickeln, in jenen Fällen, wo sie nicht abgebaut werden können.⁶²

Als wichtige methodische Herangehensweisen stellen sich das Historisieren (das Einbetten der Forschungsthematik in einen geschichtlichen Kontext), das Kontextualisieren (die Bedeutung von Interdependenzen und Verflechtungen auf allen Ebenen der Analyse) und das Pluralisieren (die Vermeidung vereinheitlichender Darstellungen) heraus.⁶³ Die vorliegende Arbeit stellt einen Versuch dar, diesen Vorgaben gerecht zu werden.

Daraus ergibt sich auch die formale Struktur des Forschungsvorhabens. Der Grundlagenteil dient dazu, die Thematik in breite gesellschaftliche und

⁶¹ Spivak, Gayatri Chakravoty zit. in: Kerner, Ina (2005): S 229

⁶² vgl. Kerner, Ina (2005): S 229ff

⁶³ vgl. Kerner, Ina (2005): S 221

politische Diskursfelder einzubetten. Zur Identifikation kolonialer Modelle in lokalen Partizipationsstrukturen, autochthonen Ausdrucksformen und den damit verbundenen Implikationen für die Teilhabe von Frauen am politischen Projekt und die Form geschlechtsspezifischer Problemwahrnehmungen wird die Analyse in einen historischen Kontext gestellt. Und schließlich dient das Herausfiltern vielfältiger AkteurInnen und Partizipationsfaktoren dazu, homogenisierende Darstellungsformen zu verhindern.

Die Erkenntnisse aus den Interviews dienten nun als Grundlage, die vorhandene Literatur nach spezifischen Inhalten und Determinanten zu durchsuchen. Die neuen Einsichten fungierten als Leitfaden, anhand dessen nun die vorhandene Literatur bewertet und gewichtet wurde. Spezifische wissenschaftliche Inhalte und Konzepte wurden selektiert und in den gesellschaftlichen Kontext gestellt. Daraus bildete sich ein Ordnungssystem, auf dessen Gerüst die Literaturarbeit aufbaut.⁶⁴

Aus der wissenschaftlichen Literatur konkretisierte sich ein für die Thematik relevantes Beziehungsgefüge zwischen staatlichen Strukturen und Politiken, frauenbewegten Ansprüchen und Forderungen und religiös-motivierten ideologischen Impulsgebern. Die Gespräche und Auswertungen biographischer Materialien erlauben Aussagen über Charakterisierungen politischer Akteurinnen und ihre Einbettung in ihr sozio-ökonomisches Umfeld. Die Konkretisierung theoretischer Kontextualisierungen und Verhältnisse ergab sich in der Beschäftigung mit jenen wissenschaftstheoretischen Texten, die sich wechselvollen Konfrontationen westlich-kritischer und postkolonialer Perspektiven und ihren Auswirkungen auf konkrete Partizipations- und Repräsentationsformen in der arabischen Welt widmeten. Die Auseinandersetzung wiederum mit einzelnen Gesetzestexten, insbesondere dem Verfassungstext bzw. der entsprechenden historisch-rechtlichen Literatur bilden den Rahmen für das Ausarbeiten rechtlicher Grundlagen frauenpolitischen Agierens. Praktische Ausdrucksformen von Geschlechterpolitik und ihre Dimensionen zeigen sich schließlich in der Auseinandersetzung mit aktuellem Zeitungsmaterial und wissenschaftlichen Studien.

Bei der selektierten Auswertung der relevanten Literatur kommt die (zeit)historische Methode der schriftlichen Quellenauswertung

⁶⁴ vgl. Alemann, Ulrich von (1995): S 117

(quellen-interpretative Textanalyse) zum Einsatz.⁶⁵ Im Rahmen einer hermeneutischen Herangehensweise wird versucht, den Sinn von Text herauszufiltern, selektiv auszuwerten und in einem historisch-politischen Kontext zu interpretieren. Systematische Auseinandersetzung mit der vorhandenen Literatur beinhaltet eine kontinuierliche Befragung nach Thesen und Argumentationen und ihre Übereinstimmung mit bisherigen Kenntnissen. Alemann und Forndran unterscheiden hierbei zwischen immanenter Kritik, also der Beschäftigung mit Vorannahmen des/der AutorIn und der Logik der weiteren Schlussfolgerungen basierend auf diesen Voraussetzungen und externer Kritik, im Sinne der Schlüssigkeit der Argumentationsstruktur und Formen der Allgemeingültigkeit der Vorannahmen.⁶⁶ Begriffe, Kategorien und Interpretationen sollen dabei für Modifikationen offen gehalten werden, um einen unsensiblen, einseitigen und statischen Umgang zu vermeiden.⁶⁷ Sollten Statistiken zur Anwendung kommen, dann nur zur Untermauerung einer interpretativen Analyse.

1.6 Bemerkung zur Übersetzung

Arabische Orts- oder Personennamen und Fachbegriffe, welche in der Arbeit auftreten, entsprechen keiner von mir persönlich angewandten strikten hocharabischen Übersetzungsregel. Sofern sie, dem allgemeinen Wortschatz entsprechend verständlich sind, verwende ich eine dem herkömmlichen Gebrauch folgende Form. „Koran“ beispielsweise entspricht keiner hocharabischen Transkription, ist aber trotzdem auch in dieser Schreibweise für jeden identifizierbar. Ansonsten beziehe ich mich auf Übersetzungen aus der englischsprachigen Literatur. In den Zitaten übernehme ich die jeweilige Schreibweise der AutorInnen. Auf diese Weise kann es im Rahmen der Arbeit zu etwas unterschiedlichen Schreibweisen bestimmter Begriffe kommen. Die Schreibform der Namen stammt aus dem Literaturverzeichnis oder sonstigen Angaben aus den Büchern. Da die verschiedenen AutorInnen selbst oft unterschiedliche Übersetzungen verwenden, versuche ich jene Schreibweise zu verwenden, welche sich nach

⁶⁵ vgl. Alemann, Ulrich von (1995): S 122

⁶⁶ vgl. Alemann, Ulrich von; Forndran, Erhard: „Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis“. Stuttgart, Kohlhammer 2002: S 132

⁶⁷ vgl. Becker-Schmidt, Regina (1985): S 94

meiner persönlichen Betrachtung am meisten durchgesetzt hat.

Intention dieser Arbeit ist es, eine Sprache zu verwenden – egal ob deutsch, englisch oder arabisch – die für ein allgemeines Publikum nachvollziehbar und verständlich ist. Außerdem ist die Bedeutung der verwendeten arabischen Worte vernachlässigbar in Hinblick auf ihre Relevanz bezüglich des Textes. Zudem wird kein arabisches Wort verwendet ohne eine entsprechende deutsche Übersetzung oder Erklärung folgen zu lassen.

2 Theoretische Kontextualisierungen und Verhältnisse

Im Folgenden sollen nun jene Begriffe und Konzepte identifiziert werden, die für das Verständnis der strukturellen Grundlage öffentlicher Positionen von Frauen als notwendig zu erachten sind. Um dem Anspruch gerecht zu werden, koloniale Strukturen sowohl in der Thematik als auch in der Herangehensweise an das Feld weniger zu reproduzieren als vielmehr aufzuzeigen, ist es das Anliegen der vorliegenden Arbeit, Definitionen und Zusammenhänge heranzuziehen, welche explizite Grundlagen postkolonialer und transnationaler Forschung bilden. Im Bewusstsein der ausdifferenzierten Forschungen im Rahmen der traditionsreichen klassischen „westlichen“ Theorien, soll an dieser Stelle nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, eine Perspektive einzunehmen, die komplexe Zusammenhänge abseits dominierender Narrationsformen anhand ihrer immanenten Ausdrucksformen identifiziert und zu westlich-kritischen Perspektiven in Bezug setzt. Das für die vorliegende Analyse als relevant erkannte Beziehungsdreieck stellen frauenbewegte Ansprüche, staatliche Haltungen und Ansprüche und religiös-motivierte Impulse dar. Die Korrelationen und Konflikte bilden dabei die Grundlage für das Verständnis politischer Entscheidungen hinsichtlich frauenspezifischer Ansprüche.

2.1 Bedeutung religiöser Diskurse und religiös-motivierter Bewegungen im Verhältnis zu Staat im Rahmen der Analyse

Religion, Diskurse über Religion und religiös motivierte Bewegungen gelten als zentrale Faktoren im Verständnis von Geschlechterverhältnissen und darauf basierender politischer Ordnungen in der Arabischen Welt. Der Ausdruck von Religion zeigt hierbei einen vielfältigen, heterogenen Charakter.⁶⁸ Auf religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit basierende Identitätskonzepte lassen sich im Kontext weit reichender sozialer Transformationsprozesse, als Reaktion auf globale Entwicklungen, erklären. Die Überlappung

⁶⁸ vgl. Joseph, Suad: „Gender and Citizenship in Middle Eastern States“ in: *Middle East Report* Vol. 26, Nr. 198/1996: S 6

von Globalisierungsdynamiken mit regionalen, historisch determinierten politischen, sozialen und kulturellen Umschwüngen und Kräfteverhältnissen führen zu gewaltigen gesellschaftlichen Erosionen, welche auf einer individuellen Ebene als politische und soziale Kontrollverluste wahrgenommen werden. Das Gefühl der Ohnmacht gegenüber den so empfundenen Zumutungen exogener Gewalten verstärkt die Sensibilisierung für politisierte, politische und ethnische Bewegungen, die in ihren Gegenmodellen die Kreation einer „authentischen“ Gemeinschaft propagieren.⁶⁹

In diesem Kontext erfährt Religion eine Instrumentalisierung im Kampf gegen Orientierungslosigkeit und für ein neues Selbstbewusstsein im Rahmen einer religiösen – respektive muslimischen Identität. Zunehmender Einfluss westlicher Gesellschafts-, Kultur- und Wirtschaftsmodelle wirken auf die Bevölkerung ehemals kolonialisierter Länder als neue, noch arglistigere Formen westlicher Vereinnahmungen. Dieser Bedrohung religiös-geprägter Identitäten und Lebensformen gilt es zu begegnen und bietet einen wesentlichen Legitimationsfaktor für das verstärkte Auftreten religiös-motivierter politischer Strömungen.⁷⁰

2.1.1 Aspekte religiöser Legitimierung in staatlichen Strukturen

In einem Großteil der arabischen Staaten – so auch in Ägypten – ist die Staatsangehörigkeit gekoppelt an die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft. Eine Folge davon ist die Konstruktion und Institutionalisierung einer religiösen Identität als politische Identität. Suad Joseph spricht hier von einer Vermittlung der Staatszugehörigkeit durch eine subnationale Gemeinschaft, welche als alternative Variante zu gelten scheint, zu gegensätzlichen westlich-liberalen Vorstellungen einer unvermittelten exklusiven Beziehung zwischen individualisierter Bürgerin und

⁶⁹ vgl. Kreile, Renate: „Identitätspolitik, Geschlechterordnung und Perspektiven der Demokratisierung im Vorderen Orient“ in: Rumpf, Mechthild; Gerhard, Ute; Jansen, Mechthild M. (HrsgIn): Facetten islamischer Welten. Geschlechterordnungen, Frauen- und Menschenrechte in der Diskussion. Bielefeld, transcript Verlag 2003: S 33

⁷⁰ vgl. Kixmüller, Jan: „Islamische Gesellschaft: Demokratie und soziales Netz bei den Muslimbrüdern“ in: Ibrahim, Ferhad (Hrsg): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. Hamburg, Demokratie und Entwicklung Band 19 Lit 1995: S 119; Kandiyoti, Deniz: “Women, Islam and the State“ in: *Middle East Report* Nr. 173/1991b: S 9

individualisiertem Bürger und Staat.⁷¹

*“Membership in a religious sect has been, in practice, a requirement of citizenship in most Arab states. Through this, Arab states have not simply legalized a social reality, but have actively constructed it by requiring and making membership in religious communities strategically necessary for citizens. With the elevation of religious identity to civil status the state, in effect has conceived of the nation as fragmented into sub-communities.”*⁷²

Religiöse Argumentationen bezüglich der Verknüpfung von Gender und StaatsbürgerInnenschaft veränderten sich dabei stark hinsichtlich historischer und regionaler Gegebenheiten. Der Rekurs auf religiöse Positionen legitimiert dabei aber immer wieder das Festhalten an patriarchalen Systemen, welche durch hierarchisch gegliederte Familienordnungen symbolisiert werden. Diese werden gefestigt durch eine patrilineare⁷³ Genealogie. Der Erwerb eines religiösen Status über die väterliche Verwandtschaftslinie ist dabei verbunden mit dem Anspruch verschiedener Rechte und Privilegien. Kinder gehören der väterlichen Verwandtschaftslinie an, was bedeutet, dass im Falle einer Trennung des Ehepaares die Kinder ab einem gewissen Alter dem Vater und dessen Familie zugesprochen werden. Viele Frauen vermeiden aus diesem Grunde eine Scheidung, um nicht das Sorgerecht für ihre Kinder zu verlieren. Eine weitere unverhältnismäßige Auswirkung religiös argumentierter gesellschaftlicher Einschränkungen geht von der Annahme aus, dass im Falle einer ehelichen Beziehung über Religionsgrenzen hinaus, die Frau die Religion und Gepflogenheiten ihres Mannes annimmt, um auch die Kinder im Sinne der väterlichen religiösen Sozialisierung erziehen zu können. Aus diesem Grund werden Eheschließungen von Frauen von ihrer jeweiligen Gemeinschaft strenger überwacht als jene von Männern.⁷⁴ Das staatliche Zugeständnis, das Personenstandsrecht, worunter Richtlinien bezüglich Ehe- und Scheidungsrecht usw. fallen, den Ordnungen und Vorschriften der einzelnen religiösen Gemeinschaften zu unterstellen, ist

⁷¹ vgl. Joseph, Suad: “Gender and Citizenship in the Arab World”. Amman, UNDP Concept Paper for the Mediterranean Development Forum 2002: S 11 – www.undp-pogar.org/publications/gender/suad/gender.pdf; Joseph, Suad (1996): S 6f

⁷² Joseph, Suad (2002): S 12

⁷³ Patrilinearität bezeichnet die Erbfolge über die männliche Blutlinie, also eine Genealogie der Väter und Söhne.

⁷⁴ Diese unterschiedliche Inkludierung in ein patriarchales System wird in Kapitel 1.4.2. theoretisiert.

Beweis für die immanente Kraft religiöser Überzeugungen und ihrer Verankerung im individuellen Bewusstsein. Christliche BürgerInnen – im Falle Ägyptens koptische BürgerInnen – unterliegen im Familienrecht also einer anderen Rechtssprechung als ihre muslimischen MitbürgerInnen.⁷⁵ Die Betonung der Bedeutung von Familie⁷⁶, mit ihren patriarchalen Hierarchien und patrilinealen Strukturen, als wesentliche Voraussetzung des StaatsbürgerInnentums wird auf diese Weise durch religiöse christliche und muslimische Instanzen zu einer rechtlichen Gewalt. Die Komposition von StaatsbürgerInnenschaft über Subnationalitäten hat in diesem Fall mehr diskriminatorisches Potenzial gegenüber Frauen als gegenüber Männern.⁷⁷ Familienrecht⁷⁸ wird zu einem wesentlichen Austragungsort im Konflikt um Geschlecht und BürgerInnenrechte zwischen FeministInnen, NationalistInnen, IslamistInnen und Staatslenkern. Die Neugestaltung dieses Rechts ist einer der kontroversesten Tagesordnungspunkte innerhalb liberal-reformistischen Fronten, religiös-motivierten politischen Bündnissen

⁷⁵ Diese Regelung könnte als Ausdruck religiöser Toleranz gewertet werden, Sami Awad Al-Deeb Abu Sahleya verweist jedoch auf die Nachteile einer derartigen Systematik: es untergräbt Staatssouveränität durch die Abgabe von Zuständigkeiten an die religiösen Gemeinschaften; es schwächt das Gefühl der Zugehörigkeit der StaatsbürgerInnen zu ihrem Land und unterdrückt den Geist der Solidarität innerhalb der Gemeinschaften. vgl. Sahleya, Sami Awad Al-Deeb: "The Need to Unify Personal Status Laws" in: *A Quarterly Women's Human Rights Journal* Nr. 3/1996: S 18

⁷⁶ zur Bedeutung von Familie vgl. Kapitel 2.2.1.

⁷⁷ vgl. Joseph, Suad (2002): S 13ff, Bis vor kurzem beispielsweise war es ägyptischen Frauen, die mit nicht-ägyptischen Männern verheiratet waren nicht möglich, ihre StaatsbürgerInnenschaft auf ihre Kinder zu übertragen. Kinder erhielten ihre BürgerInnenrechte nur über den Vater. vgl. NCW: "Egypt". 2006: S 3 – www.un.org/womenwatch/daw/Review/responses/EGYPT-English.pdf

⁷⁸ Das Personenstandsrecht, welches Regelungen zu Heirat, Scheidung, Unterhalt und Erbschaft in sich vereint, zeichnet sich durch eine Reihe von Faktoren mit diskriminierendem Potential auf unterschiedlichen Ebenen aus. Es fehlen beispielsweise einheitliche Gesetze und Rechtssprechungen. In Ägypten wurden konfessionelle Gerichte nach 1955 zwar verboten, die Rechtssprechung bezüglich Familienrecht erfolgt aber nach wie vor nach Konfessionen. Die muslimische Rechtssprechung konstituiert sich aus einer Vielzahl fragmentierter und lückenhafter Gesetzestexte, welche durch Praxis historischer Rechtsprüche ergänzt werden. Eine weitere Schwierigkeit in der Handhabung der einzelnen Familienrechte ergibt sich bei Beziehungsverhältnissen über Religionsgrenzen hinaus. Diskriminierungsmechanismen beginnen bei der Verweigerung der Legitimität von Beziehungen bis hin zu fehlenden Erbschaftsansprüchen. Ein weiterer wesentlicher Punkt sind Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, welche in Bekenntnissen zur Polygamie und Dominanzbeziehungen kulminieren. vgl. Abu Sahleya, Sami Awad Al-Deeb (1996): S 18f. Essam Fawzy bietet einen ausführlichen Überblick über die Handhabung des islamischen Personenstandsrechts in Ägypten, ihre Auswirkungen auf weibliche Lebensrealitäten und Potentiale möglicher Reformen. vgl. Fawzy, Essam: "Muslim personal status law in Egypt: the current situation and possibilities of reform through internal initiatives" in: Welchman, Lynn (HrsgIn.): *Women's Rights and Islamic Family Law*. London, Zed Books Ltd 2004

und säkularen Frauenbewegungen.⁷⁹ Dieser Konflikt offenbart laut Suad Joseph:

*“... a testimony to the centrality of women’s bodies and behaviour to notions of nation and state and a testimony to the centrality of „family“ to social and political projects. Usually regulating marriage, divorce, child custody and inheritance, family law (also called personal status code) may rightfully be said to be the most critical site of power of religious communities over the shape of citizenship in Arab states.”*⁸⁰

Die Anerkennung einer Vielzahl familienrechtlicher Richtlinien lassen Frauen ohne einheitliches rechtliches Rahmenwerk zurück. Araberinnen erfahren auf diese Weise unterschiedliche Realitäten, ohne sich auf ein gemeinsames Zivilrecht beziehen zu können.⁸¹

Religion wird auf diese Art zum Regulator staatlichen Handelns. Religiöse Gemeinschaften und religiös-motivierte politische Strömungen erhalten die Basis für ihr Schaffen und die nötigen Zugänge, um als ideologische Impulsgeber fungieren zu können. Diese Funktionalisierung staatlicher Politik wirkt sich auf Ebenen aus, welche insbesondere auch Auswirkungen auf Lebensverhältnisse von Frauen haben.

2.1.2 Politisierte religiöse Bewegungen und ihre Funktionalisierung staatlicher Politik

In diesem Abschnitt gilt es die Rolle politisierter religiöser, explizit islamisch determinierter Strömungen⁸² und ihr Verhältnis zu staatlichen Strukturen zu beleuchten. Anspruch ist jedoch nicht, den Islam als Religion auf den Prüfstand zu stellen.⁸³ Vielfältige Erklärungskonzepte zur Darstellung von Geschlechterordnungen in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit

⁷⁹ vgl. Joseph, Suad (2002): S 20

⁸⁰ Joseph, Suad (2002): S 21

⁸¹ vgl. Joseph, Suad (2002): S 21; Abu Sahleja, Sami Awad Al-Deeb (1996): S 18

⁸² Auch koptische politische Bewegungen bilden wesentliche Kräfte und Konfliktpotenziale, inklusive ihrer machstrategischen Rekurse auf die „Rolle der Frau“. In der Auseinandersetzung mit staatlichen Kräften spielen islamisch argumentierende politische Formationen jedoch eine ungleich größere Rolle, insbesondere in der Determination gesellschaftlicher Vorstellungen und Regeln.

⁸³ Ziel hierbei ist der Versuch der Überwindung einer analytischen Fixierung auf „den Islam“, da dadurch die Rolle des Staates als wesentliche Kondition in weiblichen Lebensrealitäten unterbewertet wird. vgl. Terpin, Evelyn (1995): S 211

auf die Leitkategorie „Islam“ zu reduzieren ist schlichtweg unzulässig, da nicht primär die Auseinandersetzung mit Religion an sich zum Verständnis sozialer und politischer Entwicklungen führt, sondern vielmehr die Frage im Mittelpunkt steht, welche Akteure auf welche Weise Religion zu ihrem Zwecke interpretieren. Vielmehr ist es Anliegen, Argumentationsstrukturen und die darin implementierten psychologischen, sozialen und politischen Bedürfnisse und Interessen näher zu beleuchten.⁸⁴ Aufgrund der Vielfältigkeit der unterschiedlichen Bewegungen und Perspektiven soll dabei Fokus auf die größte islamistische Bewegung des Landes, den Muslimbrüdern gelegt werden, welche auch als größte politische Opposition zum staatlichen Regime durch ihre kontinuierliche Verankerung in den Institutionen des Landes auftreten. Die Auseinandersetzungen zwischen den grundsätzlichen Perspektiven der Muslimbrüder und staatlichen Haltungen stellen einen grundlegenden Rahmen in den Diskussionen um Geschlechterpolitik und explizit um sozial anerkannte Frauenrollen dar.

Religion und hier insbesondere der Islam als identitätsstiftende Kategorie spielt generell eine wesentliche Rolle in der gesellschaftlichen Selbstverortung Ägyptens. Circa 90% der ägyptischen Bevölkerung bezeichnen sich als Muslime. Die unterschiedlichen Ausformungen religiöser Ausdrucksweisen zeigen dabei eine erstaunliche Bandbreite:

„Die islamische Strömung Ägyptens reicht von Wohltätigkeits- und Bildungseinrichtungen bis zu gewinnorientierten islamischen Banken, Investmentfonds, Import- und Exportfirmen und von reformerisch gesonnenen Intellektuellen bis zu kompromisslosen Eiferern, die jegliche Anpassung an Normen, Institutionen und Verhaltensweisen nicht-islamischen Ursprungs verweigern, den radikalen Bruch mit der eigenen, angeblich vom Islam abgefallenen Gesellschaft fordern und gegen ihre inneren und äußeren Feinde den bewaffneten Dschihad führen.“⁸⁵

Gesellschaftliche Verankerungen in der Religion spielen immer dann eine Rolle, wenn andere Konzepte wie Nationalismus oder Wirtschaftsliberalismus

⁸⁴ vgl. Kreile, Renate: „Der Kampf um die Frauen. Politik, Islam und Gender im vorderen Orient“ in: *gender...politik...online* April 2007: S 3 - http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/r_kreile/renate_kreile.pdf

⁸⁵ Krämer, Gudrun: „Aus Erfahrung lernen? Die islamische Bewegung in Ägypten“ in: Six, Clemens; Riesebrodt, Martin; Haas, Siegfried (Hrsg.): *Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung*. Wien. StudienVerlag 2004: S 185f

keine adäquaten Lösungsstrategien für Konfliktsituationen liefern. Durch die Besinnung auf Religion wird versucht, herrschende, als defizitär wahrgenommene Lebensrealitäten durch Anknüpfungen an so empfundene Sternstunden der eigenen Geschichte und ihrer religiösen Implikationen zu überwinden. Dem „islamischen Trend“, wie Nazih Ayubi ihn bezeichnet, ist eine wachsende politische Bedeutung in Ägypten zuzuschreiben. Ayubi beschreibt drei Phänomene⁸⁶, die diese Aussage untermauern:

1. Eine steigende Anzahl an religiösen Schriften erfreut sich immer größerer Beliebtheit, in allen Schichten der Gesellschaft. Damit verbunden ergibt sich ein immer größer werdender sozialer und politischer Druck, religiös motivierte Ideologien in Bereiche des sozialen Miteinanders, in das Bildungswesen oder in die Verfassung zu inkorporieren. Der Rekurs auf religiös formulierte Argumentationsweisen macht auch vor säkularen Gruppierungen nicht Halt. Linke oder liberale Positionen beziehen sich vermehrt auf religiöse Formulierungen und der Betonung der eigenen glorreichen islamischen Geschichte, um sich auf diese Weise einer, wenn auch vergleichsweise geringen Zustimmung zu versichern.
2. Die politische Führung stützt sich auf religiöse Rhetorik um die eigene Herrschaft zu legitimieren. Die Betonung der eigenen Gläubigkeit dient dabei der Dekonstruktion der Argumentationsstrategie der Gegner. Die Vereinnahmung religiöser Institutionen wie el-Azhar⁸⁷ dienen dabei der Zementierung des Herrschaftsanspruchs.
3. Religion dient auch immer wieder als Instrument für soziopolitische Revolten. Diese sind manchmal von gewalttätiger Ausprägung und manifestieren sich in religiös motivierten politischen Bewegungen

⁸⁶ vgl. Ayubi, Nazih N.: „The Political Revival of Islam: The Case of Egypt“ in: *International Journal of Middle East Studies* Vol. 12, Nr. 4/1980: S 488

⁸⁷ Al-Azhar gilt als eine der wichtigsten religiösen Instanzen in der islamischen Welt und vereint in sich unterschiedliche Funktionen. Sie ist Moschee, Universität, Staatslegitimität und religiöse Autorität in einem. Zu unterschiedlichen Gelegenheiten dienen Fatwas (religiöse Meinungen) der Sheikhs von El-Azhar als legitimatisches Rüstzeug für bestimmte Politiken und Handlungen, wie beispielsweise Sadats umstrittener Friedensvertrag mit Israel oder die Reformierung des Personenstandsrechts von 1979. Auf diese Weise wurde die Azhar-Institution zu einem offiziellen Sprachrohr religiöser Doktrin und dadurch religiöse Legitimität staatlicher Macht. Die eigene Legitimität wird jedoch aufgrund ihrer Koalition mit der herrschenden Elite von KritikerInnen, insbesondere IslamistInnen, stark angezweifelt, auch wenn die Institution nach wie vor große Reputation innerhalb der Bevölkerung genießt. vgl. Karam, Azza M. (1998): S 14f

unterschiedlicher Ausrichtungen.

Konservative islamische Kräfte im öffentlichen Leben Ägyptens zeigen sich in unterschiedlichen Formationen: als wohltätige Bewegungen und Organisationen, meist gekoppelt an eine Moschee, als „institutionalisierter Islam“ - also dem offiziellen islamischen Establishment, in Ägypten repräsentiert durch die Theologen von Al-Azhar, dem Ministerium für religiöse Stiftung bzw. dem Büro des Großmufti von Ägypten oder als politischer Islam, worunter beispielsweise die Muslimbruderschaft zu subsumieren ist. Formationen mit potentieller Gewaltbereitschaft werden unter anderem durch die „Gama’at al-Islamiyya“ verkörpert.⁸⁸

Die Darstellung dieses Phänomens der politisierten Ausformung religiöser Bewegungen wird begleitet von einer Fülle an oft verwirrenden Begriffen wie „islamischer Fundamentalismus“⁸⁹, „politischer Islam“, „Integralismus“⁹⁰, „(Re)Islamisierung“⁹¹, „islamischer Extremismus“, „Islamismus“ und vielen mehr. Der in dieser Analyse favorisierte Begriff „Islamismus“ dient in Anlehnung an Gudrun Krämer der Beschreibung eines heterogenen diskursiven Systems, welches sich insofern von herkömmlichen muslimischen Lebensverhältnissen in Ägypten abhebt, als dass es Religion als politische Doktrin formuliert.⁹² Azza Karam untermauert das Anliegen vorliegender Arbeit, dem Forschungsfeld immanente Begriffe zu identifizieren und liefert

⁸⁸ vgl. Al-Ali, Nadjé: „Feminism and contemporary debates in Egypt“ in: Chatty, Dawn/Rabo, Annika (HrsgIn): *Organizing Women. Formal and Informal Women’s Groups in the Middle East*. New York, Berg 1997: S 180; Endres, Jürgen: „Zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit. Muslimbruderschaft und militante Islamisten in Ägypten“. Hamburg, Universität Hamburg 1994: S 30

⁸⁹ Das Wort „Fundamentalismus“ findet seinen Ursprung in einem christlich-protestantischen Kontext. Abgesehen davon führt die Verwendung dieses Begriffs zu Homogenisierungen in der Sicht auf die Unterschiede innerhalb religiös-argumentierender politischer Bewegungen, Polarisierungen und zur Kreation des Islams als generelles Feindbild. vgl. Karam, Azza (1998): S 17; Kixmüller, Jan (1995): S 117f

⁹⁰ Die integralistische Position umfasst die Ansicht, dass alle Aspekte des menschlichen Lebens, wie auch die Politik, einer Hegemonie der Religion unterworfen ist, wobei der Art der Anwendung der Regeln und Grundsätze der Shari’a einer weitgehenden Autonomie des Einzelnen unterliegt. vgl. Flores, Alexander: „Secularism, Integralism and Political Islam: The Egyptian Debate“ in: *Middle East Report* Nr. 183/1993: S 33

⁹¹ Auch der Begriff der „(Re)Islamisierung“ ist unzureichend, da es sich nicht um die (Wieder)Belebung einer religiösen Dimension handelt. Nicht der Grad der Religiosität steht im Mittelpunkt, sondern vielmehr spezifische Ausdrucksweisen und ihre historischen Veränderungen. vgl. Steinbach, Udo: „Flucht in die Geschichte? Zur Genesis und Wirkung islamistischer Strömungen“ in: Lüders, Michael (Hrsg.): *Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der arabischen Welt*. München, Piper 1993: S 81

⁹² vgl. Krämer, Gudrun (2004): S 186

weitere wichtige Argumente für die Bevorzugung dieses Begriffs:

*“First of all, because the Islamist activists I interviewed in Egypt all defined themselves as such. Secondly, Islamism refers more adequately to a political agenda to islamize society and state. And finally, but following from the previous point, fundamentalism as a term misleads, because not all those who wish to live their life according to the fundamentals of their religion have a political agenda.”*⁹³

Sozioökonomische Transformationsprozesse, welche in den letzten Jahrzehnten weit reichende gesellschaftliche Veränderungen, Umstrukturierungen der Arbeitsmärkte und neu Verortungen im globalen System mit sich brachten, führten, angesichts eines tatenlosen Staates, zu wachsendem Zuspruch islamistischer Bewegungen, welche sich als letzten Ausweg aus Armut, Erwerbslosigkeit, Marginalisierung und katastrophalen Wohnverhältnissen präsentieren. Als Lösungsstrategie dient die Verwirklichung einer „gerechten Ordnung“ nach islamischen Regeln.⁹⁴ IslamistInnen zufolge ist hier die Beschränkung einer islamischen Lebensführung auf individueller Ebene nicht ausreichend. Vielmehr gilt es die Shari’a⁹⁵ im Rahmen einer öffentlichen Rechts- und Werteordnung durchzusetzen. Voraussetzung dafür stellt eine islamische Staatsgewalt dar.⁹⁶ In Ägypten zeigt sich für die Verfolgung dieses Zieles primär die Muslimbruderschaft verantwortlich.

1928 von Hasan al-Banna gegründet, konnte sich die Muslimbruderschaft in all den Jahrzehnten ihrer legalen und illegalen Tätigkeiten einen reichen Erfahrungsschatz im Umgang mit unterschiedlichen Regimen, Gegnern und Kritikern aneignen. Bereits in den 40er Jahren bildeten sich innerhalb der Bruderschaft unterschiedliche Richtungen heraus. Während die überwiegende Mehrheit einem gemäßigten Flügel angehörte, welcher in sozialen und

⁹³ Karam, Azza M.: “Contemporary Islamisms and Feminisms in Egypt” in: Women Living Under Muslim Laws. London, Women Living Under Muslim Laws Dossier 1997a: S 39

⁹⁴ vgl. Kreile, Renate (2007): S 9

⁹⁵ „Shari’a“ bezeichnet ein Regelwerk an Normen und Regeln, woran religiöse Muslime ihr Leben orientieren. Sie setzt sich aus zwei Primärquellen zusammen - dem Koran und den so genannten Hadithen (die gesammelten Aussagen des Propheten). Sie gelten als wichtigste Ressourcen im islamischen Recht. Komplettiert wird dieser Kanon durch die Übereinstimmung der Gläubigen und das Beispiel anderer Propheten, der Gefährten Muhammeds und das Gemeinwohl. Es existieren vier sunnitische Rechtsschulen – Hanafiten, Malikiten, Schafiten und Hanbaliten - und eine schiitische – die Jafariten. vgl. Flores, Alexander: „Die arabische Welt“. Wien, Reclam 2003: S 228f

⁹⁶ vgl. Krämer, Gudrun (2004): S 186

wirtschaftlichen Fragen eine konservative Position einnahm, bewaffneten Kampf ablehnte und sich zur Kooperation mit dem herrschenden Regime bereiterklärte, sympathisierte ab den späten 40er und frühen 50er Jahren ein linker Flügel mit den Ideen eines islamischen Sozialismus. Ein radikaler Teil der Organisation wiederum hielt den bewaffneten Kampf gegen seine politischen Gegner – im ägyptischen Fall die ehemaligen britischen Kolonialherren bzw. neoimperialistische Ambitionen westlicher Staaten, allen voran die USA und der ägyptische Staatsapparat – für notwendig und legitim.⁹⁷

Die Implementierung der Shari'a als Verfassungsrahmen wird als unumgängliches Prinzip zur Erlangung von Freiheit und Gerechtigkeit erachtet. Fundament dafür stellt ein grundlegender Gesinnungswandel auf gesellschaftlichen Ebenen und die sukzessive Reorganisation des öffentlichen Lebens dar. Trotz des verfassungsmäßigen Verbots Parteien mit religiös-orientierten Statuten zuzulassen, gelang es den Muslimbrüdern mit vorwärts strebender Beharrlichkeit zur stärksten oppositionellen Kraft zu avancieren.⁹⁸ Als Organisation formal illegal, wird sie dennoch als Bewegung von staatlicher Seite in verschiedener Hinsicht toleriert. Es ist ihnen möglich, eine wesentliche Präsenz zu zeigen und diese gesellschaftlich durch einen religiös-argumentierten Wohltätigkeits- und Bildungsauftrag zu zementieren.⁹⁹

Als soziale Bewegung sind sie tief in der Bevölkerung verankert und bieten dort jene sozialen und materiellen Leistungen, welche der Staat nicht aufzubringen vermag. Basierend auf Spenden und transnationalen Finanzstrukturen – überwiegend aus den ölreichen arabischen Ländern – ist es den Muslimbrüdern durch ihre Wohlfahrtsorganisationen möglich, umfassende, oft kostenlose medizinische Versorgung für ressourcenschwache Bevölkerungsschichten, Wohn- und Arbeitsvermittlung oder Unterstützung für Studierende anzubieten und füllen dadurch ein, durch neoliberale Wirtschaftsmodelle und Strukturanpassungsprogramme entstandenes, soziopolitisches Vakuum.¹⁰⁰ Auf diese Weise präsentieren sie sich als einzig authentische Alternative zum herrschenden politischen System, wobei ein

⁹⁷ vgl. Krämer, Gudrun (2004): S 189; Kixmüller, Jan (1995): S 120ff

⁹⁸ vgl. Kapitel 6.2.1.

⁹⁹ vgl. FRIDE: "Egypt". 2006: S 16 - http://www.fride.org/eng/Publications/Publication.aspx?Item_787

¹⁰⁰ vgl. Kreile, Renate (2007): S 9

regimekritisches Auftreten nicht per se bedeutet außerhalb dieser Struktur zu stehen.¹⁰¹

In regelmäßigen Intervallen werden Muslimbrüder im großen Stil verhaftet, mit der sich wiederholenden Begründung der Verschwörung zur Vitalisierung einer verbotenen Organisation. Trotz oder gerade wegen dieser rigiden staatlichen Maßnahmen, islamistische Bewegungen unter Kontrolle zu halten, gelang es Mitgliedern der Muslimbrüder im Laufe der Jahre durch kontinuierliche Infiltration politischer Parteien und Organisationen wesentliche Positionen in öffentlichen Segmenten zu besetzen.¹⁰²

In ihren Widerstandsdiskursen gegen einen korrupten, repressiven und wirtschaftlich ausgelaugten Staat gelang es nur islamistischen Bewegungen, alternative soziale, politische und ökonomische Strukturen anzubieten und sie schafften es auf diese Weise, hegemoniale Macht aufzubauen.¹⁰³ Der Einfluss islamistischer Diskurse auf die politische Landschaft Ägyptens ist auf vielen Ebenen sichtbar. Beispielsweise stimmen alle Parteien, zumindest rhetorisch darin überein, die Shari'a als Hauptquelle der Rechtsprechung zu akzeptieren. Rekurs auf Religion, mit ihrer über gesellschaftliche Grenzen hinweg verständlichen und auf klar strukturierenden Regeln aufbauenden Sprache wird mittlerweile von allen politischen AkteurInnen als populärer Ausdruck authentischer Konzepte angesichts einer als unkontrollierbar wahrgenommenen Verwestlichung und den damit verbundenen, so empfundenen sozialen Regellosigkeiten, wahrgenommen. Im Rahmen disziplinierender Maßnahmen bedienen sich IslamistInnen gerne Dichotomien, wie männlich/weiblich, Wahrheit/Lüge, Muslim/Nicht-Muslim, islamisch/westlich, um sich so zu positionieren und abzugrenzen.¹⁰⁴

Nicht nur oppositionelle politische AkteurInnen, sondern auch staatliche VertreterInnen selbst stützen sich zur Legitimierung ihrer Positionen auf religiös-argumentierende Rekurse. Staatliche AkteurInnen liefern sich mit IslamistInnen einen Wettstreit, wem das Zur-Schau-Tragen eines gläubigen Menschen besser gelingt. Präsident Sadat beispielsweise ließ sich in diesem

¹⁰¹ vgl. Krämer, Gudrun (2004): S 198; Zubaida, Sami: "Islam, the State and Democracy: Contrasting Conceptions of Society in Egypt" in: *Middle East Report* Nr. 179/1992: S 9; vgl. dazu Kapitel 3.2.2.

¹⁰² vgl. FRIDE (2006): S 16; Kixmüller, Jan (1995): S 126

¹⁰³ vgl. Karam, Azza (1997b): S 23

¹⁰⁴ vgl. Karam, Azza (1997b): S 25

Zusammenhang gerne als „den Präsidenten der Gläubigen“¹⁰⁵ darstellen.

*“In other words, Islamisms gradually challenge an increasingly impotent state by creating alternative structures and ideologies that they legitimize through successes. It is becoming increasingly politically advantageous to adopt certain features of political Islam to gain popular support and political clout.”*¹⁰⁶

Staat und islamistische Bewegungen, insbesondere die Muslimbrüder zeigen ein wechselseitiges Verhältnis von Akzeptanz und Ablehnung. Während die Muslimbrüder einerseits im Rahmen von Prozessen zur Kreation und Stabilisierung einer nationalen Einheit, Regierungen stützten und politische Transformationen mit trugen, nutzten sie gleichzeitig Schwachstellen staatlichen Handelns zur institutionalisierten Verbreitung ihrer Ideologien, um ihren Zielen substantiellen politischen Boden zu verschaffen. Auf der anderen Seite bedienten sich die politischen Führer Ägyptens gerne islamistischer Unterstützung zur Legitimierung ihrer Herrschaft und banden die Muslimbruderschaft zu bestimmten Perioden bis zu einem gewissen Grad ins politische System ein - insbesondere um besser Kontrolle über die gemäßigten Gruppierungen üben zu können, um sich ihrer zu Zeiten politischer Unzweckmäßigkeit wieder zu entledigen und mundtot zu machen.¹⁰⁷

Ein beinahe unüberwindlicher Kreislauf an Legitimierungsmustern entsteht, in dem sich der Staat immer häufiger religiös-motivierter Diskurse bedient, um den Muslimbrüdern SympathisantInnen abzuwerben und auf diese Weise jedoch selbst islamistische Agenden implementiert. Gleichzeitig erfährt er durch repressives Vorgehen gegen die Muslimbrüder einen Gesichtsverlust, was wiederum zu einer Stärkung derjenigen führt, die eigentlich bekämpft werden sollten.¹⁰⁸

Ein zentraler Austragungsort dieses Konfliktes stellt die Frage der Geschlechterordnungen und der „Moral“ von Frauen dar.¹⁰⁹ Basierend auf diesen widerstreitenden Konzeptionen wird der Zugang von Frauen zu öffentlichen Handlungssphären verhandelt und jene rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Grundlagen geschaffen, welche die politische

¹⁰⁵ vgl. Ayubi, Nazih (1980): S 484e

¹⁰⁶ Karam, Azza (1997b); S 25

¹⁰⁷ vgl. Abdalla, Ahmed: “Egypt’s Islamists and the State: From Complicity to Confrontation” in: *Middle East Report* Nr. 183/1993: S 29ff

¹⁰⁸ vgl. Karam, Azza (1997b): S 25f

¹⁰⁹ vgl. Kreile, Renate (2007): S 10

Teilhabe von Frauen und die Möglichkeit der Artikulation und Ausformung von Geschlechterpolitik determinieren.

2.1.3 Perspektiven religiös-motivierter politischer Bewegungen zu Geschlechterverhältnissen

Anliegen soll nicht sein, eine umfassende Darstellung sämtlicher Perspektiven und Einstellungen der unterschiedlichsten Strömungen zu liefern. Vielmehr gilt es einen grundsätzlichen Mainstream herauszufiltern, welcher Diskussionen zu aktuellen Geschlechterfragen beherrscht. Interessant ist hier, den Umgang mit Geschlechterzuordnungen näher zu beleuchten.

Islamistische Bewegungen ähneln nationalistischen Bestrebungen in ihrem Bemühen, Frauen für „ihre Sache“ zu mobilisieren. Tatsächlich können es sich insbesondere jene moderaten Gruppierungen, die auf Breitenwirkung spekulieren, nicht leisten auf weibliche Unterstützung zu verzichten.¹¹⁰

Das Geschlechterverhältnis ist für IslamistInnen von primärer symbolischer Bedeutung und dient gleichzeitig als Indikator für eine als chaotisch wahrgenommene und daher abzulehnende Geschlechter- und Werteordnung. Eine durch erodierende gesellschaftliche Strukturen entstandene soziale Orientierungslosigkeit wird als moralische Orientierungslosigkeit empfunden und deshalb bekämpft. Frauen als Identitätsmarkern kommt dabei die tragende Kraft in der Definition des Selbstverständnisses zu und vermittelt sich durch die Umsetzung eines rigiden Ordnungsschemas, welches sich über Symbolik, Werte- und Moralvorstellungen, Handlungs- und Bewegungsräume, Kleiderordnungen und Körpersprache entschlüsselt.¹¹¹

Moderne islamistische Einstellungen zu Frauenrealitäten fokussieren nicht mehr auf ausschließlichen Zuschreibungen als Hüterinnen des privaten Bereiches und Mütter. Im Rahmen von Gleichwertigkeitsdiskursen¹¹², welche im Gegensatz zu Gleichheitsdiskursen westlichen Couleurs stehen, geht es

¹¹⁰ vgl. Karam, Azza (1997b): S 23

¹¹¹ vgl. Kreile, Renate (2007): S 5ff

¹¹² Der Grundsatz der Gleichwertigkeit gründet auf der Ansicht, dass weiblicher Zugang zu Rechten und Pflichten nicht jenem des männlichen Zuganges entspricht, ohne jedoch eine Klassifizierung entlang hierarchischer Strukturen vorzunehmen. Die unterschiedlichen Aufgaben und Rollen von Männern und Frauen sollen dazu dienen, einander zu ergänzen und nicht als Konfliktpositionen gegeneinander stehen. vgl. Karam, Azza (1997b): S 19

darum, Frauen Zugänge zu öffentlichen Partizipationsforen zu gewähren, allerdings in jenen Bereichen, die ihrer Meinung nach „natürlichen“ weiblichen Betätigungsfeldern entsprechen, wie Wohlfahrt, soziales Engagement, Bildung und Gesundheit. Auch kommt es einem prinzipiellen Anspruch der Geschlechtersegregation entgegen, wenn Frauen die nötigen Ausbildungen erhalten, um Leistungen für andere Frauen zu gewährleisten. Bei der Notwendigkeit medizinischer Versorgung beispielsweise gilt die Ambition, Behandlungen durch Ärzte des eigenen Geschlechts zu garantieren, um aus islamistischer Perspektive, unnötige geschlechterübergreifende Interaktionen zu vermeiden. Auch Co-Unterricht in den Schulen entspricht nicht islamistischen Vorstellungen geschlechtergetrennter Sphären, weswegen aus ihrer Perspektive Lehrerinnenausbildungen zu einer Wiederherstellung „geordneter“ Verhältnisse beitragen können.

Islamistische Fraueninitiativen wiederum tragen ihren Beitrag innerhalb der Bewegungen dazu bei, Frauenbilder zu formulieren und zu definieren. Sie identifizieren geschlechtsspezifische Ungleichheiten und Unterdrückungsmechanismen als Ursache bewusster und unbewusster patriarchaler Fehlinterpretationen der Shari'a bzw. als Umsetzungen verwestlichter und kulturell unauthentischer Ideologien und plädieren für eine Rehabilitierung ursprünglicher Geschlechterbilder, so wie sie ihren eigenen Interpretationen nach, anknüpfend an historische Epochen islamisch-dominierender politischer Phasen, entsprechen sollten. Nach Auffassung von IslamistInnen ist eine gerechte islamische Gesellschaft jene, welche sich um die Anerkennung und den Respekt für die unterschiedlichen, einander ergänzenden Aufgaben der Geschlechter bemüht. Ein Wettkampf der Geschlechter existiert in diesem Konstrukt nicht. Ungleichheitsgenerierende Geschlechterstrukturen resultieren nach Meinung islamistischer Feministinnen nicht aus „gottgegebenen“ Geschlechterkonstrukten, sondern sind vielmehr allgemeine Unterdrückungsmechanismen, verursacht durch eine repressive staatliche Kraft, welche aufgrund fehlender religiöser Stärke zu Missbrauch neigt, und sich daraus auch ein unverhältnismäßiges Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern kreiert.¹¹³

¹¹³ vgl. Karam, Azza (1997b): S 21; Duval, Soraya: "New Veils and New Voices. Islamist Women's Groups in Egypt" in: Ask, Karin; Tjomsland, Marit (HrsgIn): Women and Islamization. Contemporary Dimensions of Discourse on Gender Relations. New York, Berg 1998: S 63ff

“They see what is happening to women as part of a societal process wherein proper Islamic principles are absent or, at best, are misused by a morally bankrupt and corrupt state regime.”¹¹⁴

Islamistische Gruppierungen mit breitem Zuspruch aus der Bevölkerung sind als moderne Bewegungen zu qualifizieren, deren Ruf zur „Rückkehr“ zu islamischen Regeln weniger auf einem Beharren auf althergebrachte Muster basiert, als vielmehr auf der Überwindung bestehender Macht- und Herrschaftsstrukturen gegründet sind, welche als defizitär und repressiv wahrgenommen werden. Die „Frauenfrage“ bildet hierbei Dreh- und Angelpunkt in internen Auseinandersetzungen und Abgrenzung zu anderen ideologischen Vorstellungen.

Um ihre politischen Ziele und die diesen zugrunde liegenden Vorstellungen von Geschlechterordnungen durchsetzen zu können, gehen die Muslimbrüder also mit einer Doppelstrategie vor. Einerseits tragen sie zur (De)Legitimierung der herrschenden Eliten bei, durch Thematisierung von sozialen, politischen und ökonomischen Krisen – unterschiedliche historische Phasen führen dabei zu wechselnden Konfliktparteien bzw. Verbündeten – andererseits schaffen sie durch Etablierung eines wohlfahrtspolitischen Systems eine gesellschaftliche Gegenmacht und damit eine ernstzunehmende Alternative zum herrschenden Regime.¹¹⁵

Frauenbewegtes Handeln und ihre Forderungen der Teilhabe im öffentlichen Raum spielt sich nun im Spannungsfeld dieses dialektischen Verhältnisses von Aktion und Reaktion staatlicher Politik und islamistischer Ansprüche, in den wechselnden Ausformungen des Tauziehens um Dominanz ab. Der kontinuierlich verhandelte Ausgang dieses Konflikts legt damit die Form der Repräsentationsmuster von Frauen sowohl in privaten, als auch öffentlichen Bereichen fest und bildet durch die unterschiedlichen Definitionen der Wertigkeit der Geschlechterverhältnisse, den Rahmen institutionalisierter Geschlechterpolitik.

¹¹⁴ Karam, Azza (1997b): S 21f

¹¹⁵ vgl. Kreile, Renate (2007): S 10

2.2 Bedeutung politischer Partizipation von Frauen

Möglichkeiten und Formen der Teilhabe von Frauen sind Ausdruck geschlechtsspezifischer Inklusions- und Exklusionsmechanismen. Sie dienen als Grundlage für die Art und Weise der Implementierung gender-gerechter Politiken. Der Grad und die Ernsthaftigkeit politischer Maßnahmen zur kontinuierlichen Verbesserung gleichheitsgenerierender politischer Strukturen stehen in einem dialektischen Verhältnis zu quantitativen und qualitativen Partizipations- und Repräsentationsmustern von Frauen. Unter „politischer Partizipation“ subsumieren sich nun, nach Susanne Lippert, zielgerichtete Handlungen von Personen mit dem Ziel, Aktivitäten und Entscheidungen von PolitikerInnen und RepräsentantInnen in institutionalisierten Arenen und Bürokratien zu beeinflussen.¹¹⁶

In diesem Kontext stellt sich nun die Frage, zu welchem Grad westliche Partizipations- und Repräsentationsformen als Nachlass kolonialer Herrschaft Eingang in Ägyptens politische Landschaft gefunden haben und wo und in welcher Weise sie sich manifestieren bzw. einen eigenständigen Ausdruck entwickeln konnten.

Als Grundlage zur Analyse von Frauen und Politik¹¹⁷ in Ländern der so

¹¹⁶ vgl. Lippert, Susanne: „Politisches Engagement – noch immer eine Frage des Geschlechts? Geschlechtsspezifische Aspekte politischer Partizipation unter besonderer Berücksichtigung politischer Proteste“. Hamburg, Verlag Dr. Kovac 2002: S 7

¹¹⁷ Harders, Kahlert und Schindler (2005) folgend, verwende ich eine weite Definition von „Politik“, der das oft spannungsgeladene Verhältnis zwischen Institutionen, symbolischen Determinationen, Ressourcen, Kommunikationsebenen und den jeweiligen Handlungen und Interaktionen der AkteurInnen beleuchtet, da eine einseitige Fixierung auf politische Institutionen und Einheiten des Nationalstaates zum Verständnis von Politik wenig dienlich ist. Drei Dimensionen des Politikbegriffes sind zu identifizieren um sie schließlich miteinander zu verknüpfen: *„das Verständnis von Politik als Machtspiel, als institutionalisierte Form der Herstellung legitimer Entscheidungen und als gesellschaftsverändernder Prozess oder transformierende, zielgerichtete Interaktion.“* Harders, Cilja; Kahlert; Heike; Schindler, Delia (2005): S 11

genannten Dritten Welt¹¹⁸ geht Georgina Waylen von drei Grundannahmen aus:

1. *“Politics“ does not have the same impact on women as it does on men as is often assumed and therefore this needs to be investigated.*
2. *The political process often alters gender relations, i.e. relations between men and women, and this needs to be explored.*
3. *Women often participate as political subjects in political activity in different way from men, which raises questions about the distinctiveness of “women’s political activity” – should it be classified and analysed as a separate entity?*¹¹⁹

¹¹⁸ An dieser Stelle möchte ich konkret auf die Schwierigkeiten hindeuten, welche die Verwendung bestimmter Begriffe mit sich bringen. In der Literatur klassischer Entwicklungstheorien subsumiert sich unter „Dritte Welt“ eine Region, dessen ursprüngliche Bedeutung auf die Formulierung eines dritten Blockes zwischen den Blöcken des Warschauer Pakts und der NATO zurückgeht. Präsident Nasser spielte hier eine wesentliche Rolle in der Etablierung dieses Blocks der Unabhängigen. vgl. Nohlen, Dieter (Hrsg.): „Lexikon Dritte Welt“. Reinbek, Rowohlt 2000: S 184f. Das heutige Verständnis von Dritte Welt Länder als vorindustrielle, rückständige Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika, welche neben erster (kapitalistischer) und zweiter (sozialistischer) Welt einen beinahe hoffnungslosen Aufholbedarf haben, birgt in seiner unreflektierten Verwendung die Gefahr wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Vormundschaft, da auf diese Weise die notwendige Entwicklung hin zu industriellen Erste Welt Standards impliziert wird. vgl. Coronil, Fernando: „Jenseits des Okzidentalismus. Unterwegs zu nichtimperialen geohistorischen Kategorien“ in: Conrad, S.; Randeria, S. (HrsgIn): Jenseits des Eurozentrismus. Frankfurt am Main, Campus Verlag 2002: S 180. Die Möglichkeiten jene Region zu beschreiben, in der Ägypten geopolitisch verortet werden kann, sind äußerst vielfältig. So kann es aus einer historisch-politischen Sicht als postkoloniales Land oder Transformationsland beschrieben werden; ökonomischen Diktionen zufolge ist Ägypten den Dritte Welt Ländern zu zu rechnen; aus geographischer Sicht liegt Ägypten überwiegend in (Nord)Afrika, wobei sich die Sinai-Platte auf der asiatischen Seite befindet bzw. wird es den Ländern des Nahen Osten oder des Mittelmeeres zugerechnet. Harders favorisiert die Unterscheidung zwischen Maghreb (den westlichen arabisch dominierten Nordafrikanischen Staaten) und Mashrek, worunter Ägypten zu zählen ist vgl. Harders, Cilja (1995): S 1f. Auf einer sozio-kulturellen Ebene kann Ägypten als Land mit muslimischer Mehrheitsgesellschaft betrachtet werden, wobei die wesentliche Minderheit der koptischen Christen nicht außer Acht zu lassen ist. „Muslimisch“ bezieht sich hier ausschließlich auf religiöse Grundeinstellungen der Bevölkerung und nicht auf staatlich dominierende Regierungsformen. Auch ist Ägypten zu den arabischen Ländern zu zählen. Die „Arabische Welt“ ist als Begriff zu verstehen, der auf seiner vereinfachendsten Ebene eine Region bezeichnet, die über 21 Länder vom Atlantik bis zum Persischen Golf erstreckt, deren offizielle Sprache Arabisch ist und welche gemeinsame, jedoch keinesfalls identische historische und politische Entwicklungen aufweisen. vgl. Karam, Azza (1999): S 6; Karam, Azza (2000): S 65. Bei der Verwendung all dieser Begriffe steht immer ein spezifisches Merkmal im Vordergrund, ohne jedoch sämtliche Aspekte berücksichtigen zu können. Im Rahmen dieser Analyse wird Fokus auf jene Begriffe gelegt, deren Bedeutung von unmittelbarer Relevanz für den jeweiligen Kontext ist.

¹¹⁹ vgl. Waylen, Georgina (1996): S 7

Diese Thesen bilden nun den Rahmen in der Auseinandersetzung mit staatlichen Geschlechterpolitiken, den ihnen zugrunde liegenden Geschlechterverhältnissen und daraus resultierenden Mechanismen und Strukturen. Brigitte Geißel und Virginia Penrose fassen dafür unterschiedliche Erklärungsansätze für Geschlechterunterschiede im Bereich der politischen Teilhabe auf einer theoretischen Ebene zusammen: historische Erklärungsansätze fokussieren auf Polarisierungen der Geschlechtercharaktere oder Entwicklung der Entstehung von Parteien unter Ausschluss von Frauen. Soziologische und ressourcentheoretische Erklärungsansätze befassen sich mit Wechselwirkungen zwischen sozioökonomischen Faktoren wie Ausbildung, Berufsposition, Alter und Geschlecht und Art und Ausmaß politischer Partizipation. Psychologische/psychoanalytische und moraltheoretische Erklärungsansätze erklären ungleiche Teilhabemöglichkeiten mit geschlechtsspezifischen Sozialisationsstrukturen in der Kindheit, in der Frauen partizipationshemmende Handlungsmuster erwerben und daraus resultierenden unterschiedlichen Moralvorstellungen und doppeltem Legitimationsdruck von Politikerinnen. Sozialtheoretische Ansätze beschäftigen sich mit geschlechtsspezifischen politischen Sozialisationen, wie biographische Brüche oder Einflüsse gesellschaftlichen Wandels und defizitären Qualifikationen von Frauen, worunter sozialstrukturelle Faktoren, weibliche Lebenszusammenhänge und parteiorganisatorische Einflussfaktoren subsumiert werden. Institutionstheoretische Erklärungsansätze fokussieren auf Wahlsystemen, Parteistrukturen, Rekrutierungsmustern und dem Konzept von „Staat als Männerbund“¹²⁰. Demzufolge erfolgt eine strukturelle Diskriminierung durch systematische Exklusionsmechanismen, welche Frauen den Zutritt zu formell geregelten Institutionen erheblich erschwert. Männliche Werte, Normen, Denk- und Handlungsmuster werden in scheinbar neutralen Strukturen und Dynamiken von Politik eingeschrieben. Politik-kulturelle Erklärungsansätze zielen auf Auseinandersetzungen mit nationalen politischen Kulturen und ihre impliziten Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen und -rollen. Es stellt sich zudem die Frage nach der individuellen politischen Orientierung und Formen anderer Politikstile und eines anderen

¹²⁰ vgl. Kreisky, Eva: „Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung“ in: Kreisky, Eva; Sauer, Birgit (HrsgIn): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Frankfurt/Main, Campus Verlag 1995: S 215ff

Politikverständnisses von Frauen.¹²¹

Soweit ist diese Beurteilung noch kein Spezifikum postkolonialer Staaten. Es stellt sich jedoch heraus, dass viele dieser Ansätze Erklärungen für Strukturen und ihre Auswirkungen auf Partizipations- und Repräsentationsmuster in Ägypten bieten, bzw. spezifische Erfahrung von Frauen im politischen Feld auf diese allgemeinen Anstöße zurückgeführt werden können.

Schwierigkeiten in der Herangehensweise an die Thematik der politischen Partizipation von Frauen ergeben sich in der Beschäftigung mit konventioneller politikwissenschaftlicher Literatur. Im Gegensatz zu anderen Sozialwissenschaften wie Soziologie oder Anthropologie dauerte es innerhalb der Politikwissenschaften lange, eine Gender-Perspektive in ihren Annahmen zu berücksichtigen. AnalystInnen in so genannten „harten“ Politikfeldern wie Wirtschaftspolitik oder internationale Beziehungen tun sich nach wie vor schwer dem Geschlechter-Aspekt einen Wert beizumessen.¹²²

Der Grad an politischer Partizipation¹²³ ist einer der Indikatoren für Demokratie¹²⁴ und Entwicklung in einem Land. Er stellt sowohl auf lokaler

¹²¹ vgl. Geißel, Brigitte; Penrose, Virginia (2003): S 14ff; Geißel, Brigitte (2004): S 9ff

¹²² vgl. Waylen, Georgina (1996): S 7

¹²³ Kontroverielle Reformen in Ägypten bezüglich des Gesetzes zur politischen Partizipation Nr. 73 des Jahres 1956 (in seiner veränderten Version von 2005) beinhalten beispielsweise neue Strafverfahren für JournalistInnen, bei Überführung der Verbreitung falscher Informationen mit der Intention der Beeinflussung von Wahlergebnissen. vgl. FRIDE (2006): S 12

¹²⁴ Demokratie und demokratische Verhältnisse werden durch StaatsbürgerInnenschaftsrechte, Möglichkeiten der Partizipation auf unterschiedlichen Ebenen, Inklusionsmechanismen, Struktur und Aktivitäten politischer Parteien, Wahlen und dem System der checks und balances dargestellt. Die Qualität von Demokratie wird nicht nur über die Form der Institutionen determiniert, sondern auch über das Ausmaß der Teilhabe heterogener, sozialer Gruppen in diesen Institutionen. Auf diese Weise stellen die Geschlechterverhältnisse eine immanente Rolle in der Darstellungsstrategie von Demokratie dar, da durch die Abwesenheit von Frauen im politischen Leben eine männlich geprägte, unkomplette und von Vorurteilen behaftete Form von Demokratie Definitionsmacht besitzt. vgl. Moghadam, Valentine M.: „The Gender of Democracy: The Link Between Women's Rights and Democratization in the Middle East“ in: *Arab Reform Bulletin* Vol 2, Nr. 7/2004: S 2 – www.carnegieendowment.org/pdf/files/arb-july-2004.pdf. Pippa Norris und Ronald Inglehart stellen, basierend auf Untersuchungen des *World Values Survey* aus den Jahren 2000 bis 2002 fest, dass Demokratie in der Bevölkerung des überwiegenden Großteils aller Länder, unabhängig der jeweiligen Dominanzkulturen, als beste Regierungsform wahrgenommen wird. In Ländern mit muslimischen Bevölkerungsmehrheiten liegt die Zustimmung zu demokratischen Institutionen zwischen 92 und 99 Prozent – eine höhere Befürwortung als beispielsweise in den USA mit 89 Prozent. vgl. Inglehart, Ronald; Norris, Pippa: „Islamische Demokratie: Frauenfrage als Prüfstein“ in: *Europäische Rundschau* Nr.2/2003: S 38f

wie auf nationaler Ebene einen Weg der Einflussnahme auf gesellschaftliche Entscheidungen, Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten und der Wahl der politischen RepräsentantInnen dar. Aktive Politikgestaltung ist Ausdruck von StaatsbürgerInnenschaft und stellt die Möglichkeit der Artikulation von Rechten dar. Ein hohes inkludierendes Niveau an politischer Partizipation muss durch faire und reguläre Wahlen garantiert werden, ohne größere Segmente der mündigen Bevölkerung und ihre politischen und gesellschaftlichen Freiheiten auszuschließen.¹²⁵

Der Versuch politische Entscheidungen zu beeinflussen, kann sowohl auf formeller als auch informeller Ebene geschehen. Möglichkeiten der formellen Kategorie inkludieren unter anderem Mitgliedschaft in politischen Parteien und Gewerkschaften oder das aktive und passive Wahlrecht. Demonstrationen beispielsweise stellen eine informelle Form der politischen Artikulation dar. Weitreichende Repräsentation¹²⁶ in beiden Bereichen wird durch die praktische Ausübung des Staatsbürgerschaftsrechts¹²⁷ garantiert. Das politische System

¹²⁵ vgl. Holland-Cunz, Barbara: „Demokratie – StaatsbürgerInnenschaft – Partizipation“ in: Rosenberger, S.K.; Sauer, B. (HrsgIn): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, WUV 2004: S 133; Conti, Erika: “Citizenship and Political Reform in Egypt: Which Role for Women?” 2007: S 3 – www.sgir.org/archive/turin/uploads/Erika_Conti_Turin_2007.pdf. Beate Hoecker stellt in diesem Zusammenhang drei wesentliche Rechtfertigungsmuster für die politische Teilhabe von Frauen dar. Der erste Argumentationsstrang bezieht sich auf generelle Mitwirkungsrechte unabhängig von Geschlechterzugehörigkeiten im Rahmen demokratischer Strukturen. Die weibliche Andersartigkeit und ihr zugrunde liegenden Potentiale definieren die zweite Argumentationsstrategie und die dritte fokussiert auf Interessenskonflikte zwischen den Geschlechtern und der Sichtbarmachung damit verbundener Unterdrückungsmechanismen und herrschenden Wertvorstellungen; vgl. Hoecker, Beate (1995): S 22f

¹²⁶ Der Begriff Repräsentation wird in diesem Zusammenhang als „politische Repräsentation“ verwendet und fokussiert auf den Aspekt der Teilhabe von Frauen in Institutionen und Vereinigungen. Man kann Repräsentation so als Teilhabe in exekutiven und legislativen Gremien betrachten. vgl. dazu Alemann, Ulrich von: „Repräsentation“ in: Nohlen, Dieter (Hrsg): Kleines Lexikon der Politik. München, Beck 2001: S 437-440; Harders, Cilja (1995): S 15. Pitkin hebt vier wesentliche Aspekte von Repräsentation hervor: die formalistische, die deskriptive, die handlungsorientierte und die symbolische Ebene. Auswirkungen institutioneller Strukturen und das Wahlsystem bilden den Fokus einer formalistischen Perspektive. Emotionale Beziehungsmuster zwischen RepräsentantInnen und Repräsentierten verdeutlichen eine symbolische Dimension von Repräsentation. Deskriptive Repräsentation bezieht sich auf die Anzahl von Frauen, also auf die Quantität in formellen Arenen und handlungsorientierte Repräsentation konzentriert sich auf Themen, Intentionen und Zielsetzungen von Gleichstellungspolitik. vgl. Pitkin, Hanna Fenichel zit. in Hardmeier, Sibylle: „Repräsentation“ in: Rosenberger, S.K.; Sauer, B. (HrsgIn): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, WUV 2004: S 152ff

¹²⁷ Auf die Rolle von StaatsbürgerInnenschaft als Grundlage für grundlegende geschlechtsspezifische Rechte wird in Kapitel 3.2.3. näher eingegangen.

lässt sich auf diese Weise als Netzwerk verschiedener AkteurInnen darstellen.¹²⁸

*“While government is the most authoritative actor responsible for constitutional reforms, legal procedures and public policies, political parties, NGOs and activists are to be seriously considered for their contribution to the success of the process.”*¹²⁹

Der Staat gilt also als primärer Adressat von Forderungen für die Umsetzung geschlechter-gerechter Politiken, wobei Fokus auf das dialektische Verhältnis staatlicher Repräsentationsforen und frauenbewegungsorientierter Artikulationsformen gelegt wird.

Frauenrechtsspezifischer Aktivismus kann man auch nach der Ebene der politischen Teilhabe unterscheiden. Es zeigt sich eine Trennlinie zwischen konventioneller (im Rahmen institutionalisierter, vorwiegend staatlicher Strukturen und nichtkonventioneller (zivilgesellschaftliche, insbesondere NGOs, autonome Bewegungen) Partizipation.¹³⁰ Gleiche Teilhabe von Frauen in konventionellen Foren wie Parteien, Parlamenten oder Gewerkschaften ist nach wie vor dezimiert. Es lässt sich hier ein direkter Zusammenhang zwischen aktivem und passivem Wahlrecht herstellen. Es kann konstatiert werden, dass, je später Frauen das Wahlrecht erhielten, es umso unwahrscheinlicher ist, dass Geschlechterparitäten in formalisierten Strukturen erreicht werden können.¹³¹ Zudem obliegt es Frauen, sich vorgegebener Verhaltensnormen und Mechanismen anzupassen oder wie Holland-Cunz es formuliert:

*„Konventionelle Partizipation ist bis heute eine anstrengende Gratwanderung zwischen demokratischen Idealen und der fragwürdigen Realität nicht selbstverständlicher Anerkennung und politischer Marginalisierung geblieben.“*¹³²

¹²⁸ vgl. Conti, Erika (2007): S 4

¹²⁹ Conti, Erika (2007): S 4

¹³⁰ vgl. Geißel, Brigitte; Penrose, Virginia (2003): S 4; Lippert, Susanne (2002): S 8ff; Hoecker, Beate (1995): S 18; Die konventionelle Partizipationsebene ist oft geprägt von einer pragmatischen Konsenshaltung von Frauen im politischen Prozess hinsichtlich androzentrischer Strukturen, um Minimalkonsens zu erreichen, bzw. werden strukturelle Verhinderungsmechanismen und patriarchale Ausschlussmuster als solche, wenn überhaupt, nur peripher wahrgenommen. Die individuelle Etablierung im System hat Vorrang vor einem Bedürfnis der Veränderung oder der Unterminierung der politischen Struktur.

¹³¹ vgl. Holland-Cunz, Barbara (2004): S 131ff

¹³² Holland-Cunz, Barbara (2004): S 139

Die unkonventionelle Partizipationsebene zeichnet sich durch ihre Oppositionshaltung und Kritik an der Regime-Diktion aus. Geschlechterpolitisch bietet sich hier ein größeres Feld für Frauen, spezifische Anliegen einzubringen. Auch Teilhabechancen sind in diesem Bereich deutlich ausgeprägter als in Parlamenten oder Parteien.¹³³ Das politische Engagement in diesem Bereich erfordert jedoch einen hohen persönlichen Einsatz und ist oft mit Risiken verbunden.

Die meistdokumentierte Form von Aktivitäten der Frauenbewegungen in Ägypten ist von oppositioneller Art¹³⁴. Es herrscht große Mannigfaltigkeit innerhalb dieser Bewegungen, doch auch wenn die Beweggründe und Ziele oft unterschiedlich sein können, so ist ihnen doch gemeinsam, den politischen und gesellschaftlichen Status Quo überwinden zu wollen.¹³⁵ Frauenaktivitäten können einerseits darauf abzielen, den Staat und politische Parteien direkt zu beeinflussen. Sie interagieren auf diese Weise auf der konventionellen politischen Ebene. Diese Form der Kommunikation findet Ausdruck in Parteienarbeit, Protestbewegungen oder Lobbying. Forderungen können entweder spezifisch auf Frauenanliegen, wie Abtreibung ausgerichtet sein, oder allgemeine Bedürfnisse umfassen, welche relevant für ihre spezifischen Positionen in der Gesellschaft sind. Auf der anderen Seite stehen autonome Aktivitäten, welche keine Ansprüche auf institutionalisierende Einflussnahme stellen, sondern vielmehr alternative Artikulations- und Aktionsweisen präferieren. Darunter subsumieren sich unabhängige Frauenorganisationen oder Gemeinschaftsorganisationen, deren Fokus sich auf spezifische Themen legt, welche das ökonomische Überleben einer gesellschaftlichen Einheit sichert.¹³⁶

In weiterer Konsequenz unterliegt zivilgesellschaftliches Handeln aufgrund fehlender oder unausgeprägter demokratischer Strukturen jedoch oft der Gefahr der Stigmatisierung, illegal oder gar kriminell zu agieren, was in weiterer Folge einen Schweif rechtlicher Konsequenzen, bis hin zu Gefängnisstrafen mit sich bringt. Diese bedrohlichen Handhabungen führen

¹³³ vgl. Holland-Cunz, Barbara (2004): S 140

¹³⁴ Georgina Waylen (1996) unterscheidet zwischen zwei grundlegenden Formen der Aktivitäten von Frauenbewegungen: jene, die die Vorgaben politischer Eliten verteidigen und solche, deren Anliegen es ist die herrschende soziale oder politische Ordnung zu verändern. vgl. Waylen, Georgina (1996): S 17f

¹³⁵ vgl. Kapitel 8

¹³⁶ vgl. Waylen Georgina (1996): S 18f

generell bei einem Großteil der Bevölkerung zu einer resignierten Haltung in Bezug auf politische Teilhabe.

Die Sphären der politischen Handlungsspielräume, ihre Implikationen für die Geschlechterverhältnisse und die darin verankerten Zugänge der Teilhabe von Frauen und ihre spezifischen Ausdrucksformen werden nun näher beleuchtet.

2.2.1 Konzeptionen von Zivilgesellschaft und Familie

Konzepte von Zivilgesellschaft spielen eine immanente Rolle im Verständnis von Partizipations- und Demokratisierungsprozessen. Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, Aktivitäten im gesellschaftlichen Bereich außerhalb einer staatlichen und ökonomischen Institutionalisierung aufzuzeigen.¹³⁷ Cilja Harders formuliert dabei als Voraussetzungen zivilgesellschaftlichen Agierens soziale und ökonomische Entwicklung, das Bewusstsein eines grundlegenden staatsbürgerlichen Verständnisses und schließlich die Einhaltung eines hohen Grades an interner Demokratie innerhalb zivilgesellschaftlicher Institutionen als Spiegelbild, Antwort oder Kritik auf staatliches Funktionieren.¹³⁸

Al-Sayyid konkretisiert in Bezug auf die Stärkung der arabischen Zivilgesellschaft drei weitere Kriterien:

1. *das Vorhandensein formaler staats-unabhängiger Interessensgruppen, die unterschiedliche Gesellschaftssegmente repräsentieren*
2. *rechtlich klar begrenzte Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Autonomie dieser Gruppen*
3. *das Vorhandensein einer Ethik der Toleranz, besonders in Bezug auf religiöse Minderheiten und ideologische DissidentInnen.*¹³⁹

¹³⁷ zu Debatten in der arabischen Welt bezüglich Zivilgesellschaft vgl. Ibrahim, Ferhad: „Die Kontroverse über die „arabische“ Zivilgesellschaft“ in: *Orient* Nr 39/3 1998; Hamzawy, Amr: „Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft: Zwischen der Suche nach einer neuen Demokratisierungsformel und der Auseinandersetzung um die politische Stellung der Religion“ in: *Orient* Nr 39/3 1998

¹³⁸ vgl. Harders, Cilja (1995): S 21; vgl. Harik, Iliya: „Pluralism in the Arab World“ in: Hopkins, Nicholas; Ibrahim, Saad Eddin (Hrsg.): *Arab Society. Class, Gender, Power and Development*. Kairo, The American University in Cairo Press 2003: S 357

¹³⁹ Al-Sayyid zit. in Harders, Cilja (1995): S 21

Diese drei Aspekte gelten als sehr sensible Punkte, wenn es darum geht, staatliche Politik anhand ihrer Taten zu messen. Die ägyptische Regierung verfügt nach wie vor über umfassende rechtliche und administrative Mittel, welche ihren ausführenden Organen weit reichende Kompetenzen zur Beschränkung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten einräumt. Diese Macht wird nur durch einige wenige gerichtliche Entscheidungen und zu einem viel größeren Ausmaß durch eine zunehmende lokale Sensibilisierung und internationale öffentliche Aufmerksamkeit eingedämmt. Im Versuch, sich ein moderates und liberal-demokratisches Image zu verpassen zur Besänftigung der Intellektuellen im eigenen Land und der internationalen Verbündeten, ist Mubaraks Regierung durch zwei Faktoren gehandicapt: der Verselbstständigung der Handlungsspielräume einer aufgeblähten Bürokratiemaschinerie und der Angst, islamistischen Bewegungen weitere Entfaltungsmöglichkeiten zu lassen.¹⁴⁰

Die Qualität von Reformbestrebungen der jüngeren Zeit lassen sich insbesondere an der Umsetzbarkeit dieser Kriterien abmessen. Säkulare und islamistische Strömungen ziehen – wenn auch mit verschiedenen Intentionen und zu unterschiedlichen Zwecken – an einem Strang, in ihrem Ruf nach mehr Freiheit der Ausdrucksformen und dem Rückzug staatlicher Kontrolle aus zivilgesellschaftlichen Betätigungsfeldern.

Das Konzept der Zivilgesellschaft kann jedoch nicht unhinterfragt übernommen werden. Hierarchische Geschlechterverhältnisse werden auch hier in ihrem traditionellen Kontext übernommen und einer starren Dichotomie zwischen öffentlicher und privater Sphäre zugrunde gelegt.

„Dieser Befund spiegelt die Thesen der feministischen Kritik am Konzept der Zivilgesellschaft wieder. Der Ausschluss der Frau aus der Politik durch das wertende Konstrukt eines öffentlich-politisch-männlichen Raumes im Gegensatz zu einem privat-unpolitisch-weiblichem Raum ist konstitutives Moment auch dieses Konzeptes. Wenn dieser Faktor nicht beachtet wird, so ist immer nur die Marginalität der Frau und ihrer Interessen in politischen und gesellschaftlichen Prozessen feststellbar.“¹⁴¹

Zivilgesellschaftliche Strukturen sind genauso maskulin geprägt wie die

¹⁴⁰ Zubaida, Sami (1992): S 4f

¹⁴¹ Harders, Cilja (1995): S 152

Bürokratie der staatlichen Verbindungen. Frauen können sich also nicht nur auf eine Ebene stützen um sich der anderen zu widersetzen. Beide Räume, egal ob nun formalisierte oder informelle Netzwerke der Macht, sind eingebettet in den gleichen maskulinen Diskurs, auch wenn Formen und Mechanismen der Zugänge unterschiedlich sind. Für Frauen kann die Verstärkung der bürokratischen Eigenschaften durch soziale Normen eine beängstigende Kombination darstellen, der den Versuch ihre Lebensrealitäten zu verändern vehement bedroht. Die Komplexität der Zivilgesellschaft und ihre Annäherungen an frauenspezifische Anliegen auf eine vereinfachte Oppositionsposition gegen den Staat zu reduzieren ist gefährlich.¹⁴²

Unberücksichtigt bleibt dabei auch, dass in Ländern der arabischen Welt Gemeinschaftskonzepte wie Familie, ethnische und Religionsgemeinschaften in der Konstruktion von Zugehörigkeiten eine wichtige Rolle spielen. Familie bedeutet in diesem Zusammenhang weniger das starre unveränderliche Gefüge sozialer Bande, sondern ist vielmehr unter dem Aspekt ihrer historischen und sozialen Veränderlichkeiten in ihren Strukturen und innerhalb der Geschlechterverhältnisse zu verstehen. Sayigh stellt fest, dass starke Familienstrukturen in bestimmten Gemeinschaften weniger als kulturelles Spezifikum zu deuten ist, sondern auch immer als Antwort auf unsichere sozio-ökonomische Verhältnisse zu sehen sind, insbesondere dort, wo staatliche Repression zum Tragen kommt und dort als Überlebensstrategie dient, wo staatliche Mechanismen nicht greifen. Das Individuum bezieht sich hier auf die Familie als politische Ressource in einer prekären Umwelt, die geprägt ist von ökonomischer und politischer Ausbeutung.¹⁴³ Durch einen erweiterten Politik- und Repräsentationsbegriff, der die Perspektive des Privaten mit einbezieht und als politisch identifiziert, zeigen sich jene Netzwerke und Grundlagen, welche insbesondere von Frauen für formelle und informelle Zugänge der Partizipation genutzt werden. Auf dieser Mikroebene rücken sie in den Mittelpunkt politischer Prozesse.¹⁴⁴

¹⁴² vgl. Rai, Shirin: "Women and the State in the Third World" in: Afshar, Haleh (HrsgIn): Women and Politics in the Third World. London & New York, Routledge 1996: S 35f

¹⁴³ vgl. Sayigh zit. in: Kreile, Renate: „Politische Herrschaft, Geschlechterpolitik und Frauenmacht im Vorderen Orient“. Pfaffenweiler, Centaurus Verlag 1997: S 3 bzw. in: Singerman, Diane: "Avenues of Participation. Family, Politics, and Networks in Urban Quarters of Cairo". Kairo, The American University in Cairo Press 1997: S 48; Abou-Zeid, Gihan: "The Arab Region. Women's access to the decision-making process across the Arab Nation" in: Dahlerup, Drude (HrsgIn): Women, Quotas and Politics. New York, Routledge 2006: S 185

¹⁴⁴ vgl. Harders, Cilja (1999): S 191; vgl. Kapitel 3.2.1.

Familie, sowohl im Sinne eines Modells sozialer Beziehung als auch als imaginiertes Konstrukt, ist somit als dritte Ebene zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu denken. Sie wird auf diese Weise, im Unterschied zu Diktionen kritisch-liberaler Theorien, zur entscheidenden Akteurin des sozialen und politischen Lebens. Diese Art der Zugehörigkeit wirkt sich – wenn auch mit unterschiedlichen Konsequenzen für Männer und Frauen – auf ihr Verständnis als StaatsbürgerIn und damit auf die Art des Zugangs und die Form politischen Handelns aus.¹⁴⁵

*„Es lassen sich demnach drei Bereiche unterscheiden: erstens die Familie bzw. Gemeinschaft als verwandtschaftliche, nicht-freiwillige und private Sphäre, zweitens die Zivilgesellschaft als nicht-verwandtschaftliche, freiwillige und öffentliche Sphäre und drittens der Staat als nicht-verwandtschaftliche, halb-freiwillige und öffentliche Sphäre. Alle drei Bereiche beeinflussen sich gegenseitig, konkurrieren oder kollaborieren in Bezug auf Loyalität und Autorität.“*¹⁴⁶

Als Erklärung für die Gründe der Dichotomisierung der verschiedenen Interaktionssphären spricht Suad Joseph in diesem Zusammenhang von einer staatlichen Erfindung der „Familie“ als soziale Kategorie, was in weiterer Konsequenz die Trennung der Sphären in „Staat“ und „Zivilgesellschaft“ als öffentliche Bereiche und der häuslichen sozialen Arena der Familie als separate Domäne zur Folge hat. Durch Gesetzgebung, Regulierung und Praxis wird diese rigide Abgrenzung aufrechterhalten.¹⁴⁷ Religion als identitätsstiftendes und ordnendes Element stellt hierbei einen der grundlegenden Verknüpfungspunkte zwischen diesen Sphären dar.

*“Family is an invention that constrains women’s behaviour (men’s behaviour as well) while at the same time romanticizing and sanctifying the grounds on which the constraints are built. No set of institutions has been more powerful in sanctifying the family, however, than have religious institutions.”*¹⁴⁸

Die Instrumentalisierung von Familie durch religiöse Institutionen und religiös-argumentierende politische Strömungen bildet ein Leitmotiv

¹⁴⁵ vgl. Harders, Cilja (1995): S 21f; Joseph, Suad (2002): S 10ff; Singerman, Diane (1997): S 45ff

¹⁴⁶ Harders, Cilja (1995): S 22

¹⁴⁷ vgl. Joseph, Suad (2002): S 10f

¹⁴⁸ Joseph, Suad (2002): S 11

in der Konfrontation mit staatlichen Machthabern. Jeder einzelne der Interaktionsbereiche ist Austragungsort konfliktgeladener Etablierungen von Machtverhältnissen. Die Art der Auseinandersetzungen und die Fähigkeiten, in diesen dialektischen Interaktionen eigene Positionen durchzusetzen, manifestiert sich in politischen, sozialen und ökonomischen Entscheidungsfindungsprozessen. Teilhabe von Frauen wird erst durch die Öffnung der Sphären sichtbar bzw. reglementiert sich durch die unterschiedlichen Bereiche auf unterschiedlichen Ebenen geschlechtsspezifischer Lebensrealitäten. So verdeutlicht der Blick auf Zivilgesellschaft und Familie den Ausdruck staatlichen Handelns, mit seinen Intentionen und Zielsetzungen.

Familienverbindungen und subnationale Gemeinschaften werden damit zum unterscheidenden Faktor zwischen kritisch-liberalen Konzeptionen von Partizipations- und Repräsentationsforen und arabischen Ausdrucksformen politischer Inkludierung. Die Resonanz westlicher Konzepte von Demokratie und politischer Teilhabe in postkolonialen Strukturen stößt bei familiären, ethnischen, religiösen und tribalen Formen der Vergemeinschaftung und ihrer Wechselwirkungen zu staatlichen Handlungs- und Ordnungssystemen an ihre Grenzen. Familienzugehörigkeiten werden zu identitätsstiftenden Faktoren in arabischen Ländern, was durch Patronagesysteme herrschender Regime über Klan- und Klassenzugehörigkeiten weiter verstärkt wird.

2.2.2 Frauen in konventionellen Politikbereichen

Allgemeine Einstellungen bezüglich „Politik“ beziehen sich nach wie vor gerne auf Institutionen und Foren wie Parlamente, Staatsoberhäupter oder Außenpolitik. Diese enge Begrifflichkeit führt gar soweit, dass sogar innerhalb dieser politischen Institutionen zwischen so genannten „weichen“ Politikfeldern, worunter wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, Kinder oder Reproduktion gezählt werden und „harten“ Politikfeldern, welche sich auf Themen wie Verteidigung, Budget oder Außenpolitik beziehen unterschieden wird. Interessant hierbei ist, dass die klassische Zuordnung der „weichen“ Politikbereiche als Themen gesehen werden, welche insbesondere Frauen betreffen oder „Frauenthemen“ sind, was zum Rückschluss verleitet, dass „harte“ Politikfelder offenbar Männern vorbehalten bzw. „Männertemen“ sind. Diese Zuordnungen implizieren, dass Angelegenheiten wie Budgetdefizite,

Inflation oder Krieg ausschließlich Männer betreffen würden.¹⁴⁹ Jenseits der Bemühungen zur Überwindung dieser künstlichen Dichotomie erkennt Azza Karam in ihrer Analyse arabischer Parlamentarierinnen in der Identifizierung von so genannten „Frauenthemen“ als relevante „politische Themen“ bereits eine respektable Weiterentwicklung. Nicht nur der Zugang zu den Institutionen sondern auch die Art der Themen markieren Entwicklungen der politischen Teilhabe von Frauen.¹⁵⁰

Global betrachtet nehmen Frauen sowohl in den westlichen Ländern als auch den postkolonialen Staaten nach wie vor viel seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch als Männer. Wenn man sich Wahlverhalten allerdings nach Alter, Sozialstrukturen und ökonomischen Ressourcen ansieht, verringert sich diese Kluft wieder etwas. Auch der Grad an Urbanisierung erhöht die Wahlbereitschaft. Trotzdem gibt es eine ausgeprägte Tendenz für Frauen weniger an formaler Politik zu partizipieren als Männer. Je höher die Ebene der Partizipation ist, desto weniger Frauen sind dort zu finden. Es beginnt schon in den Parteien, wo Frauen einen signifikant geringeren Anteil als Männer ausmachen. Meistens werden sie in so genannten Frauen-Sektionen marginalisiert.¹⁵¹

Viele Ein-Parteien-Staaten der ehemals kolonialisierten Regionen, insbesondere in Afrika installieren staatliche Frauenorganisationen oder verleiben bereits existierende Vereinigungen in die dominante politische Partei ein. Sie dienen weniger als gezielte Wegbereitung zu mehr Repräsentation für Frauen innerhalb des Systems, sondern vielmehr als Medium für den Staat, politische Partizipation von Frauen zu kontrollieren, für eigene Zwecke zu mobilisieren und dem Regime Unterstützung auf breiter Basis zu garantieren.¹⁵² An diesen Aspekt dockt die Etablierung des Staatsfeminismus im Rahmen des Nationenbildungsprozesses in Ägypten an, da sich diese Form der Entwicklung explizit auf eine Folge postkolonialer politischer Konsequenzen bezieht.

Noch weniger Frauen finden sich in den exekutiven Gremien der Regierung. Wenn Frauen überhaupt für einen Posten ernannt werden, dann in Bereichen,

¹⁴⁹ vgl. Karam, Azza (2000): S 67

¹⁵⁰ vgl. Karam, Azza (1999): S 8

¹⁵¹ vgl. Kapitel 6.2.1.

¹⁵² vgl. dazu Georgina Waylens (1996) Anmerkungen zu Frauen in konventioneller Politik in Transformationsländern. vgl. Waylens, Georgina (1996): S 10-14

welche wiederum klassische sozial anerkannte Positionen von Frauen in der privaten Sphäre reflektiert. Positionen, in denen Frauen die Möglichkeit haben Verantwortlichkeit auszuüben, beschränken sich oft auf die Gebiete Gesundheit, Bildung, Soziales und Frauenangelegenheiten. Aus politischen Schlüsselfeldern wie Wirtschaftspolitik, Verteidigung und Internationale Angelegenheiten sind sie nach wie vor weitgehend ausgeschlossen.

Es gibt viele Ausschlussgründe von Frauen in konventionellen Politikebenen. Zum Einen erschwert die Reduktion der Position von Frauen auf ihre „natürlichen“ Eigenschaften als treusorgende Ehefrauen und Mütter die Teilnahme an öffentlichen Prozessen. Aufgrund der widrigen Bedingungen ist es somit schwieriger jene Erfahrungen zu sammeln, welche für eine politische Karriere notwendig wären. Wesentliche Barrieren stellen, zum Anderen, auch fehlende wirtschaftliche Ressourcen dar. Frauen aus ressourcenstärkeren Gesellschaftsklassen finden, generell gesprochen, aufgrund ihrer Bildung, ihrer professionellen Tätigkeiten und einem damit verbundenen Aufbau des nötigen Selbstbewusstseins leichteren Zugang zu öffentlichen Partizipationsforen. Ihre wirtschaftlichen Ressourcen erlauben es ihnen zudem, Ersatz für ihre häuslichen Verpflichtungen zu zukaufen.¹⁵³

Doch nicht nur die sozio-ökonomischen Hintergründe stellen Zugangsbarrieren für Frauen dar. Ein wesentlicher Ausschlussmechanismus liegt in der Struktur formeller Politik an sich. Dies reicht von institutionellen Hindernissen über Gesten männlicher Dominanz in politischen Gremien bis hin zu expliziter Diskriminierung von Frauen, beispielsweise durch selektive Auswahlverfahren, die sie daran hindern innerhalb politischer Parteien Karriere zu machen.¹⁵⁴

Jene Faktoren, welche es Frauen ermöglichen Führungspositionen zu erreichen, beziehen sich in erster Linie auf ihren sozialen Status, sozio-ökonomische Ressourcen, die Rolle, welche die Frauenbewegungen in Ägypten während der Unabhängigkeitsbewegung gespielt haben und – als möglicherweise wichtigster Punkt – die Verbindung zu einem prominenten, politischen, männlichen Verwandten. Doch auch hier wiederum wird Frauen, welche politische Verantwortung übernehmen eine klassische Zuordnung auferlegt – sie werden als „Mütter der Nation“ betrachtet. Die Öffentlichkeit-Privatheit Dichotomie erfährt keine kritische Auseinandersetzung sondern lediglich eine

¹⁵³ vgl. Waylen, Georgina (1996): S 11f

¹⁵⁴ vgl. Waylen, Georgina (1996): S 12

Umformulierung¹⁵⁵.

Auseinandersetzungen zwischen frauenbewegungsorientierten Anliegen in zivilgesellschaftlichen Foren, Frauen in konventionellen Politikbereichen und staatlichen Entscheidungsträgern spiegeln unterschiedliche Ausformungen von Machtverhältnissen wider, welche in weiterer Folge in spezifische institutionalisierte Strategien und Maßnahmen resultieren. Die Bedeutung dieser staatsfeministischen Muster soll nun näher betrachtet werden.

2.3 Bedeutung des Begriffs „Staatsfeminismus“

Es geht nun darum, das Konzept Staatsfeminismus zu klären und operationalisierbar für vorliegende Analyse zu machen. Zuerst ist die Frage der Übertragbarkeit zu beantworten und in weiterer Folge gilt es die Anwendbarkeit dieses Konzepts auf das Forschungsvorhaben zu überprüfen.

Der Begriff des „Staatsfeminismus“ gilt als skandinavische Kreation zur Beschreibung der Verknüpfung frauenbewegter Anliegen und Staat in den europäischen Ländern und Nordamerika. Trotzdem verwende ich diesen Begriff auch im Kontext ägyptischer Entwicklung, da er meiner Meinung nach das Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Handeln und frauenspezifischen Forderungen am besten beschreibt. Philomina E. Okeke-Ihejirika und Susan Franceschet wenden dieses Konzept in der Untersuchung von Gender-Politik in Afrika, im konkreten Fall Nigeria und Lateinamerika mit dem Fallbeispiel Chile an. Auch arabische Wissenschaftlerinnen arbeiten mit diesem Begriff. Dabei verweise ich insbesondere auf Mervat Hatem, die dieses Konzept auf das ägyptische Beispiel übertragen hat.¹⁵⁶

Definitionsversuche hinsichtlich Staatsfeminismus lassen sich kontextualisieren in Diskussionen um die Entwicklung von Wohlfahrtsstaat. Dieser stützt sich in Länder Europas auf eine fortgeschrittene, industrialisierte und kapitalistische

¹⁵⁵ Das Aufbrechen der Dichotomien von öffentlichen und privaten Sphären ist für das Sichtbarmachen frauenspezifischer Aktivitäten von grundlegender Relevanz. Darum wird auf diesen Aspekt in Kapitel 3.2.1. noch ausführlicher eingegangen.

¹⁵⁶ vgl. Okeke-Ihejirika, Philomina E.; Franceschet, Susan: „Democratization and State Feminism: Gender Politics in Africa and Latin America“ in: *Development and Change* 33/3 2002; Hatem, Mervat F.: „Egypt. The Paradoxes of State Feminism in Egypt“. in: Chowdhury, N.; Nelson, B. (HrsgIn): *Women and Politics Worldwide*. New Heaven/London, Yale University Press 1994; Hatem, Mervat F. (1994b); Hatem, Mervat F. (1996)

Wirtschaft.¹⁵⁷

*“The welfare state is hence able – as part of its social contract with the citizens – to supply social services and programs to organized interests and social classes, including women. In return, the state can claim a base of popular support. The end result of this relationship in an advanced industrial capitalist society is that the welfare state is a significant social actor similar to other civil institutions, such as the family and private capital, in regulating aspects of the lives of citizens.”*¹⁵⁸

Es stellt sich die Frage, welche Faktoren das Auftreten staatsfeministischer Strukturen erleichtern, um weibliche BürgerInnenrechte umzusetzen. Während viele wichtige Strategien dazu führen, frauenspezifische Anliegen aufzuzeigen und durchzuführen, wie beispielsweise bewusstseinsbildende Maßnahmen durch soziale Bewegungen, ist das Anliegen dieser Arbeit in erster Linie das Aufzeigen der Implementierung und Umsetzung sinnvoller Maßnahmen auf der staatlichen Ebene zur Verbesserung des Status von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Institutionelle Veränderung ist hinsichtlich ihrer dialektischen Wechselwirkung mit sozialen Bewegungen und deren Forderungen zu verstehen.¹⁵⁹

Während Staatsfeminismus in den skandinavischen Ländern als fortschrittliche frauenpolitische Strategie verfolgt wird und staatliches Handeln als Mittel zur Durchsetzung gleichheitsgenerierender Maßnahmen „von oben“ genutzt wird, erhält der Begriff in Deutschland eine negative, diffamierende Konnotation, da die Instrumentalisierung staatlicher Politik als Frauenpolitik als Abhebung von autonomen Strukturen kritisiert wird, welche alternativen frauenbewegten Artikulationsformen ihre Berechtigung entzieht.

Staatsfeminismus als Strategie der Geschlechtsrepräsentativität erfährt auch in Ägypten eine positive Zuordnung. Seine Etablierung ist jedoch im Unterschied zu europäischen und nordamerikanischen Erscheinungsformen, im Kontext postkolonialer Transformationsprozesse begründet. Die strukturelle Einbeziehung frauenbewegter Anliegen unter Nassers Regierung gilt als logische Konsequenz der Verortung frauenbewegten Widerstandes im Rahmen von Unabhängigkeitsbewegungen und dem Bekenntnis zum Arabischen

¹⁵⁷ vgl. Hatem, Mervat F. (1994): S 229

¹⁵⁸ Hatem, Mervat F. (1994): S 229

¹⁵⁹ vgl. Okeke-Ihejirika, Philomina E.; Franceschet, Susan (2002): S 441

Sozialismus mit seinen zentralstaatlichen Hierarchisierungsstrukturen und den darin enthaltenen Egalitätsansätzen.

Staatsfeminismus darf nach Mervat Hatem in diesem Zusammenhang nicht auf formale rechtliche und ideologische Zugeständnisse des Staates zu Frauenrechten verkürzt werden. Vielmehr steht dieses Konzept für ein Setting ambitionierter staatlicher Programme, um wichtige Veränderungen in den Zuschreibungen von reproduktiven und produktiven Frauenrollen zu bewirken. Reformistische Regierungsbemühungen fokussieren dabei auf die Identifizierung und Tilgung struktureller Gegebenheiten von Geschlechter-Ungleichheiten. Reproduktion und Produktionskraft von Frauen werden so dem privaten familiären Rahmen entzogen und zu staatlichen Angelegenheiten.¹⁶⁰

Philomina Okeke-Ihejirika und Susan Franceschet konstatieren, dass die strategischen Handlungsmöglichkeiten von Frauen durch drei Aspekte geformt und begrenzt werden. Erste Voraussetzung ist die Existenz vereinheitlichter Anliegen der Frauenbewegungen, um auf diese Weise politische Ansprüche stellen zu können. Frauen müssen in der Lage sein, ihre individuellen Erfahrungen mit Marginalisierung in einen breiteren politischen und sozialen Kontext zu stellen, um kollektiv Forderungen nach Veränderung stellen zu können. Die Fähigkeit sich zu vernetzen hängt wiederum von der politischen Geschichte des Landes, der Fähigkeit über die Grenzen der einzelnen Gesellschaftsschichten hinaus agieren zu können und dem Ausmaß ökonomischer Konflikte und Krisen des Landes ab. Zudem beeinflussen bestehende Geschlechterbeziehungen den weiblichen

¹⁶⁰ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 172f

Zugang zu Feldern politischer Interventionen und Macht¹⁶¹. Schließlich werden Handlungsspielräume definiert durch die jeweiligen Ausformungen der vorherrschenden Gender-Ideologien und die Art und Weise wie Frauen sie kreativ einzusetzen imstande sind, um eigene Interessen durchzusetzen.¹⁶²

Die Art der Rekrutierung erfolgt in Ägypten dabei entlang sozio-ökonomischen Bruchlinien. Durch den selektiven Zugang zu politischen Institutionen ergeben sich ein spezifisches Repräsentationsmuster und eine Selektion der Problemwahrnehmung frauenspezifischer Anliegen.

Frauenbewegungen agieren immer auch mit dem Ziel, herrschende Ordnungen hinsichtlich einer frauenspezifischen Perspektive zu demokratisieren. Wichtig hierbei ist nicht nur die unabhängige Arbeit als AktivistInnen, sondern immer auch die Möglichkeit der Anteilnahme an staatlichen Entscheidungsprozessen. Dabei bedeutet eine steigende Anzahl an Frauen in den repräsentativen Gremien nicht unbedingt eine substantielle qualitative Repräsentation von Frauen. Entscheidend hierbei sind die Implementierung geschlechtsspezifischer Themen in die politische Agenda und ein übergreifender geschlechtersensibler Umgang auf allen Politikfeldern.¹⁶³ Wenn es darum geht staatliches Handeln und Geschlechterverhältnisse in Beziehung zu setzen, unterteilt Georgina Waylen Politikfelder und ihre Wirkung in drei Kategorien¹⁶⁴.

¹⁶¹ Wenn man nach Evelyn Terpin „Macht“ als dialektischen Interaktionsrahmen betrachtet, der die Möglichkeit gibt, nicht nur dominierende Parteien in den Mittelpunkt zu rücken, sondern neuen Fokus auf untergeordnete Positionen legt, wird erst eine differenzierte Betrachtung bestehender Machtverhältnisse und Positionen, die Frauen darin innehaben, möglich. Sowohl Widerstandsstrukturen als auch Akzeptanzen und Anpassungen identifizieren Frauen als handelnde Subjekte und befreien sie aus einem objektorientierten analytischen Rahmen. vgl. Terpin, Evelyn (1995): S. 203ff. Kreile unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen Herrschaft und Macht. Während Herrschaftssysteme im Rahmen institutionalisierter und systematisierter Machtausübung durch Zwangszusammenhänge und Ordnungsphänomene *„die Verteilung und Kontrolle ökonomischer, politischer, symbolisch-kultureller Ressourcen und Prozesse sowie die Monopolisierung von Gewalt regeln“*, stellt Macht hingegen *„ein polymorphes Phänomen in sozialen Beziehungen dar, das eher auf einer kommunikativ-konsensuellen Praxis beruht“*. Kreile, Renate (1997): S. 7. Herrschaft wird hier durch eine institutionalisierte Dominanz von Männern geprägt. Es zeigt sich jedoch, dass Frauen in wesentlichen Machtbereichen wie Produktion, Reproduktion, Sexualität und symbolischen Systemen Einfluss nehmen und auf diese Weise die sozial, ökonomisch und kulturell determinierten Geschlechterbeziehungen in Balance halten. vgl. Kreile, Renate (1997): S. 7

¹⁶² vgl. Okeke-Ihejirika, Philomina E.; Franceschet, Susan (2002): S. 439ff

¹⁶³ vgl. Sauer, Birgit: „Engendering Democracy. Staatsfeminismus im Zeitalter der Restrukturierung von Staatlichkeit“. Demokratiezentrum Wien 2006: S. 1 - www.demokratiezentrum.org/media/pdf/sauer_engendering.pdf

¹⁶⁴ folgende Kategorien werden zusammengefasst nach Waylen, Georgina (1996): S. 13

Die erste Sparte konzentriert sich auf Bereiche, welche explizit auf Frauenanliegen abzielen. Diese fokussieren sich oft auf so genannte Mutterschutz- und Reproduktionsgesetze. Darunter subsumieren sich Regelungen hinsichtlich Abtreibung, Mutterschaftsurlaub und Geburtenregelungen.

Die zweite Ebene beschäftigt sich mit Politikfeldern, welche die Verhältnisse zwischen Männern und Frauen widerspiegeln. Speziell Eigentumsrechte, Familienverhältnisse, Richtlinien bezüglich sexueller Ausrichtungen und andere Bereiche, welche die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern zum Ausdruck bringen, erfahren eine Institutionalisierung. Die Gesetze und Richtlinien, welche diese Themen umrahmen, werden regelmäßig zum Austragungspunkt von Konflikten, wenn es darum geht, existierende Machtmuster zu durchbrechen.

Die dritte Stufe setzt sich mit so genannten allgemeinen Politikzweigen auseinander, welche klassischerweise als geschlechtsneutral angesehen werden, jedoch unterschiedliche Wirkungen auf Männer und Frauen zeigen. Diese Felder können wiederum unterteilt werden in jene, die mit der öffentlichen Sphäre verbunden sind und als maskulin gelten, wie bewaffnete Konflikte, Internationale Politik und Wirtschaftsbeziehungen und jene Bereiche, welche mit Wohlfahrt und Reproduktion assoziiert werden. Darunter fallen Gesundheit, Bildung und soziale Versorgung. Frauen waren traditionellerweise immer ausgeschlossen aus den männlichen Politikbereichen, bzw. werden auf spezifische Weise davon betroffen. Am Auffälligsten wird dies am Beispiel Krieg verdeutlicht, wo Frauen bis vor kurzem auf einer völlig anderen Basis partizipierten als Männer.¹⁶⁵

Als Erkenntnisgewinn aus diesen Kategorisierungen stellen wesentliche Forderungen nun die Schaffung eigener institutionalisierter Tätigkeitsbereiche zur Konkretisierung gleichheitsgenerierender Maßnahmen dar, wie beispielsweise die Schaffung von Quotenregelungen für Frauen im Parlament und anderen Entscheidungsfindungsorganen bzw. legislative Änderungen, um Frauenrechte auszuweiten. Geschlechterspezifische Forderungen werden dadurch immer durch ihren innenpolitischen, regionalen und transnationalen Kontext und durch das Wesen der Frauenbewegungen

¹⁶⁵ zum Gender-Aspekt von Krieg vgl. Yuval-Davis, Nira: "Gender & Nation". London, SAGE Publications Ltd 1997: Kapitel 5

innerhalb dieser Kontexte definiert, wobei der Nutzen der jeweiligen Demokratisierungsprozesse je nach Anliegen und Perspektive variiert.¹⁶⁶

„Ganz zentral für die frauenbewegten „Demokratieerfolge“ waren und sind Institutionen der Frauenförderung und der Gleichstellung wie beispielsweise Frauenministerien, Stabsstellen für Frauenförderung, Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragte. Sie fungieren als Vermittlerinnen zwischen nicht-staatlichen Frauengruppen, Frauenbewegungen und frauenbewegten Aktivistinnen, den Parteien und staatlichen Institutionen bzw. den jeweilig mit einem (frauen-)politischen Thema befassten politischen Entscheidungsumfeld in der Verwaltung.“¹⁶⁷

In diesem Sinne bezeichnet zusammengefasst der Begriff „Staatsfeminismus“ laut Birgit Sauer

- a) die Bildung von politischen Institutionen mit dem Ziel, die Gleichstellung von Frauen durch spezifische Frauenförderung zu forcieren
- b) den Anspruch, politische Entscheidungsstrukturen durch gezielte Einbindung frauenspezifischer Forderungen von Seiten unabhängiger Bewegungen gendersensibler zu gestalten und hinsichtlich mehr Geschlechtergerechtigkeit zu verändern.¹⁶⁸

Staatsfeminismus kann in diesem Sinne als feministische Handlungen top-down, durch den Staat betrachtet werden. Dem liegt die Einstellung zugrunde, dass es Frauen einerseits gelingt, Anliegen der Frauenbewegungen in politische Institutionen und Strukturen zu implementieren und andererseits administrative und andere politisch relevante Systeme zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten zu etablieren.¹⁶⁹

Nationalstaatliche und demokratiepolitische Entwicklungen in Ländern wie Ägypten bringen neue Kontexte für geschlechterpolitische Handlungsspielräume mit sich. Diese Prozesse basieren zwar auf Geschlechterverhältnissen und deren Veränderungen, werden jedoch nicht vordergründig als vergeschlechtlichte Politik wahrgenommen, sofern nicht

¹⁶⁶ vgl. Okeke-Ihejirika, Philomina; Franceschet, Susan (2002): S 442

¹⁶⁷ Sauer, Birgit (2006): S 1

¹⁶⁸ vgl. Sauer, Birgit (2006): S 1

¹⁶⁹ vgl. Rosenberger, Sieglinde; Sauer, Birgit (2004): S 269

ausdrücklich auf frauenspezifische Anliegen aufmerksam gemacht wird. Feministische Frauenbewegungen beispielsweise, die in den Phasen der britischen Okkupation in Ägypten gegen die Besatzungsmächte auf die Straßen gegangen sind, wurden anfangs in den Kontext weit reichender Nationalismuskurse gestellt. Eigenständige frauenspezifische Ansprüche erfuhren eine Subordination unter Unabhängigkeitsbestrebungen. In Perioden politischer Transformationen versucht das herrschende Regime daraufhin die eigene Legitimität durch eine Reaktion auf die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen – worunter immer auch Frauen zu zählen sind – zu stützen. Darin liegt auch der Grund, warum ägyptische Frauen im Rahmen der neuen Verfassung von 1956 gleiche staatsbürgerliche Rechte zugestanden bekamen. Geschlechterpolitik wird dabei jedoch in einer Weise verstanden, die wenig dazu beiträgt Geschlechter-Hierarchien zu unterminieren, als vielmehr dafür sorgt, etablierte lokale und nationale Eliten zu festigen. Die Möglichkeit frauenspezifische Anliegen zu artikulieren geht Hand in Hand mit der Entwicklung von Menschenrechts-Bewegungen. Frauen treten in diesem Kontext oft als wichtige Akteurinnen mit unterschiedlichen Legitimierungsstrategien auf.

Weiblicher Aktivismus scheint auch in jenen Perioden seinen Höhepunkt zu erreichen, wo traditionelle institutionalisierte AkteurInnen wie Parteien oder Gewerkschaften in einer Krise stecken bzw. aus dem öffentlichen Betätigungsfeld verbannt sind. Diese Situation erlaubt es Frauen schließlich, genderspezifische Forderungen zu stellen, ohne diese in Zusammenhang zu ethnischen, klassenspezifischen oder nationalen Liberalisierungskonflikten stellen zu müssen. Ab dem Zeitpunkt, wo klassische politische Strukturen eine Fortsetzung finden und männlich-dominierte Parteien, Gewerkschaften und sonstige politische Eliten ihren Führungsanspruch zurückerhalten, verlieren frauenbewegte Organisationen wieder weite Teile ihrer öffentlichen Sichtbarkeit. Frauenbewegungen, welche in den Perioden politischer Umstürze vorübergehend Zugang zu männlich-dominierten politischen Klassen hatten, schafften es jedoch trotzdem auf diese Weise in den Zeiträumen politischer Rekonstruktionsprozesse ihre auf Gender-Gerechtigkeit basierenden Forderungen einzuschleusen.¹⁷⁰ Okeke-Ihejirika und Franceschet konkretisieren die Möglichkeit der Implementierung frauenspezifischer Forderungen folgendermaßen:

¹⁷⁰ vgl. Okeke-Ihejirika, Philomina; Franceschet, Susan (2002): S 442

*“Women’s gains are also linked to the discursive and political strategies that movements pursue, strategies that are themselves influenced by the existing political discourse in that country. Where organized women can draw on an existing political discourse (whether it is democracy, national liberation, or Islam) and make gender-based demands from within its parameters, women are more likely to realize gains from democratization by politicizing their gender interests. The extent, to which this is possible, however, is influenced by existing political discourse, gender ideologies, and the existence of broader socio-political movements (with which women can ally) in a particular national context.”*¹⁷¹

Als Reaktion auf das Entstehen staatsfeministischer Strukturen verändert sich auch frauenrechtsspezifischer Aktivismus. Es erfolgt eine Fokussierung auf professionelle organisatorische Strukturen, um sich im Rahmen staatlicher Institutionen und auf internationaler Ebene besser Gehör verschaffen zu können. Eine Inkorporierung frauenbewegter Anliegen in den formellen Apparat, Kooperationen mit staatlichen Einrichtungen oder Projektorientierung mit staatlicher Förderung stellen Facetten dieses Konzepts dar.¹⁷²

KritikerInnen sehen im Konzept des Staatsfeminismus gar eine konservative top-down Strategie im Umgang mit frauenspezifischen Regelungen, welche Probleme der Unterrepräsentation und Diskriminierung nicht beseitigen können. Dergleichen Schwierigkeiten werden ihrer Meinung nach in diesem System nicht gelöst, sondern unter anderen Konditionen fortgeführt.¹⁷³

Es ergibt sich eine gewisse Form der Zwiespältigkeit in Bezug auf staatsfeministisches Agieren. Einerseits eröffnen sich neue Möglichkeiten der aktiven Mitgestaltung, andererseits ergibt sich die Schwierigkeit, dass abseits dieser neuen Pfade alternative politische Artikulationsformen immer mehr an Bedeutung verlieren. Daraus formuliert sich die Frage, ob Frauenbewegungen erfolgreich in staatliche Institution und Handeln einbezogen werden können, um dort ihre eigenen Anliegen durchsetzen zu können, oder ob sie einfach von Staatsstrukturen aufgesaugt werden, um kontrollierbarer zu werden.

¹⁷¹ Okeke-Ihejirika, Philomina; Franceschet, Susan (2002): S 442

¹⁷² vgl. Sauer, Birgit (2006): S 2

¹⁷³ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 172

2.3.1 First Lady Syndrom

Ein Phänomen, welches insbesondere in ehemals kolonisierten Ländern zu finden ist, wird von Philomina Okeke-Ihejirika und Susan Franceschet als das „*First Lady Syndrom*“¹⁷⁴ bezeichnet. Sie stellen es als eigenständige bzw. gegensätzliche Entwicklung zu staatsfeministischen Tendenzen dar. Am Beispiel Nigerias formulieren sie die politisierte Rolle der First Lady und ihre Einbettung in staatliche Institutionen. Die Frau des Präsidenten beansprucht einen eigenen politischen Posten. Je führungsorientierter in diesem Zusammenhang ein System ist, desto mehr Bedeutung wird ihrer Rolle beigemessen. Eine signifikante Rolle kommt ihr dabei auch im Rahmen der Zugänge von Frauen in politischen Gremien zu. Dabei zeigt sich die Tendenz, dass der Zugang von Frauen zu politischer Macht und Einfluss an ihre Beziehung zu den männlichen politischen Eliten gebunden ist.

Auch im Rahmen der vorliegenden Analyse erweist sich die genauere Betrachtung der jeweiligen Rollen der Ehefrauen der Präsidenten in unterschiedlichen Perioden als sinnvoll. Hierbei möchte ich die ägyptischen First Ladies jedoch weniger als Gegensatz zu staatsfeministischen Errungenschaften darstellen, sondern vielmehr als notwendige Ergänzungen in einem spezifischen regionalen und kulturellen Kontext sichtbar machen.

Die Mobilisierung von Frauen für politische Funktionen über die gesellschaftlichen Kreise der First Ladies ergeben ein spezifisches Bild weiblicher Partizipations- und Repräsentationsmuster, woraus sich ein bestimmter Fokus der Problemwahrnehmung einer elitären Frauenstrategie ableiten lässt, welcher staatliche Geschlechterpolitik in seinen Implikationen und Zielsetzungen determiniert. Tatsächlich zeigen sich in Ägypten Wechselwirkungen auf allen Ebenen zwischen der Person der First Lady, den frauenbewegten Kräften im Land und den politischen Institutionen. Der Einfluss einer westlich geprägten Elite kollidiert hier mit der faktischen Nicht-Integration von Lebensrealitäten breiter Bevölkerungsschichten, deren Bedürfnisse und Forderungen nur partiell aus der Perspektive westlich geprägter Modernisierungsbestrebungen wahrgenommen werden. Das sich daraus ergebende Muster staatlichen Handelns, nach dem Vorbild internationaler Verbündeter, reißt an

¹⁷⁴ vgl. Okeke-Ihejirika, Philomina; Franceschet, Susan (2002): S 458ff

dieser Stelle ab, durch eine lokale Politik handverlesener Zugänge zu politischen Foren, der Einverleibung frauenbewegter Handlungen in eine zentralistische staatliche Struktur, der speziellen Position, welche den First Ladies in der Koordination der wechselvollen Kräfteverhältnisse zukommt und der (fehlenden) Auseinandersetzung mit gemeinschaftlich organisierten Gesellschaftsordnungen, deren Ängste und Sorgen Grundlage für religiös-motiviertes ideologisches Gedankengut bildet, welches in vielfachem Kontrast zu staatlichen Problemwahrnehmungen, Zielsetzungen und politischen Umsetzungen steht.

3 Forschungsansatz

3.1 Postkoloniale Grundlagen und ihre Implikationen zu Staat und Geschlecht

Koloniale Herrschaft und die Integration arabischer Gesellschaften in den Weltmarkt führten im 19. Jahrhundert zu drastischen Umwälzungen und einer bis dato unbekannten Polarisierung der Geschlechterordnungen. Der Geschlechterdiskurs wurde nicht nur zum Mittelpunkt der Auseinandersetzungen mit dem Kolonialismus, sondern geriet auch zum primären Austragungsfeld innergesellschaftlicher Konflikte. Die Kolonialmächte gingen hierbei mit einer doppelten Strategie vor: einerseits erfolgte ihre Politik der Unterwerfung unter der Legitimation einer zivilisatorischen Mission, im Sinne der Befreiung der arabischen Bevölkerung – und insbesondere der Frauen – aus rückständigen Gesellschaftsstrukturen. Andererseits wurde auf diese Weise eine kolonialistische Assimilierungspolitik forciert, um so sukzessive interne Verwandtschafts- und Familienstrukturen aufzubrechen und damit Einfluss auf lokalen Vergemeinschaftungen zu gewinnen. Auch innergesellschaftlich wurden Entwicklungspotentiale in der Verflechtung von Geschlechter- und Authentizitätsdebatten verhandelt.¹⁷⁵

„Im Zuge der verstärkten Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt in den Jahren der indirekten britischen Kolonialherrschaft, kam es zu Überlagerungen und Verknüpfungen, zu Kongruenzen und Konflikten von Kolonialideologie, einheimischem modernistischen Diskurs und traditionalistischem Gegendiskurs.“¹⁷⁶

Die ökonomische und kulturelle Einbettung der ressourcenstarken lokalen Profiteure der Kolonialpolitik orientierten sich in politischen und ideologischen Belangen, so auch in der Geschlechterpolitik an westlichen Maßstäben. Die gesellschaftlichen Abwehrkämpfe wurden mit Rückbezug auf authentische und traditionelle Werte von den abstiegsgefährdeten Mittelschichten – den eigentlichen Verlierern der Weltmarktintegration – getragen. Diese Konfrontationen wirken sich noch auf zeitgenössische Diskussionen zu

¹⁷⁵ vgl. Kreile, Renate (2007): S 6

¹⁷⁶ Kreile, Renate (2007): S 6

Geschlechterverhältnissen aus.¹⁷⁷

Aus diesem Kontext ergibt sich die Beschäftigung mit postkolonialen theoretischen Ansätzen als logische Konsequenz zur Erklärung von Geschlechterordnungen, ihre Manifestationen als koloniale Erblast und die Folgen für weibliche Zugänge zu öffentlichen Strukturen.

3.1.1 Konzeptualisierung einer postkolonialen Theorie

In seinem frühen Werk „Orientalismus“ stellt Edward Said die Beziehungen zwischen Westen und Nicht-Westen als eine von Konflikten und Dichotomien getragene Konsequenz von und Reaktion auf Kolonialismus dar. Er identifiziert den Begriff des Orientalismus, der dazu dient, erstens die Bilder, welche von europäischer Seite gebraucht werden um eine Region, die als „Orient“ bezeichnet wird, greifbar und erklärbar zu machen, aufzuzeigen, zweitens eine Denkweise zu identifizieren, welche auf einer ontologischen und epistemologischen Unterscheidung zwischen Orient und Okzident basiert und drittens gemeinsame Institutionen herauszufiltern versucht, die sich mit dem Orient befassen.¹⁷⁸ Kulturelle Beschreibungssysteme basieren seiner Meinung nach immer auf Strategien der Macht, welche auf einer Dialektik zwischen Wissensproduktion und dem europäischen Imperialismus basieren. Daraus ergibt sich ein dichotomes Repräsentationssystem.¹⁷⁹ Die Konstruktion eines „Anderen“ hatte jedoch weniger die Intention, diesen besser zu verstehen oder gar in Interaktion zu treten, als vielmehr die Absicht sich selbst abzugrenzen und die eigene Identität bzw. Überlegenheit durch den Kontrast schärfer hervorzuheben. Es wird das Bild eines femininen, irrationalen und primitiven Orients entworfen, welcher als gegensätzliche Identifikation zu einem maskulinen, rationalen und fortschrittlichen Westen beschrieben wird.¹⁸⁰

„... das Phänomen des Orientalismus, wie ich es hier studiere, betrifft vor allem nicht die Korrespondenz zwischen dem Orientalismus und dem Orient,

¹⁷⁷ vgl. Kreile, Renate (2007): S 6

¹⁷⁸ vgl. Coronil, Fernando (2002): S 182

¹⁷⁹ vgl. Varela, Maria Do Mar Castro; Dhawan, Nikita: „Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung“. Bielefeld, transcript Verlag 2005: S 32

¹⁸⁰ vgl. Said, Edward W. (1981): S 8; Varela, Maria Do Mar Castro; Dhawan, Nikita (2005): S 32f; Harders, Cilja (1999): S 177; Sabbagh, Suha (1996): „Introduction: The Debate on Arab Women“ in: Sabbagh, Suha (HrsgIn): Arab Women. Between Defiance and Restraint. New York, Interlink Publishing Group 1996: S XXI

sondern eine innere Konsistenz des Orientalismus selbst und seiner Ideen über den Orient (den Osten als Karriere): trotz oder jenseits aller Übereinstimmung oder des Mangels an Übereinstimmung mit einem „realen“ Orient.“¹⁸¹

Kräfteverhältnisse und Machtkonfigurationen werden auf diese Weise zum Ausdruck gebracht. Breite und diversifizierte Wissensbereiche, wie Sprachen, Geschichte und Kulturen werden unter den Begriff „orientalisch“ homogenisiert und der Überlegenheit Europas unterstellt.¹⁸² Den europäischen Mächten geht es nicht darum, das Neue zu entdecken, sondern vielmehr darum, das Gegenüber, in diesem Fall die kolonialisierten Länder orientalisch zu machen um auf diese Weise ihren Macht-, Herrschaft- und hegemonialen Anspruch zu zementieren. Hegemonie in dem Sinne, *„dass die europäische Identität im Vergleich aller nichteuropäischer Völker und Kulturen überlegen sei.“¹⁸³* Die indirekte Anerkennung dieser Überlegenheit durch die kolonialisierten Länder legitimiert nun imperialistische Bestrebungen der westlichen Mächte.

„In fruchtbarer Weise hat Said versucht, Foucaults Denken mit dem des Marxisten Antonio Gramscis zu verknüpfen. Letzterer hat einleuchtend dargestellt, wie der unterdrückten Bevölkerung durch Erziehung und kulturelle Praxen eine Einwilligung in hegemoniale Ordnungsverhältnisse abgerungen wird.“¹⁸⁴

Edward Said gilt als einer der Pioniere der postkolonialen Theorie, auch wenn manche seiner Aussagen immer wieder kritisiert bzw. endgültig widerlegt wurden.¹⁸⁵ Wichtig im Verständnis von Geschichte, insbesondere der postkolonialen Geschichte ist ein Verständnis für die Vielfältigkeit der Prozesse und Entwicklungen der Verhältnisse von Kolonialherren und Kolonialisierten. Die Dezentralisierung des Westens spielt hierbei genauso eine Rolle, wie das

¹⁸¹ Said, Edward W. (1981): S 12

¹⁸² vgl. Varela, Maria Do Mar Castro, Dhawan, Nikita (2005): S 32

¹⁸³ Said, Edward W. (1981): S 14

¹⁸⁴ Varela, Maria Do Mar Castro; Dhawan, Nikita (2005): S 35

¹⁸⁵ Maria Do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan identifizieren fünf Problembereiche, welche überwiegend variierenden Kritiken ausgesetzt sind: *„Erstens wird Said eine Homogenisierung und damit Essentialisierung des Orients wie auch des Okzidents vorgeworfen; zweitens wurde immer wieder festgestellt, dass der totalisierende Impetus des präsentierten Arguments keinen Raum für das Denken von Widerstand lässt; drittens werden die Einseitigkeit und der anklagende Ton Says bemängelt; viertens wurden diverse Lücken in der sehr breit angelegten Studie nachgewiesen und fünftens sind zahlreiche Paradoxien und Widersprüche festgestellt worden, die auch mit den von ihm verwendeten theoretischen Werkzeugen in Verbindung gebracht wurden.“* Varela, Maria Do Mar Castro; Dhawan; Nikita (2005): S 38

Aufkommen machtvoller lokaler Eliten sowie neokoloniale Abhängigkeiten von Industrieländern.

Aus der Definition des Orients ergibt sich eine Definition des Okzidents. „Der Okzidentalismus“, wie Fernando Coronil es formuliert, „ist somit nicht die Kehrseite des Orientalismus, sondern die Bedingung seiner Möglichkeit, seine dunkle Seite...“.¹⁸⁶ Klassische Praktiken der Repräsentation, die Auswirkungen auf die Entwicklungen von Konzeptionen in Vergemeinschaftungen haben, zeigen sich in einer Unterteilung der Weltregionen in klar abgegrenzte Einheiten, in der Trennung der Interdependenzen in den jeweiligen historischen Entwicklungen, in der Verwandlung von Differenz zu Hierarchie und damit verbundenen ungleichen Machtbeziehungen und in der Naturalisierung von Repräsentation. Der Erfolg des Konzepts leitet sich für ihn nicht primär aus ethnozentrischen Hierarchisierungen nichtwestlicher Gesellschaften und ihrer kulturellen Differenzen ab, sondern vielmehr aus seiner Möglichkeit der Bildung internationaler Asymmetrien durch die Entfaltung globaler Macht, welche durch das kapitalistische System getragen wird.¹⁸⁷

Was sich unter „Westen“ subsumiert, unterliegt genauso wie orientalische Zuordnungen einem historischen Wandel. Aus der Perspektive kolonialisierter Länder war insbesondere Europa in erster Linie Okkupator der eigenen Gebiete. Im Alltagsverständnis wird heute neben Europa auch Nordamerika und Japan – ehemals Sinnbild für den Osten – mit westlichen Mächten assoziiert. Es werden damit jedoch auch Begriffe wie Wohlstand, Demokratie, Bildung, aber auch sozialer, technischer und wissenschaftlicher Fortschritt verbunden. Oft wird der Westen mit Kapitalismus in Verbindung gebracht. In Anlehnung an Noam Chomskys Umgang mit dem Begriff „Europa“ wird hier der Begriff „Westen“ als Metapher verwendet, welche für die erwähnten Begriffe in einem spezifischen Kontext steht und dabei nur scheinbar einen parteiischen Standpunkt mit bestimmten Perspektiven und Zielsetzungen negiert.¹⁸⁸

Das Verständnis in Bezug auf postkoloniale Systeme beruht nicht nur auf der Erklärung der historischen Entwicklung dieser Strukturen. Grundlegende Themen bilden Auseinandersetzungen mit Macht, Interdependenzen und

¹⁸⁶ Coronil, Fernando (2002): S 184

¹⁸⁷ vgl. Coronil, Fernando (2002): S 185f

¹⁸⁸ vgl Chomsky, Noam zit. in: Coronil, Fernando (2002): S 180f

Verflechtungen auf unterschiedlichen Ebenen. Forschungsgegenstand stellen Machtwirkungen wie Ethnozentrismus und Eurozentrismus als kulturelle Ausprägungen kolonialer und neokolonialer Entwicklungen dar.¹⁸⁹ Jene westlichen Modelle politischer Partizipation sind zu identifizieren, die als fortlaufende Erbmasse kolonialer Herrschaft und neo-imperialer Einmischung in den Gemeinschaften Ägyptens implementiert sind. Es gilt den innergesellschaftlichen Umgang mit diesen Mustern herauszuarbeiten und indigene Ausdrucksformen herauszufiltern.

Said plädiert auch für die Einbeziehung des „Orientalisten“ in die Forschung über den Orient, als grundlegende Kritik westlichen Wissens. Es ist also eine Reflexion des eigenen Zuganges vonnöten, um nicht in die Falle zu tappen, selbst einen Zustand zu konstruieren – in diesem Fall einen „neuen“ Orient. Primärer Fokus ist es neue Perspektiven entdecken und erfahren zu können. Postkoloniale Theorie bezieht somit in die Analyse ihres Forschungsgegenstandes immer auch die Analyse des persönlichen Zugangs und Verhältnisses zu diesem Gegenstand mit ein. Beide Entitäten müssen problematisiert und miteinander verknüpft werden; die orientalistischen Repräsentationen des Westens und der Westen selbst. Die Erkenntnis, dass der eigene Blickwinkel und die eigenen Zuordnungen eine immanente Rolle in der Erkenntnis des Anderen spielt, erlaubt es dem Diskurs zur Forschung mehr Stellenwert zu verleihen und den Forschungsgegenstand an sich, von seiner, aus dem jeweiligen historischen, politischen oder gesellschaftlichen Kontext, losgelösten Position zu befreien.¹⁹⁰ Die Dekonstruktion des Begriffs Orient als ein westliches Gebilde, welches die Existenz eines Gebietes, das als Orient bezeichnet wird, nicht adäquat wiedergibt, wird damit zum wesentlichen Schritt auf dem Weg zu einer neuen Annäherung an die Region.

3.1.2 Das Verhältnis von Frauen und Staat in postkolonialen Ländern

Wichtige Elemente des Forschungsvorhabens bilden der postkoloniale Staat und dessen Theoretisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, was eine der wichtigsten Entwicklungen im Rahmen der Staatstheorien darstellt. Anders als in Europa, wo Staatsbildungen mit dem Aufstieg des Bürgertums,

¹⁸⁹ Kerner, Ina (2005): S 221

¹⁹⁰ vgl. Coronil, Fernando (2002): S 182f

das verstärkt seine Autorität geltend machte, assoziiert wird, spielten im Rahmen der Staatsbildungen in nicht-westlichen Ländern weniger das Aufkommen bestimmter lokaler Klassen eine Rolle, als vielmehr das Ende kolonialer Herrschaft und einer daraus resultierenden top-down StaatsbürgerInnenschaft.¹⁹¹

Laufende Debatten zu Staatstheorien sind zu einem Großteil noch immer westlich zentriert und versäumen nach wie vor, spezielle Merkmale des postkolonialen Staates herauszuarbeiten, welche das Leben von Frauen in den Transformationsländern auf spezifische Weise beeinflusst. Die universalistische Sprache dieser Staatstheorien entwickelt oft eine orientalistische Sichtweise bezüglich nicht-westlicher Länder und ignoriert die besondere Beziehung, in der Frauen zum postkolonialen Staat stehen.

*“While some post-modern feminists do point to how the process of decentering and diversifying politics helped increase the visibility of historically marginalised interests and perspectives, for example, feminist, postcolonial and „Third World” interests, questions such as whether the post-colonial state poses any particular problems for women, whether Third World women can relate such a Western-centred debate to their own lives, and whether an analysis of Third World states by feminists might throw up questions for feminists theorising and debating the state, have not been asked.”*¹⁹²

Der postkoloniale Staat lässt sich nach Shirin Rai durch folgende Merkmale kennzeichnen: Erstens sehen sich die meisten der postkolonialen Länder als Vertreter für soziale und ökonomische Transformation. Durch ihre Verfassungen und Gesetzgebungen bildeten diese Staaten einen Rahmen, der auf eine Veränderung und Entwicklung der Gesellschaften, auf Basis der Erfahrung mit kolonialer Ausbeutung, abzielt. Ob auf Grundlage eines liberalen Säkularismus oder basierend auf religiöser Identität, zielen diese Staaten darauf ab ihre Gesellschaften neu zu formen und zu gestalten. Die transformative Rolle von Staat verdeutlicht sich hier auch in der „Frauenfrage“.¹⁹³

¹⁹¹ vgl. Hijab, Nadia (2002): S 5f; Joseph, Suad (2002): S 10

¹⁹² Rai, Shirin (1996): S 28

¹⁹³ vgl. Rai, Shirin (1996): S 33

Zweitens können Staaten als „starke“ und „schwache“ Staaten¹⁹⁴ kategorisiert werden. Beschrieben wird damit der Grad an Fähigkeiten einer Staatsmacht, seine Gesetze und regulierenden Instrumente durchzusetzen. Wo die infrastrukturelle Kraft einer Institution schwach ist, kann die Ausführung von Richtlinien durch unkontrollierbare Faktoren von außerhalb der staatlichen Ordnung beeinflusst werden. Die Durchsetzung von Macht hängt damit mehr von den individuellen Fähigkeiten des Machthabers als von der bürokratischen Leistung des Staates ab. Einzelne Persönlichkeiten werden somit zu unabhängigen Faktoren im Leben der Menschen, auch wenn sie nicht in den strukturellen Hintergrund von Staat passen.¹⁹⁵

Korruption bildet eine dritte wichtige Variable, insbesondere in der Funktion von „schwachen“ Staaten und beeinflusst verschiedene Menschen auf unterschiedliche Weise. Frauen sind von diesem Phänomen anders betroffen als Männer, wenn beispielsweise geforderte Gefälligkeiten nicht nur finanzieller, sondern auch sexueller Natur sind. Solange die Ausführung der Gesetze von Korruption untergraben wird, ist die Arbeit mit bzw. im Rahmen der staatlichen Ordnung nicht immer möglich. Die Mobilisierung gegen die Behörden kann insbesondere auch Frauen wieder auf Konfrontationskurs mit den Institutionen bringen. An dieser Stelle ändern sich die politischen Regeln, wenn der Staat sich nicht länger imstande sieht, die Forderungen von einzelnen Gruppen zurückzuhalten. Wichtige Faktoren in diesem Konflikt bilden die Stärke der Opposition und die Fähigkeit der Staatsgewalt gegen diese Opposition zu mobilisieren. Der Aspekt der Sichtbarkeit der Konfrontation wird zur wesentlichen Kraft, den der Staat tunlichst zu vermeiden sucht. Für oppositionelle Gruppen stellt Sichtbarkeit jedoch eine wichtige Zielsetzung dar, um einerseits auf sich selbst aufmerksam zu machen und um die staatliche Gewalt, ausgeführt von Polizei oder Militär, aufzudecken und der öffentlichen Prüfung und dem Medieninteresse zu präsentieren.¹⁹⁶

Einen weiteren wichtigen Aspekt bezüglich des postkolonialen Staates stellt die Rolle des internationalen Kapitals dar. Während optimistische Stimmen davon ausgehen, dass Kapitalismus dazu führen kann, traditionelle Patriarchien zu

¹⁹⁴ Eine ausführliche Definition dieser Kategorisierung liefert Shirin Rai (1996): S 28-30; sie unterscheidet anhand der Fähigkeit der Staatsmacht durch despotische bzw. infrastrukturelle Maßnahmen Ordnung zu schaffen, dem Aufbau der Bürokratie, dem Verhältnis zwischen Exekutive und Bürokratie und schließlich dem Grad an Korruption innerhalb eines Systems.

¹⁹⁵ vgl. Rai, Shirin: S 33

¹⁹⁶ vgl. Rai, Shirin (1996): S 33f

überwinden und Frauen neue Möglichkeiten im Zugang zur Öffentlichkeit schaffen kann, warnen andere vor sozialen Krisen, welche zur Verarmung ganzer Gesellschaften führen können und insbesondere Frauen wieder am Stärksten von Ausbeutung betroffen sind.¹⁹⁷

In Bezug auf die arabische Welt charakterisiert Samih Farsoun einen „multiplen Staat“, welcher drei unterschiedliche, jedoch dialektisch zueinander in Verbindung stehende Konzepte vereint – den „historischen Staat“, den „modernen Staat“ und den „repressiven Staat“.

Der historische Staat stellt die traditionellen Bürokratien dar, mit einem ausgeklügelten Patronagesystem, welches der führenden Elite dazu dient, durch das Gewähren ökonomischer Zugeständnisse, politischer Positionen und Beschäftigungsmöglichkeiten, ihre Position zu festigen und sich der Solidarität und Unterstützung spezifischer Sektoren der Gesellschaft zu vergewissern. Dieses System funktioniert im weitesten Sinne entlang Verwandtschafts-, ethnischen und tribalen Linien und dient dazu, Führungspositionen und Herrschaft im Rahmen der eigenen Klassen zu sichern.

Der moderne Staat konstruiert sich aus einem Konglomerat an autonomen und halb-autonomen Einrichtungen und rekrutiert sich der gebildeten Mittelschicht, welche teilweise im Ausland ihre Ausbildung erhielt. Dem modernen Staat unterliegen zwei Funktionen, einerseits die Planung und Finanzierung neuer wirtschaftlicher Betriebe und Infrastruktur und andererseits die Etablierung und das Management wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen, zum Zwecke der Solidarisierung der Bevölkerung mit dem Regime.

Der repressive Staat schließlich konstituiert sich aus der militärischen Kaste, welche die Eliten, also die herrschenden und besitzenden Klassen zu beschützen hat. Der repressive Staat steht über der Gesellschaft und oft über den Gesetzen ohne sich rechtfertigen zu müssen bzw. legitimiert Gesetz oft repressives Handeln.¹⁹⁸ Am Beispiel Ägyptens wird das sehr anschaulich an den Notstandsgesetzen deutlich. Die Notstandsgesetze, welche als Folge des Ausnahmezustandes als Reaktion auf die Ermordung Präsident

¹⁹⁷ vgl. Rai, Shirin (1996): S 31

¹⁹⁸ vgl. Farsoun, Samih K.: „Class Structure and Social Change in the Arab World“ in: Hopkins, Nicholas; Ibrahim, Saad Eddin (Hrsg): Arab Society. Class, Gender, Power and Development. Kairo, The American University in Cairo Press 2003: S 20f

Sadats am 6.10.1981 in Kraft traten, wirken bis heute und bilden ein grundlegendes Element für das Verständnis öffentlichen Agierens in Ägypten. Sie gelten in Ägypten schon seit dem Krieg mit Israel 1967, mit einer Unterbrechung von 18 Monaten in der Regierungszeit Sadats. Mit seiner Ermordung wurde der Ausnahmezustand ausgerufen, der bis heute in Kraft ist und die Anwendung der Notstandsgesetze erlaubt. Alle zwei Jahre wird er durch Parlamentsbeschluss um weitere zwei Jahre verlängert. Der Ausnahmezustand hat grundlegenden Einfluss auf gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Ebene und determiniert das Verhältnis zwischen BürgerInnen und Staat. Ihre Bestimmungen erlauben Verhaftungen auf Verdacht, unbegrenzte Inhaftierung ohne Anklageschrift mutmaßlicher Täter, genauso wie ihrer Familien oder dem Umfeld. Vehemente Einschränkungen im täglichen Leben jedes und jeder Einzelnen stehen somit genauso auf der Tagesordnung wie Restriktionen in Bezug auf politische Rechte oder hinsichtlich Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Zensur, Willkür, Arrest und Polizeigewalt sind Auswüchse dieses Gesetzes und ermächtigt des weiteren zu elementaren Eingriffen in das gewaltenteilende Prinzip durch Berufung von Sondergerichten, deren Urteilssprüche nicht anfechtbar sind.¹⁹⁹

Diese drei Systeme, welche den „multiplen Staat“ ausmachen, bedingen, durchdringen und überlappen nun einander, was zu gegensätzlichen und konfligierenden Prozessen innerhalb von Staat und Gesellschaft führen kann. Konsequenz daraus sind letztendlich politische Instabilität und weit reichende Transformationsprozesse.²⁰⁰

In einer Annäherung an den Begriff Staat und seiner Gender-Dimension muss man grundsätzlich von dessen vielfältigem Charakter ausgehen. Die variierenden und oft konfligierenden Interessen, die in Staat repräsentiert und eingebettet sind, führen zu oft gegensätzlichen Praktiken von staatlichen Institutionen in Bezug auf Frauen.²⁰¹ Vom Umgang mit lokalen Regierungsbeamten zu sozialen Dienstleistungen, von der Polizei bis zur

¹⁹⁹ vgl. Conti; Erika (2007): S 12; FRIDE (2006): S 10. Im September 2005 verkündete Präsident Mubarak, dem Ausnahmezustand ein Ende setzen zu wollen, knüpfte an diese Zusage jedoch die Verabschiedung eines Anti-Terror-Gesetzes. Im März 2007 kam es zu Verfassungsänderungen, die Behörden weitgehende Befugnisse bei Terrorismus-Verdacht einräumen. Im Mai 2008 wurde der Ausnahmezustand um weitere zwei Jahre verlängert. KritikerInnen argumentieren, dass die gegenwärtigen Regelungen mit dem neuen Anti-Terror-Gesetz nur unter anderem Namen fortgesetzt wurden.

²⁰⁰ vgl. Farsoun, Samih K. (2003): S 20f

²⁰¹ vgl. Joseph, Suad (1996): S 6

Gerichtsbarkeit, unterscheiden sich die Erfahrungen von Frauen mit den Kräften des Staates. Man muss davon abgehen von einer fokussierten Macht zu sprechen, welche in eine Struktur einstuftbar ist. Zielführender ist es, an Staat als eine hierarchisch arrangierte Vielzahl an Machtverhältnissen heranzugehen. Nur auf diese Weise gelingt es die verschiedenen Rollen, welche von den unterschiedlichen Organisationen des Staates zu unterschiedlichen Zeiten und aus unterschiedlichen Gründen gespielt werden, nachzuvollziehen.²⁰²

*“The state, however, is not a single-minded actor with a unified set of interests. States are composed of different, conflicting, and changing sets of interests. Political leaders are embedded in local, national, and global communities. It is most productive to see the state as a contested terrain, its actions reflecting local, national, and global conflicts and contradiction.”*²⁰³

Staatliche Politik drückt sich nach Evelyn Terpin auf drei Ebenen geschlechterrelevant aus: die erste Ebene stellt die politischen Eliten dar, welche zentrale Stellen des staatlichen Apparates für sich beanspruchen. Für Frauen ist dieser Zugang, welcher von großer Bedeutung für die Teilhabe am politischen Entscheidungsprozess ist, wenn nicht verwehrt, so doch erheblich dezimiert und beschränkt sich überwiegend auf irrelevante oder symbolisch wichtige Posten. Die zweite Ebene fokussiert auf das politische Handeln und seine bewussten oder unbewussten Konsequenzen für die Geschlechterverhältnisse. Es ergeben sich daraus sowohl Vor- und Nachteile für Frauen durch staatliche Aktivitäten als auch Widersprüche in den Handlungen. Die dritte Ebene bezieht sich auf die komplexe Gesamtheit an Normen, Verhaltensweisen, Ideologien und rechtlichen Grundsätzen, welche die politische Diskussion bezüglich der Geschlechterfrage determinieren.²⁰⁴

*„Der Staat bestimmt hier die Voraussetzungen für politische Prozesse sowohl durch seine Institutionen als auch durch seine Ideologie. Seine organisatorischen Strukturen beeinflussen das Verständnis und die Methoden der Politik für alle gesellschaftlichen Gruppen und somit die politische Kultur. Er kann bestimmte politische Gruppierungen begünstigen und das Aufkommen bestimmter öffentlicher Debatten forcieren.“*²⁰⁵

²⁰² vgl. Rai, Shirin (1996): S 32

²⁰³ vgl. Joseph, Suad (2002): S 7

²⁰⁴ vgl. Terpin, Evelyn (1995): S 212

²⁰⁵ Terpin, Evelyn (1995): S 212

Der vergeschlechtliche Aspekt von Staat und staatlichen Strukturen wird von Georgina Waylen folgendermaßen dargestellt:

*“While women are on the whole under-represented in formal politics, this does not mean of course that the policies made and implemented in the political process do not have a huge impact on the lives of different groups of women and on gender relations in general. . . When examining policy making and its outcomes, the gendered nature of the state becomes an important focus. There are often large numbers of women employed in state bureaucracies, but few are found at the top of the state hierarchies in all types of political system whether electoral, authoritarian or state socialist.”*²⁰⁶

Diese Aspekte stellen wesentliche Faktoren im Verständnis der Verhältnisse von Frauen zu staatlichen institutionalisierten Strukturen dar. Nicht-westliche Feministinnen finden weitere Zugänge zur Theoretisierung von Staat. Fatima Mernissi beispielsweise spricht von einer „Feminisierung des Männlichen“ in postkolonialen Staaten, da die traditionelle Rolle des ökonomischen Versorgers nicht länger ausschließlich dem Mann obliegt und da der moderne Staat Gesetze und gesellschaftliche Bedingungen schafft, welche es der Frau ermöglichen in der öffentlichen Sphäre zu partizipieren.²⁰⁷

Der Staat als Arbeitsgeber für Frauen, durch seinen bürokratischen Apparat auf der einen Seite und als Unterstützer für Frauen durch sozialpolitische Maßnahmen andererseits spielt eine große Rolle in der Herangehensweise an formale Politik und ihre Auswirkung auf Lebensverhältnisse von Frauen.²⁰⁸

Shirin Rai unterscheidet zwischen zwei verschiedenen Perspektiven in der Frage des Verhältnisses zwischen Frauen und Staat. Einerseits sieht sie die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen, welche durch spezifische Staatsformationen geprägt sind und verschiedene soziale und politische Variablen, die die Auseinandersetzung mit diesem Staat beeinflussen. Andererseits gibt es den Standpunkt der feministischen Reaktion auf den Staat, als Strategie oder als Kritik. Das Verhältnis von theoretischen Konzepten und praktischen Lebenssituationen fördert die Antwort auf die Frage der politischen Positionen von Frauen in der Öffentlichkeit zutage.²⁰⁹

²⁰⁶ Waylen, Georgina (1996): S 12f

²⁰⁷ vgl. Mernissi, Fatima zit. in: Rai, Shirin (1996): S 30

²⁰⁸ vgl. Waylen, Georgina (1996): S 14

²⁰⁹ vgl. Rai, Shirin (1996): S 34

Arabische Feministinnen tendieren weniger dazu, für eine Schwächung von staatlichen Strukturen einzutreten, vielmehr wird Staat als wichtiges Konzept bzw. als Arena für Verhandlung und Konflikt betrachtet. Der Fokus liegt dabei auf der Frage des Zugangs für Frauen zur Öffentlichkeit, sowohl in politischen als auch wirtschaftlichen Bereichen.²¹⁰ Staat wird als erster und wichtigster Verhandlungs- und Kooperationspartner betrachtet, weswegen die Etablierung staatsfeministischer Strukturen durchaus weit reichenden Beifall finden, sofern die Möglichkeiten autonomer frauenbewegter Aktivitäten nicht eingeschränkt werden.

“Secularisation, democratisation and modernisation of the state and of the political sphere are regarded as relevant to the lives of women while at the same time there is an acknowledgement of the state’s penetration by the community.”²¹¹

Einer der wichtigsten Unterscheidungen zwischen politischen Lebensrealitäten von Frauen in westlich-liberalen Ländern und jenen der postkolonialen Staaten ist das Ausmaß an direktem Einfluss der regulierenden Macht des jeweiligen Staates. Transformationsstaaten sind in wesentlich geringerem Ausmaß in der Lage, jene Form des sozialen Sicherheitsnetzwerkes zur Verfügung zu stellen, als der Großteil der westlichen Staaten mit ihren Wohlfahrtsprogrammen gewährleistet. Wichtige Ausnahme bildet hier unter anderem die USA, deren Sozialstruktur der eines Entwicklungslandes entspricht.

In „schwachen“ Staaten, deren Informationsweitergabe undurchschaubar und lückenhaft bleibt, sind sich Frauen vieler Bereiche der staatlichen Gesetzgebung und des staatlichen Handelns nicht bewusst oder leiden unter fehlenden Zugängen. Analphabetismus und diskriminierende soziale Praxis verstärken diese Isolation von Entscheidungsprozessen. Die Rhetorik der sozialen Gerechtigkeit verliert schnell, wenn es darum geht, die Kontinuität der Staatsmacht zu gewährleisten und manifestiert sich in dem politischen Unwillen klassische hierarchisch-gegliederte Familienstrukturen zu reformieren. Der Mangel an infrastruktureller Kraft eines Staates bedeutet zudem, dass Gesetze und Regelungen in weiten Teilen eines Landes schlichtweg ignoriert werden. Der Grad an staatlicher Regulierung und dessen Effektivität dient

²¹⁰ vgl. Rai, Shirin (1996): S 30f

²¹¹ Rai, Shirin (1996): S 31

somit als weiteres Identifikationsmerkmal für einen postkolonialen Staat.²¹²

Im Rahmen von Restrukturierung und Demokratisierung erfahren Frauen in Transformationsländern nicht nur nationale sondern auch internationale ökonomische und politische Macht. Dieser Fokus erlaubt es erst, die wachsenden und unterschiedlichen Felder weiblicher politischer Aktivität herauszuarbeiten. Diese beinhalten nicht nur oppositionelle Rollen sondern auch Verhandlungen, nicht nur Kämpfe sondern auch strategische Abkommen auf Ebenen, welche Schnittstellen zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre darstellen.²¹³

3.2 „Frau“ als *boundary marker*²¹⁴ in machtstrategischen Diskursen

Spezifische Annahmen von Lebensrealitäten und Bedürfnissen arabischer Frauen lassen sich kontextualisieren im Bemühen einer autochthonen Ausdrucksweise zwischen westlich kritischer Perspektive und postkolonialer Perspektive. Die Selektion und Definition, was sich unter frauenspezifischen Anliegen subsumiert, unterliegen charakteristischen Vorstellungen von Frauenrollen innerhalb der Gesellschaften. Das Aufbrechen klassischer theoretischer Vorannahmen soll zu einer Annäherung an signifikante weibliche Lebenskonzepte in einem historisch postkolonialen Kontext führen und die unterschiedlichen Einflussfaktoren und Konfrontationslinien aufzeigen.

Feministischen Analysen der 1980er Jahre ging die Vorstellung von „Frau“ als einheitliche, historische Kategorie voraus. Auch Feministinnen behandelten Frauen als homogene Gruppe und stützten die Annahme, dass es nicht nur möglich, sondern auch völlig unproblematisch sei, Frauen und ihre Interessen zu generalisieren. Dies bedeutet jedoch oft, die Erfahrungen von „westlichen“, „weißen“ Frauen aus der Mittelklasse auf „nicht-weiße“ Frauen,

²¹² vgl. Rai, Shirin (1996): S 34f

²¹³ vgl. Rai, Shirin (1996): S 25f

²¹⁴ Ich beziehe mich hierbei auf Deniz Kandiyoti (1991), welche diesen Begriff verwendet, um die verschiedenen Bilder von Frauenrollen und ihren Platz innerhalb nationaler, ethnischer und religiöser Gruppen zu verorten. vgl. Kandiyoti, Deniz: „Identity and its Discontents: Women and the Nation“ in: *Millenium. Journal of International Studies* Vol 20/3 1991: S 435

ArbeiterInnenklassen und nichtwestliche Kontexte zu verallgemeinern.²¹⁵

Dabei galt der Anspruch, weltweit gegen die Benachteiligungen von Frauen zu kämpfen. Grundlage bildete hierbei der Bedarf, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, welche es Frauen ermöglichen, sich mit jeder anderen Frau auf der Welt zu identifizieren und in weiterer Folge zu solidarisieren. Analysen, die jedoch Geschlechterverhältnisse isoliert betrachten und dialektische Verhältnisse mit anderen Strukturkategorien wie „Klasse“ und „ethnische Determination“ ignorieren, gehen am Anspruch, allen Frauen zugute zu kommen, vorbei. Sofern Differenzen hergestellt wurden, dann in der Formulierung der nicht-westlichen „Anderen“, der als unterdrücktes Opfer dargestellten Schwester der „Dritten Welt“, welche aufgrund fehlender Industrialisierung und Urbanisierung, d.h. fehlender Entwicklung besonders stark benachteiligt ist. Diese Annahmen gehen von einem westlichen Maßstab für das Verständnis und der Darstellung des kulturell Anderen aus.²¹⁶

„Vor diesem Maßstab entsteht ein reduktionistisches und viktimisierendes Bild der ‚Dritte-Welt-Frau‘, oft ein Gegenbild zur Selbstrepräsentation der westlichen Wissenschaftlerinnen, und von diesen unterschieden durch eine ‚Dritte-Welt-Differenz‘. So werde ein duales Model konstruiert von sexuell unterdrückten, armen, ungebildeten, traditionellen, familienorientierten etc. ‚Dritte-Welt-Frauen‘ einerseits, und deren solidarischen Schwestern aus dem Westen andererseits.“²¹⁷

Frauen der nicht-westlichen Länder werden so unabhängig ihrer kultur-historischen Herkunft, ihrer Bildung und sozialen Schicht in einen Topf geworfen. Ein homogenisierender universaler Feminismus plädiert für eine generelle Lösung, ohne Rücksicht auf die vielschichtige Problematik von Frauen in postkolonialen Staaten, um ihnen Entwicklung nach westlich-aufgeklärter Vorgabe zu „ermöglichen“. „Frauen“ werden unter eine einheitliche soziale Gruppe subsumiert und Differenzierungen durch vielschichtige Verwobenheiten mit Machtverhältnissen und Hierarchien schlichtweg ignoriert. Auf diese Weise werden Frauen aus so genannten Entwicklungsländern auch gern als passive Opfer barbarischer und primitiver Praktiken wahrgenommen. Kolonial geprägte, soziale und ethnische Differenzen werden negiert und der Kampf

²¹⁵vgl. Waylen, Georgina (1996):S 8; Kreile, Renate (1997): S 10; Kerner, Ina (2005): S 217; Karam, Azza (1997b): S 20

²¹⁶ vgl. Kerner, Ina (2005): S 223; Harders, Cilja (1999): S 178

²¹⁷ Kerner, Ina (2005): S 223

gegen die patriarchale Macht zuungunsten anderer Formen der Macht forciert.²¹⁸

Georgina Waylen beschreibt drei wichtige Faktoren, die den Bruch mit dieser „weißen“ theoretischen Abstraktion beschreiben und insbesondere durch ethnische Bewegungen in Nordamerika forciert wurden:

1. *Black women have provided a powerful challenge to much of the work of white feminists, arguing that their analyses were imbued with racist and ethnocentric assumptions, again generalising the experience of white feminists to black women.*
2. *The re-emergence of the ‘equality versus difference’ debate broke down the confident distinctions between sex and gender, and in some quarters sexual difference came to be celebrated rather than denied. Debates moved on to ask how to deal with embodiment, arguing that it is not difference that is the problem, but how it is constructed and dealt with.*
3. *The feminist challenge to mainstream theorising has been paralleled by the post-structuralist and post-modern critiques of the universal grand frameworks which characterised enlightenment thought and has heralded the end of the meta-narrative.*²¹⁹

Die Einbettung orientalisierender Zuordnungen in theoretische Grundannahmen macht damit auch vor westlich sozialisierten feministischen Wissenschaftlerinnen nicht halt und verdeutlicht das Aufeinanderprallen widerstreitender Konzepte, welche als Rahmen fungieren, Problemwahrnehmungen der Bedürfnisse arabischer Frauen zu identifizieren. Auch polarisierende Positionen zwischen homogenisierenden Erklärungsversuchen, Lebensverhältnisse von Frauen darzustellen, um gleichzeitig Marginalisierungsmechanismen, denen Frauen in nicht-westlichen Kontexten ausgesetzt sind, als differenzierendes Element zu betonen, verdeutlichen vielmehr verkürzte Betrachtungsweisen bzw. spiegeln eher eigene defizitäre Konstruktionen wider, als dass sie effektives Werkzeug in der Beschäftigung mit arabischen Frauen sind. Ausgehend von diesen Annahmen

²¹⁸ vgl. Waylen, Georgina (1996): S 9; Miles, Angela: (2000): S 2; Kerner, Ina (2005): S 217; Karam, Azza (1997b): S 20

²¹⁹ Waylen, Georgina (1996): S 8f

ergibt sich nun die Frage, wie man sich der Auseinandersetzung von Frauen und Politik in postkolonialen Ländern stellt. Einige wichtige Voraussetzungen müssen geschaffen werden:

*“First, women have to be put back into the study of formal politics. . . ., women should not be ,added in’ to the analysis of political processes at the expense of other forms of social relations such as class and ethnicity. Second, it is necessary to make clear how ostensibly neutral political processes and concepts, such as nationalism, citizenship and the state, are fundamentally gendered. Third, it is not enough simply to reintegrate women as actors in the study of conventional politics but those activities women are typically involved in outside the male-dominated institutional sphere must also be included in such analyses.”*²²⁰

Anspruch darf nicht sein, einen universalistischen Diskurs über Patriarchie und die Unterdrückung der Frauen zu führen. Es besteht vielmehr die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Gruppen von Frauen in der konventionellen Politik zu identifizieren, politische Aktivitäten von Frauenbewegungen außerhalb des institutionellen Rahmens herauszukristallisieren und die daraus resultierenden Problemstellungen unter dem Aspekt westlicher Einschreibungen und indigener Ausdrucksweisen näher zu betrachten, um auf diese Weise Besonderheiten, Diversität und Heterogenität und damit die Komplexität von Frauen in postkolonialen Ländern darzustellen.²²¹

3.2.1 Überwindung der Dichotomie von privatem und öffentlichem Raum

In jeder Diskussion zu Geschlechterverhältnissen und Politik in der arabischen Welt spielt die Überwindung der Dichotomie zwischen privater und öffentlicher Sphäre eine bedeutende Rolle. Sie bildet die Basis für die Definition der Positionen von Frauen, ihre Zugänge zu Entscheidungsfindungsprozessen und den Ausdruck der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern, Generationen, Klassen und hierarchischen Strukturebenen. Primäre Fragestellung in diesem Kontext ist, welche Bereiche des so genannten Privaten

²²⁰ Waylen, Georgina (1996): S 9f

²²¹ vgl. Miles, Angela (2000): S 3f; Waylen, Georgina (1996): S 10

bzw. Öffentlichen liberal-kritischen theoretischen Zuordnungen entsprechen und welche autochthonen Ausdrucksweisen diese Kontextualisierungen durchbrechen.

Der Großteil der Literatur entstammt einem westlichen Zusammenhang, mit dem Anspruch eines universalistischen Charakters. Nichtsdestotrotz haben viele dieser Ideen und Konzepte einen wichtigen Einfluss auf die politischen Aktivitäten und ihre Analyse in postkolonialen Ländern. Die meisten der politischen Theorien ab dem siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert zu westlichen liberalen Demokratien basieren auf der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit.²²²

“Beginning with Locke, the private domestic sphere was seen as lying outside of the proper realms of investigation and interference by the state or others. The public sphere was seen as the arena where everyone was incorporated as an individual citizen in the political world.”²²³

Zwischen den beiden Bereichen gibt es aus dieser Perspektive nur wenig Verbindung und der Fokus einer theoretischen Richtlinie hinsichtlich politischen Handelns bezieht sich auf die öffentliche Ebene, da der private Rahmen als irrelevant für eine soziale und politische Theorie gilt. Dem Konzept liegt ein spezifisches Verständnis von Geschlechterverhältnissen zugrunde. Aktiv partizipierende individuelle Bürger sind Männer, welche aufgrund ihrer Stellung auch dem Haushalt vorstehen. Frauen werden analytisch auf die private Ebene, den vom Mann dirigierten Haushalt verbannt. Dieses Konstrukt ignoriert sowohl die Überlappungen dieser Sphären, also auch die unterschiedlichen Rollen, welche der Staat in der Gestaltung ihrer Grenzen einnimmt. Nur scheinbar neutral ausgerichtet, liegt liberalen Demokratien eine ausgeprägte Trennung zwischen öffentlichem und privatem Leben, und damit implizit eine Trennung zwischen Männern und Frauen zugrunde, in der nur Männer abstrakte Individuen sein können.²²⁴

Das „Politische“ ist also definiert als etwas Maskulines, eine Tatsache, welche die Eingliederung von Frauen unter die selben Bedingungen bedeutend

²²² vgl. Waylen, Georgina (1996): S 7f

²²³ Waylen, Georgina (1996): S 8

²²⁴ vgl. Botman, Selma: “Engendering Citizenship in Egypt. The History and Society of the Modern Middle East”. New York, Columbia University Press 1999: S 3f; Waylen, Georgina (1996): S 8

erschwert und jene ihrer Aktivitäten, die nicht a priori als politisch gesehen werden, ausschließt. Es ist also nicht genug, Frauen in formaler Politik zu betrachten, vielmehr wird eine erweiterte Definition vom „Politischen“ benötigt.²²⁵ Eine Ausdehnung des politischen Blickes auf Familienstrukturen und jenen alternativen informellen Institutionen, die ihre politischen Bedürfnisse abseits struktureller Partizipationspfade befriedigen, ist vonnöten. Dieses Spektrum ist bis dato aufgrund der spezifischen Konstruktionen der Grenzen zu Öffentlichkeit aus klassischen Diskussionen um politische Partizipation ausgeschlossen.²²⁶

Partizipationsbarrieren werden aufgebaut, indem Entmarginalisierungsprozessen und Bemühungen, politisch-soziale Aktivitäten von Frauen sichtbar zu machen, strukturelle Grenzen gesetzt werden. Weibliche Lebenszusammenhänge werden nach Regina Becker-Schmidt nicht nur determiniert durch die Verschränkung zweier Formen von Herrschaft – männlich-autoritärer Dominanz und gesamtgesellschaftlichen, insbesondere ökonomisch vermittelten Machtstrukturen – sondern auch durch eine doppelte Vergesellschaftung und ihr Zusammenwirken. Eine Doppelsozialisation erfolgt durch weibliche Zuweisung zu sozialer Reproduktionsarbeit. Der Fokus auf Familie bildet dabei sozialisierendes Element für Frauen. Gleichzeitig ist weibliche Arbeitskraft jedoch eine nicht mehr wegzudenkende Größe im Erwerbsfeld.²²⁷ Kulturelle, soziale, historische, diskursive und ökonomische Faktoren spielen im Verständnis für weibliche Zugänge zu politischen Feldern genauso eine Rolle, wie die Biographien von Politikerinnen, ihre Familiennetzwerke und Ausbildungen.

Das Konzept der Öffentlichkeit impliziert die Konstruktion einer von ihr getrennten Privatheit, welche Frauen vorbehalten ist und eine gleichberechtigte Partizipation in der öffentlichen Sphäre erschwert. Die analytische Aufhebung der öffentlich-privat Dichotomie würde eine Sichtbarmachung weiblicher Aktivität außerhalb des formalisierten Partizipationsbereiches mit sich bringen und lässt sich auch unterschiedlich legitimieren.

“The arguments ranged from the religious ones which argue that the dichotomy is only a recent construct since it did not exist in the early days of Islam, to

²²⁵ vgl. Botman, Selma (1999): S 5; Waylen, Georgina (1996): S 8; Kreisky, Eva (2004): S 41f

²²⁶ vgl. Singerman, Diane (1997): S 44

²²⁷ vgl. Becker-Schmidt, Regina (1985): S 102

*those which maintain that each and every interaction and sphere is a political space which involves power and authority.*²²⁸

Im Sinne eines erweiterten Politikbegriffes ist damit jede Form der Aktivität politisch fundiert und privates Handeln dient als Grundlage des Verständnisses von öffentlichem Handeln. Das Auflösen der Grenzen und das Aufzeigen der nichtöffentlichen Teilhabe von Frauen fließt auf diese Weise in die Perspektive auf Frauen in formalen konventionellen Bereichen und der Identifikation frauenspezifischer Problemfelder mit ein.²²⁹

Die Formen politischer Einflussnahme beginnen bereits im Rahmen von Familien- und Gemeinschaftsstrukturen. Cynthia Nelson identifiziert vier Einflussphären im familiär-privaten Bereich, welche von grundlegender Bedeutung für die Organisation gemeinschaftlichen Handelns sind. Erstens fungieren Frauen in Gesellschaften, welche auf Familienstrukturen und Verwandtschaftsverhältnisse aufgebaut sind, als Vermittlerinnen zwischen den einzelnen familiären Gruppierungen. Hierbei treten sie als Informantinnen für ihre männlichen Familienmitglieder auf und nehmen durch die Selektion ihres vermittelten Wissens Einfluss auf Entscheidungen.²³⁰ Zweitens impliziert die Geschlechtertrennung nicht per se den Ausschluss der Frauen aus männlichen Lebenswelten. Es zeigt sich auch die Chance exklusive Solidaritätsnetzwerke zu bilden, welche ausschließlich Frauen vorbehalten sind und ihnen ermöglichen, ihre Interessen zu verfolgen. Drittens zeigt sich der religiös-mystische Bereich durchaus auch als Frauendomäne, in denen sie über den religiösen Ritus Geltung ausüben. Und letztlich lässt sich die Tatsache, dass das Ansehen der Familie und des Mannes vom Verhalten der Frauen determiniert wird, auch zu ihren Gunsten interpretieren, indem sie auf diese Weise Macht ausüben.²³¹

Cilja Harders Einführung der Kategorie Familie bzw. Gemeinschaft als dritte Akteurin politischen Handelns zwischen Staat und Zivilgesellschaft erleichtert die Überwindung der Zuordnung vom „Politischen“ zur öffentlichen Sphäre.²³² Auch Amal Rassam argumentiert in diese Richtung:

²²⁸ Karam, Azza (1999): S 7

²²⁹ vgl. Harders, Cilja (1997): S 85f

²³⁰ Insbesondere in den Schichten mit mangelnden Ressourcen bilden diese wichtigen informellen Kanäle für Frauen ein maßgebliches Forum zur politischen Partizipation. vgl.: Kreile, Renate (1997): S 3

²³¹ vgl. Nelson, Cynthia zit. in: Harders, Cilja (1995): S 23f

²³² zur Unterscheidung der drei Bereiche Familie – Staat – Zivilgesellschaft siehe Harders, Cilja (1995): S 22ff; vgl. Kapitel 2.2.1.

*“Far from being simply the ‘domain’ of women, the family/household in the Middle East is the basic socio-economic unit and the arena where the public/private differentiation dissolves.”*²³³

Soziale Wirklichkeit wird geformt und organisiert durch das Beziehungsnetz staatlichen, gemeinschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns, dessen Spannungsverhältnis durch Koalition und Konkurrenz definiert wird. Der Wettkampf zwischen öffentlicher und privater Macht stellt sich in Ägypten als Balanceakt und immerwährender Kampf zwischen individuellen, kollektiven und staatlichen Autoritäten dar.²³⁴ Dieser wirkt sich auf Männer und Frauen in unterschiedlicher Weise aus.

*„Die patriarchale Organisation aller drei Bereiche schließt Frauen nicht nur aus, sondern unterwirft sie bestimmten Formen der Kontrolle, wobei auch hier wieder von einem Miteinander und/oder Gegeneinander staatlicher Maßnahmen und gemeinschaftlichen Kontrollmechanismen auszugehen ist ... So können Staaten auf der einen Seite die institutionelle Partizipation von Frauen fördern, während gleichzeitig die Autorität gemeinschaftlicher Normen, die Frauen diskriminieren, nicht angetastet werden.“*²³⁵

Der Eintritt von Frauen in männlich dominierte Öffentlichkeiten wird von ihnen und ihrem gesellschaftlichen Umfeld unterschiedlich legitimiert. Perioden nationaler Befreiungskämpfe und Massenmobilisierungen erleichtern Frauen die öffentliche Teilhabe. Oft beschränkt sich diese jedoch auf die unteren Hierarchieebenen oder im Graswurzelbereich²³⁶ und im Rahmen klassischer Rollenzuschreibungen. Gleichzeitig ergibt sich gerade in diesem Bereich eine Legitimationsstrategie zur politischen Überlebenseicherung.²³⁷

*„Die Verlängerung „natürlicher“ mütterlicher oder weiblicher Fürsorge auf die Nation, ethnische Gruppe oder den Stadtteil im Einsatz für nationale Befreiung oder im Kampf gegen autoritäre Regime erleichtert die Grenzüberschreitung zwischen „Privatem“ und „Öffentlichem“.“*²³⁸

²³³ Rassam, Amal: “Towards a Theoretical Framework for the Study of Women in the Arab World” in: Social Science Research (Hrsg.): Women in the Arab World. Paris, UNESCO 1984: S 127

²³⁴ vgl. Singerman, Diane (1997): 45

²³⁵ Harders, Cilja (1995): S 23

²³⁶ unterste Ebene öffentlich-lokaler politischer Gestaltungsmöglichkeiten

²³⁷ vgl. Harders, Cilja (1997): S 88

²³⁸ Harders, Cilja (1997): S 88

Die Politisierung der sozialen Positionen von Frauen führt zu einer Politisierung der privaten Sphäre²³⁹. Die Betonung der Rollen als Mutter und Hausfrau dient als Basis zum Ausdruck öffentlicher Proteste und zur Artikulation individueller Ansprüche.²⁴⁰ Auch Okeke-Ihejirika und Franceschet stellen am Beispiel afrikanischer Frauen fest, dass ihre politischen, sozialen und ökonomischen Rollen gebunden sind an festgesetzten Gender-Ideologien, welche durch indigene und westliche Richtlinien hybridisiert und um ihre primären Posten als Ehefrauen und Mütter konstruiert werden. Frauen bilden ihre politischen Plattformen im Rahmen ihrer sozial akzeptierten Stellungen in der Gesellschaft und vermeiden es in ihren Forderungen an den Staat, die Grenzen dieser Geschlechterrichtlinien zu überschreiten, um einen wiederholten Ausschluss aus der formellen politischen Sphäre zu vermeiden.²⁴¹ Maßgeblich für Frauen bleibt eine klassische weibliche Biographie, die geprägt ist von Heirat (oft mit Männern mit politisch aktivem Hintergrund) und Kindererziehung als Hauptbezugspunkte in ihrem Leben.²⁴² Dies führt oft zu einer Einschränkung oder gar Aufgabe der politischen Aktivität nach der Eheschließung. Frauen aus der Mittelschicht befinden sich teilweise in der privilegierten finanziellen Situation, Teile ihrer Reproduktionsarbeit zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Tätigkeiten an andere Frauen zu delegieren. Männer bleiben in der Umstrukturierung der Reproduktionsarbeit meist ausgeschlossen.²⁴³

Die Frage des Geschlechts wird zum bestimmenden Aspekt dieser Form der politischen Aktivität, da die Tatsache „Frau“ zu sein einen zentralen Bestandteil der Aktion darstellt. Die traditionellen sozialen Positionen werden wiederum als öffentliche Oppositionshaltung genutzt und können in weiterer Folge auch dazu dienen, soziale Zuschreibungen zu überwinden und neu zu definieren. Beispiel hierfür wäre die Mobilisierung von Frauen durch konservative Kräfte. Auch hier wird ihre aktive Rolle in der Öffentlichkeit im Namen der mütterlichen Fürsorge für die Gesellschaft legitimiert.²⁴⁴ Deniz Kandiyoti erklärt und analysiert diese offensichtlich gegensätzlichen Ansprüche und Strategien von Frauen in den arabischen Länder, durch ihre politische

²³⁹ vgl. Kreile; Renate (1997): S 244ff

²⁴⁰ Peteet verwendet den Begriff der „politisierten Häuslichkeit“ zit. in Harders (1995): S 25; vgl. Karam, Azza (1999): S 7

²⁴¹ vgl. Okeke-Ihejirika, Philomina E.; Franceschet, Susan (2002): S 450

²⁴² vgl. Kapitel 6.1.

²⁴³ vgl. Harders, Cilja (1995): S 25

²⁴⁴ vgl. Waylen, Georgina (1996): S 17f

Aktivität die herrschende Ordnung zu schützen, mit dem ‚patriarchalen Handel‘:

“... different systems may represent different kinds of ‚patriarchal bargain‘ for women with different rules of the game and differing strategies for maximising security and optimising their life options. “²⁴⁵

Der Fokus wird darauf gelegt ein System zu unterstützen, welches zwar klassische patriarchale Rollenzuschreibungen unangetastet lässt, auf anderen Ebenen aber auch frauenspezifische Langzeitinteressen schützt. Es gilt, persönliche Sicherheit zu bekommen und zu erhalten. Wenn der sozialen Ordnung, die verspricht diesen Schutz zu gewährleisten, Gefahr droht zu zerbrechen, werden entsprechende Kräfte mobilisiert und Strategien entwickelt um dies zu verhindern, da damit eine Verschlechterung der individuellen Lebenssituation verbunden wird.²⁴⁶ Negative Auswirkungen dieser Gesinnung finden sich in der weiblichen Unterstützung für arrangierte Hochzeiten und weibliche Genitalbeschneidungen (FGM).

Politische Transformationsprozesse in Ägypten wurden immer schon gestützt von Frauen und Frauengruppen, welche in zivilgesellschaftlichen Verbindungen partizipierten, um verkrustete gesellschaftliche Systeme zu stürzen. Diese Teilhabe führte jedoch in den darauf folgenden Konsolidierungsphasen nur selten zu einer vollständigen Gleichstellung in den neu gebildeten politischen Institutionen, da mit fortschreitenden Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozessen nicht unbedingt eine weitgehende Öffnung der gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse, insbesondere der Geschlechterverhältnisse einhergeht. Zu Zeiten nationaler Befreiungskämpfe und sozialistischer Reformen, durch die Erlangung der Unabhängigkeit, diente die Mobilisierung von Frauen dazu, einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Sie erhielten in Folge auch rechtlich zementierte BürgerInnenrechte, substantielle Reformen diskriminatorischer Praktiken konnten jedoch nicht erreicht werden.²⁴⁷

„Die Rechte von Frauen in vielen Staaten im Maghreb und Mashrek basieren auf der widersprüchlichen Mischung von individuellen – als Bürgerin

²⁴⁵ Kandiyoti, Deniz zit. in.: Waylen, Georgina (1996): S 18

²⁴⁶ vgl. Kreile; Renate (1997): S 302; Waylen Georgina (1996): S 18; Kandiyoti, Deniz (2001): S 54

²⁴⁷ vgl. Harders, Cilja (1997): S 88

*mit verfassungsmäßig garantierten Rechten – und abgeleiteten Rechten – als Mutter, Tochter oder Ehefrau eines männlichen Vollbürgers. Infolge solchermaßen halbierten Bürgerinnenrechte entwickeln staatliche Akteure ein ambivalentes Verhältnis gegenüber Frauen, indem sie zwar deren institutionelle Partizipation fördern, gleichzeitig aber die Autorität diskriminierender gemeinschaftlicher Normen, wie sie etwa im Familienrecht kodifiziert sind, nicht antasten.*²⁴⁸

Die in einer nur scheinbar geschlechtsneutralen Sprache formulierten verfassungsmäßigen Rechte übersetzen sich damit über staatliche Institutionen und politische Prozesse nur auf den männlichen Staatsbürger in seiner vollen Wirkung. Frauen werden auf diese Weise zu abhängigen 2.Klasse-Bürgerinnen in den politischen Gemeinschaften. Diese Tendenzen der Re-Marginalisierung zeigen sich abhängig von der materiellen Ressourcenausstattung politischer AkteurInnen.²⁴⁹ In ägyptischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen rekrutieren sich aktive Personen fast ausschließlich aus der gebildeten Mittelschicht. Ressourcenschwache Bevölkerungsteile sind von der öffentlichen Teilhabe fast vollständig ausgeschlossen. Die Qualität und Vertiefungsfähigkeit politischer Transformationsprozesse lässt sich somit auch am Erfolg bei der Einbeziehung von Frauen und anderen strukturell benachteiligten Menschen messen. Solange diese von wichtigen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleiben und ihre öffentliche Bedeutung sich auf informelle Teilhabestrukturen beschränkt, kann von einer tief greifenden Demokratisierung keine Rede sein.

3.2.2 Dialektik zwischen den Begriffen „Authentizität“ und „Modernität“

In der Auseinandersetzung mit Repräsentations- und Inklusionsmustern von Frauen in Ägypten im Spannungsfeld autochthoner Ausdrucksformen und kolonialer oder westlich geprägter Partizipationsformen zeigt sich als eines der größten Hindernisse der so genannte „kulturelle Dualismus“. Das bedeutet die Existenz zweier zutiefst implementierter, unumkehrbarer Entwicklungen im kulturellen Denken des Landes.²⁵⁰ Die eine Seite wird unter dem Begriff

²⁴⁸ Harders, Cilja (1997): S 88

²⁴⁹ vgl. Joseph, Suad (1996): S 4; Harders, Cilja (1997): S 87

²⁵⁰ vgl. Kandiyoti, Deniz (2001): S 53

„Modernität“ zusammengefasst - die kulturelle Grundlage eines Landes steht in Interaktion und profitiert von den Errungenschaften der modernen zeitgenössischen, globalisierten kulturellen Entwicklungen. Die andere „authentische“ Seite versucht insbesondere westlichen Einflüssen ein indigenes, gewachsenes Ordnungssystem entgegenzustellen. Beide Ausrichtungen prallen nun in Bezug auf Themen wie Demokratie oder Menschen- bzw. Frauenrechte aufeinander. Die Übergänge dieser Konzepte sind dabei fließend, da ModernitätstheoretikerInnen Modernisierungsentwicklungen durchaus als im eigenen kulturellen Selbstverständnis begründet argumentieren, während konkrete Authentizitätsdiskurse wiederum nicht als rückwärtsgewandte politische Tendenzen gelten, sondern als moderne Strömungen, welche als Reaktion auf zeitgenössische Entwicklungen zu betrachten sind. Die Debatte unter ägyptischen Intellektuellen, PolitikerInnen oder in den Medien ist äußerst heterogen in Bezug auf die Definition, die Bedeutung und das Wechselverhältnis beider Konzepte. Das Dilemma der Austarierung der jeweiligen Positionen innerhalb dieses theoretischen Koordinatensystems zieht sich durch alle ideologischen Lager und beschäftigt säkulare Intellektuelle genauso wie konservative TraditionalistInnen oder islamistische ReformerInnen.

Der damit einhergehende Bezug auf „Identität“ dient in diesem Zusammenhang als Maske, um komplexe Realitäten zu übertünchen und um sich auf diese Weise deutlich von anderen Gesellschaftsmustern abzugrenzen. Auch die Konstruktion des Gender-Begriffes spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle in der Unterscheidung zwischen „wir“ und „sie“. Ein anti-imperialistischer Gender-Diskurs muss dabei nicht explizit islamischer Natur sein. Es gelingt dadurch jedoch eine Verstärkung der religiösen, kulturellen, ethnischen oder nationalen Einheit.²⁵¹

Moderne Strömungen beispielsweise propagieren Gleichheit, Freiheit, demokratische Werte und Rationalismus und treten für einen globalisierten Diskurs in Bezug auf Frauen- und Menschenrechte ein. In diesem Sinne wird „Modernität“ als politische Entwicklung aus einem stagnierenden

²⁵¹ vgl. Moghadam, Valentine M.: „Introduction. Women and Identity Politics in Theoretical and Comparative Perspective“ in: Moghadam, Valentine M. (HrsgIn): Identity Politics and Women. Cultural Reassertions and Feminisms in International Perspective. Boulder, Westview 1994: S 12ff; Tucker, Judith E.: „Introduction“ in: Tucker, Judith E. (HrsgIn): Arab Women. Old Boundaries, New Frontiers. Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1993: S IXff

rückwärts gewandten System heraus hin zu einer pluralistischen Demokratie (nach westlichem Vorbild) verstanden. Währenddessen propagieren viele Denkrichtungen, welche sich einem authentischen Identitätskonzept verschrieben haben, oft ein patriarchales, reformresistentes Wertesystem, deren einzige Legitimität auf tradierten Normen besteht.²⁵²

Die Frage der Stellung von Frauen in der Öffentlichkeit und der Aspekt der Modernisierung sind zwei miteinander verwobene Diskursfelder mit zunehmender Bedeutung. Sie gelten als Quintessenz in der Etablierung eines Identitätskonzepts im Rahmen einer ägyptischen, arabischen oder islamischen Renaissance. Erste Bemühungen reichen bis ans Ende des achtzehnten Jahrhunderts zurück. Dieser historische Moment markiert auch den Beginn der Auseinandersetzung mit westlichen Gesellschaften unter der Herrschaft Muhammed Alis und den Beginn modernen arabischen Denkens. Die Formierung einer nationalen ägyptischen Elite brachte eine Öffnung für die zeitgenössischen Kulturen, das Interesse für moderne Wissenschaft und damit eine reflektive Auseinandersetzung mit religiöser und kultureller Praxis. Konzepte zu StaatsbürgerInnenschaft, Gleichheit und gesellschaftliche und individuelle Freiheit fanden Eingang in liberale Verfassungsentwürfe. Reformistisches Projekt war dabei die Modernisierung von Staat und Gesellschaft. „Modernisierung“ in seiner weitesten Bedeutung basiert in diesem Zusammenhang auf dem Unterschied zwischen Traditionalismus und Modernität²⁵³:

“In brief, this means that modernization involves continual processes of change, which in most cases require a difficult struggle. Modernization also means a number of different levels – legal, constitutional and institutional, linked to the modernization of structures and institutions; socio-economic; and cultural, linked to value systems and the nature of the prevailing culture. Perhaps this last level is the most difficult, since change here takes place slowly and is often

²⁵² vgl. Majed, Ziad (Hrsg): “Democracy in Egypt: Women’s Political Participation, The Development of Political Party Life and Democratic Elections”. International IDEA 2005: S 6 - http://www.idea.int/publications/dem_egypt/upload/Egypt_country_report_English.pdf

²⁵³ vgl. Mustafa, Hala: “Women, Politics and Modernization“ in: Majed, Ziad (Hrsg.): Democracy in Egypt: Women’s political participation, The development of political party life and democratic elections. International IDEA 2005: S 9; Keddi, Nikki R.: “Problems in the Study of Middle Eastern Women” in: *International Journal of Middle East Studies* Vol 10, Nr. 2/1979: S 233; Jayawardena, Kumari: “Feminism and Nationalism in the Third World”. London, Zed Books 1994: S 48ff

*faced by resistance; there are some traditions and customs that are deeply rooted and cannot adapt to the requirements of the age.*²⁵⁴

Modernisierung ist damit ein konfliktreiches Konzept in der Aushandlung von Spielräumen nach westlichen Maßstäben, mit indigenen Ausdrucksformen. Dies führt zu einer Reihe strittiger Aspekte, welche untrennbar mit der Modernisierung der arabischen Welt verbunden sind. Kernelemente in diesem Diskurs stellen die Konfrontationen um die sozialen und politischen Positionen von Frauen und Demokratisierungsprozessen dar und ihre damit verbundene kulturelle Dimension, welche als analytischer Rahmen fungiert. Einer dieser Aspekte beinhaltet den Niedergang der reformistischen Schule in Ägypten, welche zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts die Basis für Modernisierung darstellte. Einer der Gründe liegt für Hala Mustafa in dem stetigen Wachsen neuer intellektueller Strömungen, welche sich vom ursprünglichen reformistischen Liberalismus grundlegend unterscheiden, wenn nicht gar in Widerspruch stehen. Manche dieser Denkrichtungen setzen Modernisierung mit „Verwestlichung“ gleich.²⁵⁵

*“For the most part, they gave priority to facing external challenges at the expense of internal structures and furthering the cause of Arab societies, and they suffered from this imbalance between the internal and the external fronts.”*²⁵⁶

Der vermeintlichen oder realen Gefahr der westlichen Vereinnahmung lokaler sozialer und politischer Ausdrucksformen wird das Konzept der Authentizität gegenüber gestellt. Es bildet eine zentrale Komponente in der Präsentation der eigenen Kultur, speziell in Gesellschaften mit einer Kolonialgeschichte. Kritische Stimmen argumentieren, dass es sich hierbei weniger um ein indigenes Konstrukt handle, als vielmehr um eine kulturelle Vorstellung, welche von außen an die eigene Gesellschaft herangetragen wird. Damit gemeint sind Diskurse, welche westliche WissenschaftlerInnen über nicht-westliche Gemeinschaften stützen, um Erklärungen für ihre Erkenntnisse zu produzieren. Wenn man jedoch Entwicklungen in ehemaligen kolonialisierten Ländern näher betrachtet, kann man feststellen, dass Authentizität ein entscheidendes Konzept für ein kulturelles Umdenken bildet,

²⁵⁴ Mustafa, Hala (2005): S 9

²⁵⁵ vgl. Mustafa, Hala (2005): S 9; Keddi; Nikki R. (1979): S 233

²⁵⁶ Mustafa, Hala (2005): S 10

welches mit Dekolonialisierungsprozessen und Unabhängigkeitsbewegungen einhergeht.²⁵⁷

Die Präsentation von Kulturen²⁵⁸ kann man als Konzept des sozialen Verhältnisses mit anderen oder auch als Form der Kommunikation betrachten. Kulturen sind hier zu verstehen als Orientierungssysteme, die sich auf ein Set symbolischer Bedeutungen beziehen. Diese sind jedoch weder statisch noch widerspruchsfrei oder starr. Sie stellen sich als unabgeschlossene, mehrdeutige und wandelbare Prozesse dar und wirken sich unterschiedlich und in dialektischer Weise auf soziale Schichten und Gemeinschaften und nicht zuletzt auf die Geschlechterverhältnisse aus.²⁵⁹ Die Frage des jeweiligen Standpunktes, im Rahmen von Kolonialisierungs- bzw. Postkolonialisierungsprozessen ist von immanenter Bedeutung für die Definition kultureller Werte und deren Implikationen. Kulturelle Präsentation stellt eine Erklärung der eigenen Existenz dar, insbesondere dann, wenn historische und politische Entwicklungen oder kulturelle Transformationen aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt werden oder wurden. Kulturelle Werte entfalten sich innerhalb eines sozio-politischen Gefüges, zur Stärkung und Solidarisierung nach innen und als Einheit in der Darstellung nach außen. Die Botschaft, welche auf diese Weise transportiert wird, kann eine Weigerung darstellen, andere Definitionen als die eigene von Existenz und Kultur zu akzeptieren und dient als Versuch, das politische Spektrum zu transformieren und den Anspruch des Vorrangs der eigenen Definition einer Situation vor anderen zu erheben. Auf diese Weise wird eine Form der Realität geschaffen, welche sich an jeweils spezifische Erklärungsansprüche annähert.²⁶⁰

*“Thus, the presentation of culture is more than a drama expressing old or new cultural ideals and elements and forms of social relationships. As a performative genre it does not necessarily transcend, displace, or even comment on the order of reality but is a communicative medium to shape reality, to construct it in order to achieve specific ends.”*²⁶¹

²⁵⁷ vgl. Peteet, Julie M.: “Authenticity and Gender. The Presentation of Culture” in: Tucker, Judith E.(HrsgIn): Arab Women. Old Boundaries, New Frontiers. Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1993: S 51

²⁵⁸ Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Entwicklungen und unterschiedlichen Bedeutungen von „Kultur“ und die jeweiligen Impulse für unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen vgl. Burke, Peter: „Was ist Kulturgeschichte?“, Frankfurt, Suhrkamp Verlag 2005

²⁵⁹ vgl. Kreile, Renate (1997): S 8; Kreile, Renate (2007): S 4

²⁶⁰ vgl. Peteet Julie M. (1993): S 49ff

²⁶¹ Peteet, Julie M. (1993): S 52

Im Kontext kultureller Partizipationsmechanismen gilt „Tradition“ als primäre Komponente in der Konstruktion von Authentizität. Dabei darf man nicht vergessen, dass Tradition keineswegs eine Ansammlung statischer kultureller Bausteine ist, sondern sich durchaus durch Flexibilität bezüglich Aktivierung, Inhalt und Bedeutung je nach historischer Zeit und Ort, auszeichnet.²⁶² Dies lässt sich am Beispiel der Verschleierung von Frauen veranschaulichen. Unterschiedliche Gründe und gesellschaftliche Zusammenhänge führten dazu, dass Frauen zum Kopftuch griffen - oder auch nicht. In Konfliktsituationen wie Unabhängigkeitsbewegungen diente es oft als Ausdruck der Ablehnung bestehender, meist von außen aufoktroierter Ordnungen. Es wird, auch unter gegenwärtigen spezifischen gesellschaftlichen Umständen, als aktive Waffe genutzt, um politische und kulturelle Autonomie zu erreichen. Gleichzeitig setzt es auch Bezüge zu einer idealisierten, dem eigenen kulturellen Verständnis entsprungenen Vergangenheit, an die man wieder anschließen will. Er dient somit auch als Ausdruck der Verteidigung, welche in ihrer unmittelbaren Ausdrucksform allgemein verstanden und akzeptiert werden kann. Der gleiche Schleier, der hier für einen weiblichen Aktivismus steht, wird aber auch eingesetzt, um weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit zu beschränken und die Interaktion zwischen den Geschlechtern zu regulieren. Dasselbe Phänomen oder Symbol kann auf diese Weise innerhalb der gleichen Gesellschaft während bestimmter historischer Perioden für vollkommen unterschiedliche Ziele dienen.²⁶³ Eine auf Tradition basierende Authentizität ist damit nicht per se passiv. Den Bezug auf Traditionen kann man sowohl kalkulierend als auch kreativ verstehen. Sie wird genutzt als Botschaft der Ablehnung und um gegen subjektiv wahrgenommene kulturelle Degeneration vorzugehen oder um die Bedeutung der eigenen Autonomie zu demonstrieren.²⁶⁴

Das Fehlen eines prinzipiellen Arrangements dieser widerstreitenden Identitätskonzepte führt zu einer Reihe negativer Phänomene. Einer der Wichtigsten stellt, laut Hala Mustafa die so genannte „kulturelle Stagnation“²⁶⁵

²⁶² vgl. Peteet Julie M. (1993): S 52

²⁶³ vgl. Karam, Azza (1998b): S 16. Zu Mediendarstellungen bezüglich Verschleierung und öffentlichen Stellungnahmen verschiedener ideologischer Richtungen in den öffentlichen Medien vgl. Abu-Lughod, Lila: „The Marriage of Feminism and Islamism in Egypt: Selective Repudiation as a Dynamic of Postcolonial Cultural Politics“ in: Abu-Lughod, Lila (HrsgIn): *Remaking Women. Feminism and Modernity in the Middle East*; Princeton, Princeton University Press 1998

²⁶⁴ vgl. Peteet, Julie M. (1993): S 52

²⁶⁵ vgl. Mustafa, Hala (2005): S 10

dar. Einige der wichtigsten Themen wie Art und Inhalt der Verbesserung von Bildung, die Situation von Frauen, die Entwicklung religiöser Diskurse und nicht zuletzt Demokratie und demokratische Entwicklung an sich, sind dieselben Themen, welche ägyptische Intellektuelle seit nunmehr fast 200 Jahren beschäftigen. Zu diesem Zeitpunkt sieht es sogar eher danach aus, dass Einstellungen vermittelt und reproduziert werden, welche Werte wie Freiheit, Demokratie, Rationalismus und Frauenrechte als der eigenen kulturellen Herkunft fremde Werte angesehen werden und sie vielmehr als Produkte einer westlichen Kultur sehen, die der eigenen übergestülpt werden soll.²⁶⁶ Dieser Konflikt spiegelt sich auch in der Ausübung der politischen Macht der aktuellen herrschenden Elite wieder. Grundlegende Charakterzüge vorangegangener Phasen werden nach überlieferten Werten übernommen.

Als konkrete praxisbezogene Ausformung zeigt sich diese Debatte in der Forderung der endgültigen Implementierung der Shari'a in die ägyptische Gesetzgebung als scheinbare Rückbesinnung auf die ursprünglichen indigenen Wurzeln. Im zeitgenössischen Nahen Osten gilt „Authentizität“ damit als Schlagwort mit wirksamen politischen und symbolischen Inhalt und einer offensichtlichen Klassen- und Gender-Dimension.²⁶⁷

In diesem Zusammenhang kritisieren säkular orientierte Intellektuelle immer wieder, dass beispielsweise islamistische Strömungen nur aufgrund eines politischen Vakuums derart machtvoll werden konnten.²⁶⁸ Im Gegenzug dazu werfen IslamistInnen den ModernistInnen vor, mit ihren, ihrer Meinung nach aus dem Westen importierten Paradigmen der Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung, die muslimische Familie (als Kernelement einer kulturellen Identität) zu zerstören und damit die arabische bzw. die muslimische Gemeinschaft zu unterminieren.²⁶⁹

Das Diktat, sich in einem Diskurs um Identität und Authentizität einer islamischen Sprache zu bedienen, ist in zeitgenössischen politischen Debatten mittlerweile unumgänglich, um eigene Ansprüche durchsetzen zu können.

²⁶⁶ vgl. Mustafa, Hala (2005): S 10

²⁶⁷ vgl. Kreile, Renate (2003): S 37ff

²⁶⁸ vgl. Al-Ali, Nadje: "Feminism and contemporary debates in Egypt" in: Chatty, Dawn/Rabo, Annika: Organizing Women. Formal and Informal Women's Groups in the Middle East; New York, Berg 1997: 187f

²⁶⁹ vgl. Esposito, John L.: "Introduction. Women in Islam and Muslim Societies" in: Haddad, Yvonne Yazbeck; Esposito, John L. (HrsgIn): Islam, Gender, and Social Change. New York, Oxford University Press 1998: S IV; Karam, Azza (1997b): S 25

Dementsprechend fällt es gerade SäkularistInnen schwer, sich von dieser Vorgabe zu befreien und einen eigenständigen Kurs zu verfolgen. Die Betonung einer arabisch-islamischen Identität dient somit auch für diese zur Legitimierung der eigenen Existenz und in weiterer Folge zur Berechtigung, die jeweils spezifischen Ansichten (in einem definierten Rahmen) vertreten zu dürfen.

Das vermehrte Aufkommen religiös-motivierter politischer Ausdrucksformen in Ländern wie Ägypten, verstärkt dieses traditionelle kulturelle Vermächtnis, welches unter anderem das negative Bild der Teilhabe von Frauen in der Öffentlichkeit und damit am politischen Prozess intensiviert. Frauen als wichtige intellektuelle Rekrutierungsquelle werden als solche nur peripher wahrgenommen. Sofern für Frauen die Möglichkeit besteht sich öffentlich Ausdruck zu verleihen, dann gewöhnlich in zivilgesellschaftlichen Bereichen und dessen organisatorischen Strukturen. Durch die Schwäche des Parteienapparates²⁷⁰ und dem rechtlich äußerst anfälligen Gefüge der Zivilgesellschaft ist der "bottom-up"-Effekt demokratischer Kräfte gefährdet. Weder politische Parteien noch unabhängige Organisationen sind stark genug, öffentliche Meinung zu bilden und auf staatliche Entscheidungsstrukturen Druck aus zu üben hinsichtlich politischer und demokratischer Reformen. Einzig die islamistische Opposition – in Ägypten repräsentiert durch die Muslimbruderschaft – ist mittlerweile verstärkt in der Lage, alternative Lösungen zu formulieren und in den öffentlichen Diskurs einzubringen.²⁷¹

3.2.3 Veränderung der Konstruktionen von Frauenbildern im Rahmen neuer Nationenbildung

Im Folgenden gilt es nun, charakteristische soziale und politische Positionen von ägyptischen Frauen in der Gesellschaft zu identifizieren. Durch die Unabhängigkeitsbewegungen und sozialen und politischen Transformationen veränderten sich auch geschlechtsspezifische Zuordnungen. Koloniale Geschlechtermodelle kollidierten mit traditionellen Ansichten bezüglich der Aufteilung der Handlungssphären. Daraus resultierende Haltungen zu Geschlechter- und Gemeinschaftsordnungen bilden den Rahmen für konkrete Vorstellungen, was unter Geschlechterpolitiken zu subsumieren

²⁷⁰ vgl. Kapitel 6.2.1.

²⁷¹ vgl. Majed, Ziad (2005): S 7

ist und wie sie reglementiert und umgesetzt werden.

Die Definition und Vereinnahmung „der Frau“ wird in der Rhetorik im Zuge neuer Nationenbildung gern als fragwürdiges Symbol in der Erfindung einer Darstellung des „Selbst“ verwendet. Postkoloniale Nationen stellen weniger gewachsene Entitäten dar, sondern vielmehr anhand spezifischer Faktoren konstruierte Gesellschaften, welche in sich eine Vielfalt an religiösen, ethnischen, sprachlichen, regionalen, Stammes- und Klassenunterschieden subsumieren. Das Bild einer nationalen Vorstellung von „Frau“ soll dabei helfen, das Zugehörigkeitsgefühl zur nationalen Gemeinschaft zu stärken und interne Differenzen zu überwinden.²⁷² In diesem Zusammenhang verkörpert die „Mutter“ Nation den Gegensatz zum „Vater“ Staat. Durch die Verbindung von Nation mit Frau und Mutterschaft und der Assoziation von Staat mit Männlichkeit und Vaterschaft werden die impliziten Konzepte patriarchaler Strukturen und Ideologien deutlich.²⁷³ Suad Joseph stellt die Verknüpfung von Nation mit dem Aspekt der Definition von Weiblichkeit folgendermaßen dar:

*“The symbolic connection between the idea of woman and the idea of nation and the use of women as symbols of nations by nationalist and liberationist movements has been critical to the gendering of women’s membership in national communities. Despite the diversity of identities and loyalties in any specific nation, the ideal of “woman” has fueled the ideals of “authentic” national cultures, “indigenous” religions, “traditional” family forms. The category of “woman”, as a stand-in for “nation”, has been marketed to delineate “national” boundaries.”*²⁷⁴

Die Feminisierung von Nation in einem postkolonialen Kontext geht auch einher mit der Feminisierung der arabisch-islamischen Welt durch die Kolonialherren. Dem männlich weißen Konstrukt des überlegenen europäischen Machthabers wird der feminisierte orientalische Mann gegenübergestellt. Dies hat doppelte Auswirkung auf die Stellung der Frau, da sie nicht nur auf ihre klassische Geschlechterrolle festgelegt wird, sondern vielmehr noch auf ihrem Rücken Abhängigkeitsverhältnisse und der Kampf um nationale Emanzipation ausgetragen werden.²⁷⁵

²⁷² vgl. Joseph, Suad (1996): S 6; Kandiyoti, Deniz (2001): S 54

²⁷³ vgl. Hijab, Nadia (2002): S 4; Joseph, Suad (2002): S 3ff

²⁷⁴ Joseph, Suad (2002): S 3f

²⁷⁵ vgl. Sabbagh, Suha (1996): S XXI

Die Kontrolle über das Verhalten von Frauen wird damit zu einer Frage der Nation, der Religion, der Freiheit oder des Fortschritts. Es liegt im Interesse der Nation, wie der ägyptische Reformler Qasim Amin um die Jahrhundertwende formuliert hat, Frauen eine Ausbildung zukommen zu lassen und ihnen Zugang zum Arbeitsmarkt und in anderen Öffentlichkeitssphären zu gewähren, um auf diese Weise die Modernisierung und damit die Unabhängigkeit des Landes zu versinnbildlichen.²⁷⁶ Um die eigene Legitimität zu untermauern, werden Modernisierungsversuche mit der Zugrundelegung in einer indigenen Kultur begründet. Paradoxerweise gelang es den Reformern mit dem Rekurs auf die eigenen Traditionen nicht, diese zu transformieren; vielmehr wurden Lebensrealitäten noch mehr in das Netz unterschiedlichster Traditions- und Mentalitätsansprüche verwickelt.²⁷⁷

Der Staat und sein Konzept zur Bildung einer Nation und die ursprünglichen familiären, tribalen und religiösen Gemeinschaften bilden nun soziopolitische Konkurrenzorganisationen. In ihrer machtpolitischen Auseinandersetzung formiert sich der „Kampf um die Frauen“ zu einer wesentlichen Schlüsselfunktion. Bereiche, welche ursprünglich den subnationalen Gemeinschaften untergeordnet waren, versucht der Staat nun durch die Zentralisierung des Rechts und eine einheitliche Ordnung der Geschlechterverhältnisse zu reglementieren, um auf diese Weise seinen hegemonialen Machtanspruch zu zementieren. Wird der Staat nun als „fremd“ und „autoritär“ wahrgenommen, dient die Kontrolle der Gemeinschaften über „ihre“ Frauen als Ausdruck des Widerstandes gegen diese Bevormundung.²⁷⁸

Um die staatliche Hegemonie über die Gesellschaft durchzusetzen, ist es vonnöten, Geschlechterverhältnisse im Interesse der Etablierung einer Nation und im Sinne von Modernisierungsprozessen zu transformieren. In diesem Zusammenhang kann es zur Auflösung, Umgestaltung oder Selbstbehauptung der familiären, religiösen oder tribalen Gemeinschaften kommen. Es zeigen sich daraus folgende ambivalente und variierende Konsequenzen für Frauen: ihre traditionellen Aktionsfelder verlieren an Bedeutung und ihre bisherigen

²⁷⁶ vgl. Amin, Qasim: „The New Woman“. Kairo, The American University in Cairo 2000; Amin, Qasim: „The Liberation of Women“. Kairo, The American University in Cairo 2000; Hijab, Nadia (2002): S 4; Jayawardena, Kumari (1994): S 50

²⁷⁷ vgl. Joseph, Suad (2002): S 4

²⁷⁸ vgl. Kandiyoti, Deniz (1991b): S 11; Kreile, Renate (2003): S 34; El-Kholy, Heba: „Concept Note – Arab Women: Towards Equal Citizenship?“ Amman, UNDP Okt 2002: S 2 – www.undp-pogar.org/publications/gender/heba/concept.pdf

informellen Einflussphären werden beschränkt, während sich andererseits insbesondere für Ägypterinnen aus den sich etablierenden Mittelschichten vor allem durch staatliche Förderung Zugänge zu Bildung und Beruf und auf diese Weise neue Handlungsspielräume auftun.²⁷⁹

3.2.3.1 Konzept der StaatsbürgerInnenschaft als Grundlage von Partizipation

Der Zugang zur StaatsbürgerInnenschaft bildet die Voraussetzung für die Inklusion von arabischen Frauen in ein formell-rechtliches Gefüge, mit den darin implizierten Rechten und Pflichten. Die Art wie StaatsbürgerInnenschaft vermittelt wird, gibt Aufschluss über die Möglichkeiten und Grenzen sozialer und politischer Teilhabe und determiniert die Form der Artikulationsweisen und Problemwahrnehmungen.

StaatsbürgerInnenschaft impliziert nach Holland-Cunz zwei Dimensionen: die Inklusion jedes Einzelnen und jeder Einzelnen in einer nationalstaatlichen Gemeinschaft und der Aspekt der Partizipation. Inklusion funktioniert über die Konstruktion einer Gemeinschaft mit Zugang zu klar definierten Rechten in einem territorial abgegrenzten Rahmen, in der Formulierung eines „Selbst“ in der Abgrenzung zum „Anderen“. Nur wer formell inkludiert ist, hat Zugang zu wesentlichen Formen der aktiven Mitgestaltung.²⁸⁰

StaatsbürgerInnenschaft und Staat bilden eine untrennbare Einheit hinsichtlich der Schaffung einer Nation. StaatsbürgerInnenschaft stellt in einem kritisch-liberalen theoretischen Kontext das direkte, rechtlich verankerte Verhältnis zwischen dem Individuum und dem Nationalstaat und dessen Theoretisierung dar.²⁸¹ Letztere dient dabei der Konstruktion eines Konzepts des Zusammenwirkens.

“Citizenship has been generally defined as a social status which secures equal rights and opportunities for all individuals, regarding not only gender, included in a given political entity (the citizens), vis-à-vis the state. It also implies full membership in a political community, guaranteeing equal civil, political and

²⁷⁹ vgl. Kreile, Renate (2007): S 7

²⁸⁰ vgl. Holland-Cunz, Barbara (2004): S 132f

²⁸¹ vgl. El-Kholy, Heba (2002): S 1

*social rights or responsibilities.*²⁸²

Im Gegensatz dazu wird StaatsbürgerInnenschaft in arabischen Ländern über ein duales System, einerseits einem individualisierten Mitglied, andererseits über familiäre, ethnische, tribale und religiöse Gemeinschaften vermittelt.²⁸³ Die impliziten patriarchalen Strukturen dieser Gesellschaften überwinden damit Abgrenzungen zwischen staatlichen und gemeinschaftlichen Strukturen und wirken sich auf die Möglichkeiten von Frauen aus, ihren sozialen und politischen Rechten Ausdruck zu verleihen. Diese formellen und informellen Inkorporierungen subnationaler Gemeinschaften in nationalstaatliche Diskurse und Handlungen stellen damit eine wesentliche Abgrenzung zu westlich-liberalen Konzeptionen von Nationalstaat dar. Der diskursiven Auseinandersetzungen und Veränderungen unterworfenen Rahmen des StaatsbürgerInnenschaftskonzepts, seine Transformationsmechanismen und seine Bedeutung für staatliche Ordnungssysteme bilden ein machtvoll-konzeptuelles und pragmatisches Werkzeug für Frauen, um ihre Bedürfnisse und Forderungen zu artikulieren und ihren ungleichen Zutritt zu öffentlichen Partizipationsforen in der arabischen Welt aufzuzeigen. Dies ist insofern von Relevanz, als dass ägyptische Frauen in der Ausübung ihrer Rechte nach wie vor keinen direkten Zugang zu staatlichen Institutionen haben, sondern in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens der Vermittlung eines männlichen Verwandten bedürfen.²⁸⁴

Im Rahmen von Nationenbildungen wurde dem männlichen Staatsbürger immer eine privilegierte Rolle zugesprochen. Viele der Themen, welche den Geschlechteraspekt von StaatsbürgerInnenschaft betreffen, scheinen dabei speziell arabische Länder zu tangieren, andere wiederum sind charakteristisch für postkoloniale Länder und viele der Streitfragen folgen Mustern, die generell Gesellschaften im Nationenbildungsprozess zu durchlaufen haben.²⁸⁵ Recht auf Staatsangehörigkeit kann durch *ius sanguinis* oder *ius soli*²⁸⁶ bestimmt werden.

²⁸² Conti, Erika (2004): S 2

²⁸³ vgl. Kapitel 2.1.1.

²⁸⁴ vgl. Joseph, Suad (1996): S 7, vgl. Kapitel 3.2.1.

²⁸⁵ vgl. Joseph, Suad (2002): S 2

²⁸⁶ *Ius sanguinis* in seiner reinen Form stellt den Anspruch auf Staatsangehörigkeit durch Abstammung dar. Die StaatsbürgerInnenschaft kann nur durch die Staatsangehörigkeit eines Elternteils erlangt werden. Dem Bodenrecht oder *ius soli* zufolge genügt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit die Geburt auf dem Territorium des Landes. In den praktischen Rechtssätzen der Staaten wird meist ein Mischsystem verwendet. vgl. Creifelds, Carl: „Rechtswörterbuch“. München, C.H.Beck 2002: S 126

Meist wird eine Mischform angewandt. Abstammungsverhältnisse beziehen sich in arabischen Ländern überwiegend auf die patrilineare Erbfolge. In den meisten arabischen Ländern kann die StaatsbürgerInnenschaft nur vom Vater auf die Kinder und vom Ehemann auf seine Frau übertragen werden.²⁸⁷ In Ägypten wurde dieses Gesetz erst kürzlich nach langen Konflikten zugunsten einer Übertragungsmöglichkeit der StaatsbürgerInnenschaft von der Mutter auf ihr Kind reformiert.

Arabische Staaten beschwören verstärkt das Konzept der StaatsbürgerInnenschaft in ihrer offiziellen Propaganda, um ihre politische Autorität mit Hilfe von Reformen durch eine breite WählerInnenbasis zu untermauern. Während Bekenntnisse zu Neuerungen Wahlsiege meist nicht überleben, wird es schwierig, substantielle Ergebnisse bezüglich Gleichheit und Gerechtigkeit innerhalb des politischen Systems zu orten. Diese Versäumnisse dienen nun als Druckmittel von Seiten der Minderheitsbewegungen und marginalisierten Gruppen innerhalb des Landes und externen Initiativen der internationalen Staatengemeinschaft. Solange marginalisierten Bevölkerungssegmenten, worunter Frauen zu zählen sind, grundlegende Staatsbürgerschaftrechte vorenthalten werden, solange liegen ernsthafte Bemühungen zur Demokratisierung lahm.²⁸⁸

StaatsbürgerInnenschaft besagt zusammengefasst mehr als bloße politische Mitgliedschaft. Sie bedeutet die aktive Beteiligung aller BürgerInnen am Projekt „Staat“. Und so ist es nicht damit getan, Frauen ihre gesetzlichen Rechte als Mitbürgerinnen zu geben, sondern auch Maßnahmen zu schaffen, um selbst kreativ am Entwicklungsprozess mitwirken zu können. Die formelle verfassungsrechtliche Garantie ist somit nicht Ziel, sondern vielmehr Grundlage der staatlichen Fähigkeiten auf der praktischen Ebene Strukturen für formelle und informelle Institutionen zu schaffen und BürgerInnen die Möglichkeit zu geben, sich selbst in den politischen Prozess einzubinden. Frauen tragen als

²⁸⁷ vgl. El-Kholy, Heba (2002): S 2; Hijab, Nadia (2002): S 5; Abul Komsan, Nehad: „Political and Economic Discrimination Against Women“. Kairo, The Egyptian Center for Women's Rights 2001: S 19f http://www.exwronline.org/english/Word_files/Political_and_Economic_Discrimination_Against_Women.doc . Lina Abou-Habib (2003) beschreibt die staatsbürgerlichen Rechte von Frauen in arabischen Ländern und ihre Konsequenzen auf Bereiche wie Bildung, staatliche Unterstützung, Besitzansprüche und Reisemöglichkeiten. vgl. Abou-Habib, Lina: „Gender, citizenship, and nationality in the Arab region“ in: *Gender and Development* Vol 11/3 Nov 2003: S 71

²⁸⁸ vgl. Conti, Erika (2007): S 2; Terpin, Evelyn (1995): S 218f; El-Kholy, Heba (2002): S 2

BürgerInnen im Rahmen der Ausübung ihrer politischen Rechte die Hälfte der Verpflichtung, um am nationalen politischen Prozess mitzuwirken.²⁸⁹

3.2.3.2 Konzepte von Frauenidentitäten in postkolonialen Gesellschaften

Diskurse zur Förderung der politischen Positionen von Frauen in der Gesellschaft muss man verstehen, unter besonderer Einbeziehung von Modernisierungskonzepten, da dies die Grundlage für Entwicklung und Reform darstellt und damit die Möglichkeit der Gesellschaft sich selbst zu fördern. Eine wichtige Rolle hierbei spielte und spielt die Bedeutung der kulturellen und intellektuellen Elite in der arabischen Welt und die Natur ihrer Ausdruckform und Prioritäten. Die Problematik ist, dass das Konzept einer generellen Übereinkunft über elementare Aspekte zur Gewährleistung der Interaktion zwischen den einzelnen Strömungen bzw. Segmenten innerhalb der Gesellschaft fehlt. Eine friedliche Koexistenz und eine damit verbundene schöpferische Entfaltung werden dadurch schon im Keim erstickt.²⁹⁰

Die Situation von Frauen als Aspekt der Modernisierung muss aus zwei Perspektiven betrachtet werden. Erstens sind frauenspezifische Anliegen als Ziel von Modernisierung anzusehen. Einer der wichtigsten Indizien für den Grad der Entwicklung in einer Gesellschaft ist die Rolle, welche Frauen in dieser Gemeinschaft spielen. Man kann nicht von einer modernen Gesellschaft reden, ohne die Situation von Frauen zu berücksichtigen, den Grad ihrer Zufriedenheit bezüglich der Wahrnehmung ihrer politischen, kulturellen und sozialen Rechte und Pflichten. Auf diese Perspektive zielen Reformbestrebungen der ägyptischen Führung ab, um auf diese Weise an Erfordernisse in einer globalisierten Welt zu reagieren. Der zweite Aspekt sind die Positionen, welche Frauen als Motor für Veränderungen im Rahmen eines Entwicklungsprozesses einnehmen.²⁹¹

“... the situation of women as a force for change and modernization is connected to their position in society in general, and in political and public life in particular, as well as the impact they have in the various positions they

²⁸⁹ vgl. Conti, Erika (2007): S 3f

²⁹⁰ vgl. Mustafa, Hala (2005): S 10

²⁹¹ vgl. Mustafa, Hala (2005): S 16

*now hold.*²⁹²

Entwicklung, Modernisierung oder Demokratisierung kann nur erreicht werden, wenn Frauen in zivilgesellschaftlichen wie staatlichen Bereichen auf allen Ebenen ihre Positionen einnehmen und ihren Teil der Verantwortung übernehmen können. Einschränkendes Element bildet dabei die Auseinandersetzung der vielfältigen Stimmen, auf welche Weise und in welche Richtung diese Entwicklungen vonstatten gehen sollen und wie globalisierte Konzepte einen autonomen Ausdruck finden.

Die Kreation einer ethnischen Identität und eine damit verbundene Nationalisierung sind wichtige Faktoren im Verständnis für postkoloniale Staatsentwicklungen und deren Auswirkungen auf die Geschlechterdebatte. Männer und Frauen erhielten zu unterschiedlichen Zeiten, unter verschiedenen Umständen ihre Rechte als StaatsbürgerInnen. Frauen erfahren ihre Staatsangehörigkeit anders als Männer, nicht nur aufgrund ihres Geschlechts, sondern auch hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Klassen, ethnischen, religiösen, familiären oder Stammesgruppen, welche komplexe und divergierende Auswirkung auf das Geschlechterverhältnis haben. Ihre Loyalitäten beziehen sich dabei mehr auf Angehörige der eigenen Schichten, Stämme oder Familien als auf Frauen jenseits der eigenen sozialen Grenzen. Um Frauen als heterogene Kategorie zu verstehen, dürfen sie in ihrer Analyse nicht nur von männlichen Lebensrealitäten unterschieden werden. Vielmehr muss weibliche Lebenspraxis in Bezug gesetzt werden zu ihrer Klasse, Ethnie, Stamm, Familie und anderen Zugehörigkeiten sowie Status, Alter und Beziehungsstatus. Diese Tatsache bildet die Grundlage für das Verständnis, warum Frauen nicht per se im Namen gemeinsamer Fraueninteressen agieren und dem Faktum, dass Frauen weibliche politische Akteurinnen nicht notwendigerweise als ihre Repräsentantinnen betrachten.²⁹³

*“Class, race, religion or other variables have been, at times, more important than gender in circumscribing women’s rights and responsibilities as citizens (although rarely does any variable work independently of other variables).”*²⁹⁴

Die Repräsentation von Frauen erfährt auf diese Weise eine Selektion, da nur jene Frauen Zugang zu Entscheidungsfindungsprozessen haben,

²⁹² Mustafa, Hala (2005): S 16

²⁹³ vgl. Joseph, Suad (2002): S 9; Joseph, Suad (1996): S 5; Hijab, Nadia (2002): S 5

²⁹⁴ Joseph, Suad (2002): S 9

die mächtigen subnationalen Gemeinschaften angehören. Der Stellenwert, den diese Vergemeinschaftungen innerhalb der nationalen Ordnung haben, determiniert dadurch die Identifikation spezifischer geschlechterrelevanter Bedürfnisse und Forderungen. Selektierte Problemwahrnehmungen bilden auf diese Weise die Grundlage, was in staatliche Politiken und Ordnungssysteme aufgenommen und umgesetzt wird.

Nira Yuval-Davis und Floya Anthias legen 1989 in ihrer Studie „Women – Nation – State“ systematisch die Verbindung zwischen Nationalismus und Gender dar. Sie gehen der Frage nach, auf welche Weise Nationalismus und Nationalstaat gegendert werden und stellen dabei die unterschiedlichen Aspekte der Teilhabe von Frauen und ihrer Herausforderungen im Rahmen von Nationenbildungsprozessen dar. Dabei identifizieren sie noch einmal zusammenfassend fünf grundlegende Formen des Auftretens von Frauen in ethnischen und nationalen Prozessen und staatlicher Praxis, in welchen sie sich grundlegend von männlichem Auftreten unterscheiden:

- *as biological reproducers of members of ethnic collectivities, as ,mothers of the nation’*
- *as reproducers of the boundaries of ethnic/national groups*
- *as participating centrally in the ideological reproduction of the collectivity and transmitters of its culture*
- *as signifiers of ethnic/national differences – as a focus and symbol in ideological discourses used in the construction, reproduction and transformation of ethnic/national categories*
- *as participant in national, economic, political and military struggles.*²⁹⁵

Die „Biologische Reproduktion“ von Nation korrespondiert hier mit dem Begriff der „Volksnation“, einer Einheit, welche über Abstammung und Zugehörigkeit definiert wird. Das nationalistische Projekt der Schaffung einer „Kulturnation“ zeigt die Geschlechterbeziehungen im Rahmen kultureller Konstruktionen sozialer Identitäten auf, in dem Frauen und ihre gesellschaftliche Position als symbolische Markierungen zu Formulierung der

²⁹⁵ Yuval-Davis, Nira; Anthias, Floya zit. in: Waylen, Georgina (1996): S 15

Abgrenzung der eigenen Gemeinschaft nach außen instrumentalisiert werden. Das Verhältnis der Geschlechter bildet dabei das konstruierende Element der inneren Ordnung einer nationalen, ethnischen, religiösen oder kulturellen Gemeinschaft, welches das spezifische Wesen einer Einheit ausmacht und sich auf diese Weise nach außen präsentiert.²⁹⁶ Die Stellung der Frau wird konstruiert als Trägerin der Ehre ihrer ganzen Gemeinschaft und als Transakteurin kultureller Codes und Regulierungen an die nächsten Generationen.²⁹⁷ Die Rollenzuweisungen innerhalb der Gemeinschaft definieren sich im Rahmen einer symbolischen gesellschaftlichen Ordnung und werden durch Werte- und Moralkodex und einer Reglementierung der Handlungs- und Bewegungsräume determiniert.²⁹⁸

Insbesondere durch den Aufstieg religiös-argumentierter politischer Strömungen seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ist die Geschlechterfrage vehement ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt, da über die Stellung und „Moral“ der Frauen politische und ideologische Zugehörigkeiten markiert und Grenzlinien sowohl nach innen als auch nach außen definiert werden. Die Sexualität der Frau und ihr Körper werden zu Metaphern stilisiert, auf deren Grundlage grundsätzliche gesellschaftliche Themen wie Gemeinschaft und Individualität, Religion und Moderne, Globalisierung und Authentizität, Fortschritt und Rückständigkeit diskutiert und hart umkämpft werden. Diesen politischen-kulturellen Auseinandersetzungen liegen dabei oft soziale Konflikte zugrunde, sodass „*der Kampf um den Schleier*“, wie Renate Kreile es formuliert zum „*verschleierte Klassenkampf*“²⁹⁹ wird.

Der Gender-Aspekt spielt dabei nicht nur hinsichtlich der inneren Dynamik einer Nation eine wesentliche Rolle, sondern auch im Rahmen internationaler und transnationaler Politik. Exogene Interventionen, sei es durch Kolonialisierung oder durch neuere Globalisierungstendenzen, riefen immer schon indigenen Widerstand und die Betonung authentischer Identitätskonzepte hervor. Die Geschlechterfrage gerät auch hier zum Schlüsselement und Symbol antikolonialer und antiglobaler Bewegungen.³⁰⁰

²⁹⁶ vgl. Kreile, Renate (2003): S 34

²⁹⁷ vgl. Yuval-Davis; Nira (1997): S 67

²⁹⁸ vgl. Kreile, Renate (2003): S 34

²⁹⁹ Kreile, Renate (2003): S 32

³⁰⁰ vgl. Kreile, Renate (2003): S 34f

Frauen wird nach wie vor die Rolle der Bewahrerin der Familienehre zugeschrieben. Sie repräsentieren in vielen kulturellen Zusammenschlüssen den Status und die Macht einer Gruppe. Aus diesem Grund dienen sie auch als erstes Ziel und Angriffspunkt, wenn diese Gemeinschaft attackiert wird.³⁰¹ Der islamische Background als wesentliches Identitätsmerkmal in Ägypten gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung, wenn es darum geht, Frauenbilder in der Öffentlichkeit zu definieren. Der Status von Frauen gerät zum Zankapfel in der Abgrenzung zur Erinnerung der eigenen Kolonialisierung bzw. in der Oppositionshaltung zu so empfundenen neo-imperialen Bestrebungen westlicher Mächte.³⁰² Aus der Perspektive vieler AraberInnen wird politischer Kolonialismus durch ökonomischen und kulturellen Kolonialismus in den Phasen nach den Unabhängigkeitsbestrebungen bis heute ersetzt. Als Antwort darauf gibt es aus ihrer Sicht nur ein Festhalten an einem indigenen kulturellen Ausdruck und einer eigenen Tradition. Bemühungen, die Position von Frauen in der Gesellschaft neu zu definieren, werden dabei meist als westliche Anstrengungen einer kulturellen Vorherrschaft empfunden.

³⁰¹ vgl. Peteet, Julie M. (1993): S 53

³⁰² vgl. Hijab, Nadia: "Islam, Social Change, and the Reality of Arab Women's Lives" in: Haddad, Yvonne Yazbeck; Esposito, John L. (HrsgIn): Islam, Gender, and Social Change. New York, Oxford University Press 1998: S 48

Teil II

Programmatik

4 Politische Rechte von Frauen in Ägypten

Dieses Kapitel gewährt einen Überblick über die rechtliche Situation von Frauen in Ägypten mit Fokus auf ihre politischen Rechte und ihre Relevanz hinsichtlich staatlicher Geschlechterpolitik. Auf diese Weise soll die Grundlage der gegenwärtigen Möglichkeiten der Beteiligung am politischen Prozess aufgezeigt werden und die Dialektik zwischen staatlichen Handlungen und frauenspezifischen Forderungen herauskristallisiert werden. Viele der frauenspezifischen Anliegen in öffentlichen Debatten beziehen sich nicht auf Bestrebungen Gesetze zu ändern, sondern vielmehr darauf, die rechtlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte gesellschaftlich durchsetzen zu können.

Die Rechtsituation von Frauen in Ägypten ist geprägt durch oft gegensätzliche Entwicklungen, die einander bedingen bzw. relativieren. Sie wird beeinflusst durch traditionelle Konstellationen, welche von der Wirkung kolonialer Mächte überlagert werden. Diese Wechselwirkungen und daraus resultierende Voraussetzungen gesellschaftlicher und politischer Positionen von Frauen überkreuzen sich mit Modernisierungstendenzen in einer globalisierten Welt, was eine Reihe an Kontinuitäten und Brüchen mit sich bringt. Patriarchale Muster werden auf diese Weise in Kernbereichen durch spezifische Reaktionen auf zeitgenössische soziale, politische und ökonomische Anforderungen verstärkt, wo auf anderen Ebenen versucht wird, sie zu untergraben. Die Herausforderungen, denen sich Frauen stellen, unterliegen dadurch nicht nur allgemeinen Bedingungen demokratiepolitischer Entwicklungen, sondern substantieller Transformationen von Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnissen zum Abbau von Partizipationsbarrieren.³⁰³

³⁰³ vgl. Harders, Cilja (1999): S 192

4.1 Rechtliche Grundlagen frauenpolitischen Handelns

In Ägypten, wie anderswo auch, kann weder Entwicklung noch Demokratie erreicht werden, ohne die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Frauen zu fördern. Die Teilnahme an Wahlen, egal ob durch das aktive Wahlrecht oder die Möglichkeit sich selbst als KandidatIn aufzustellen, ist dabei einer der Schlüssel, um auf lokale und regionale Leitsysteme Einfluss zu üben.

Partizipations- und Repräsentationsformen von Frauen umfassen in diesem Zusammenhang zwei Dimensionen: der rechtliche konstitutionelle Rahmen einerseits und andererseits das politische Klima einschließlich sozialer und kultureller Aspekte. Es herrscht jedoch nach wie vor eine gewaltige Kluft zwischen dem formellen rechtlichen Rahmenwerk und der tatsächlich gelebten Praxis.³⁰⁴

*“First, citizens are granted a set of political rights (to vote and run for election) and political freedom (mainly freedom of expression, association and press). Second, citizens are entitled by virtue of this status to actively take part in public affairs of their political community by exercising their political rights directly or through their representatives.”*³⁰⁵

Bezüglich der ersten Dimension können sich Frauen in Ägypten auf die fortschrittlichste Gesetzgebung in der arabischen Welt hinsichtlich ihrer politischen Rechte stützen, da sich die Konstitution auf alle Bürgerinnen und Bürger bezieht und Frauen das aktive und passive Wahlrecht zugesteht. Jede Frau hat das Recht für ein öffentliches Amt zu kandidieren, solange sie die StaatsbürgerInnenschaft besitzt und auch ihr Vater ägyptischer Staatsbürger ist.³⁰⁶ Zudem muss sie im WählerInnenverzeichnis registriert sein. Um für einen Sitz im Parlament zu kandidieren, muss sie mindestens 35 Jahre alt sein und in den Genuss einer Schulbildung gekommen sein.³⁰⁷ Das Wahlalter liegt bei 18 Jahren und jeder Frau muss die Möglichkeit geschaffen werden, uneingeschränkt ihre politischen Rechte auszuüben. Bezüglich der gesetzlichen Lage stehen Männern und Frauen hinsichtlich ihrer Möglichkeit der politischen

³⁰⁴ vgl. Mustafa, Hala (2005): S 11

³⁰⁵ Conti, Erika (2007): S 3

³⁰⁶ Die Regelungen gelten sowohl für Frauen als auch für Männer.

³⁰⁷ KandidatInnen, die vor 1970 geboren sind, müssen nachweisen, dass sie lesen und schreiben können. Nach 1970 Geborene müssen zumindest in Besitz eines Grundschulzertifikats sein. vgl. SIS – “People’s Assembly Election 2005. The Electoral Process“ www.sis.gov.eg

Partizipation also dieselben Konditionen zu.³⁰⁸

Diese Rechte resultieren aus den langen Kämpfen, insbesondere seit der Revolution von 1919, welche ägyptische Frauen auf der gesellschaftlichen Ebene ausfechten. Trotzdem verwehrte ihnen die Konstitution von 1923 – die dritte Konstitution in der Geschichte des Landes – gleiche politische Rechte. Erst die Konstitution von 1956 glich diese Asymmetrie aus und legte den Grundstein für die erstmalige Repräsentation von Frauen im Parlament 1957.³⁰⁹

Institutionell gestalteten vier wichtige Prinzipien die staatliche Haltung bezüglich Frauen in einem erweiterten öffentlichen Sektor.

*“Rule 31 of the 1956 constitution declared that all Egyptians were equal in the eyes of the law and that there would be no discrimination on account of gender, (racial) origin, language or creed. Within the state sector, the state committed itself to the fair treatment of all its employees regarding the number of work hours, wages, insurance benefits and vacations (rule 53). The state promised to facilitate women’s efforts to reconcile their public work with their obligations in the family (rule 19). Finally, the state committed itself to the provision of equality of opportunity for all Egyptians (rule 8).”*³¹⁰

Artikel 31 der Verfassung garantiert volle politische Rechte für Frauen. Eine erklärende Anmerkung zur Rechtsschrift betont, dass die Formulierung der gleichen Rechte aller BürgerInnen unabhängig ihres Geschlechts in Anerkennung der wichtigen Rolle der Frauen im öffentlichen Leben Ägyptens und ihres unbestreitbaren Beitrags zur Entwicklung des Staates geschah. Frauen erhielten auf diese Weise gleiche Rechte vor dem Gesetz und der staatliche Sektor öffnete sich für weibliche Arbeitnehmer mit dem Zugeständnis strukturelle Maßnahmen zu schaffen, um dies in Einklang mit familiären Verpflichtungen zu bringen. Gesetz Nr. 73 Artikel 4 desselben Jahres reguliert die Form der Ausübung dieser politischen Rechte – alle potentiellen WählerInnen haben sich in einem WählerInnenregister eintragen zu lassen, um ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen zu können. Die Konstitution von 1956 formuliert eine Registrierungspflicht für Männer, während sie die Eintragung

³⁰⁸ vgl. Mustafa, Hala (2005): S 11; The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt: “Legal Rights of Egyptian Women in Theory and Practice“; Kairo 1992: S 28

³⁰⁹ vgl. Zulficar, Mona: “Women in Development. A Legal Study”. Kairo, UNICEF 1995: S 64

³¹⁰ Hatem, Mervat F. (1994b): S 42

ins WählerInnenverzeichnis für Frauen optional hält.³¹¹ Das letzte Gesetz war schließlich auch in Gesetz Nr. 14 des Jahres 1964 enthalten, welches Beschäftigung im öffentlichen Sektor für jede Person mit Hochschulabschluss garantierte. Beschäftigungspolitik wurde somit zu einer wichtigen Perspektive im staatlichen Entwicklungsprogramm.³¹²

Die Verfassung von 1971 stützt ihr Bekenntnis zur politischen Rolle der Frau in der Gesellschaft durch die Artikulation des Artikels 11, in dem der Staat die Vereinbarkeit der häuslichen Pflichten der Frau ihrer Familie gegenüber und ihrer Arbeit als Beitrag für die Gesellschaft garantiert, mit der Einschränkung, dass dies mit den Regeln der Shari'a zu korrespondieren habe.³¹³

1979 wurde im Gesetz Nr. 41 erstmals eine Quote von mindestens 30 reservierten Sitzen für Frauen im Parlament festgeschrieben. Die Registrierung ins WählerInnenverzeichnis wird nun auch für Frauen obligatorisch. Das Oberste Verfassungsgericht erklärte 1986 die Frauenquote für verfassungswidrig mit der Begründung, dass dies gegen die Prinzipien der Gleichberechtigung verstoße.³¹⁴

In der Praxis hat sich die legislative Repräsentation von Frauen insgesamt nur minimal verbessert. Hatten 1957 noch zwei Frauen Sitze im Parlament inne (also 0,57 % der Sitze) verbleibt die Anzahl der Repräsentantinnen – nach kurzen zwischenzeitlichen „Rekordwerten“ von ca. 9 % im Jahre 1979 auf mittlerweile 9 Sitzen (ca. 2 % aller Sitze) im Jahr 2005³¹⁵. In den lokalen Gremien ist die Situation nicht besser. Auch die Mitgliedschaft von Frauen in politischen Parteien ist im Verhältnis zu ihren männlichen Mitstreitern äußerst limitiert.³¹⁶ Salwa Shaarawi Gomaa identifiziert drei Faktoren in einem Versuch, die Lücke zwischen gesetzlich zementierten politischen Rechten und

³¹¹ vgl. The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt (1992): S 28; Guenena, Nemat; Wassef, Nadia: “Unfulfilled Promises. Women’s Rights in Egypt”. Kairo, Population Council 1999: S 36 – http://www.popcouncil.org/pdfs/unfulfilled_promises.pdf

³¹² vgl. Hatem, Mervat F. (1994b): S 42; Kreile, Renate (2007): S 8

³¹³ vgl. The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt (1992): S 28; Hatem, Mervat F. (1996): S 183

³¹⁴ vgl. Abou-Zeid, Gihan: “Introducing Quotas in Africa: Discourse in Egypt”. Pretoria, IDEA 2003: S 2; The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt (1992): S 29

³¹⁵ Aufgrund fehlender offizieller Daten sind sämtliche quantitative Angaben als Richtlinien zu verstehen, da Abweichungen festzustellen sind, je nachdem, auf welche Quellen verwiesen wird.

³¹⁶ vgl. Majed, Ziad (2005): S 2

der praktischen Ausübung dieser Rechte in Ägypten zu erklären³¹⁷:

- a) Auf einer systemischen Ebene verhindern bzw. erschweren gesellschaftliche Faktoren die Teilnahme am politischen Prozess sowohl für Männer als auch für Frauen. In diesem Sinne ist die unzureichende Partizipation von Frauen nicht auf mangelndes politisches Interesse, sondern auf die politische Stimmung im Land zurückzuführen, in der die BürgerInnen kein Vertrauen in die Wirksamkeit ihrer WählerInnenstimme haben und in weiterer Folge nicht daran glauben, eine Veränderung herbeiführen zu können. Die niedrigen Wahlbeteiligungen von 10-20% verdeutlichen diesen Trend, der sich geschlechter- und generationenübergreifend in allen Segmenten der Gesellschaft manifestiert.³¹⁸ Politische Parteien schaffen es nicht durch ihre Programme und ihre Strukturen neue Mitglieder zu gewinnen oder alternative Lösungsmodelle zum herrschenden System zu entwickeln. Das Wahlgesetz selbst verhindert, dass BürgerInnen am Wahlprozess partizipieren. Das „Der Gewinner bekommt alles“-Prinzip beispielsweise, welches die Grundlage für den Shura-Rat³¹⁹ und lokale Gemeindegremien bildet, fördert nicht gerade die Einstellung, dass BürgerInnen es als notwendig erachten, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen, was sich in einer entmutigenden Registrierungsquote im WählerInnenverzeichnis auswirkt. Diese Tatsache reflektiert das generelle Klima der politischen Apathie bzw. des politischen Protests, in dem Partizipationsförderung zur Festigung des demokratischen Prozesses eine periphere Rolle spielt.

³¹⁷ zusammengefasst nach Gomaa, Salwa Shaarawi: „Political Participation of Egyptian Women“. Kairo, Social Research Center of the American University in Cairo 1998: S 7

³¹⁸ vgl. Harders, Cilja (1999): S 191f

³¹⁹ Das ägyptische Parlament teilt sich in zwei Kammern: dem Maglis al Shaab, der Volksvertretung oder Unterhaus und der Maglis al Shura, dem beratenden Organ oder Oberhaus. Die Volksvertretung (im Folgenden kurz das Parlament genannt) ist die eigentliche legislative Institution. Sie besteht aus 454 Mitgliedern, wovon 444 direkt gewählt werden und 10 Mitglieder vom Präsidenten ernannt werden. Diese Kammer hat eine Legislaturperiode von fünf Jahren, verabschiedet Gesetze, nominiert den Präsidenten, reicht Misstrauensvota ein und verabschiedet das Staatsbudget. Der Shura-Rat hat 264 Mitglieder. Zwei Drittel davon werden direkt gewählt, und ein Drittel vom Präsidenten ernannt. Die Legislaturperiode beträgt sechs Jahre, wobei alle drei Jahre die Hälfte der RepräsentantInnen sich jeweils der Wahl stellen. Dieser Rat beschränkt sich auf seine beratende Funktion. vgl. FRIDE (2006): S 6; Ayubi, Nazih: „Government and the State in Egypt Today“ in: Tripp, Charles; Owen, Roger (Hrsg): Egypt under Mubarak. London, Billing & Sons 1989: S 7ff

- b) Eine vergleichsweise hohe AnalphabetInnenrate gilt als weitere Barriere zur Ausübung von politischen Rechten. Vor allem Menschen aus den ländlichen Gebieten sind davon betroffen. Es liegt an der Kooperation von Regierung und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, Maßnahmen zu schaffen, um das Bewusstsein für die politischen Rechte von Frauen zu schärfen und sie in ihrer Ausübung zu unterstützen.³²⁰
- c) Die meisten EntscheidungsträgerInnen im politischen Prozess neigen zur Argumentation, dass jene Menschen, die nicht aktiv an Wahlen teilnehmen und damit verabsäumen, elementare politische Rechte wahrzunehmen, auch nicht in anderen Formen der politischen Teilhabe partizipieren würden. Diese Annahme negiert vollkommen die Tatsache, dass Frauen bevorzugt zur aktiven politischen Beteiligung in Nicht-Regierungs-Organisationen tendieren. Zusätzlich wird Frauen nicht zugetraut, effektive Wahlkampagnen zu führen und WählerInnenstimmen auf sich vereinen zu können.³²¹

Die ökonomische Situation des Landes bildet schließlich einen wesentlichen Rahmen, welcher politische Teilhabe determiniert. Angesichts der Sorge um das tägliche Auskommen verlieren prinzipielle Diskurse um Demokratisierung und Modernisierung an Bedeutung. Große Bevölkerungsteile sind in Zeiten bedrohlicher wirtschaftlicher Entwicklungen auf eine Weise mit dem täglichen (Über-)Leben beschäftigt, dass die Auseinandersetzung mit einem als korrupt und undurchschaubar empfundenen System, welches sie ohnehin nicht beeinflussen können von nachrangiger Bedeutung ist.³²²

Zu diesen allgemeinen Partizipationsbarrieren, welche Auswirkungen auf weite Teile der Bevölkerung haben, gesellen sich Exklusionsmechanismen mit einer explizit geschlechtsspezifischen Dimension. Eine Gruppe ägyptischer Juristinnen, angeführt von Dr. Aziza Husein und Dr. Saneya Saleh beschreibt in ihrem Leitfaden zum Verständnis der Rechte von ägyptischen Frauen noch weitere Verhinderungsfaktoren³²³:

³²⁰ vgl. Zulficar, Mona (1995): S 66; El Baradei, Mona: "Education for All" in: RU'YA: Towards Gender Equity. Kairo, Institute of Cultural Affairs 2002: S 11f

³²¹ vgl. Mustafa, Hala (2005): S 13

³²² vgl. Conti, Erika (2007): S 17

³²³ vgl. The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt (1992): S 27f

- Die parlamentarische Präsenz von Frauen reicht gerade bis 1957 zurück. In dieser vergleichsweise kurzen Zeit war es nicht möglich, ausreichend Ressourcen und Erfahrungen zu sammeln, um auf gleicher Ebene mit Männern konkurrieren zu können.
- Fehlende Schirmorganisationen, welche die unterschiedlichen Verbände, Vereinigungen, Organisationen und individuelle AktivistInnen koordinieren, verhindern die Möglichkeit einer streitfähigen Kraft, um frauenspezifische Anliegen effektiv auf formaler Ebene umzusetzen.
- Ein zusätzliches Hindernis stellt die Einstellung dar, dass Politik nach wie vor als männliche Domäne gesehen wird. Frauen leiden noch immer unter fehlendem Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten auf der politischen Ebene. Führungspositionen werden erwartungsgemäß von Männern wahrgenommen. Viele glauben, dass Männer besser qualifiziert sind um politische Anliegen zu artikulieren und freier aus ihrem sozialen Umfeld heraus agieren können.³²⁴ Frauen hingegen wird die passive Rolle der Empfängerin von finanzieller, politischer und sozialer öffentlichen Unterstützung zur Regelung der familiären Verhältnisse zugeschrieben.³²⁵
- Auch soziale Bedingungen und Mentalitäten in verschiedenen Teilen des Landes verhindern die Teilhabe von Frauen in den repräsentativen Gremien. In den Vorstellungen klassischer ägyptischer Familien unterliegen die Erziehung der Kinder und der Haushalt primär der Verantwortung der Frau.³²⁶ Ein traditionelles Rollenmuster führt weiters dazu, das öffentliche Auftreten der Frau als unziemlich zu verurteilen. Das Verhalten von Frauen in der Öffentlichkeit ist strengerer Kontrolle unterworfen und schneller der Kritik unziemlichen Verhaltens ausgesetzt, während die tragende Rolle des Mannes in der Öffentlichkeit betont und forciert wird.

³²⁴ Brigitte Geißel spricht in diesem Zusammenhang von einem politischen Kompetenzgefühl (Internal Efficacy, bildet gemeinsam mit External Efficacy, oder Responsivitätswahrnehmung wichtige Faktoren für individuelle politische Orientierung). Die Überzeugung (nicht) kompetent zu sein, wirkt sich sowohl auf Formen der konventionellen Teilhabe, als auch auf der unkonventionellen Partizipationsebene aus. In der Kompetenzüberzeugung zeigen sich frappierende geschlechtsspezifische Unterschiede. vgl. Geißel, Brigitte (2004): S 11; Geißel, Brigitte; Penrose, Virginia (2003): S 16

³²⁵ vgl. Zulficar, Mona (1995): S 66

³²⁶ vgl. Zulficar, Mona (1995): S 65

Einen weiteren Verhinderungsmechanismus stellt der Aspekt der „Gewalt“ dar. Nicht zuletzt führen die Notstandsgesetze in Ägypten dazu, formale Politik als gefährlich und brutal zu betrachten, da schon die Artikulation abweichender Meinungen empfindliche Konsequenzen nach sich ziehen kann.³²⁷ Der Staat selbst, vertreten durch seine vielfältigen Institutionen, wird zu einem gewaltsamen Raum für Frauen.³²⁸ Viele politisch aktive Frauen empfinden formelle Politik und staatliche Strukturen als zutiefst gewalttätige Sphäre und ziehen es daher vor, die offiziellen Rollen den Männern zu überlassen oder lieber hinter den Kulissen zu arbeiten. Zu viele Fälle an brutalen psychischen und physischen Übergriffen auf Frauen im Rahmen der Ausübung ihrer Rechte schränken die Bereitschaft ein, sich öffentlichen Anliegen zu stellen. Diese Atmosphäre der Gewalt durchdringt alle Aspekte des politischen Lebens in Ägypten, seien es Demonstrationen, Versammlungen, Konferenzen, Pressemeinung oder Wahlen. Insbesondere Frauen sind immer wieder mit Einschüchterung, Bestechung, Gewaltandrohung oder –ausübung konfrontiert, wenn es darum geht ihre Stimme abzugeben und ihren Rechten Ausdruck zu verleihen.³²⁹

*“They are not sporadic or accidental occurrences. As a result, they have fed the popular view of politics as an extremely corrupt and dangerous field. Hence, women refuse to expose themselves by exercising political rights...”*³³⁰

Vergewaltigung, Folter und Mord in Polizeigewahrsam gehören vor allem in ländlichen Gebieten oft noch zur gängigen Realität. Frauen verfügen dabei über weniger Ressourcen, dieser staatlichen Gewalt standzuhalten. Fehlende Bildung, ökonomische Verwundbarkeit, schwache infrastrukturelle und soziale Unterstützung und unzureichender Zugang zu Informationen machen Frauen angreifbarer für staatliche Willkür.³³¹

Schließlich spielen auch strukturelle Ursachen noch eine wesentliche Rolle in der Nichteinbindung von Frauen in öffentliche Wirkungskreise. Insbesondere Ägypterinnen aus ressourcenschwachen Segmenten der Bevölkerung fehlt der Zugang zu sozialen, rechtlichen oder politischen Institutionen und Ämtern,

³²⁷ vgl. Kapitel 3.1.2.

³²⁸ vgl. Kandiyoti, Deniz (2001): S 56

³²⁹ vgl. Conti, Erika (2007): S 18; ECWR: “Rising on Women’s Bodies. Report on Women in the 2005 Parliamentary Election”. Kairo, ECWR 2006: S 6

³³⁰ Conti, Erika (2007): S 19

³³¹ vgl. Rai, Shirin (1996): S 35ff

da sie über keine offiziellen Ausweispapiere verfügen, welche obligatorisch für die Bereitstellung wesentlicher formalisierter Dienstleistungen (Wahlkarte, Serviceleistungen, Kredite, Anspruch auf staatliche Unterstützung, Pension, Bildungseinrichtungen,...) sind. Die Tatsache, dass viele Frauen keinen Personalausweis besitzen, deutet nicht nur auf die relativ geringe Bedeutung von Wahlen hin, sondern ist auch ein Indiz für das Fehlen einer rechtlichen Anerkennung von Frauenanliegen. Auch langwierige, teure und aufreibende Polizei- und Behördengänge und die oftmalige Verweigerung von Männern, notwendige Unterstützung bei der Dokumentenbeschaffung zu gewähren, hindern Frauen daran, das bürokratische Fundament für ihren Zugang zu öffentlichen Domänen zu schaffen.³³²

Abseits der politisch-institutionellen Ebene spielten und spielen Frauen in Ägypten immer schon eine gewichtige Rolle als Pfeiler der Zivilgesellschaft, sei es in Gewerkschaften oder gemeinnützigen Organisationen. Globalisierungsprozesse in ihren politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Ausformungen stärkten die Auffassung, Frauenrechte als unwiderstreitbaren Aspekt von grundlegenden Menschenrechten zu sehen.³³³

*“... there has been a recent increase in concern on the part of the Egyptian state about the role of women, which it now considers it necessary to advance. In 2000, the government established the National Council on Women for women to express their voice and to encourage them to enter public life. These factors, along with a considerable increase in the level of education of girls and women, can be expected to lead to an increase of political awareness among women and in their belief that they are able to make tangible progress in the political sphere.”*³³⁴

Frauenpolitische Interessen spiegeln sich von der Geschichte bis in die Gegenwart in einem Diskurs um nationalistisch-reformerische Ideen in Abstimmung mit oder Abgrenzung zu kolonialen Ideen von Demokratie und Geschlechterpolitik, welcher sich durch alle ideologischen Lager zieht. Diesem Diskurs liegt ein Frauenbild zugrunde, welches sich aus der Verfassung ableiten lässt und den Vorstellungen politischer Akteure entspricht. Dieses Frauenbild

³³² vgl. NCW (2006): S 5; Harders, Cilja (1999): S 191f; Bibars, Iman: “Women, Prosperity and the State” in: RU’YA: Towards Gender Equity. Kairo, Institute of Cultural Affairs 2002: S 14f

³³³ vgl. Majed, Ziad (2005): S 3

³³⁴ Majed, Ziad (2005): S 3

zeigt dabei die Frau als (berufstätige) Ehefrau und Mutter. Religiöse Grundsätze und kulturelle Traditionen liefern dabei die argumentative Legitimität zu dessen Untermauerung. Die politischen Biographien der Politikerinnen entsprechen meist diesem Bild und der Versuch einer Neudefinition oder Distanzierung von gesellschaftlichen Moralvorstellungen und Rollenbildern verbleibt als theoretischer Entwurf, der in der Öffentlichkeit entsprechend sanktioniert wird, auch wenn die juristische Festlegung der Mutterrolle als primäre Frauenrolle in der Realität den vielfältigen weiblichen Lebenszusammenhängen nicht gerecht wird. Dadurch wird auch die rechtliche Situation der Frau widersprüchlich. Obwohl sie per Gesetz die gleichen politischen Rechte wie der Mann besitzt, wird dieses Recht durch die Tatsache, dass daran die Regelung geknüpft ist, dessen Wahrnehmung von den privaten Pflichten der Frau als Ehefrau und Mutter abhängig zu machen, von Anfang an eingeschränkt.³³⁵

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Frauen in Ägypten in der Ausübung ihrer demokratischen Rechte einer doppelten Blockade unterworfen sind. Neben allgemeinen staatlichen Beschränkungen, welche große Teile der Bevölkerung betrifft und sich durch die Art der selektierten In- und Exklusion geschlechtsspezifisch äußert, ist die strukturelle Unterordnung in Vergemeinschaftungsstrukturen und den darauf basierenden rechtlichen Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen, wie sie in Verfassung und Personenstandsrecht definiert werden, wesentliches Kriterium für die faktische Nichtintegration von Frauen breiter Bevölkerungssegmente in formelle Ebenen staatlichen Handelns.

³³⁵ vgl. Harders, Cilja (1995): S 148f

5 Frauenrechtsrelevante politische Entwicklungen

Im folgenden Abschnitt werde ich auf die bedeutsamsten Entwicklungen bezüglich der konkreten Teilhabe von Frauen eingehen. Die historische Darstellung der politischen und ökonomischen Situation in Verbindung mit den wichtigsten frauenspezifischen Veränderungen soll Verständnis für gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen aufbauen und die enge Verflechtung zwischen Frauenanliegen und Gesellschaftsprozessen darstellen. Koloniale Muster in ägyptischen Partizipations- und Repräsentationsforen und indigene Reaktionen zeigen sich in ihren Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse und determinieren den politischen Rahmen, in dem Geschlechterpolitik stattfindet. Frauenbewegte Aktivitäten entwickeln sich nicht losgelöst von gesellschaftlichen Ereignissen, sondern immer als Reaktion und Kritik darauf. Die Entwicklung staatsfeministischer Institutionen wird hier anhand nationaler Bedürfnisse, ihrer Hintergründe und Argumentationsstrukturen nachgezeichnet.

Frauenbewegte Aktivitäten der letzten Jahrzehnte in Ägypten sind geprägt von einem Wechselspiel progressiver Entwicklungen und Rückschritte. Auch wenn beachtliche Erfolge hinsichtlich der rechtlichen Situation von Frauen zu verbuchen sind, so gibt es immer noch gravierenden Aufholbedarf bei kontrovers geführten Themen, wie eine notwendige Reform des Personenstandsrechts, politischer Rechte, Debatten zur weiblichen Genitalverstümmelung³³⁶ und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hinsichtlich Moral- und Ehrvorstellungen und darauf aufbauende Lebensrealitäten von Frauen. Staatliche Bemühungen spielen in diesem Zusammenhang eine ambivalente Rolle. Gelten viele politische Maßnahmen durchaus als explizite Frauenförderung, kann man staatliche Intervention genauso mit Kontrolle und Manipulation gleichsetzen. Das Verhältnis von Staat zu frauenbewegten Forderungen wechselt periodisch zwischen Zeiten gegenseitigen Einverständnisses, in denen die regierenden Eliten entsprechende Ansprüche unterstützen und umsetzen und längeren Phasen der Repressionen

³³⁶ zur Auseinandersetzung mit FGM vgl. Chernitsky, B.: "The Egyptian Controversy Over Circumcising Girls". MEMRI Nr. 152 Nov 2003 – <http://www.memri.org/bin/articles.cgi?Page=countries&Area=egypt&ID=IA15203>; Seif El-Dawla, Aida: "Women's rights in Egypt" in: *Women Against Fundamentalism* 8/1996

und Spannungen. Seit der Regierungszeit Mohammed Alis bis in die Phase der modernen Staatskonsolidierung, während der sozialistischen Phase unter Präsident Nasser hin zu den kapitalistischen Perioden unter Anwar Sadat und Hosni Mubarak kam es immer wieder zu rhetorischen Zugeständnissen und Brüchen hinsichtlich der Teilhabe von Frauen.³³⁷

5.1 Beginn der Frauenrechtsbewegungen in Ägypten und ihre Anliegen

Kämpfe, Bemühungen und Diskurse um die Eroberung des öffentlichen Raums, insbesondere formeller Artikulationsplattformen für Frauen in Ägypten und damit verbundene Anstrengungen bezüglich der politischen Teilhabe lassen sich bis Ende des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen. Damalige Pionierinnen entstammten den Oberschichten und wurden in ihren Forderungen weitgehend unterstützt von gesellschaftlich einflussreichen Männern der gleichen Klasse. Bezeichnenderweise steht am Beginn klassischer Aufzeichnungen einer Geschichte der Frauenrechte in Ägypten ein Mann – Qasim Amin – der durch seine Veröffentlichungen „The New Woman“ und „The Liberation of Women“ die Geburtsstunde der Frauenbewegung einläutete.

*“These liberal nationalist men did not perceive these women’s endeavors as threats to their masculine power but rather as sound investments within the context of the nurturant modernization drive: better educated girls would make better mothers and wives.”*³³⁸

Dieser frühe „soziale Feminismus“ oder erste Phase der Frauenbewegungen in Ägypten markiert ein beginnendes feministisches Bewusstsein, symbolisiert durch einzelne Initiativen. Dieser wurde, unsichtbar für männlich dominierte Gesellschaften immer dann instrumentalisiert, wenn, im Sinne von Modernisierungsprozessen, Konzepte von Aufklärung, Modernität und Demokratie als in den indigenen Kulturen historisch verankerte Entwürfe betrachtet wurden, welche in keinem Widerspruch zu westlichen Vorstellungen

³³⁷ vgl. Bibars, Iman: „Victims and Heroines. Women, Welfare and the Egyptian State“. London, Zed Books Ltd 2001: S 14

³³⁸ Howard-Merriam, Kathleen: „Egypt’s Other Political Elite“ in: The Western Political Quarterly Vol 34, Nr.1/März 1981: S 177

standen.³³⁹

Schließlich eroberten sich Frauen in der zweiten Phase politisierter Anliegen den Führungsanspruch im Diskurs jedoch zurück und Persönlichkeiten wie Huda Sha'rawi³⁴⁰ und Nabawiyah Musa wurden zu strahlenden Vorreiterinnen der Emanzipationsbestrebungen im Land. Um 1919 kämpften Männer und Frauen Seite an Seite für die Unabhängigkeit vom britischen Protektorat.³⁴¹ Nationalistische Bemühungen wurden von der Wafd Partei angeführt,³⁴² die in Anerkennung an weibliche Präsenz im Kampf gegen koloniale Vorherrschaft das Wafdist Women's Central Committee installierte. Nachdem Ägypten 1922 in eine semi-unabhängige Monarchie entlassen wurde, konzentrierte sich institutionalisierte Politik auf die Etablierung nationaler Strukturen und erwartete, dass Frauen, welche in einem radikal-liberalen Schritt klar definierte Sphären im Namen der Unabhängigkeitskämpfe verlassen hatten, dorthin wieder zurückkehren würden. Die Konstitution von 1923 erklärte alle Bürger gleich vor dem Gesetz, einschränkendes Element bildete jedoch schließlich das neue Wahl-Gesetz, welches das Wahlrecht nur Männern zugestand. Aus der Erkenntnis, dass gleichheitsgenerierende Entwicklungen nicht ausschließlich im Rahmen von Nationalismusprozessen erkämpft werden konnten, bildeten sich eine Reihe von Frauenorganisationen – die bekannteste unter ihnen ist die Egyptian Feminist Union (EFU), angeführt von Huda Sha'rawi.³⁴³

Die erste Frauenpartei wurde von Fatma Ni'mat Rashid 1944 gegründet – die National Feminist Party (NFP) – mit der Intention, politische Rechte von Frauen weiter sichtbar zu machen, jedoch mit eher mäßigem Erfolg.

³³⁹ vgl. Badran, Margot: "Independent Women. More than a Century of Feminism in Egypt" in: Tucker, Judith E. (HrsgIn): Arab Women. Old Boundaries, New Frontiers. Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1993: S 130

³⁴⁰ Für eine nähere Auseinandersetzung mit Hoda Sha'rawi siehe ihre Biographie: Sha'rawi, Hoda: "Harem Years. The memoirs of an Egyptian Feminist"; translated and introduced by Margot Badran. Kairo, The American University in Cairo Press 2003

³⁴¹ vgl. Elsadda, Hoda; Abu-Ghazi, Emad: "Significant Moments in the History of Egyptian Women". Kairo, NCW Committee for Culture and Media 2001: S 81ff; Abou-Zeid, Gihan (2003): S 1; Graham-Brown, Sarah: "Women's Activism in the Middle East. A Historical Perspective" in: Joseph, Suad; Slyomovics, Susan (HrsgIn): Women and Power in the Middle East. Philadelphia, University of Pennsylvania Press 2001: S 25

³⁴² vgl. Hinnebusch, Raymond A.: "The Reemergence of the Wafd Party: Glimpses of the Liberal Opposition in Egypt" in: *International Journal of Middle East Studies* Vol. 16, Nr. 1/1984: S 99f

³⁴³ vgl. Badran, Margot: "Feminism in a nationalist century" in: *al-ahram weekly online* Nr. 462/Dez 1999: S 4 – <http://weekly.ahram.org.eg/1999/462/women.htm>, Badran, Margot (1993): S 135; Elsadda, Hoda; Abu-Ghazi, Emad (2001): S 98f; Guenena, Nemat; Wassef, Nadia (1999): S 19; Jayawardena, Kumari (1994): S 54

Dieses Anliegen wurde in einer breiten Agenda ökonomischer und sozialer Reformen in Koalition mit Bauer- und Arbeiterparteien vorangetrieben. Wesentlich erfolgreicher bei der Mobilisierung von Frauen, insbesondere der Mittelklassen, war hingegen Doria Shafiq³⁴⁴, die 1948 die Daughter of the Nile Union gründete, welche sie später zu einer Partei umformte. Ihr „populistischer Feminismus“ war auf die Etablierung von Stützpunkten in den Provinzen und damit eine Ausweitung politischer Spielräume auf periphere Räume, um mit der Errichtung von Bildungs- und Sozialzentren Frauen der ressourcenschwachen Segmente der Bevölkerung zu erreichen.³⁴⁵

Neben ausdrücklich säkular orientierten Gruppen und Einrichtungen engagierte sich der überwiegende Teil der Aktivistinnen in einem religiös-argumentierenden Rahmen für politische Rechte von Frauen.

*“Women have not allowed their feminism and Islam to be polarized, and have certainly been aware of the political consequences of this. Women as feminists used Islamic arguments in the effort to end patriarchal tyranny in the private sphere and to legitimize their full entry into the public sphere.”*³⁴⁶

Inji Aflatun³⁴⁷, eine Feministin, die dem ägyptischen sozialistischen Lager zuzurechnen ist, wies in diesem Zusammenhang auf die große Bedeutung von Religion für die Lebensverhältnisse weiter Bevölkerungsgruppen hin und argumentierte für eine Einbettung feministischer Anliegen in einen religiösen Kontext, um sich auf diese Weise der Solidarität der eigenen Gruppen zu versichern.

Zeinab al-Ghazali wiederum stellte ihre feministischen Anliegen in den breiten Kontext der Muslimbruderschaft und fuhr damit eine islamistische Linie, um auf diese Weise Einfluss auf Geschlechterverhältnisse und ihre Auswirkungen auf politische Entscheidungen zu üben. Frauenanliegen wurden in den Kontext des Strebens nach einer „wahren islamischen“ Gesellschaft gestellt.³⁴⁸

³⁴⁴ Eine ausgezeichnete Biographie über das Leben von Doria Shafiq bietet Nelson, Cynthia: „A Woman Apart. Doria Shafik – Egyptian Feminist“. Kairo, The American University in Cairo Press 1996

³⁴⁵ vgl. Elsadda, Hoda; Abu-Ghazi, Emad (2001): S 144ff; Badran, Margot (1999): S 5; Badran, Margot (1993): S 138; Graham-Brown, Sarah (2001): S 27

³⁴⁶ Badran, Margot (1993): S 143

³⁴⁷ vgl. Aflatun, Inji: „We Egyptian Women“ in: Badran, Margot; Cooke, Miriam (HrsgIn): Opening the Gates: A Century of Arab Feminist Writing. Bloomington, Indiana University Press 1990

³⁴⁸ vgl. Badran, Margot (1993): S 138f

Signifikant im Bezug auf die Entwicklung von Frauenrechtsbewegungen in Ägypten ist, dass sich der Frauenrechtsdiskurs bis in die Gegenwart gern auf einzelne herausragende Personen stützt, so auch auf Nawal El-Saadawi – eine ab den 70er Jahren über die Landesgrenzen hinaus bekannte Aktivistin und unermüdliche Botschafterin für mehr Gleichberechtigung.³⁴⁹ Ihr „sexueller Feminismus“ bezieht sich explizit auf den weiblichen Körper, seinen Implikationen von Schande und Moral und der Befreiung aus den Doppelstandards in der Definition von Geschlechterverhältnissen. Der Kampf gegen physische und psychische Gewalt an Frauen, insbesondere auch die weibliche Genitalverstümmelung gehört dabei zum Fokus ihrer Anstrengungen. Basierend auf dem Aufbrechen ungleichheitsgenerierender sexueller Zuordnungen formuliert sie politische Forderungen nach einer Transformation der Gesellschaftssysteme, dabei verband sie patriarchale Unterdrückung mit Klassenunterdrückung und imperialen Unterdrückungsmechanismen.³⁵⁰ Die 1985 gegründete Arab Women’s Solidarity Association (AWSA) – welche vom Ministerium für Soziale Angelegenheiten wegen angeblicher finanzieller Unregelmäßigkeiten verboten wurde – diente ihr dabei als Sprachrohr, breitenwirksam sichtbar und hoch kontrovers ihre frauenspezifischen Bedürfnisse publik zu machen.³⁵¹

Es zeigt sich also eine breit gefächerte Bandbreite in der Geschichte der Frauenbewegungen in Ägypten. Die Ersten, denen es gelang, sich Gehör zu verschaffen, entstammen den Oberschichten und den oberen Mittelschichten. Oft sozialisiert in einem kolonialen Kontext, im Sinne

³⁴⁹ vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna: „Nicht mit ihnen und nicht ohne sie: Die Rolle der Frauen in der Gesellschaft seit 1952“ in: Ibrahim, Ferhad (Hrsg.): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. Hamburg, Demokratie und Entwicklung Band 19 Ltd 1995: S 264

³⁵⁰ vgl. Badran, Margot: “Gender Activism. Feminists and Islamists in Egypt” in: Moghadam, Valentine M. (HrsgIn): Identity, Politics and Women. Cultural Reassertions and Feminisms in International Perspective. Boulder, Westview Press 1994: S 210; Badran, Margot (1999): S 7; Badran, Margot (1993): S 141f; El-Saadawi, Nawal: “The Political Challenges Facing Arab Women at the End of the 20th Century” in: Toubia, Nahid (HrsgIn): Women of the Arab World – The Coming Challenge. Papers of the Arab Women’s Solidarity Association Conference. London, Zed Books Ltd 1998; El-Saadawi, Nawal: “Towards Women’s Power, Nationally and Internationally” in: Eck, Diana L.; Devaki, Jain (HrsgIn): Speaking of Faith. Cross-Cultural Perspectives on Women, Religion and Social Change. New Delhi, Kali for Women 1986

³⁵¹ vgl. Hitchcock, Peter: “The Arab Women’s Solidarity Association: The contexts of controversy and the politics of voice“ in: Nnaemake, Obioma (HrsgIn): Sisterhood, feminisms and power. Trenton/New Jersey, Africa World Press 1998; Human Rights Watch – Middle East: “Egypt. Court Upholds Closure of Women’s Organisations” in: Middle East Watch Vol 4, Nr. 7/1992

von Schulbildung nach westlichen Standards, dem Beherrschen von Fremdsprachen und dem engen sozialen und kulturellen Austausch mit dem Europa der damaligen Zeit, verbinden Pionierinnen ihre feministischen Bedürfnisse mit den Anliegen westlicher Feministinnen, was zu einem regen Austausch in den gegenseitigen Problemwahrnehmungen führt. Die nachkommenden Generationen emanzipierten sich von westlichen Vorgaben und stellten ihren Feminismus in den breiten Rahmen postkolonialer Entwicklungen. Wesentlicher Unterschied ist in diesem Zusammenhang die Verbindung frauenbewegter Anliegen mit nationalistischen Ansprüchen und die politische Verortung in einem System, welches eine Transformierung erfährt von landwirtschaftlich geprägter Subsistenzwirtschaft hin zu einer kapitalistischen Einbindung in den globalisierten Markt. Damit einher geht meist das Bedürfnis nach Reform religiöser Strukturen.³⁵² Jüngere Generationen wiederum verbinden beide Ansprüche und reagieren auf diese Weise auf politische Entwicklungen, welche sich durch die Einbettung in internationale Staatengemeinschaften und die Transnationalisierungen ideologischer Strömungen ergeben. In dem Versuch, ungleichheitsgenerierende Mechanismen, welche sowohl auf diese exogenen Einflüsse als auch auf historische Entwicklungen indigener Traditionen zurückzuführen sind, entstehen Koalitionen und Konfrontationslinien, nicht nur mit staatlichen Strukturen, sondern auch innerhalb der Frauenbewegungen selbst.

Unabhängig ihrer ideologischen Verortung sind primäre Forderungen der Frauenrechtsbewegungen die Veränderung des Personenstandsrechts mit seinen patriarchalen Implikationen.³⁵³ Die Reform des Familienrechts stellte zu jedem Zeitpunkt die Grundlage für den Kampf um verbesserte Lebensverhältnisse von Frauen und die damit einhergehende Transformation von Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnissen dar. Darauf basierend entwickelten sich frauenbewegte Anstrengungen in unterschiedliche Richtungen. Während sich ursprünglich frauenbewegte Aktivitäten auf der literarischen Ebene oder im Bereich der Wohlfahrt beschränkten, erfolgte im Rahmen der Nationalismusbewegungen ein Shift hin zu Forderungen nach politischen Rechten, Zugängen zu Bildungseinrichtungen und Neugestaltung institutionalisierter Strukturen. Die Fähigkeit, sich auf der politischen Bühne repräsentieren und artikulieren zu können, ist dabei der erste

³⁵² vgl. Badran, Margot (1993): S 130

³⁵³ vgl. Kapitel 1.4.2.

Schritt in Verhandlungen mit staatlichen Institutionen zu treten, um frauenbewegte Anliegen auf breiter Basis umsetzen zu können. Die Selektion der Repräsentationsfähigkeit von Frauen und die Wahl der umgesetzten Ansprüche obliegen dabei den je spezifischen Intentionen und Interessen der Machthaber und ihrem Reformwillen zu unterschiedlichen Zeitpunkten.

5.2 Geschlechterpolitik in Ägypten seit 1952

Die Politik Ägyptens muss unter Berücksichtigung unterschiedlicher indigener und exogener Aspekte betrachtet werden. Relevant für das Verständnis politischer Spielräume und Entscheidungen ist der verstärkte Einfluss der Ölststaaten am Golf auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, die Übernahme des kapitalistischen Wachstumsmodells, der Aufschwung des Islamismus als wichtige ideologische und soziale Kraft und die spezielle Rolle, welche Ägypten in einer globalisierten Nahostpolitik innehat.³⁵⁴

Die traditionell sehr beschränkte politische öffentliche Teilhabe von Frauen in Ägypten lässt sich vor allem auch durch die generelle Schwäche der allgemeinen Partizipations- und Repräsentationsformen im Land beschreiben. Seit Beginn der 1950er Jahre wird die ägyptische Politik dominiert von

³⁵⁴ vgl. Magdi, Cherifa: „Nationalismus behindert den Feminismus. Frauenbewegungen in der arabisch-islamischen Welt“ in: *Frauensolidarität* 4/1995: S 19. Insbesondere das von Dichotomien geprägte Verhältnis zu Israel stellt eine markante Konstante im politischen, sozialen und ökonomischen Leben Ägyptens dar.

den übermächtigen Persönlichkeiten der jeweiligen Präsidenten³⁵⁵: Gamal Abdel Nasser, Anwar Sadat und Hosni Mubarak. Mit der Ausrufung der Republik 1952 wurde ein Ein-Parteien-System eingeführt, formuliert als staatskontrollierte Massenorganisation oder Staatspartei, welche die Macht des Präsidenten weiter stützen sollte. Erst 1976, nach endgültigem Scheitern dieses Projekts wurde ein Mehr-Parteien-System eingeführt. Momentan gibt es neben den großen Parteien wie der Socialist Labor Party, der New Wafd Party, der Liberal Socialist Party, der National Progressive Unionist Party und der National Democratic Party noch zahlreiche Kleinparteien, welche das gesamte ideologische Spektrum abdecken. Nichtsdestotrotz wird die Politik von einer Partei dominiert, der National Democratic Party. Sie entstand 1978 durch Transformation der ehemaligen Staatspartei, um als Stützpunkt für Sadats Politik zu dienen. Bis heute setzt sich der überwiegende Teil der Nationalversammlung aus Mitgliedern der NDP zusammen.

Eine weitere Schwierigkeit, ein echtes Mehr-Parteien-System zu etablieren, ist die Tatsache, dass sich Parteizugehörigkeit sehr stark über Klassenzugehörigkeit und später auch über religiöse Überzeugung definiert.³⁵⁶ Die niedrigen Wahlbeteiligungen zeigen, dass die Bevölkerung nicht daran glaubt, das Machtmonopol der regierenden Partei aufbrechen zu

³⁵⁵ Das Amt des ägyptischen Präsidenten ist mit zahlreichen Funktionen ausgestattet. Er hat das Recht, einen oder mehrere Vizepräsidenten, einen Premierminister, Minister, BeamtenInnen und DiplomatenInnen zu bestellen. Er ist Oberbefehlshaber über das Heer und besitzt Kontrollmacht über die Judikative. vgl. FRIDE (2006): S 4. Artikel 85 der Verfassung bietet die einzige Grundlage die Präsidentenmacht einzuschränken: *“The President shall cease to exercise his function as soon as an impeachment decision has been issued. The vice-president or, if there is no vice-president or, if available, he is unable to act in such capacity, the Prime Minister shall temporarily assume the Presidency, until a decision has been made on the impeachment, subject to abidance by the ban stipulated in paragraph 2 of Article 82 the ban stipulated in paragraph 2 of Article 82 . The President of the Republic shall be tried before an ad-hoc court, the composition, prosecution procedure and penalty of which shall be regulated by the law. Should he be convicted, the president shall be relieved of his post, without prejudice to other penalties.”* SIS – “Constitution“ 2007 <http://constitution.sis.gov.eg/en/2.htm> : Artikel 85. Mubarak hat, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, keinen Vizepräsidenten eingesetzt. Im Fall einer vorübergehenden Regierungsunfähigkeit (das kann auch aus gesundheitlichen Gründen sein) übernimmt der Premierminister die Regierungsgeschäfte. Artikel 82 der Verfassung erhält in seiner Version von 2007 einen Zusatz, der die eingeschränkte Entscheidungsgewalt der Interimsregierung festlegt: *“The one who shall act on behalf of the President may not request any amendment to the Constitution or dissolve the People's Assembly or the Shura Council or to relieve the cabinet.”* SIS – “Constitution“ 2007 <http://constitution.sis.gov.eg/en/2.htm> : Artikel 82. Diese Regelung wird als Maßnahme Mubaraks gewertet, seinen persönlichen Machtanspruch zu zementieren.

³⁵⁶ vgl. Hatem, Mervat F. (1994): S 227f

können, welche gegenwärtig ihre Politik unabhängig vom WählerInnenwillen durchsetzt. Daraus lässt sich das generelle politische Desinteresse ableiten. Nichtsdestotrotz werden weibliche Stimmen dann attraktiv und entsprechend umworben, wenn es darum geht, Mehrheiten zu erringen.

Obwohl politische Partizipation von Frauen ohnehin überwiegend den gebildeten Segmenten der Gesellschaft vorbehalten ist, gilt es dennoch auch diese Ebene im Rahmen besserer Partizipationsbedingungen nicht zu vernachlässigen, da nur dadurch ein Einfluss im Entscheidungsfindungsprozess möglich ist und durch kontinuierliche Intervention diskriminierende politische Entscheidungen und Gesetze geändert werden können. Durch den trickle-down Effekt sollen weniger privilegierte Frauen in den Genuss ihrer vollen politischen und sozialen Rechte kommen, um auf diese Weise die Basis zu bilden für eine gender-gerechte Entwicklung innerhalb der Gesellschaft.³⁵⁷

Der folgende historische Abriss soll nun insbesondere staatliche Interventionen und ihre Relevanz für frauenbewegte Herausforderungen, eingebettet im internen Identitätskonflikt zwischen islamischen Staat und modernen demokratischen und säkularen Staat, ins Auge fassen.³⁵⁸

5.2.1 Sozialistische Frauenrechtsreformen unter Gamal Abdel Nasser (1956-1970)

1952 kam es zur Abschaffung der Monarchie in Ägypten durch die Revolution der „Freien Offiziere“, als Reaktion auf die Unzufriedenheit mit dem Königshaus, welche als Marionetten der britischen Politik gesehen wurden, dem Streben nach Unabhängigkeit und der Schwäche der politischen Parteien.³⁵⁹ Ein autoritäres System wurde errichtet, in dem jegliche legale Opposition, welche sich in den 20er und 30er Jahren konsolidiert hatte, in einer Form ausgeschaltet wurde, als dass sie entweder den Einheitsorganisationen einverleibt wurden, oder von jeglicher politischen Teilhabe ausgeschlossen blieben. Gleiches galt für sämtliche unabhängige Frauenorganisationen, deren Auflösung bzw. Inkorporation bis 1959 vollendet war.³⁶⁰ Dominierender Akteur ist von nun an der Staat. Die Entwicklung eines Staatsfeminismus dient

³⁵⁷ vgl. El-Baz, Shahida (1997): S 158

³⁵⁸ vgl. Bibars, Iman (2001): S 15

³⁵⁹ vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 233

³⁶⁰ vgl. Harders, Cilja (1995): S 36ff

als eine rechtliche, ökonomische und ideologische Strategie, um ägyptische Strukturen von Grund auf zu ändern. Diese Taktik half der politischen Legitimierung des Regimes von Präsident Nasser.³⁶¹ Seine Regierungszeit ist damit von struktureller Bedeutung für die Etablierung des Staatsfeminismus und Grundlage für Kontinuitäten und Brüche in der Geschlechterpolitik in den darauf folgenden Phasen. Frauenrechtspolitische Entwicklungen, ihre Hintergründe und Auswirkungen und die Bedeutung für die Lebensrealitäten von Frauen in Ägypten, sollen kurz dargestellt werden.

Gamal Abdel Nasser beherrschte die ägyptische Politik seit dem Jahr der Revolution der Freien Offiziere 1952 bis zu seinem Tode 1970. Er stürzte General Mohamed Nagib, den nominellen Führer der Revolutionsgruppe und deklarierte sich 1954 zum Premierminister. Mit der neuen Verfassung von 1956 wurde er Präsident der Republik. Nach der Revolution verfolgte der Staat eine umfassende Strategie, basierend auf sozialer Gerechtigkeit und nationalem Selbstbewusstsein, wofür die volle Mobilisierung menschlichen Kapitals vonnöten war. Mit der Entwicklung eines gigantischen bürokratischen Apparates, zunehmender Kontrolle des privaten Sektors und einem korporatistischen Zugang zum Gesetz definierte und regulierte der Staat das Leben der BürgerInnen und ihr politisches Engagement.³⁶² Die 1962 gegründete Arab Socialist Union wurde zur einzigen legalen politischen Organisation des Landes erklärt, in der Nasser mit starker Hand regierte. Die Revolution brachte für Frauen ein neues Zeitalter durch die Veränderungen der Klassenstrukturen und durch die ideologische, rechtliche und praktische Aufnahme der Frauen in den neuen Staat, ausgehend von der neuen Verfassung, welche alle Ägypterinnen und Ägypter als gleich vor dem Gesetz erklärte.³⁶³

Auch Wahlen waren geprägt vom Interventionismus des zentralstaatlich gelenkten Systems. 1956 erhielten Frauen das aktive und passive Wahlrecht. So wurde, unter Nasser als entscheidendem Architekten der neuen Ordnung, das Frauenwahlrecht Teil der neuen Verfassung. Entsprechend dem Wahlrecht war es jedoch nur für Männer obligatorisch, zur Wahl zu gehen, Frauen wurde es freigestellt daran teilzunehmen oder nicht. Der Gleichheitsgrundsatz wurde somit von Anfang an nicht eingehalten. Zwei Jahre zuvor hatten sich die religiösen Autoritäten des Landes mit Unterstützung der Muslimbrüderschaft

³⁶¹ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 171

³⁶² vgl. Gerlach, Julia; Siegmund; Marna (1995): S 233

³⁶³ vgl. Al-Ali, Nadjie (1997): S 177

gegen das Wahlrecht von Frauen ausgesprochen. Die Regierung setzte sich in ihren Ansprüchen zwar durch, verfolgte jedoch ihre Umsetzung nur halbherzig. Gleichstellung war von nun an gesetzlich verankert, es wurde jedoch verabsäumt, einen langfristigen strukturellen Rahmen zu schaffen, um Frauen bei der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten zu unterstützen.³⁶⁴ Bei der ersten Parlamentswahl 1957 erhielten genau zwei Kandidatinnen ein Mandat. Ihren Kampf um die Legitimität ihrer Handlungen konnten sie nur mit Rekurs auf Beispiele prominenter Musliminnen aus den frühen Zeiten der islamischen Geschichte und deren Bedeutung in der Öffentlichkeit gewinnen. Bei den Parlamentswahlen von 1964, 1969 und 1976 erhielten Frauen zwischen zwei und acht Sitzen.³⁶⁵

Der Schlüssel für die Allianz zwischen Frauen und Staat in Ägypten liegt in der ökonomischen Entwicklung. Und darin zeigt sich gleichzeitig die fragile Natur dieser Koalition. Das Resultat dieses Bündnisses bildet ein ideologisches, strategisches und institutionalisiertes System, welches die Grundlage für die Möglichkeit der Beschäftigung von Frauen, ihre politische Repräsentation und institutionalisierte Organisation bietet. Nasser prägte den Begriff des „arabischen Sozialismus“, der das wirtschaftliche und soziale Gefüge des Landes stark veränderte. Ziele staatlicher Politik waren Landreformen und Industrialisierung, der Ausbau des Bildungswesens und die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, als unverzichtbare ökonomische Kräfte zur Expansion der wirtschaftlichen Potenz des Landes. Gleichzeitig wurde ein Partizipationsrecht der Massen beschworen, im Gegensatz zum Parlamentarismus des landbesitzenden BürgerInnentums.³⁶⁶

Ägypten zeigt hinsichtlich staatsfeministischer Entwicklungen, basierend auf dem Konzept des Wohlfahrtsstaates, eine etwas andere Entwicklung als westliche Standards.³⁶⁷ Traditionellerweise stützt sich das Land auf eine eher ressourcenschwache, landwirtschaftlich dominierte Wirtschaft. Herrschende Elite der vorrevolutionären Periode bildete die landbesitzende Oberschicht. Mit der Machtübernahme durch Nasser kam der Mittelstand zum Zuge, der das Land politisch, ökonomisch und sozial zu dominieren begann. Das Prinzip des Wohlfahrtsstaates diente dazu, sich der Solidarität breiter

³⁶⁴ vgl. Harders, Cilja (1995): S 37

³⁶⁵ vgl. El-Baz, Shahida (1997): S 158

³⁶⁶ vgl. Harders, Cilja (1995): S 38

³⁶⁷ vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 235

Segmente der Bevölkerung zu versichern. Dieser Staat hielt nicht nur die wirtschaftlichen Fäden in der Hand, sondern verband auch eine ausgeklügelte Beschäftigungspolitik mit einem System an sozialen Leistungen, wie Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherheit. Die Etablierung einer egalitären, postkolonialen StaatsbürgerInnenschaft galt als Grundlage für einen sozialistischen Staat und für Nassers Vorstellung eines arabischen Nationalismus.

Feministische bzw. von frauenbewegter Aktivität inspirierte Themen standen ursprünglich zwar keine auf der revolutionären Agenda der Freien Offiziere; als nationalistische Reformer fühlten sie sich jedoch verpflichtet, Ideen von Randgruppen der nationalistischen Bewegung aufzunehmen, einschließlich frauenrechtsrelevanter Vorstellungen. Frauenorganisationen wurden institutionalisiert und instrumentalisiert und auf diese Weise die „Frauenfrage“ unter den sozialistischen Aufbau des Staates subsumiert. In diesen Kontext ist der Beginn der dritten Phase der ägyptischen Frauenbewegung zu stellen. Sie ist gekennzeichnet vom nunmehrigen Bemühen, frauenspezifische Anliegen in Übereinstimmung mit staatlicher Politik zu verfolgen.³⁶⁸ Unter diesen Anstößen waren Vorschläge zum Wahlrecht von Frauen, Reform des Personenstandsrechts und Ähnlichem. Die neuen Arbeitsgesetze von 1959 räumten berufstätigen Frauen speziellen Schutz ein und verboten Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund des Geschlechts. Der Staat wurde zum größten Arbeitgeber für Frauen und sie erhielten im Rahmen der sozialistischen Politik Nassers politische und soziale Rechte. Ein Set an Maßnahmen wurde getroffen, um Frauen den Spagat zwischen Arbeit und Familie zu erleichtern. Teilzeitarbeit wurde eingeführt, Mütter hatten das Recht auf eine bezahlte Stunde pro Tag für die Pflege von Kleinkindern und Kinderbetreuungsstätten wurden in jenen Firmen verpflichtend eingeführt, in denen mehr als 100 Frauen beschäftigt waren. Auch wurde der bezahlte Mutterschaftsurlaub eingeführt. Institutionalisiert und organisiert wurde diese Politik durch die Etablierung einer staatlichen Frauenorganisation, welche die Koordination der Kommunikation zwischen ArbeitnehmervertreterInnen und RegierungsvertreterInnen übernahm.³⁶⁹

1962 ernannte Präsident Nasser Dr. Hekmat Abu Zeid zur Ministerin für soziale

³⁶⁸ vgl. Harders, Cilja (1995): S 36ff

³⁶⁹ vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 237f; Hatem, Mervat F. (1996): S 173

Angelegenheiten in sein Kabinett - als erste Frau in der ägyptischen Geschichte. Zum Teil auch ihrem persönlichen Engagement ist es zu verdanken, dass in den 50er und insbesondere den 60er Jahren Mädchen und Frauen vermehrt Zutritt zu Schul- und universitärer Ausbildung erhielten und sie somit unmittelbar zur Senkung der weiblichen AnalphabetInnenrate beitrug.³⁷⁰

Unabhängige Frauenorganisationen gerieten jedoch vermehrt zu Zielscheiben des Regimes. Zahlreiche freiwillige Vereinigungen, die sich um Themenfelder wie Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt gruppierten, wurden von Frauen, welche zum überwiegenden Teil aus den Oberschichten entstammten, Anfang des 20sten Jahrhunderts gegründet. Diese wollten sich die Autonomie ihrer Organisationen auch unter dem neuen Regime bewahren. Die Tatsache, dass die besitzenden Klassen auf diese Weise erheblich Einfluss ausübten und sich so ihre Unabhängigkeit sichern wollten, war für Nassers Regierung jedoch ein Dorn im Auge und galt als unangebracht hinsichtlich der neuen politischen Agenda, welche sich auf die Solidarität der Bauern- und Arbeiterschaft stützte.

Ein weiterer Aspekt ist, dass sich in einem Klima der staatlich kontrollierten Zentralverwaltung autonome Bewegungen nicht entwickeln konnten. Unabhängige Frauenorganisationen wurden entweder von Beginn an bekämpft oder einfach der staatlichen Struktur einverleibt oder verboten. Gleichzeitig wurde auf dieser Basis eine eigene loyale bürokratische Elite heran erzogen, welche sich zum überwiegenden Teil aus den gebildeten Mittelschichten rekrutierte und die von den neuen institutionellen Strukturen und Politiken erheblich profitierte.³⁷¹

Das Regime begann wichtige Funktionen von Frauenorganisationen der staatlichen Verantwortlichkeit einzuverleiben und integrierte die Vereinigungen selbst unter die neue politische Schirmherrschaft der Arab Socialist Union (Arabisch Sozialistische Union).³⁷² Die EFU von Hoda Sha'rawi beispielsweise wurde auf ihre karitativen Tätigkeiten beschränkt und hatte nur so die Möglichkeit weiter zu bestehen.³⁷³

³⁷⁰ vgl. Sullivan, Earl L.: "Women in Egyptian Public Life". Kairo, The American University in Cairo Press 1989: S 80; vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 237

³⁷¹ vgl. Hatem, Mervat F.(1994): S 230

³⁷² vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 81

³⁷³ vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 242

Mit dem Verbot von unabhängigen Organisationen brachte der Staat schließlich die letzten Versuche von Aktivistinnen, sich öffentlich, außerhalb des institutionalisierten Rahmens Ausdruck zu verleihen, zum Stillstand. Obwohl Freiwilligenverbände eine lange Tradition in Ägypten haben, geschah es gerade in der Zeit des arabischen Sozialismus, dass sämtliche LSCOs (Local Community Development Organizations), PVOs (Private Voluntary Organizations) und NGOs (Non-Governmental Organisations) in den Fokus des Sozialministeriums gerieten. Der Regierung gelang es auf diese Weise, politische Aktivitäten außerhalb der staatlichen Reichweite zu untergraben. Ordnung und Aufgabenbereich sämtlicher unabhängiger Organisationen wird durch das Gesetz Nr. 32 aus dem Jahre 1964 formuliert. Soziale und politische AktivistInnen werden durch dieses Gesetz gezwungen, entweder als informelle Gruppen und Vereinigungen aufzutreten – damit sind sie frei von allen Verpflichtungen, aber auch von allen Rechten – oder sich offiziell zu registrieren, was nichts anderes heißt, als sich der Prüfung des Sozialministeriums zu unterwerfen. Die meisten Organisationen ziehen eine Registrierung vor, sofern dies überhaupt möglich ist, da sie dadurch weniger Repressionen befürchten müssen, auch wenn sie sich damit der Zensur aussetzen.³⁷⁴

Politische Aktivität von Frauen in dieser Zeit kann nur in ihrem Bezug zu staatlichen Rahmenbedingungen festgemacht werden. Der Staat übernahm nun die Kontrolle über politische Repräsentation und politischen Organisationen. Frauen waren in diesem Zusammenhang die letzte „Gruppe“, welche in dieses zentralverwaltungstechnische System inkludiert wurde.³⁷⁵

*“Even though Egyptian state feminism developed in a different material and political context than its European counterparts, in both cases the state helped secure women’s rights and used the feminist ideology to garner national and international legitimacy.”*³⁷⁶

Insbesondere durch jene Gesetze, welche die Vereinbarkeit von Haushalt und Beruf anstrebten, erleichterte sich der berufliche Zugang von Frauen in den öffentlichen Sektor erheblich. Trotz dieser demonstrativen Fortschritte existierten große Widersprüche in der Handhabung der Frauenrechte in diesen

³⁷⁴ vgl. Al-Ali, Nadjie (1997): S 177; vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 274f

³⁷⁵ vgl. Hatem, Mervat F.(1994): S 229f

³⁷⁶ Hatem, Mervat F.(1994): S 230

Jahren, nicht zuletzt durch das rechtliche System Ägyptens selbst, welches Aspekte des französischen Code civil genauso in sich vereint wie Bestimmungen der Shari'a und daraus resultierende Diskrepanzen meist zum Nachteil von Frauen reichen.³⁷⁷

Der Staat konstruierte eine modernisierte säkulare Gesellschaft auf den Fundamenten einer zentralstaatlich orientierten Wirtschaft und verkündete wichtige öffentliche Vorteile für Frauen. Wirkliche Reformen wurden jedoch aufgewogen durch das Festhalten des Regimes an klassischen Familienstrukturen. Das wohlfahrtsstaatliche System hatte nicht die Überwindung patriarchaler Strukturen auf der gesellschaftlichen Ebene zum Ziel, sondern entwickelte vielmehr neopatriarchale staatliche Mechanismen, welche darauf aufbauten.³⁷⁸ Trotz progressiver arbeitsrechtlicher Entwicklungen im öffentlichen Sektor wurde Frauen der Zugang zu führenden Positionen wenn nicht verweigert, so doch erheblich erschwert. Schließlich waren es doch wieder nur Männer, welche die Hierarchien in allen Ebenen anführten. Eine Gleichstellung am Arbeitssektor und im politisch-öffentlichen Bereich hatte nicht die staatliche Einmischung in familiär-patriarchale Muster zur Folge. Staatlicher ökonomischer und sozialer Wandel ließen patriarchale Familienstrukturen unverändert.³⁷⁹ Der Vater bzw. Ehemann bleibt das Familienoberhaupt und Ernährer, sogar wenn die Frau zum Familieneinkommen beiträgt. Hausarbeit verblieb in der Verantwortlichkeit der Frau, auch wenn sie sich dazu entschied einen Beruf zu ergreifen, mit der Konsequenz, dass sie ihre öffentlichen Pflichten nicht wahrnehmen konnte, wenn sie nicht in der Lage war, den nötigen Ersatz für ihre häuslichen Aufgaben bereitzustellen. Auf der einen Seite gewillt, Modernisierung und Entwicklung im eigenen Land aufzubauen und die nötigen bildungstechnischen Fundamente zu schaffen, war Nasser nicht geneigt, männliche Privilegien und vorherrschende patriarchale Sichtweisen in der privaten Domäne zu überwinden.

“His official commitment to the integration of women in the public sphere

³⁷⁷ vgl. Baden, Sally; Byrne, Bridget: “Gender profile of Egypt”. Brighton, European Commission Report 1996: S 7f; Tucker, Judith E.: “Women in the Middle East and North Africa: The Nineteenth and Twentieth Centuries” in: Nashat, Guity; Tucker, Judith E. (HrsgIn): Women in the Middle East and North Africa. Restoring Women to History. Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1999: S 115

³⁷⁸ vgl. Kapitel 1.4.2.

³⁷⁹ vgl. Terpin, Evelyn (1995): S 218

*did not start at home. His wife remained absent from public view and only played the most traditional functions of wife and mother in period when new expectations and attitudes were gaining ground.*³⁸⁰

Positionen von Frauen und ihre Wahrnehmungen in der Öffentlichkeit wurden seit der Zeit des Revolutionsrates somit zwar erheblich verbessert, strukturelle Gender-Gleichheit wurde jedoch nicht umgesetzt. Der staatliche Unwille, das veraltete und diskriminierende Personenstandsrecht zu ändern, führte zu anhaltender Ungleichheit im privaten Raum, welches wiederum negativ auf die Partizipation von Frauen im öffentlichen Raum ausstrahlte.³⁸¹

Nassers Regime produzierte also ein System, in dem Frauen zwar ökonomisch unabhängig von ihren Familien agieren konnten, sofern der enge soziale Rahmen es ihnen überhaupt gestattete, gleichzeitig entwickelte sich eine größere Abhängigkeit vom Staat in Bereichen wie Beschäftigung, sozialen Leistungen - beispielsweise Bildung, Gesundheitsvorsorge oder Kinderbetreuung - und politischer Repräsentation. Während staatsfeministische Konzepte in einer zentral geführten Struktur mithelfen, neopatriarchale Muster zu zementieren, gingen sie nicht soweit, persönliche und familiäre Aspekte weiblicher Dependenzverhältnisse von Männern, wie sie im Personenstandsrecht und in der Struktur des politischen Systems manifestiert sind, zu reformieren. Das Spektrum patriarchaler Dominanz erweiterte sich also um den staatlichen Bereich.³⁸²

Nassers Zeit an der Macht hatte damit ambivalente Konsequenzen in Bezug auf frauenrelevante Angelegenheiten. Frauen konnten wählen und sich im Rahmen des institutionellen Rahmens artikulieren und aktiv betätigen, doch trotz verbesserter Chancengleichheit für Frauen am Arbeitsmarkt und auf der politischen Bühne wurde der Bereich des Personenstandsrechts, welcher den wichtigsten Bereich der Kontrolle und Diskriminierung von Frauen darstellte, nicht angetastet. Nasser wies jegliche Bemühungen hinsichtlich entsprechender Reformen schroff zurück. Nach Ägyptens Niederlage im Israelisch-Arabischen Krieg von 1967 relativierte das Regime jedoch einige seiner Bedenken und schlug 1969 eine Gesetzesänderung vor. Die Bemühungen scheiterten schließlich

³⁸⁰ Hatem, Mervat: "Toward the Development of Post-Islamist and Post-Nationalist Feminist Discourse in the Middle East" in: Tucker, Judith (HrsgIn.): Arab Women. Old Boundaries, New Frontiers. Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1993: S 39

³⁸¹ vgl. El-Baz, Shahida (1997): S 148

³⁸² vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 173

an der Opposition religiöser Traditionalisten und so wurde das vergebliche Bestreben, dieses Hindernis zu umschiffen, letztlich seinem Nachfolger Sadat als politisches Erbe vermacht.³⁸³

Frauen waren politische Anfängerinnen, erhielten jedoch in ihrer Funktion als Repräsentantinnen eine strategische Aufwertung, da das Regime sehr daran interessiert war, seine „feministischen“ Ambitionen zur Schau zu stellen, was als Indikator für demokratische Entwicklung zu werten war. Die Selektion von Frauen in staatlichen Gremien erfolgte über Klassenzugehörigkeiten. Das Vorwärtstreben der Mittelschichten wurde forciert, um auf diese Weise eine sichtbare Abgrenzung zu herrschenden Eliten der vorrevolutionären Phase zu schaffen. Bedürfnisse von Frauen wurden im Rahmen des sozialistischen und panarabischen Projekts interpretiert. Der Posten des Sozialministeriums wurde lange Jahre von einer Frau besetzt. Auch in den Gewerkschaften setzten sich Frauen in verantwortlichen Positionen durch, wo sie sich für die Probleme der arbeitenden Frauen einsetzten und für strukturelle Erleichterungen sorgten. Diese und die wenigen weiblichen Repräsentantinnen im Parlament entstammen der Kaderschmiede des herrschenden politischen Systems. Der überwiegende Teil dieser Frauen erhielt ihr Mandat mit staatlicher Unterstützung und nicht, weil andere Frauen sie gewählt hätten. Zudem war es nicht ihr primäres Anliegen, speziell Frauen als Geschlechterkategorie mit ihren spezifischen Anliegen zu repräsentieren, vielmehr distanzierten sie sich von diesen Zuordnungen.³⁸⁴

Der ägyptische Wohlfahrtsstaat, der die Voraussetzung für die Etablierung staatsfeministischer Strukturen bildete, basierte auf ökonomischer Stabilität, und durch den sukzessiven Rückgang der heimischen Wirtschaft verabsäumte es der Staat immer mehr seine ursprüngliche Aufgabe, die Stützung der einzelnen Gesellschaftssektoren, wahrzunehmen. Die ökonomische Krise brachte auch eine Krise im öffentlichen Bereich mit sich und vor allem staatlich gelenkte Frauenrechtspolitik verlor nach und nach seine institutionalisierte Grundlage. Dieses Fehlen jeglicher politischer Unterstützung, zusammen mit dem aufkommenden sozialen Druck konservativer Kräfte, Frauen auf ihre traditionellen Rollen zu besinnen, führte dazu, dass ursprüngliche emanzipatorische Bestrebungen stagnierten und in weiterer Folge einen

³⁸³ vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 81

³⁸⁴ vgl. Hatem, Mervat F. (1994): S 235

Rückwärtstrend erfuhren.³⁸⁵

5.2.2 Frauenrechtspolitische Veränderungen durch Anwar El-Sadat (1970-1981)

Mit der Machtübernahme Sadats erfolgte ein Shift von zentralverwaltlich gesteuerter wirtschaftlicher Entwicklung hin zu einer politischen Öffnung, verbunden mit umfassenden Privatisierungsmaßnahmen, um Ineffizienzen vorhergegangener politischer Maßnahmen zu korrigieren. Es kam zum Bruch mit der Sowjetunion, um einer Annäherung an den Westen, insbesondere der USA, freie Bahn zu schaffen. Die Entscheidung, Veränderungen entlang liberal-kapitalistischer Linien anzustreben, erfolgte auch vor dem Hintergrund einer erfolgreichen militärischen Vorstellung der Armee im Yom-Kippur Krieg 1973, welche den Präsidenten stärkte. Dieser nutzte diese Entwicklungen, um seine Regierungsweise von jener seines populären Vorgängers abzuheben und um auf ein ökonomisches System zu reagieren, das durch die Finanzierung zweier Kriege mit Israel innerhalb kurzer Zeiträume (1967 und 1973) ausgelaugt war.³⁸⁶ Mit der wirtschaftlichen Öffnung Ägyptens verbunden war eine drastische Steigerung der ausländischen Importe, ohne jedoch eine strukturelle Reform der heimischen Wirtschaft zu forcieren, um auch die Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten zu steigern. Doch auch der neue Liberalismus konnte die Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre nicht mehr verhindern. Im Gegenteil: die Inflation lag über 20 Prozent, die Beschäftigungslosenrate erreichte ihren Höchststand und staatliche Subventionen auf Gas und Grundnahrungsmittel wie Mehl, Zucker und Reis wurden gestrichen. Der chronische Mangel an Grundnahrungsmitteln zusammen mit explodierenden Mietpreisen und schlechten Arbeitsbedingungen führten dazu, dass in allen größeren Städten Kairos groß angelegte Demonstrationen ausbrachen, um gegen den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen zu kämpfen.³⁸⁷

Der Rückgang der staatlichen Investitionen im Sozialsektor oder bei der Schaffung von Arbeitsplätzen verstärkte sich. In weiterer Folge zog sich die Regierung auch immer mehr von ihrer Verpflichtung zurück, für jeden

³⁸⁵ vgl. Hatem, Mervat F. (1994): S 231

³⁸⁶ vgl. Hatem, Mervat F. (1994b): S 40

³⁸⁷ vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 246f

Studienabsolventen einen Platz im öffentlichen Sektor zu garantieren.³⁸⁸ Privatisierungsmaßnahmen führten dazu, dass der staatliche Sektor, der als sicherer Arbeitgeber gegolten hatte und insbesondere für Frauen als wichtigster Arbeitsgeber fungierte, an Bedeutung verlor. Soziale Maßnahmen, welche Grundlagen für die guten Arbeitsbedingungen für Frauen waren, wurden revidiert. Firmen stellten weniger als 100 Frauen ein, um sich betriebsinterne Kindergärten zu sparen. Sofern es Tagesstätten überhaupt gab, verloren diese an Betreuungsqualität, ärztliche Versorgung wurde nicht mehr gewährleistet und Erziehungsmaßnahmen beschränkten sich darauf, Kinder vor den Fernsehapparaten ruhig zu halten. Stillende Mütter hatten immer noch den Anspruch, eine Stunde pro Arbeitstag für die Pflege von Kleinkindern aufzuwenden, mittlerweile jedoch unbezahlt.³⁸⁹

*“... , many of the laws and programs that gave Egyptian state feminism a socially progressive image have been undermined since 1974 by the state itself in the switch to economic liberalization. To make the public sector more profitable, the state is hiring girls, paying them less than the women they replace, and cutting off the benefits formerly given to women workers to help them reconcile the tasks of motherhood and work outside the home.”*³⁹⁰

Ökonomische Liberalisierung als neue politische Agenda kreierte neue Formen des wirtschaftlichen Managements, welche Auswirkungen auf ursprüngliche Forderungen nach besserer Einbeziehung weiblicher Arbeitskraft, Arten der Beschäftigung von Frauen und Arbeitskonditionen zeigte. Auf diese Weise wurden ökonomische Aspekte staatsfeministischer Strukturen unterminiert, welche ursprünglich die Relevanz der Integration von Frauen in den Arbeitsprozess, durch die Betonung der produktiven und reproduktiven Rollen von Frauen als öffentliche Angelegenheiten, hervorgehoben hatten.³⁹¹

Diese wirtschaftliche Situation hatte nun ambivalente Effekte auf die Situation von Frauen. Frauen waren, aufgrund der Tatsache, dass sie auch die letzte inkludierte Gruppe am Arbeitsmarkt waren, die ersten, welche aufgrund des geringeren Angebots am Arbeitsmarkt wegrationalisiert wurden. Sie waren somit die ersten Opfer der so genannten “Open Door Policy“. Die neue Marktwirtschaft hatte schlichtweg keinen Platz mehr für sie und ehemalige

³⁸⁸ vgl. El-Baz, Shahida (1997): S 149

³⁸⁹ vgl. Hatem, Mervat F. (1994): S 233

³⁹⁰ Hatem, Mervat F. (1994): S 233

³⁹¹ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 181

Einstellungen, Frauen am Arbeitsplatz als Ressourcengewinn zu sehen, kehrten sich ins Gegenteil. Konservative Stimmen verschärften die Stimmung gegen erwerbstätige Frauen noch mit der Kritik, dass nur durch den Zugang von Frauen in öffentliche Sphären die Situation am Arbeitsplatz allgemein prekär geworden wäre. Viele Familien konnten jedoch angesichts der ökonomischen Krise auf ein zweites Einkommen gar nicht mehr verzichten, um den Lebensunterhalt zu gewährleisten. Gleichzeitig kam es in dieser Zeit, auf der Suche nach neuen Betätigungsfeldern auch zu vermehrter Arbeitsmigration in die reichen Golfstaaten, um wirtschaftliche und Lebensstandards beibehalten, wenn nicht gar verbessern zu können. Durch das Fehlen der männlichen Versorger waren Frauen nun genötigt Aufgaben zu übernehmen, welche vorher von ihren Ehemännern ausgeführt worden waren. Einerseits erlangten sie aufgrund der Migration der Männer zwar mehr Entscheidungsautonomie, andererseits brachte die neue Politik weit reichende soziale und emotionale Konsequenzen für Frauen am Arbeitsmarkt.³⁹²

Die Institutionalisierung der Politik der offenen Türen brachte eine Reihe an ökonomischen Reformen mit sich, welche auf den Strukturanpassungsprogrammen der internationalen Geldgeber beruhte. Trotz des relativen Erfolges dieser Politik auf der Makroebene, wirkte sich ihr Einfluss auf der Mikroebene im Bereich der Wohlfahrt für benachteiligte Schichten negativ aus und traf insbesondere anfällige Gruppen wie Frauen und Kinder. Die wachsende Armut traf jedoch nicht mehr ausschließlich ressourcenschwache Bevölkerungsschichten, sondern weitete sich auf Gesellschaftszweige aus, welche ursprünglich staatlich geschützt waren – die Mehrheit der StaatsbeamtInnen, StudienabsolventInnen und Personen, die im informellen Sektor tätig waren.³⁹³ Innerhalb dieser Kategorien wurden Frauen besonders getroffen, aufgrund ihrer grundlegenden benachteiligten Position in der Gesellschaft, wodurch sich das Konzept der Feminisierung von

³⁹² vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 255f; Kreile, Renate (2007): S 8; Mervat Hatem (1996) liefert eine detaillierte Analyse der unterschiedlichen Auswirkungen ökonomischer Liberalisierung auf verschiedene Frauenrealitäten in den diversen Segmenten der Bevölkerung. Ein System an gender-, klassen- und generationsspezifischen Ungleichheiten kann im Rahmen dieses neuen Wirtschaftskonzepts identifiziert werden.

³⁹³ vgl. El-Baz, Shahida (1997): S 149

Armut rechtfertigt.³⁹⁴ Durch die doppelte Vergesellschaftung über Geschlecht und Klasse zeigt sich die spezifische Verletzlichkeit von Frauen für Armut. Einerseits die Einbindung in kapitalistische Produktionsbedingungen und andererseits die geschlechtliche Zuweisung zu unbezahlter Reproduktionsarbeit in der privaten Sphäre machen Frauen besonders anfällig für globale und regionale ökonomische Veränderungen.³⁹⁵

Der Wechsel von einem zentralverwaltlich geführten System hin zu einer Marktökonomie, worin lokales und internationales Kapital eine wesentliche Entwicklungsrolle spielt, hatte auch weit reichende Konsequenzen für staatsfeministische Konzepte. Der Staat als wichtigster Vertreter für gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel verliert an Bedeutung und ehemals offizielle Bekenntnisse zu sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gleichstellungsmaßnahmen werden entweder vernachlässigt oder vollständig ignoriert. Dieses so entstandene sozio-politische Vakuum dient nun der Etablierung islamistischer Unternehmer, nationaler und internationaler Firmen und globalisierten Institutionen wie USAID. Keiner dieser Akteure legt es darauf an, staatsfeministische Ziele zu unterstützen. Soziale, politische oder ökonomische Gleichstellungen von Frauen werden im Rahmen der jeweiligen Anschauungen als gegeben herbeiargumentiert, um strukturelle Maßnahmen zu vermeiden.³⁹⁶

Sadat versuchte geschickt, sich zwischen zwei konträren Kursen zu bewegen. Er bemühte sich progressiv nach innen und außen auf seine neuen westlichen Verbündeten zu wirken und fand gleichzeitig einen Kompromiss mit der religiösen Rechten, um linksgerichtete Oppositionelle in Schach zu halten. Durch die Unterstützung islamistischer Kräfte und die Wiederaufnahme

³⁹⁴ In einer 1999/2000 von CAPMAS (Central Agency for Public Mobilisation and Statistics) durchgeführten Studie zeigt sich deutlich der Anteil von Frauen an der armutsgefährdeten bzw. armen Bevölkerung Ägyptens. Armut wird hier definiert als mangelnde Versorgung durch lebensnotwendige Lebensmittel, Kleidung und Obdach. 50 Prozent der ägyptischen Bevölkerung wird als arm qualifiziert, wobei der Frauenanteil hierbei signifikant höher liegt. Faktoren, die mit Armut korrelieren, sind Abhängigkeitsverhältnisse, Bildungsgrad, berufliche Beschäftigung, Formen privater Beschäftigungen, Geschlecht und Alter der Haushaltsvorstände. Weitere Kriterien zur Evaluierung der Haushalte bilden die Anzahl der Familienmitglieder im Verhältnis zur Größe des Heimes, Zugang zu sauberem Wasser und Besitz von Gütern abseits der lebensnotwendigen Versorgung. vgl. El Leithy, Heba: "The Poverty Connection" in: RU'YA: Towards Gender Equity. Kairo, Institute of Cultural Affairs 2002: S 9; El Baradei, Mona (2002): S 11

³⁹⁵ vgl. Harders, Cilja (1999): S 189f; vgl. Kapitel 3.2.1.

³⁹⁶ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 173f

religiöser Rhetorik in die staatliche Politik versuchte er sich von den säkularen Tendenzen des arabischen Sozialismus abzugrenzen.³⁹⁷

In dieser Zeit festigten sich Ideologien, welche die geschlechtliche Rollentrennung propagierten und die Basis für aufkommende islamistische Einstellungen bildeten, die ihr Ideenkonstrukt auf der zentralen Rolle der Familie aufbauten und die private Position der Frauen zum Nachteil ihrer öffentlichen Stellung betonten. Angesichts der ökonomischen Krise des Landes sahen sich vor allem auch viele Jugendliche mit einer unsicheren Zukunft konfrontiert. Ausgehend von den Universitäten wurden junge Studierende von islamistischen Gruppierungen rekrutiert. Die Propaganda der Rückbesinnung zur Religion und ihren Regeln, als alternative Lösungsstrategie für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Misere, welche durch westliche Kräfte, verkörpert in der eigenen Regierung, verursacht wurde, gewann an Attraktivität innerhalb der Bevölkerung.³⁹⁸

Islamische Argumente und Koranzitate entbehren dabei oft jeden Kontexts und dienen ausschließlich dazu, politische Positionen und darauf basierende patriarchale Geschlechter- und Gesellschaftsstrukturen zu zementieren.³⁹⁹ Die staatliche Allianz mit islamistischen Kräften führte 1971 zur Durchsetzung eines Verfassungszusatzes, welcher die Rechte von Frauen auf eine schwammige Grundlage stellte. Dem ursprünglichen Verfassungstext, welcher die staatliche Verpflichtung beinhaltete, familiäre Verpflichtungen von Frauen mit ihrer öffentlichen Rolle im Rahmen der Gleichstellung in Einklang zu bringen, wurde der Zusatz beigefügt, sich soweit zur Gleichstellungspolitik zu bekennen, soweit es nicht dem bestehenden Recht der Shari'a widerspricht.⁴⁰⁰

“The state shall guarantee the proper coordination between the duties of woman towards the family and her work in society, considering her equal with man in the fields of political, social, cultural, and economic life without violation of the rules of Islamic jurisprudence.”⁴⁰¹

Auf diese Weise entfachten sich neue Diskussionen, woran die Rolle von

³⁹⁷ vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 246

³⁹⁸ vgl. Harders, Cilja (1995): S 43

³⁹⁹ Abdel Kader, Soha: “A Survey of Trends in Social Sciences Research on Women in the Arab Region, 1960-1980” in: Social Science Research (Hrsg): Women in the Arab World. Paris, UNESCO 1984: S 142

⁴⁰⁰ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 184

⁴⁰¹ Constitution of the Arab Republic of Egypt 1971: Article 11

Frauen festzumachen sei. Cilja Harders identifiziert in dieser Regelung die Konstruktion einer Zweiteilung der weiblichen Lebenswelt und hebt hervor, dass auf diese Weise unterstellt wird, dass gesellschaftliche und familiäre Verpflichtungen konkurrierende oder gegensätzliche Lebensrealitäten seien.⁴⁰²

„Die politische, soziale und wirtschaftliche Gleichstellung der Frau ist nicht Ausdruck ihrer Menschenrechte, sondern unterliegt vielmehr Bedingungen. Zum einen dürfen ihre Aktivitäten nicht die Bestimmungen der sharia verletzen. Da „die Bestimmungen der sharia“ wechselnden Interpretationen unterliegen, ist diese Klausel sehr dehnbar und kann als Begründung für die unterschiedlichsten Schritte herangezogen werden. Zum anderen konkretisiert sich in weiteren Abschnitten der Verfassung ein konservatives Frauenbild. So wird in der Präambel zu diesem Artikel betont, dass die Familie die Basis der Nation und der Staat zu ihrer Erhaltung verpflichtet sei. Die Betonung der familiären Pflichten der Frau zeigt, dass mit der Unterstützung der Familie immer auch die Unterstützung der primären Rolle der Frau als Mutter und Ehefrau gemeint sein muss.“⁴⁰³

Zudem ist der Staat per Gesetz dazu verpflichtet die „moralischen Standards“ der Gesellschaft aufrecht zu erhalten und zu unterstützen. Auch dieser Begriff ist dehnbar und legt die Vermutung nahe, dass darunter einerseits klassische familiäre Verpflichtungen gemeint sind, andererseits die vorherrschenden Vorstellungen von „Moral“ nicht torpediert werden dürfen.⁴⁰⁴ Diese Sichtweise verdeutlicht den zunehmenden Einfluss konservativer und islamistischer Kräfte und ihre wachsende Fähigkeit, gesellschaftlichen Gesellschaft- und Geschlechterstrukturen und legislativen Grundlagen staatlichen Handelns ihren ideologischen Stempel aufzudrücken.

Die neue Gesetzesänderung symbolisierte eine grundlegende Abweichung von säkularen Diskursen der 1960er Jahre und schaffte Möglichkeiten für islamistische Ströme, Frauen weiter aus dem öffentlichen Bereich zurückzudrängen.⁴⁰⁵ Die Koalition mit den religiös-konservativen Kräften des Landes, welche dazu gedient hatte, Sadats Machtbasis zu untermauern, zerbrach jedoch ab 1977, nicht zuletzt aufgrund Sadats Annäherung an Israel,

⁴⁰² vgl. Harders, Cilja (1995): S 41

⁴⁰³ Harders, Cilja (1995): S 41

⁴⁰⁴ vgl. Harders, Cilja (1995): S 41

⁴⁰⁵ vgl. El-Baz, Shahida (1997): S 149

und führte zu einer Erneuerung frauenrechtsrelevanter Zugeständnisse.

Bereits im „Nationalen Aktionsplan“ 1971 betont Sadat die politischen Aufgaben von Frauen. Doch genau wie sein Vorgänger wählte er den pragmatischen Weg, frauenspezifische Anliegen nur für unterstützungswürdig zu halten, sofern sie mit den politischen Zielen des Regimes kompatibel waren.

*“More importantly, gender issues were used by the state, and by its foes and its allies, to distinguish themselves from one another and to score ideological and political victories.”*⁴⁰⁶

1971 erfolgte in Ägypten die so genannte „korrektive Revolution“ und damit verbunden die Etablierung eines neuen Parlaments, einer neuen Regierung und einer neuen Verfassung, deren Implementierung im Kontext massiver nationaler und internationaler Probleme zu betrachten ist. Neue Sozialministerin wurde Dr. Aisha Rateb, die zweite Frau, die diese Position ausfüllte. Eine ihrer ersten Aktivitäten lag in der Formulierung eines neuen Gesetzesentwurfs zur Reformierung des Personenstandsrechts. Doch sowohl diese als auch jene ihrer Nachfolgerin im Amt - Dr. Amal Othman - schlugen fehl.⁴⁰⁷

Im gleichen Jahr wurde daraufhin die Frauenorganisation der ASU gegründet. Ihre Anliegen sind auf die Ziele staatlicher Politik abgestimmt und sie gilt als Institution zur Rechtfertigung und Mobilisierung der Unterstützung ebendieser Politik.⁴⁰⁸

*„In der Frauenkommission unter Führung von Karima as-Sa'id waren die weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung, Regierungsvertreterinnen, Gewerkschaftsvertreterinnen, Professionals und Vertreterinnen der Familienplanungsbehörde repräsentiert, die sich allerdings zu kontroversen Fragen wie etwa den Aussagen zur Rolle der Frau in der Verfassung von 1971 nicht äußerten.“*⁴⁰⁹

Nach Auffassung des Regimes sollte diese Organisation geführt werden, durch *“a woman who is like a man”*⁴¹⁰. Erwünscht war nicht die Erweiterung der

⁴⁰⁶ Hatem, Mervat F. (1996): S 182

⁴⁰⁷ vgl. Ayubi, Nazih (1989): S 8; Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 252

⁴⁰⁸ vgl. Harders, Cilja (1995): S 42

⁴⁰⁹ Harders, Cilja (1995): S 42

⁴¹⁰ Hatem, Mervat F. (1996): S 183

Sicht auf Politik um einen „weiblichen“ Blickwinkel. Zweck war vielmehr, einen Corps an TechnokratInnen zu produzieren, welcher geschlechtsunabhängig staatspatriarchale Zielvorgaben umsetzte. Während die neue Regierung also durchaus die Mobilisierung von Frauen im Rahmen der neuen Organisation unterstützte, erweckte die Idee einer Einrichtung feministischer Ausrichtung und gar mit einer unabhängigen oder konkurrierenden Agenda, große Skepsis. Karima al-Sa'id galt als Technokratin der ersten Stunde und erhielt die Leitung, nachdem sie zuvor im Bildungsministerium als Untersekretärin tätig gewesen war. Unter ihrer Führung agierte diese neue Organisation im Rahmen der Anweisungen der machthabenden Partei, ohne sich kritisch zu politischen Entscheidungen zu äußern.

Sadat schaffte auf diese Weise parallel zu seiner Anpassung an islamistische Diktionen den Spagat zwischen Manifestierung konservativer Gesellschafts- und Geschlechterverhältnisse, basierend auf religiös-argumentierenden Darstellungsweisen und der Betonung der öffentlichen Stellung von Frauen und damit einhergehend die Implementierung frauenfördernder Strategien in die offizielle Politik. Diese wiederum sind als Signal nach außen zu verstehen, um den neuen westlichen Verbündeten einen progressiven Modernisierungsprozess zu vermitteln und um zu verdeutlichen, dass Ägypten in der Lage ist, an westliche Standards anzuschließen. Das von der UNO 1975 deklarierte Jahr der Frau veranlasste auch Ägypten zu einer Fokussierung der politischen Rhetorik auf frauenspezifische Anliegen. Entscheidende Verbündete ist in diesem Zusammenhang seine Ehefrau Jehan, welche in Kapitel 6.1.2. noch genauer vorgestellt wird.

Vor dem Hintergrund der UN Frauendekade und im Rahmen einer generellen Umstrukturierung der ASU wurde die Frauenorganisation erweitert und staatliche Maßnahmen um die Etablierung einer weiteren Nationalen Kommission für Frauen ergänzt.⁴¹¹ In ihrer Rede anlässlich der ersten Weltfrauenkonferenz in Mexiko formulierte Jehan Sadat die Aufgaben dieser beiden Einrichtungen folgendermaßen:

“...ending the last traces of discrimination that obstructed the spirit of our

⁴¹¹ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 183f; Tallawy, Mervat: “International Organizations, National Machinery, Islam, and Foreign Policy” in: Afkhami, Mahnaz; Friedl, Erika (HrsgIn): Muslim Women and the Politics of Participation. New York, Syracuse University Press 1997: S 129

legislation regarding family life and the position of women. ⁴¹²

Staatliches Augenmerk auf so genannte Frauenangelegenheiten reduzierte sich also auf Familienplanung, Fürsorge für Mutter und Kind und weiblichen Analphabetismus. Diskussionen um politisch sensible Themen, wie Einflüsse religiös-argumentierender politischer Strömungen auf Bereiche wie Geburtenkontrolle oder dem Personenstandsrecht mit dem noch immer etablierten Recht des Mannes auf Polygamie, wurden großflächig gemieden.⁴¹³

Auch innenpolitische Strukturen erfuhren in der Zwischenzeit vorsichtige Demokratisierungsmaßnahmen und zögerlich wurden politische Reformen eingeleitet. Innerhalb der Einheitspartei war es zu wachsenden Spannungen und Spaltungsprozessen gekommen. Um dem entgegenzuwirken entstanden als letzter Rettungsversuch 1975 drei Plattformen, welche die wichtigsten politischen und ideologischen Trends innerhalb der ASU repräsentierten. 1977 wurde schließlich Gesetz Nr. 40, das Parteiengesetz verabschiedet, welches das Ende der Einheitsinstitution symbolisierte und einem Mehrparteiensystem Platz schaffte. Gleichzeitig wurden die Oppositionsparteien starken Restriktionen ausgesetzt, was sich unmittelbar auf die Parlamentswahlen von 1979 – den ersten Wahlen mit legaler Opposition – auswirkte, aus welchen die regierungstreue NDP, die Nachfolgepartei der ASU, als überragende Wahlsiegerin hervorging.⁴¹⁴

Unter dem Einfluss seiner Ehefrau Jehan erließ Sadat 1979 auch per präsidentiales Dekret eine Reform des Personenstandsrechtes zugunsten von Frauen. Ägypterinnen wurde mehr Kontrolle über Heirat, Scheidung und Vormundschaft garantiert.⁴¹⁵ Auf politischer Ebene wurde per Präsidentendekret ein zweites Gesetz erlassen, welches eine Quotenregelung von 30 Sitzen für weibliche Repräsentanten im Parlament und zwanzig Prozent aller Sitze für Frauen in den 26 Governoraten vorsah. In den darauf folgenden Parlamentswahlen von 1979 und 1984 stieg die Zahl weiblicher Abgeordneter auf 35 bzw. 36.

Politisch waren diese Gesetze ausgerichtet auf die Unterminierung des

⁴¹² Sadat, Jehan zit. in Hatem, Mervat F. (1996): S 184

⁴¹³ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 184

⁴¹⁴ vgl. Ayubi, Nazih (1989): S 8; Harders, Cilja (1995): S 44f

⁴¹⁵ Mufema, Edmore: "Empowerment and Development of Women in Egypt: Salient Challenges of the 1990s" in: MacFadden, Patricia (HrsgIn): Reflections on Gender Issues in Afrika. Harare, Sapes 1999: S 88f

Einflusses und der Legitimität der Muslimbrüder, die insbesondere unter den Frauen eine große Gefolgschaft hatten, weil sie als marginalisierte Gruppen besonders unter sozialen Repressionen zu leiden hatten und daher für die einfachen und klaren Ideen der Muslimbrüder als Ausweg aus der Misere besonders empfänglich waren. Ab 1977 hatte sich die Konfrontation mit den Muslimbrüdern zusehends verstärkt und setzte damit einer langjährigen Kooperation und Koexistenz zwischen Regierung und IslamistInnen ein Ende.⁴¹⁶

Der Staat versuchte sich mit dem neuen Fokus auf verbesserte gesellschaftliche Rechte und der Erweiterung des Zugangs von Frauen zu politischen Strukturen vom Sozial-Image der islamistischen Bewegungen abzuheben und einen neuerlichen säkularen Block (aus Männern und Frauen) gegen die Muslimbrüder zu bilden. Auf einer internationalen Ebene sollten die neuen Gesetze als Signal ökonomischer und politischer Weiterentwicklung, mit speziellem Augenmerk auf die materielle Unterstützung durch die USA, wirken.⁴¹⁷

Die neuen Gesetze setzten jedoch nicht alle Forderungen von feministischer Seite um und führten schließlich dazu, dass die Interpretation frauenspezifischer Anliegen in der Öffentlichkeit noch kontroversieller diskutiert wurde als zuvor. Auch die Tatsache, dass diese Gesetzesänderungen nicht durch Mehrheitsentscheid im Parlament sondern durch Präsidentenverordnung zustande gekommen waren, brachte mit sich, dass sie von Anbeginn von allen Seiten großer Kritik ausgesetzt war.⁴¹⁸ Sowohl säkulare als auch religiöse Opposition argumentierte, dass durch das Hinwegsetzen Sadats über parlamentarische Entscheidungsstrukturen nur eine Ungerechtigkeit von der anderen abgelöst wurde. Durch die autoritäre Form der Umsetzung verlor das Regime zudem wichtige Verbündete innerhalb der säkularen Opposition, um das Gesetz gegen konservative und islamistische Kräfte durchzusetzen. Den Muslimbrüdern gelang es darüber hinaus, die öffentliche Meinung gegen die neuen Gesetze zu mobilisieren. Islamistische Stimmen warnten vor einer Übernahme westlicher Lebenseinstellungen und erklärten die neuen Regelung als nicht konform mit islamischen

⁴¹⁶ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 184

⁴¹⁷ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 184f; Sadat; Jehan: „Ich bin eine Frau aus Ägypten. Mein Leben“. München, Heyne 1987: S 321

⁴¹⁸ vgl. Abou-Zeid, Gihan (2006b): S 187

Grundsätzen. Sie argumentierten damit, dass es eine religiöse Weisheit hinter den Gender-Asymmetrien gäbe, die jede muslimische Frau angesichts ihrer religiösen Pflichten auch gerne auf sich nehmen würde. Weiters schafften sie es, die neuen Regelungen aufgrund ökonomischer Umstände als für Männer zum Nachteil gereichend darzustellen.⁴¹⁹

Frauenrechtsbewegungen gerieten nun in eine ambivalente Position, denn einerseits begrüßten sie die progressiven Richtlinien hin zu mehr Gleichberechtigung, während sie andererseits die Art und Weise des Zustandekommens aufs Schärfste verurteilten. Paradoxerweise fanden sich in dieser Debatte schließlich sozialistische Aktivistinnen in ihrer Kritik an Sadats Politik im gleichen Lager wieder wie die islamistische Opposition. Jene Stimmen, welche dafür waren, das neue Gesetz aufgrund der umfassenden Rechte für Frauen beizubehalten, ohne sich um seinen bürokratischen Werdegang zu kümmern, konnten sich gegen die KritikerInnen des Gesetzgebungsverfahrens nicht durchsetzen. Die BefürworterInnen wurden kritisiert, auf diese Weise die Frauenrechtsthematik isoliert zu behandeln, und nicht als ein Element auf dem Weg zu Demokratie und Menschenrechten.⁴²⁰ Letztlich spielte das neue Gesetz Kritikern mehr in die Hände, als es Vorteile bezüglich mehr Frauenrechte gebracht hätte.

*“This strategy simultaneously divided women and unified men – the old and the young, the religiously minded and the secularists, the right and the poor – against the law.”*⁴²¹

Außenpolitische Umwälzungen, wie die Revolution im Iran 1979 und der Friedensvertrag mit Israel 1979, welcher den Verlust der Vormachtstellung Ägyptens innerhalb der arabischen Welt und die damit verbundene politische Isolation mit sich brachte, verstärkten die innenpolitischen Konflikte zunehmend. Der Friedensvertrag fand innerhalb der Bevölkerung keinen Anklang und führte zu Protesten von allen Seiten. Als Antwort auf oppositionelle Kritik zum Camp-David-Abkommen reagierte das Regime mit der rigorosen Verweigerung des Rechts auf politische Teilhabe. Diese

⁴¹⁹ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 185

⁴²⁰ vgl. Al-Ali, Nadjé (1997): S 178f; Hatem, Mervat F. (1996): S 185; Sadat, Jehan zit. in: Tadros, Marlyn: “Why did demonstrators shout: Dyan’s reign, rather than Gihan’s? Interview with Gihan al-Sadat” in: *A Quarterly Women’s Human Rights Journal* Nr. 7/1998: S 7

⁴²¹ Hatem, Mervat F. (1996): S 185

allgemeinen Restriktionen betrafen jedoch insbesondere linksgerichtete und säkular orientierte Oppositionelle. So verlor die Regierung jedoch wichtige Verbündete im Kampf für die neuen Gesetze und gegen die Muslimbrüder. Diese Situation politischer Instabilität führte zu einem weiteren Erstarken der islamistischen Kräfte des Landes. Ein Zugeständnis an diese sich konstituierende Macht zeigte die Umformulierung der Verfassung 1980, worin die Shari'a von nun an als „einzige“ anstatt wie bisher als „eine der“ verfassungsmäßigen Rechtsquellen der Rechtssprechung heranzuziehen ist.⁴²² Diese konstitutionell manifestierte Richtlinie als Ausdruck des Vormarsches konservativer und religiös-argumentierender politischer Kräfte ist bis zum heutigen Tage in Kraft.

Auf gesellschaftliche Eskalationen folgte schließlich 1981 eine Verhaftungswelle, welche die Phase der politischen Öffnung vorerst beendete. Höhepunkt der politischen Ausschreitungen bildete schließlich die Ermordung Sadats vor laufender Kamera durch ein militantes Mitglied des „islamischen Jihad“ aus der Reihe der Offiziere bei der Militärparade am 6.10.1981.⁴²³

Wenn man die Regierungszeit Sadats unter dem Aspekt staatsfeministischer Entwicklungen betrachtet, gehen viele davon aus, dass gerade die beiden Reformen zu Personenstandsrecht und politischen Rechten ein Überleben des Staatsfeminismus in den 70er Jahren darstellt. Ambivalente politische Entscheidungen und die staatliche Koalition mit islamistischen Kräften ließen Frauen allerdings auf ungewissem Terrain. Mervat Hatem konstatiert in diesem Zusammenhang, dass abgesehen von den Entwicklungen der letzten Jahre, kohärente staatliche Programme zu Frauenförderungen auf allen Ebenen schlichtweg fehlten. Gerade zu Beginn seiner Regierungszeit wurden etablierte staatliche Förderungsmaßnahmen gerne ignoriert, um eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung voranzutreiben. Einander konkurrierende Identitätskonzepte führten zu widersprüchlichen gesellschaftspolitischen Entscheidungen. Die Betonung der Relevanz von Familie als Ursprung jeder sozialen und politischen Gemeinschaft dient als Argumentationsgrundlage religiös-motivierter politischer Strömungen und ebnete ihnen den Weg zu gesellschaftlichem, manifestiertem legislativen und staatlich institutionalisiertem Einfluss, was wiederum Auswirkungen auf patriarchale

⁴²² vgl. Harders, Cilja (1995): S 46; Hatem, Mervat F. (1996): S 185

⁴²³ vgl. Mufema, Edmore (1999): S 89

Formen gesellschaftlicher und politischer Geschlechterverhältnisse hatte. Mit der ökonomischen Orientierung an westliche Standards ging schließlich auch die Stärkung indigener Stimmen einher, welche frauenbewegte Anliegen im Rahmen von Modernisierungs- und Demokratisierungsprozessen diskutierten. Der Schritt, Reformen zur Transformation der Geschlechterverhältnisse in Familien und der politischen Arena einzuleiten, ist aus Hatems Perspektive jedoch weniger als staatliche Verpflichtung für ausgeprägtere Frauenrechte oder dem Willen zu politischer Liberalisierung zu verstehen, sondern vielmehr als bestimmtes politisches Interesse mit spezifischen Intentionen und Zielen zu bestimmten Zeitpunkten und vor dem Hintergrund politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen.⁴²⁴

5.2.3 Hosni Mubaraks Pragmatismus hinsichtlich frauenrechtsspezifischer Initiativen (seit 1981)

Nach der Ermordung Sadats im Oktober 1981 wurde sein Vizepräsident Hosni Mubarak dessen Nachfolger. Sein politisches Erbe könnte man als Melange von Entscheidungen und Institutionen bezeichnen, welche sowohl auf die „sozialen Transformationen“ unter Nasser, als auch auf bürokratischen Manifestationen der Open-Door-Policy Sadats zurückzuführen sind.⁴²⁵ Die pragmatisch-rationale Politik Hosni Mubaraks unterscheidet sich von jener seiner beiden charismatischen Vorgänger. Mubaraks Politik könnte man kurz zusammengefasst als Politik der Kompromisse beschreiben. Wirtschaftliche Herausforderungen an staatliches Handeln stellen dabei die zunehmende Auslandsverschuldung dar und die Implementierung der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF. Außenpolitische Rahmenbedingungen bilden die Rückführung Ägyptens an die Spitze der arabischen Welt, der fortgesetzte Prozess der Etablierung als wichtiger strategischer Verbündeter und die Reaktion auf Globalisierungsentwicklungen.⁴²⁶

Die Innenpolitik wird determiniert durch die Tatsache, dass Ägypten seit 6.10.1981 durchgehend per Notstandsgesetz regiert wird. Das Entstehen leichter Demokratisierungstendenzen wird eingeschränkt durch die Anwendung

⁴²⁴ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 186

⁴²⁵ vgl. Ayubi, Nazih (1989): S 10

⁴²⁶ vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 266f

eines sehr engen Demokratiebegriffs, worin der Staat die alleinige Entscheidungs- und Kontrollinstanz ist. Einerseits wird eine relative Meinungsvielfalt begrüßt, andererseits wird jeglicher Versuch, Anspruch an die Regierungsmacht zu stellen, im Keim erstickt. Die eingeschränkten Möglichkeiten der Opposition, nicht zuletzt aufgrund mangelnder struktureller und finanzieller Ressourcen, führen schließlich dazu, dass sich oppositionelle politische Bemühungen im außerparlamentarischen Bereich abspielen.⁴²⁷

Die 80er Jahre waren geprägt von zwei grundlegenden Entwicklungen, welche die Politik Mubaraks nachhaltig beeinflusste und weit reichende Effekte auf die legislative Situation von Frauen hatte. Einerseits entwickelte sich bald ein breiter Konsens über die Notwendigkeit einer funktionierenden Gewaltenteilung, dem sich die Regierung mit ihrer Rhetorik der politischen Öffnung nicht verschließen konnte. Der erstarkten Judikative lag es nun daran, die eroberten Freiräume dahingehend zu zementieren, dass sie begann, alle Formen missbräuchlicher Eingriffe exekutiver Gewalten in die Legislatur aufzuzeigen und zu korrigieren. Andererseits geriet das Regime zunehmend unter Druck, islamistische Bewegungen am institutionalisierten politischen Prozess teilhaben zu lassen. Der Muslimbruderschaft gelang es auf diese Weise, 1984 in Koalition mit der Wafd Partei und 1987 in Koalition mit der Arbeiter Partei (Labour Party) die Grundlage für eine kontinuierlich wachsende Opposition im Parlament zu schaffen. Konservative und religiös-orientierte politische Einstellungen begannen nun, legislative Entscheidungen hinsichtlich sozialer und frauenspezifischer Themen, nicht nur durch gesellschaftliche Mobilisierung sondern auch auf parlamentarischer Ebene zu dominieren. Beide Aspekte – eine restriktive Judikative, deren primäres Anliegen in der Etablierung der eigenen Position bestand und neue, islamistisch determinierte legislative Kräfte – stellen wichtige Konfrontationspunkte hinsichtlich staatlicher Maßnahmen zur Implementierung von Geschlechterpolitik dar.⁴²⁸

Galten vor seiner Regierung frauenrechtsrelevante Themen nicht per se als Hauptangelegenheiten staatlichen Handelns denn vielmehr als notwendiges Beiwerk, sah sich Mubarak mit der Situation konfrontiert, dass sich die Frage sozial akzeptierter Positionen von Frauen in der Öffentlichkeit immer mehr

⁴²⁷ vgl. Jürgensen, Carsten: „Menschenrechte und politische Entwicklung in Ägypten“ in: Faath, Sigrid (HrsgIn.): Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika. Hamburg, Edition Wuquf 1992: S 202

⁴²⁸ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 187

zum Fokus einer gesellschaftlichen Kontroverse entwickelte. Anspruch seines Regimes ist es, sich nach außen progressiv und reformerisch darzustellen, wozu auch eine Transformation der Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnisse gehört, um den Eindruck zu vermitteln, Ägypten habe eine ausgereifte Sozialstruktur. Um finanzielle und politische internationale Gönner bei Laune zu halten, wird es als notwendig erachtet, sich dem Ethos von Demokratie, Menschen- und Frauenrechten zumindest rhetorisch zu verschreiben. Seine Aufgabe sah er nun darin, einerseits bereits umgesetzte Fortschritte zu schützen als auch öffentliche Divergenzen zu reduzieren oder gar zu eliminieren.⁴²⁹

1984 wurden die Bestimmungen von 1979 zum Personenstandsrecht und 1987 auch die 1979 erlassenen Gesetze bezüglich der Verbesserung der politischen Rechte von Frauen vom Obersten Gerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben, da sie unter Umgehung der legislativen Gremien per Präsidentendekret verabschiedet worden waren. Die Wiederabschaffung der reservierten Plätze für Frauen im Parlament erfolgte mit der Begründung, dass durch eine Quote Frauen eine spezielle Behandlung zuteil kommt und diese somit im Wettbewerb begünstigt würden. Dies unterminiere das verfassungsrechtliche Prinzip der Gleichberechtigung.⁴³⁰ Mubaraks Taktik in diesem Zusammenhang war, dem Rechtssystem zu erlauben sich mit der Gesetzesänderung auseinanderzusetzen, ohne präsidiale Intervention befürchten zu müssen. Auf diese Weise erwarb er sich rechtliche und politische Legitimität, indem er sich nicht über das Gesetz stellte. Auch schaffte er dadurch Distanz zwischen dem Amt des Präsidenten und staatsfeministischen Verpflichtungen.

Im Jahr 1985, vor dem Hintergrund der auslaufenden UN-Frauendekade legte die National Democratic Party einen neuen Gesetzesentwurf bezüglich des Personenstandsrechts vor, welcher der alten Fassung bis auf einige wesentliche Ausnahmen ähnelte. Die Frau konnte sich beispielsweise nicht – wie ursprünglich vorgesehen – automatisch scheiden lassen, falls der Ehemann ohne ihr Einverständnis ein zweites Mal heiraten sollte. Vielmehr musste sie nun moralischen und materiellen Schaden nachweisen und ihr Anliegen vor ein Gericht bringen. Die Tatsache, dass sich der Entscheidungsprozess auf

⁴²⁹ vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 83

⁴³⁰ vgl. Hatem, Mervat F. (1994): S 236ff; Hatem, Mervat F. (1996): S 188; Mufema, Edmore (1999): S 89

parlamentarischer Ebene abspielte, half schließlich, den Gesetzesvorschlag als neuen Kompromiss durchzuboxen.⁴³¹

Hinsichtlich der politischen Rechte von Frauen kam also kein neuer Gesetzesentwurf zustande. Dies und die Umstellung von individuellen Kandidaturen auf Wahllisten der einzelnen Parteien brachten die benachteiligte Position von Frauen in den verschiedenen Parteien zum Vorschein, durch die Tatsache, dass sie entweder gar nicht für die Wahl aufgestellt, oder gegen Ende der Wahllisten gereiht wurden. Die Anzahl an weiblichen Parlamentariern sank wieder. Waren es 1979 noch 9% aller Sitze, welche von Frauen besetzt wurden, verblieben ab 1992 nur noch etwa 2.2% Repräsentantinnen im Parlament.⁴³² Nicht nur auf der parlamentarischen Ebene kam es zu Einbrüchen, die weibliche Mitgliederzahl in den lokalen Ratsversammlungen sank von 11.2% im Jahr 1979 auf 1.2% 1992. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Repräsentantinnen in den Gemeinderäten von 6.2% auf 0.5%.⁴³³

Legislative Entwicklungen verdeutlichen das Interesse der Regierung, ihre Haltung zur Gewaltenteilung zu demonstrieren und die erstarkenden islamistischen Kräfte im Parlament zu beschwichtigen. Gleichzeitig gelang es ihr, sich staatsfeministischer Verantwortlichkeiten zu entledigen, welche aufgrund vorangegangener Entscheidungen in der staatlichen Doktrin gefestigt waren und vermehrt von Frauen in formellen und informellen Gruppen eingefordert wurden. Bezug nehmend auf dieses neu aufflammende feministische Bewusstsein verkündete Mubarak, dass Frauen nun ohne staatliche Unterstützung in der Lage wären, auf gleicher Ebene mit Männern für die Aufstellung in Parteilisten zu konkurrieren.⁴³⁴

Nicht zuletzt führten zunehmender sozialer Druck von islamistischer Seite, Frauen auf ihre traditionellen Rollen zu fixieren und internationaler Druck durch Strukturanpassungsprogramme, um den Wohlfahrtsstaat schlanker zu machen in den 80er und 90er Jahren dazu, dass sich die Regierung unter Mubarak von ihren frauenspezifischen Agenden distanzierte, um politische und

⁴³¹ vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 83; vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 271f; Hatem, Mervat F. (1996): S 187

⁴³² vgl. Kapitel 6.2.2.

⁴³³ vgl. El-Baz, Shahida (1997): S 159

⁴³⁴ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 188

ökonomische Instabilität zu vermeiden.⁴³⁵

*“External actors have been the most important factors affecting the commitment of the Egyptian government to state feminism and women’s employment programs. Since 1978 the International Monetary Fund and the World Bank have exerted pressure on the state to withdraw from the economic arena and to accelerate privatization. As a result, the state reneged on its commitment to employment as an intrinsic part of the social contract that it had agreed on two decades earlier. The reversal of policy continued under Mubarak and shook the official commitment to state feminism in the late 1970s and 1980s.”*⁴³⁶

Krisenentwicklungen der 80er Jahre, welche unter anderem auf den Verfall der Ölpreise und dem sukzessiven Rückgang der Staatseinnahmen zurückzuführen sind und schließlich zu neoliberalen Armutsbekämpfungsprogrammen führten, hatten eine geschlechter- und arbeitspolitische Trendwende zur Folge, was sich in weiterer Konsequenz in verstärkten sozialpolitischen Konflikten und Verdrängungswettbewerben am Arbeitsmarkt auswirkten. Um dem Rückstrom männlicher Arbeitsmigranten aus den ölreichen arabischen Staaten beschäftigungspolitisch wieder zu re-integrieren, machte die ägyptische Regierung, unter dem Vorwand staatlicher Fürsorge, vieler ihrer Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen im Arbeitsprozess rückgängig, mit dem Argument, dass viele der beruflichen Tätigkeiten zu schwer oder gesundheitsschädlich wären und damit nicht adäquat für weibliche Betätigungsfelder. Die Fixierung auf traditionelle Weiblichkeitskonzepte half dabei, diese Maßnahmen ideologisch zu untermauern.⁴³⁷

Erst mit Ende der 90er Jahre und um die Jahrtausendwende erfolgte ein abermaliges grundlegendes Umdenken bezüglich gender-gerechter Politik im Rahmen allgemeiner ausgedehnter Reformdebatten. Die Etablierung des NCW als staatsfeministische Einrichtung bildet in Mubaraks langer Regierungszeit den vorläufigen Höhepunkt hinsichtlich staatlicher Frauenförderungsmaßnahmen, auf dem steinigem Weg zu einer gleichheitsgenerierenden Geschlechterpolitik. In Kapitel 7.3. werden gegenwärtige staatliche Strategien, Reformen im Zuge einer vorsichtigen politischen Öffnung unter Einbeziehung politischer Randgruppen wie Frauen

⁴³⁵ vgl. Hatem, Mervat F. (1994): S 228f

⁴³⁶ Hatem, Mervat F. (1994): S 231

⁴³⁷ vgl. Kreile, Renate (2007): S 8f

und religiöse Minderheiten durchzuführen, noch ausführlich dargestellt.

5.2.4 Schlussfolgerungen

Die ägyptischen Machthaber sandten während unterschiedlicher politischer Phasen unterschiedliche Botschaften in Bezug auf die Ausweitung sozialer Rechte von Frauen und ihre Inkludierung in den politischen Prozess aus. Die zu je unterschiedlichen Phasen angeordneten Agenden passten die so genannte „Frauenfrage“ den spezifischen Absichten an. Wirtschaftliche und politische Liberalisierungstendenzen resultierten dabei nicht in ausgeprägteren staatsfeministischen Maßnahmen oder zumindest in besseren rechtlichen Grundlagen für Frauen zur Etablierung ihrer sozialen, politischen und ökonomischen Rechte. Im Gegenteil, es zeigten sich neue Formen politischer und sozialer Ungleichheiten.

Die Perioden progressiver Vorgehensweisen resultierten dabei weniger aus dem Glauben an das Gleichheitsprinzip, sondern dienten vielmehr politischen Interessen und pragmatischen Überlegungen in Zeiträumen nationaler und wirtschaftlicher Entwicklungen. Politisches Kalkül als Überlebensstrategie brachte postkoloniale Länder wie Ägypten dazu, Frauen ihre StaatsbürgerInnenchaftsrechte zuzugestehen. Es ist wichtig, zwischen echter staatlicher Unterstützung bezüglich des Status von Frauen in der Gesellschaft auf der einen Seite und der Vereinnahmung dieser Thematik als Symbol zum Zwecke der Konstruktion einer nationalen Identität bzw. als Signal nach außen auf der anderen Seite zu unterscheiden.⁴³⁸

“This strategy of simultaneously including and excluding particular groups in the political process was and continues to be a key characteristic of the process of limited political liberalisation from the top that the Sadat and Mubarak regimes described as democratization.”⁴³⁹

Im Bemühen, unterschiedliche Identitätskonzepte in einer nationalen Identität zu vereinen, versucht der Staat, die Implementierung der Äquivalente so genannter westlicher Geschlechter- und Gesellschaftsentwürfe und indigene Ausdrucksformen gemeinschaftlicher Konzeptionen zueinander in Beziehung zu setzen. Gesellschaftliche und politische Manifestationen einer kolonialen

⁴³⁸ vgl. Bibars, Iman (2001): S 15; Hatem, Mervat F. (1996): S 192

⁴³⁹ Hatem, Mervat F. (1996): S 182

Vergangenheit, politische Strukturen, welche auf subnationale familiäre, ethnische und religiöse Vergemeinschaftungsgefüge aufbauen, die Einbindung in eine globalisierte Welt und nicht zuletzt das Aufkommen religiös-motivierter politischer Bewegungen stellt den ägyptischen Staat vor maßgebliche Herausforderungen. Der Anspruch, all diesen Perspektiven gerecht zu werden und dabei eigene Legitimitäts- und Machtansprüche zu untermauern, bildet die Grundlage für die oft widersprüchlichen politischen Entscheidungen in Bezug auf weibliche Partizipationsrechte und die ihnen zugrunde liegenden Geschlechter- und Gemeinschaftsverhältnisse.

Des weiteren verliert der ägyptische Staat im Konflikt mit einer wachsenden islamistischen Opposition an Legitimität, forciert durch die steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Leistung der Regierung, der wachsenden Unfähigkeit und Korruption des politischen Systems und der immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich. In einem Versuch, seine Legitimität zu stützen, macht der Staat in regelmäßigen Abständen Zugeständnisse an konservative und islamistische Kräfte auf Kosten eines progressiven Diskurses in Bezug auf frauenspezifische Anliegen.

Die Identifikation der Bedürfnisse von Frauen erfolgt dabei im Rahmen staatlicher Ideologien und Zielsetzungen. Der Fokus darauf, was spezifische Frauenanliegen sind, selektiert sich über klassen-, generations- und zugehörigkeitsspezifische Zugänge zur politischen Macht. Inklusions- und Exklusionsmechanismen funktionieren in diesem Zusammenhang über die jeweiligen gesellschaftlichen Segmente, welche das politische System in bestimmten Perioden stützen. Staatsfeminismus als Form der Geschlechterrepräsentativität, welcher sich in der Zeit Nassers zu einem strukturellen Faktor in Richtung gleichheitsgenerierender Geschlechterpolitik entwickelt hatte, unterliegt schließlich schichtspezifischen Inklusionsmechanismen, dessen Gefüge zur Rekrutierung loyaler Technokratinnen führt.

Mervat Hatem spricht von einem sukzessiven Rückgang staatsfeministischer Strukturen und einer kontinuierlichen Verringerung politischer Bekenntnisse zur Gleichstellungspolitik mit Ende der 60er Jahre. Nichtsdestotrotz lassen sich immer wieder Ansätze feststellen, Frauen ihre ebenbürtigen Rechte zuzugestehen, wenn auch der Großteil der Ankündigungen über öffentliche Rhetorik nicht hinausgeht. Im Zuge eines erneuten Aufflackerns der Debatte zu umfassenden Reformvorhaben ab Beginn des neuen Jahrtausends geraten

auch notwendige Maßnahmen der Inkludierung von Frauen wieder mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Quotenregelungen werden erstmals wieder diskutiert und das NCW ist als Einrichtung zu verstehen, welche in ihren Ansprüchen, Zielsetzungen und Durchführungen direkt an jene staatlichen Frauenorganisationen aus einer politischen Ära anknüpft, die Hatem als Blütezeit des Staatsfeminismus in Ägypten bezeichnet.⁴⁴⁰

⁴⁴⁰ vgl. Hatem, Mervat F. (1994b); Hatem, Mervat F. (1996)

Teil III

Politische Bedingungen

6 Dimensionen der Institutionalisierung von Staatsfeminismus

In diesem Kapitel sollen nun anhand verschiedener Indikatoren Aspekte staatsfeministischen Handelns dargestellt und analysiert werden. Jene Akteurinnen sollen identifiziert werden, die Zugang zu staatlichen Institutionen haben. Als interessant stellt sich hier ihr sozio-ökonomischer Hintergrund dar. Eine Verbindung zwischen spezifischen sozialen Schichten, wirtschaftlichen Ressourcen und der Möglichkeit, politisch zu partizipieren kann festgemacht werden. Daraus ergibt sich ein Rekrutierungsmuster, welches in seiner Form der Geschlechterrepräsentativität bestimmte Segmente von weiblichen Lebensverhältnissen ins Auge fasst und daraus selektive Problemformulierungen artikuliert. Weiters werden institutionelle Ebenen konventioneller Politik und Partizipations- und Repräsentationsformen von Frauen in diesen Gremien näher beleuchtet. Strukturelle Verhinderungsmechanismen werden dargestellt und erläutert.

6.1 Frauenrechtsbewegte Akteurinnen und ihr sozio-ökonomischer Hintergrund

An dieser Stelle sollen jene Akteurinnen näher ins Auge gefasst werden, welche Zugänge zu formellen politischen Foren haben. Die Rekrutierung erfolgt dabei über spezifische Inklusions- und Exklusionsmechanismen. Diese werden gespeist durch Einflüsse westlicher Partizipations- und Repräsentationsformen in Kombination mit traditionellen Werte- und Moralvorstellungen, was ein spezifisches Bild politischer Teilhabe von Frauen in Ägypten ergibt. Die Form der Geschlechterrepräsentativität reflektiert Muster in der Problemwahrnehmung weiblicher Lebensrealitäten und deren Implementierung in staatlichen Institutionen und manifestiert sich auf diese Weise in staatsfeministische Maßnahmen. Daran anknüpfend bilden die Positionen der First Ladies Ägyptens – insbesondere Jehan Sadat und Suzanne

Mubarak – eine wesentliche Rolle als Vermittlerinnen zwischen frauenbewegten Aktivitäten und staatlichen Entscheidungsstrukturen. Ihre Netzwerke und ihre Interpretationen der Bedürfnisse von Frauen fließen in öffentlich-politische Entscheidungsprozesse mit ein und haben damit wesentlichen Anteil in der Kreation staatlicher Geschlechterpolitik.

6.1.1 Charakterisierung durch politische Biographien

Akteurinnen in formalisierten politischen Strukturen weisen bezeichnende Eigenschaften auf, welche ihnen Zugänge zu institutionalisierten Foren erleichtern. Ihre Rekrutierung erfolgt meist über klassenspezifische Gefüge, die Verbindung zur herrschenden Elite, den familiären Background oder ihre Verortung in den Frauenbewegungen und den daraus entstandenen Netzwerken.

Einen anschaulichen Überblick über das breite Spektrum an politischen Biographien von Frauen im öffentlichen Leben in Ägypten gewährt Earl L. Sullivan in seinem Buch „Women in Egyptian Public Life“. Dieses Buch entstand Mitte der 80er Jahre und fokussiert in der Analyse auf die Beschreibung weiblicher Parlamentarierinnen, oppositionellen Politikerinnen, Präsidentengattinnen und Frauen in der Wirtschaft. Sullivans Intention gilt dabei der Sichtbarmachung von Frauen in der Öffentlichkeit und der Beschreibung des gesellschaftlichen Wandels anhand dieser Frauen. Zehn Jahre später erscheinen die Analyse von Cilja Harders mit dem Titel „Frauen und Politik in Ägypten. Untersuchungen zur Situation ägyptischer Politikerinnen“ und die Studie von Gomaa Salwa Shaarawi zu „Political Participation of Egyptian Women“. Untersuchungsgegenstand ist hier die Darstellung und Bewertung unterschiedlicher Formen von Partizipation und Repräsentation von Frauen und ihrer Konsequenzen. Nicht nur die Form der politischen Teilhabe, sondern vor allem auch der persönliche Hintergrund determinieren die Aktivitäten von Politikerinnen und politischen Aktivistinnen.

Sullivan verwendet als Indikatoren für seine Analyse Sozialisation, Motivation und Aktivitäten der ägyptischen Politikerinnen, um auf die unterschiedlichen Karrieremuster eingehen zu können. Harders Anliegen ist es herauszuarbeiten, welchen Einfluss Familie und Haushalt, Klientelverhältnisse, präsidentiale Politik, NGOs, Staatspolitik und internationale Faktoren auf die einzelnen Biographien haben und wie sie determiniert werden. Zudem erweitert sie

Sullivans Analyse um den Altersaspekt als Variable. Sie identifiziert in der Unterscheidung von weiblichen Politikern nicht nur zwischen Regierungs- und Oppositionsangehörigen, sondern auch zwischen unterschiedlichen Generationen mit jeweils spezifischen Anliegen.⁴⁴¹ Hierbei schließt sie an Kathleen Howard-Merriam an, welche drei Generationen weiblicher Politiker determiniert.⁴⁴² Aufgrund des Zeitpunktes der Erscheinung ihrer Studie ist mittlerweile noch mindestens eine weitere Generation zu berücksichtigen. Tatsächlich hat sich von den damaligen Ergebnissen zu jenen der heutigen Zeit wenig verändert. Trotz adaptierter staatlicher Rhetorik rekrutiert sich ein Großteil politisch aktiver Frauen nach wie vor aus den gebildeten Mittelschichten, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich die allgemeine Skepsis hinsichtlich der Effektivität staatlichen Handelns nicht verringert hat. Eine Charakterisierung jener Frauen, welche die Möglichkeit haben politisch tätig zu sein und damit Einfluss auszuüben, ist insofern vonnöten, als dass sie wichtige Merkmale für Inklusions- und Exklusionsmechanismen liefern. Dabei konzentriere ich mich auf die wichtigsten Aspekte oben genannter Studien, welche hinsichtlich vorliegender Arbeit am besten die Unterschiede und Diskrepanzen zum Vorschein bringen. Sie werden hier nun in einem kurzen Überblick dargestellt:

- Alter:

Die überwiegende Mehrheit von Parlamentarierinnen ist zwischen 40 und 60 Jahren alt. Jüngere Politikerinnen haben Schwierigkeiten, im institutionalisierten Rahmen Fuß zu fassen. Einerseits wird es erschwert durch die Gesetzesregelung, welche ein Mindestalter von 35 Jahren vorschreibt, um beispielsweise bei Wahlen antreten zu können. Andererseits kommen hier wieder traditionelle Rollenmuster zum Tragen, welche es Frauen erst ermöglichen, am öffentlichen Leben aktiv teilzunehmen, wenn sie ihre Rolle als Mutter pflichtbewusst erfüllt haben, d.h. nachdem die Kinder dem Elternhaus entwachsen sind bzw. sie einen adäquaten Ersatz für die Kinderbetreuung gefunden haben. Die meisten Kandidatinnen beklagen deshalb auch einen schweren Mangel an öffentlicher sozialer Unterstützung, welche sie in eine benachteiligte Position hinsichtlich ihrer männlichen Kontrahenten bringt. Diese fehlende Unterstützung erschwert die Möglichkeit von Frauen, sich in

⁴⁴¹ vgl. Harders, Cilja (1995): S 60ff

⁴⁴² vgl. Howard-Merriam, Kathleen (1981): S 177

jungen und mittleren Jahren aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen und damit Erfahrungen im öffentlichen Leben zu sammeln.⁴⁴³

- familiäre Unterstützung:

Dem Grossteil der politischen Biographien von Politikerinnen und politischen Aktivistinnen liegen Lebensläufe zugrunde, welche klassischen weiblichen Rollenbildern entsprechen. Die Betonung der dominierenden Faktoren Ehe und Mutterschaft legitimiert Frauen, in weiterer Konsequenz eine politische Karriere anzustreben.

Die Unterstützung, welche Frauen im öffentlichen Leben zukommt, ist nach wie vor vernachlässigbar im Vergleich zum Beistand, der Männern gewährt wird. 75% der Frauen, welche politisch aktiv sind, geben an, den nötigen Rückhalt für ihre politischen Aktivitäten von ihren Ehemännern zu erhalten. Weit abgeschlagen rangieren auf der Rangliste der familiären Unterstützung die Kinder, gefolgt vom Vater oder anderen nahen Verwandten.⁴⁴⁴

Die Parteilzugehörigkeit erfolgt ebenfalls überwiegend aufgrund familiärer Orientierung. Viele Frauen kommen aufgrund der Mitgliedschaft eines Familienangehörigen – meistens der Ehemann oder der Vater – in die Politik.

Bezüglich des Beziehungsstatus lässt sich sagen, dass zwei Drittel der Kandidatinnen verheiratet und ein Drittel bereits verwitwet sind. Nur ein vernachlässigbarer Teil der Frauen war nie verheiratet.⁴⁴⁵ Tendenziell lässt sich feststellen, dass familiäre Umstände bei Oppositionspolitikerinnen weniger stabil sind als bei Anhängerinnen der Regierungspartei. Die Scheidungsrate der oppositionellen Politikerinnen lag dabei höher. Über die Gründe kann nur spekuliert werden, sie stehen jedoch möglicherweise in Zusammenhang mit ihren politischen und beruflichen Aktivitäten und der ideologischen Zugehörigkeit.⁴⁴⁶

⁴⁴³ vgl. Gomaa, Salwa Shaarawi (1998): S 41f

⁴⁴⁴ vgl. Gomaa, Salwa Shaarawi (1998): S 46

⁴⁴⁵ vgl. Gomaa, Salwa Shaarawi (1998): S 43

⁴⁴⁶ vgl. Harders, Cilja (1995): S 68

- Sozio-ökonomische Verortung:

Politikerinnen und politisch aktive Frauen entstammen überwiegend einem privilegierten Hintergrund und lassen sich innerhalb der Gesellschaft in den oberen und gebildeten Mittelschichten verorten.⁴⁴⁷ Der Bildungsgrad bei weiblichen Politikern, insbesondere in formellen Gremien ist überdurchschnittlich hoch.⁴⁴⁸ Meist ist er dabei sogar höher als der ihrer männlichen Kollegen. Somit wird Bildung zu einem entscheidenden Faktor in der Möglichkeit der Teilhabe an der Gestaltung der Öffentlichkeit.⁴⁴⁹ Der überwiegende Teil politisch aktiver Frauen besitzt eine fundierte Berufsausbildung und hat sich in ihrem Feld bewährt. Als Expertinnen fanden sie schließlich den Weg in die Politik. Die meisten von ihnen sind in ihren jeweiligen Parteien oder bereits in der damaligen Einheitspartei unter Nasser politisch sozialisiert bzw. entstammen politisch aktiven Familien. Hier zeigt sich eine Veränderung bei den jüngeren Altersgruppen. Mittlere Politikerinnengenerationen besitzen großteils auch eine akademische Ausbildung, stammen jedoch seltener aus politisch aktiven Familien, sondern wurden in den universitären Institutionen rekrutiert.⁴⁵⁰ Insbesondere jene politisch engagierten Frauen, die ihre politische Sozialisation in Studentengruppen während der Studentenbewegungen zwischen 1967 und 1973 erfuhren, durchlaufen ein breiteres Spektrum an politischen Organisationen und Partizipationsforen. Für diese Frauen, speziell jene, die sich als Feministinnen verstehen, ist die Mitgliedschaft in einer Partei seltener eine ernsthafte Option.

Die Kriege gegen Israel 1967 und 1973 spielen generell eine entscheidende Rolle im politischen Werdegang der Politikerinnen mit je spezifischen Auswirkungen und unterschiedlichen Entscheidungen unabhängig ihrer politischen Zugehörigkeit. Die politische Krise der traumatischen Niederlage von 1967 wurde zu einer persönlichen Krise mit der Konsequenz, dass viele der älteren Generationen sich frustriert von der Politik abwendeten, indem sie sich aus Protest aus den Institutionen der herrschenden Partei zurückzogen und neuen Fokus auf das familiäre Leben legten. Erst mit dem Teilsieg von 1973 kehrte auch das Interesse für die Politik zurück. Gleichzeitig waren es gerade

⁴⁴⁷ vgl. Harders, Cilja (1995): S 60

⁴⁴⁸ vgl. Gomaa, Salwa Shaarawi (1998): S 42

⁴⁴⁹ vgl. Harders, Cilja (1995): S 61

⁴⁵⁰ vgl. Harders, Cilja (1995): S 84ff

diese politischen Ereignisse, welche die mittleren Generationen aufrüttelten, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren und Demokratisierungsdebatten neu aufzurollen.⁴⁵¹

Die jüngeren Generationen, darunter jene, die noch studieren, nehmen im Gegensatz zu den Aktivistinnen der Studentenbewegungen wieder eine eher pragmatische Haltung hinsichtlich Parteienpolitik ein. Angesichts prekärer Arbeitsmarktverhältnisse erscheint der Beitritt zu einer Partei, insbesondere der herrschenden NDP, sinnvoll in Hinblick auf ein weiteres (berufliches) Fortkommen nach der akademischen Ausbildung.

Zudem „gehen dem Parteieintritt andere Aktivitäten voraus, die sich zumeist um studentische Gruppen an den Universitäten ranken. Ist dieser Schritt erst einmal getan, scheint der Entschluss einer Partei beizutreten, nahe liegend. Die Aktivitäten verlagern sich dann von der Universität zur Partei“⁴⁵².

- Verortung in den Frauenbewegungen:

Perspektiven bezüglich frauenspezifischer Themen unterscheiden sich stark. Die Zugänge zu institutionalisierten Foren erfolgen über eigene Rekrutierungsmuster. Je nachdem in welchen formellen Partizipationssphären Frauen mitwirken, repräsentieren sie eine spezifische Form der Problemwahrnehmung und darauf basierend ein eigenes Schema frauenspezifischer Anliegen.

„Ihre Einstellung zu Frauenfragen differiert erheblich, wobei sich die meisten eher als weibliche Führungskräfte denn als Protagonistinnen der Frauenbewegung verstehen. Nur 20% der Befragten definieren sich als Feministinnen, wobei die Oppositionsfrauen der aktuellen Situation der Frau kritischer gegenüberstehen als die Parlamentarierinnen.“⁴⁵³

Solidarität unter Frauen wird von Frauen in politischen Institutionen nicht per se als Voraussetzung oder Durchsetzungsstrategie empfunden. Politikerinnen der älteren Generation sind oft erst nach langen Jahren der Erfahrung mit ideologierter politischer Arbeit dazu übergegangen, sich für frauenspezifische Themen einzusetzen und trugen erheblich dazu bei, dass in Parteien zumindest

⁴⁵¹ vgl. Harders, Cilja (1995): S 126ff

⁴⁵² Harders, Cilja (1995): S 128

⁴⁵³ Harders, Cilja (1995): S 61

Frauenkommissionen und –sektionen gegründet wurden. Jüngere weibliche Parteiaktivistinnen tendieren seltener dazu, sich in diesen Frauensektionen der Parteien, welche einen Versuch der Implementierung frauenbewegten Handelns in öffentliche Politik darstellten, zu engagieren, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich diese Einrichtungen mit der Zeit als karrierepolitische Sackgassen für Frauen ergeben haben.⁴⁵⁴

Separatistische Tendenzen frauenspezifischer Anliegen werden grundlegend abgelehnt. Als notwendiger wird die Kooperation mit männlichen Kollegen erachtet, um für gemeinsame gesellschaftliche und demokratische Entwicklungen zu kämpfen. Schwierigkeit stellt der Aspekt dar, als gleichberechtigte Partnerin auch wahrgenommen zu werden.⁴⁵⁵ Frauen in politischen Institutionen tendieren dazu, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Mann und Frau in den Vordergrund zu stellen und Frauenthemen den grundlegenden Zielen der Parteien unterzuordnen.

*„Verglichen mit ihren Kolleginnen von der Opposition zeigen die NDP-Frauen eine konservative Einstellung zu Frauenfragen. Innerhalb der Opposition sind diesbezüglich deutliche Unterschiede zwischen bürgerlichen und linken Politikerinnen zu erkennen.“*⁴⁵⁶

Sofern sie sich frauenspezifisch engagieren, operieren sie mit einem weiten Politikbegriff, welcher viele verschiedene Aspekte ihrer politischen Tätigkeiten zu „Frauenthemen“ werden lassen.⁴⁵⁷

6.1.2 Sonderstatus: Ehegattinnen der Präsidenten

Dieses Kapitel ist insofern von Relevanz, als es jene Formen der selektiven Auslegung frauenspezifischer Lebensrealitäten und Frauenrepräsentation aufzeigt, die Philomina Okeke-Ihejirika und Susan Franceschet als „First Lady Syndrom“ darstellen.⁴⁵⁸ Ich empfinde den spezifischen Status der Ehefrauen der Präsidenten und ihre Rollen in der Öffentlichkeit als Indikator für die jeweils charakteristische Politik hinsichtlich Geschlechterfragen und den ihnen zugrunde liegenden Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnissen. Die

⁴⁵⁴ vgl. Harders, Cilja (1995): S 93

⁴⁵⁵ vgl. Harders, Cilja (1995): S 86

⁴⁵⁶ Harders, Cilja (1995): S 94

⁴⁵⁷ vgl. Harders, Cilja (1995): S 90

⁴⁵⁸ vgl. Okeke-Ihejirika, Philomina E.; Franceschet, Susan (2002)

jeweiligen biographischen Darstellungen erleichtern das Nachvollziehen der Gründe und den Ausdruck öffentlichen Handelns und spiegeln bis zu einem gewissen Grad idealisierte gesellschaftliche Bilder wider, zur Legitimisierung der Machtansprüchen herrschender Eliten. Nicht nur aufgrund der Art ihrer Selbstrepräsentation sind die Gattinnen der jeweiligen Staatspräsidenten hervorzuheben, insbesondere Jehan Sadat und Suzanne Mubarak gelten als unermüdliche Verfechterinnen frauenpolitischer Entwicklungen, wenn ihrem Handeln durch die Form ihrer Netzwerke und der damit verbundenen Rekrutierung und Inkludierung von Frauen mit bestimmtem sozio-ökonomischen Hintergrund in formelle Politik eine selektive Frauenrepräsentativität unterliegt und Maßstäbe für frauenspezifische Maßnahmen von selektiven Problemwahrnehmungen geprägt sind. Die Diskrepanzen in der Wahrnehmung und Interpretation der unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und die Formen des Auftretens der Präsidentengattinnen fördern die widersprüchlichen Anforderungen zutage, mit der staatliche Politik konfrontiert ist und wie sie agiert.

Die Ehefrauen der jeweils amtierenden Machthaber haben immer schon eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben Ägyptens gespielt. Das Amt des Präsidenten ist das Zentrum der Macht und Autorität und der Präsident baut auf den Hoffnungen des Volkes auf, dessen Vorzüge zu verkörpern. Gleichzeitig ist seine Position erstes Angriffsziel gesellschaftlichen Missmutes. In einem Land, in dem verfassungsrechtlich die Familie als Basis der Gesellschaft geschützt ist⁴⁵⁹, hat das private Umfeld der Staatslenker Signalwirkung auf sozio-politische Verhältnisse. Die Ehefrauen der Präsidenten Gamal Abdel Nasser, Anwar Sadat und Hosni Mubarak hatten und haben, ob sie es wollten oder nicht, eine Position der öffentlichen Verantwortlichkeit. Keine der Damen verfügte über rechtliche Befugnisse, doch jede nutzte ihre Stellung auf individuelle Weise, sei es durch die direkte Beeinflussung des Verhaltens oder der Entscheidungen ihres Ehemannes, sei es durch Nutzung ihrer Popularität für wohltätige Zwecke oder durch die Übernahme von Verantwortlichkeiten im öffentlichen Leben. Ihre Herangehensweisen waren unterschiedlich, doch alle hatten sowohl UnterstützerInnen als auch KritikerInnen ihrer Handlungen.⁴⁶⁰

⁴⁵⁹ vgl. SIS – “Constitution” – <http://constitution.sis.gov.eg/en/2.htm> : Artikel 9

⁴⁶⁰ vgl. Sullivan, Earl L.(1989): S 79f

6.1.2.1 Tahia Nasser

Tahia Kazem⁴⁶¹, 1920 in Kairo geboren, wurde in der konventionellen Weise einer Mittelklassefamilie erzogen. Ihr Vater war ein iranischer Teehändler, die Mutter stammte aus Ägypten. Beide starben jedoch früh und so wuchs sie bei ihrem älteren Bruder auf, über den sie Gamal Abdel Nasser kennen lernte, den sie schließlich 1944 im Alter von 22 Jahren heiratete. Zu diesem Zeitpunkt beendete dieser gerade die Militäarakademie und startete seine Karriere, anfangs noch mit eher geringem politischen Interesse. Im Laufe der Jahre bekommen sie fünf Kinder. Earl Sullivan beschreibt sie in seiner biographischen Abhandlung als gebildete, attraktive, konservative, urbane muslimische Frau mit einem großzügigen eigenen Vermögen, welches ihr von ihrem Vater hinterlassen wurde.⁴⁶² Diese Mittel erlaubten es ihr, Nasser und seine Tätigkeiten bei den Freien Offizieren finanziell zu unterstützen. Weiters beschreibt er die Familienstruktur als eine sehr traditionelle. Während ihr Ehemann mit der Zeit immer mehr in den politischen Mittelpunkt rückt und schließlich Präsident des Landes wird, geht sie ihren häuslichen Verpflichtungen nach.

*“Within less than a decade, he was the master of Egypt and she was the wife of pharaoh. She raised their children, kept house, and stayed out of the public eye most of the time. Affairs of state were discussed at home and she expressed her view freely.”*⁴⁶³

Vor 1952 waren die Frauen der königlichen Familie und des Hochadels durchaus involviert am öffentlichen Leben und manchmal gar an gesellschaftlichen Skandalen. Vielen Frauen der Oberschicht gelang es mit Hilfe der Unterstützung ihrer einflussreichen Familienmitgliedern und Freunden, sich Zutritt in das öffentliche Leben zu verschaffen und sie engagierten sich überwiegend in kulturellen, gesundheitlichen und sozialen Bereichen. Damit handelten sie jedoch den, in der gesellschaftlichen Basis fest verankerten dominierenden Gesellschaftsnormen, zuwider. Um einen klaren Bruch mit

⁴⁶¹ Im Folgenden werde ich sie jedoch immer Tahia Nasser titulieren. Auch Jehan Raouf und Suzanne Sabet erhalten aufgrund ihres Erkennungswertes den Nachnamen ihrer Ehemänner. In Ägypten wie in der restlichen arabischen Welt behält die Frau ihre Genealogie d.h. ihren Familiennamen bei. Prominente Frauen, deren Bekanntheitsgrad auf ihren Mann zurückzuführen ist, identifizieren sich schließlich auch mit dessen Namen. Aufgrund dieser Tatsache ist in den Medien als Frau des gegenwärtigen Präsidenten ausschließlich von Suzanne Mubarak die Rede.

⁴⁶² vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 84

⁴⁶³ Sullivan, Earl L. (1989): S 84

vorrevolutionären Herrschafts- und Repräsentationsmustern zu verdeutlichen, sah man die Ehefrauen der Freien Offiziere zu den Anfängen ihrer Herrschaft nicht. Sie waren unsichtbar für die Öffentlichkeit und erhoben schon gar keine öffentlichen politischen Ansprüche. Die säkulare politische Orientierung der herrschenden Elite, welche sich überwiegend aus den höheren Mittelschichten des Landes rekrutierte, bedeutete nicht, dass patriarchale Geschlechterordnungen in Frage gestellt wurden.⁴⁶⁴ Vielmehr galt es, im Sinne der Etablierung einer nationalen Einheit gesellschaftliche Werte und Normen als symbolische Bedeutungsträger zu betonen, um sich von, als unmoralisch diffamierten, monarchischen Verhältnissen abzugrenzen.

Im öffentlich-politischen Leben Ägyptens scheint Tahia Nasser damit fast nicht auf. Die wenigen öffentlichen Auftritte konzentrieren sich überwiegend auf repräsentative Aufgaben, wie Staatsempfänge, sofern die Ehegattin des Staatsgastes mit anreiste. Ihre politische Bedeutung beschränkte sich auf den direkten Einfluss, den sie im privaten Bereich auf ihren Ehemann hatte, wo politische Diskussionen durchaus auf der Tagesordnung standen. Sie fühlte sich nicht verpflichtet eine öffentliche Rolle zu übernehmen, sondern zog es vor, sich im Hintergrund zu halten und sich ihrer Familie zu widmen, um auf diese Weise Einfluss zu üben.⁴⁶⁵ Ihre einzige öffentliche politische Aktivität beschränkte sich auf die Inanspruchnahme des Wahlrechts, dem sie seit der neuen Konstitution von 1956 regelmäßig Folge leistete.

Präsident Nassers Einstellung zur Familie, die strikte Trennung zwischen öffentlichem und privatem Bereich spiegelt sich in seiner Politik wider. Dies erklärt auch, warum es auf politischer Ebene zu durchaus erfreulichen Entwicklungen hinsichtlich des Wahlrechts und damit der aktiven Teilnahme am politischen Geschehen gekommen ist, und die patriarchalen Strukturen des privaten Bereichs, insbesondere der Familie, welche im Personenstandsrecht geregelt ist, nicht angetastet wurden.

⁴⁶⁴ vgl. Howard-Merriam, Kathleen (1981): S 185; Raafat, Samir: "The changing role of the First Ladies" in: *al-ahram weekly* 3/2007: S 1 – <http://weekly.ahram.org.eg/2007/835/sc89.htm>

⁴⁶⁵ vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 85; Raafat, Samir (2007): S 1

6.1.2.2 Jehan Sadat

Jehan Safwat Raouf⁴⁶⁶ ist am 29.8.1933 in Kairo geboren und dort aufgewachsen und entstammt einer Familie der unteren Mittelschichten. Ihr Vater war ein einfacher ägyptischer Regierungsbeamter, ihre Mutter stammte aus Großbritannien. Noch bevor sie die Schule abschließen konnte, traf und heiratete sie Anwar al-Sadat im Alter von 16 Jahren. Er war zu diesem Zeitpunkt bereits 30 und voll in das politische Leben Ägyptens involviert. Aufgrund des Alters könnte man die Beziehung für eine arrangierte Ehe halten, was auf ihrer gesellschaftlichen Ebene durchaus nichts Unübliches gewesen wäre. In diesem Fall lag es jedoch vielmehr an Jehans frühzeitigem politischen Interesse, ihre Identifikation mit den, ihrer Meinung nach, heroischen Antiregierungsbestrebungen der Muslimbrüderschaft und ihr damit verbundenes Interesse für einen jungen Offizier, der sich ursprünglich ganz dieser neuen Doktrin verschrieben hatte. Dieser wiederum sah in der jungen Frau die geeignete Partnerin, seine ehrgeizigen politischen Ambitionen durchzusetzen.⁴⁶⁷ 1951 trat er offiziell dem Revolutionsrat bei und erhielt 1952 das Privileg, den geglückten Putsch der Monarchie im Radio zu verkünden.

Tahia Nasser und Jehan Sadat hatten weder in ihren Biographien noch durch ihre Interessen viel gemeinsam, abgesehen von der Tatsache, dass sie als Frauen der Freien Offiziere weitgehend aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen waren. Auch Jehan hielt sich anfangs an diese Vorgabe. Sadat stellte in einem Interview 1957 noch fest, dass die verantwortungsvolle Aufgabe der Frau zuhause bei den Kindern sei, denen sie auf diese Weise eine solide Grundlage schaffen soll und deren Aufgabe damit absolut gleichzusetzen mit jeder öffentlichen politischen und sozialen Angelegenheit wäre, welche durch die natürliche Aufgabenverteilung dem Mann obliege.⁴⁶⁸

Ende der 60er Jahre veränderte sich diese Perspektive jedoch zusehends. Der Krieg von 1967 war nicht nur eine militärische, sondern vielmehr auch

⁴⁶⁶ Einen faszinierenden Überblick über prägende Stationen ihres Lebens bietet Jehan Sadat in ihrer Biographie: „Ich bin eine Frau aus Ägypten. Mein Leben“. München, Heyne 1987

⁴⁶⁷ vgl. Sadat, Jehan (1987): S 63ff

⁴⁶⁸ vgl. Howard-Merriam, Kathleen (1981): S 184; Sullivan, Earl L: (1989): S 86f

eine psychologische Niederlage.⁴⁶⁹ Ab diesem Zeitpunkt begann sie sich öffentlich für wohltätige Zwecke zu engagieren, insbesondere sammelte sie Geld für palästinensische Anliegen. Moralisch und strategisch bezwungen, sahen sich die ägyptische Bevölkerung und ihre obersten Befehlshaber mit einer Tragödie immensen Ausmaßes konfrontiert. Teile des Staatsgebietes waren annektiert, das Militär vernichtend geschlagen und der erklärte Feind hatte mehr Macht denn je. Die demoralisierende Erkenntnis des Besiegteins machte auch vor Sadat nicht Halt. In dieser Situation half ihm seine Frau Jehan, welche ihm, gestärkt durch die Sinnhaftigkeit ihrer sozialen Tätigkeit neue Wege aufzeigte, sich zu engagieren. Im gleichen Jahr gründete sie eine eigene unabhängige Organisation, die sich um Lebensrealitäten von Frauen in bestimmten Ortschaften im Delta kümmerte und ihnen Möglichkeiten in die Hand gab, ihr Leben mit Hilfe eines kleinen Einkommens selbst zu handhaben. Dieses Projekt kann unterschiedlich bewertet werden. Ein wichtiger Aspekt daran ist jedoch die Tatsache, dass privilegierte urbane Frauen auf die Bedürfnisse armer Frauen aus der ländlichen Gegend aufmerksam wurden und es als sinnvoll empfanden, sie, in deren Bemühungen sich selbst zu helfen, zu unterstützen.⁴⁷⁰ Im Rückblick 1983 sagte Frau Sadat selbst dazu:

*“Women who are working have confidence in themselves, they don’t rely or depend on their husbands too much, because they have their own salary. They feel secure.”*⁴⁷¹

Jehan legte den Fokus ihrer wohltätigen Arbeit auf Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen. Bis Anfang der 70er Jahre blieben ihre Projekte jedoch sehr beschränkt und angewiesen auf private GeldgeberInnen. Staatliche Unterstützung erhielt sie erst ab 1970, dem Jahr als Anwar Sadat Nasser

⁴⁶⁹ Nazih Ayubi identifiziert drei Erklärungsmuster in den öffentlichen Diskursen für die traumatische Niederlage: a) eine soziologische Erklärung führt den verlorenen Krieg auf eine zu bürokratische und elitäre Armee zurück, welche manifestierte gesellschaftliche Asymmetrien reflektierte und eine allgemeine Teilhabe verhinderte; b) technische Ansätze fokussierten auf die wissenschaftliche Unterlegenheit Ägyptens und einer damit verbundenen überragenden militärischen Leistung Israels; c) religiöse Antworten führten die Niederlage auf einen Mangel an Frömmigkeit zurück. Israel konnte nur aufgrund seiner religiösen Haltung gewinnen und nur die eigene Rückbesinnung auf die Religion könne diese Krise ausmerzen. Rückblickend auf weitere historische Entwicklungen, insbesondere den Teilerfolgen des Krieges von 1973, lässt sich die Attraktivität dieses Erklärungsansatzes in weiten Teilen der Bevölkerung erklären. vgl. Ayubi, Nazih (1980): S 489

⁴⁷⁰ vgl.: Sadat; Jehan (1987): S 209ff; Sadat, Jehan zit. in: Tadros, Marlyn (1998): S 6; Sullivan, Earl L. (1989): S 89

⁴⁷¹ Sadat, Jehan zit. in: Sullivan, Earl L. (1989): S 89

als Präsident Ägyptens ablöste. In der Amtszeit ihres Mannes etablierte sich Jehan zu einer der aktivsten Persönlichkeiten im gesellschaftlichen Leben Ägyptens und ihre öffentlichen Handlungsspielräume wuchsen mit den Jahren. Unterschiedlichste Projekte erhielten staatliche Unterstützung und zahlreiche Organisationen konnten mit Zuschüssen und öffentlicher Vermarktung rechnen, allein aufgrund ihrer Verbindung zu Jehan Sadat.⁴⁷²

*“Jehan Al-Sadat was portrayed by Western media as the full partner of Anwar Al-Sadat in his political, social and economic endeavours. “Anwar Sadat’s only rival for popularity among Egyptians these days is a safe and sure ally: his wife Jehan Sadat”, wrote Time magazine in 1974 under the title “Egypt’s Liberating First Lady.”*⁴⁷³

Zur gleichen Zeit verstärkte sich in Jehan das Bedürfnis, ihre eigene Schulbildung zu komplettieren. Die verbesserten Gegebenheiten und das Gefühl der größeren Notwendigkeit als Person der Öffentlichkeit und Repräsentation nach außen bestärkten sie in ihren Ambitionen. In erster Linie lag ihr jedoch daran, sich eine eigene berufliche Karriere, unabhängig von der Karriere ihres Mannes aufzubauen. 1972 erhielt sie ihren Schulabschluss und inskribierte sich 1973 an der Kairoer Universität für das Fach „arabische Literatur“, welches sie 1978 mit einem BA und 1980 mit einem Master abschloss. Ihre Diplomprüfung wurde landesweit im Fernsehen ausgestrahlt. Ihre Intention war es, die Rechtmäßigkeit ihres Anspruches auf den Titel zu demonstrieren und nicht das Gerücht aufkommen zu lassen, als Ehefrau des Präsidenten bevorzugt behandelt zu werden. Auch wollte sie zeigen, dass es jeder Frau möglich sei einen höheren Bildungsgrad zu erreichen. Schließlich wurde sie Mitglied der Fakultät und begann mit ihrer Doktorarbeit.⁴⁷⁴

Auf die wichtigsten Entscheidungen der Präsidentschaft Sadats wie den Krieg von 1973, die Politik der offenen Tür und Sadats Einigung mit Israel hatte Jehan keinen öffentlich-politischen Einfluss. Doch sie war sein Finger am Puls des Landes und informierte ihn über soziale Entwicklungen in Ägypten.⁴⁷⁵

“She was also the recipient of numerous complaints and petitions for help, and

⁴⁷² vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 89; Howard-Merriam, Kathleen (1981): S 184

⁴⁷³ Raafat, Samir (2007): S 1f

⁴⁷⁴ vgl. Sadat, Jehan (1987): S 278ff; Sullivan, Earl L. (1989): S 89f; Raafat, Samir (2007): S 1

⁴⁷⁵ vgl. Sadat, Jehan (1987): S 333

*because she met people the President did not meet, served as an important conduit of information, of both good and bad news, to the president and other officials.*⁴⁷⁶

Nichtsdestotrotz hatte Jehan Sadat sehr wohl Einfluss in Bezug auf frauenrechtsrelevante Belange und scheute sich nicht, diesen auch zu nutzen. Sie nahm bewusst von ihrer Position als „politische Ehefrau“⁴⁷⁷ in der Öffentlichkeit Gebrauch, um auf die Bedürfnisse von Frauen aufmerksam zu machen und sich für das Recht auf Bildung, für die Möglichkeit zur Berufstätigkeit und für das Recht auf politische Meinung und politische Aktivität einzusetzen.⁴⁷⁸

*“She asserted her own presence in public by attending ceremonial functions with her husband and standing with him to receive people – a break from the governing elite’s custom, both under the monarchy and under Nasser.”*⁴⁷⁹

Sie unterstützte zahlreiche Frauenorganisation und wurde oft deren Vorsitzende. Auf diese Weise fungiert sie als wichtiges Bindeglied zwischen frauenbewegten Anliegen und staatlichen Entscheidungsräumen. Auch die Formulierung der Reform des Personenstandsrechts entspringt in erster Linie ihrer Feder. Die Idee einer Frauenquote im Parlament beispielsweise kam ihr, als sie ihren Mann auf einem Staatsbesuch in den Sudan begleitete und dort feststellte, dass sich die sudanesischen Frauen dieses Recht bereits für sich erkämpft hatten.⁴⁸⁰ Zwar baute sie dabei auf die Unterstützung von Frauenrechtsaktivistinnen und der Ministerin für soziale Angelegenheiten, faktisch war sie jedoch die treibende Kraft, die in der Lage war, eine Veränderung herbeizuführen. Aufgrund dieser offenkundigen Tatsache ging das veränderte Personenstandsrecht als “Jehan’s Law“ in die ägyptische Geschichte ein.⁴⁸¹

Jehan Sadat wird in der öffentlichen ägyptischen Meinung sehr kontrovers diskutiert. Ihre Unterstützer heben die Entwicklungen und Veränderungen hervor, welche auf sie zurückzuführen sind. Es wird argumentiert, dass in

⁴⁷⁶ Sullivan, Earl L. (1989): S 91;

⁴⁷⁷ vgl. Howard-Merriam, Kathleen (1981): S 184

⁴⁷⁸ vgl. Raafat, Samir (2007): S 2

⁴⁷⁹ Howard-Merriam, Kathleen (1981): S 184f

⁴⁸⁰ vgl. Sadat, Jehan (1987): S 327

⁴⁸¹ vgl. Sadat, Jehan (1987): S 318ff; Sullivan, Earl L. (1989): S 90; Raafat, Samir (2007): S 2; Hatem, Mervat F. (1996): S 184; Mufema, Edmore (1999): S 88

einem Land wie Ägypten, welches auf eine lange Tradition führungszentrierter Regierungsformen zurückblickt, frauenspezifische Entscheidungen auch top-down als zielführend empfunden werden. Sie war im öffentlichen Leben präsent, verstand es mit den Medien umzugehen und nutzte ihren Einfluss, um etwas zu bewegen. Dabei machte sie auch nicht davor halt, direkt ins politische Geschehen einzugreifen, sofern es frauenrelevante Themen betraf, war maßgeblich an der Zusammenstellung der Wahllisten beteiligt und verließ ihren Wünschen nach speziellen Kandidatinnen eindringlich Ausdruck.⁴⁸² Ihrem Mann stand sie bei all den Höhen und Tiefen seiner Präsidentschaft zur Seite und unterstützte ihn in seinen politischen Anliegen.

*“When Jehan Sadat was the first lady of Egypt, she acquired and exercised political power. She was an important part of her husband’s effort to “modernize” and update Egypt, and she served as his helpmate in a variety of ways. She provided him with information and advice, entertained his foreign and Egyptian guests, and shared the job with him of representing Egypt to the world. She also served as an advocate of various causes, especially that of women, and is at least partly responsible for changes in the laws affecting women and the family, as well as laws regarding the participation of women in politics. By associating herself with the feminist movement, and using her position to give it impetus, she helped to make Egypt different from what it was.”*⁴⁸³

Kritiker unterstellten ihr jedoch Geltungssucht und das Bedürfnis nach öffentlicher Aufmerksamkeit. Die Natur und Legitimität bzw. die Effektivität ihrer Entscheidungsmöglichkeiten wurden in Frage gestellt, je nachdem, aus welcher ideologischen Richtung die Kritik kam.⁴⁸⁴ Ihr Umgang mit den Medien wurde ihr durchaus auch negativ angelastet und als Hang zur Selbstdarstellung interpretiert. Die Übertragung ihrer Diplomprüfung wurde dabei nur als weiterer Akt der Inszenierung einer Show gesehen, um von wichtigen innen- wie außenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Durch ihre Lebensweise und ihr Auftreten wurde ihr unterstellt, sich allzu sehr an westliche Gepflogenheiten anzupassen und sich nicht mit der „ägyptischen Mentalität“ zu identifizieren.⁴⁸⁵

⁴⁸² vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 252; Howard-Merriam, Kathleen (1981): S 185

⁴⁸³ Sullivan, Earl L. (1989): S 92

⁴⁸⁴ vgl. Howard-Merriam, Kathleen (1981): S 185

⁴⁸⁵ vgl. Gerlach, Julia; Siegmund, Marna (1995): S 254; Hatem, Mervat F. (1996): S 185

Erster Angriffspunkt war, als Sadat seine Frau Anfang der 70er Jahre erstmals als “First Lady of Egypt“ titulierte, eine Bezeichnung, so wurde getadelt, die allzu sehr eine Anpassung an amerikanische Sitten darstellte und in keiner Weise in ägyptische Etikette verwurzelt sei. Das Scheitern einiger ihrer wichtigsten Projekte, und der damit verbundene Vorwurf der Misswirtschaft von Steuergeldern brachten einige Teile der Bevölkerung in der Folge nur noch mehr gegen sie auf.⁴⁸⁶

Nichtsdestotrotz zeigten sich ihr Einfluss und ihre Macht abhängig von der Position ihres Ehemannes. Mit seiner Ermordung 1981 wurde sie schlagartig der Basis ihres Schaffens beraubt. Innerhalb eines Jahres verloren ihre Projekte an Bedeutung und damit an öffentlicher Unterstützung und auch sie selbst zog sich aus der Öffentlichkeit zurück. Sie konzentrierte sich auf die Fertigstellung ihrer Dissertation und nahm zahlreiche Lektorenstellen vor allem in den USA an. Im Rahmen des Prozesses der Neuimplementierung des Personenstandsrechts Mitte der 80er Jahre spielte sie keine Rolle mehr.⁴⁸⁷

6.1.2.3 Suzanne Mubarak

Suzanne Saleh Sabet wurde am 28.2.1941 in der oberägyptischen Stadt Minya geboren, zog mit ihrer Familie jedoch bald nach Kairo. Ihr Vater war ägyptischer Mediziner, ihre Mutter Krankenschwester aus Großbritannien. Suzanne wuchs in einem urbanen, muslimischen Mittelklasseumfeld auf. Aufgrund der Tatsache, dass sie eine ausländische Mutter hatte, hatte sie einen weiteren Bewegungsradius, als es zu dieser Zeit ihrer Umgebung entsprach. Die frühen Erfahrungen des eigenständigen Handelns sollten ihr in späteren Jahren noch sehr gelegen kommen.⁴⁸⁸

Über ihren Bruder, der die Luftwaffenakademie absolvierte, lernte sie Hosni Mubarak kennen, dessen Schüler er war. 1958 heiratete sie mit 17 Jahren, ohne ihre Schulbildung zu einem Abschluss gebracht zu haben. Hosni Mubarak war zu diesem Zeitpunkt 30 Jahre alt und hatte bereits eine typische Militärlaufbahn durchlaufen. Mit dem Schuleintritt des jüngsten Sohnes beschloss sie – wie bereits ihre Vorgängerin – ihre eigene Ausbildung zu komplettieren und beendete ihren Abschluss mit dem britischen General

⁴⁸⁶ vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 91f

⁴⁸⁷ vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 92f

⁴⁸⁸ vgl. Sullivan, Earl L. (1989). S 93

Certificate of Education. 1972 schrieb sie sich an der Amerikanischen Universität in Kairo ein, allerdings unter ihrem Mädchennamen Suzanne Sabet, da ihr Mann zu diesem Zeitpunkt bereits einige Prominenz erlangt hatte und 1975 schließlich zum Vizepräsidenten ernannt wurde. Im Rahmen ihres Studiums wurde sie für das Thema Armut und seine verheerenden Auswirkungen auf Kinder sensibilisiert. So beschloss sie, ihren privilegierten Rahmen zu nutzen und zusammen mit einigen Freunden eine wohltätige Organisation, die Integrated Care Society (ICS) zu gründen, welche sich insbesondere der öffentlichen Schulen und ihren erbärmlichen Verhältnissen in einem der schlimmsten Armenviertel der Stadt – in Boulaq, widmete.⁴⁸⁹ In dieser Zeit erarbeitete sie sich jene Fähigkeiten, welche für weit reichende organisatorische Zwecke vonnöten waren, beschaffte Geld für verschiedene Einzelprojekte und versuchte die zuständigen Minister, im Rahmen privater Zusammenkünfte, dahingehend zu beeinflussen, zumindest jene Mittel zur Verfügung zu stellen, welche ohnehin für diese Zwecke veranschlagt waren.⁴⁹⁰

In der gleichen Zeit veränderte sich auch ihr privates Leben. 1981 wurde Hosni Mubarak Präsident von Ägypten und somit zum Zentrum der ägyptischen Öffentlichkeit. Im Gegensatz zu Jehan Sadat hielt sich Suzanne gerade in den ersten Jahren der Präsidentschaft im Hintergrund und absolvierte auch 1982 ihren Abschluss auf unspektakuläre Weise.⁴⁹¹

Suzanne versucht die jeweiligen Qualitäten ihrer Vorgängerinnen in sich zu vereinen. Einerseits stellte sie ihr Familienleben immer als ihre Hauptaufgabe in den Vordergrund und ließ keinen Zweifel daran, dass dies ihrem primären Interesse entspräche, gleichzeitig setzt sie sich verstärkt für öffentliche Projekte ein, speziell auf dem Bildungssektor. Dabei ist es ihr vor allem ein Anliegen, insbesondere Frauen anderer wichtiger Entscheidungsträger für sich zu gewinnen, um mit ihrem persönlichen Einfluss auf öffentliche Entscheidungen einzuwirken. In einem langfristigen Konzept zum Abbau des Analphabetentums und verbesserter Bildungsleistungen sieht sie den Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen.⁴⁹² Auch in Bezug auf die Frauenrechtsproblematik sieht sie in verbesserten Bildungsstrukturen die

⁴⁸⁹ vgl. hierzu die von der NCW 2001 veröffentlichte Publikation: "Profile of Suzanne Mubarak, Egypt's First Lady"

⁴⁹⁰ vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 95

⁴⁹¹ vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 96

⁴⁹² vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 97; Raafat, Samir (2007): S 2

Lösung, wie sie bereits früh in einem Interview darstellte:

*“I think that many of the problems facing women today are due to the problem of illiteracy ... In spite of all that has been done, all the expansion in education we have had since the revolution, still, illiteracy is a persistent phenomenon, of course more in the rural areas and more ... among the poor. With education, well ... their self-images are different; their perceptions of life will be different. We will be able to deal with them on matters of family planning, matters of getting women out to work, to better their living, which will solve so many problems of our families.”*⁴⁹³

Ihr ist dabei die Klassendimension dieses Dilemmas bewusst und somit auch die Notwendigkeit, die Kluft zwischen Privilegierten und Unterprivilegierten zu verringern, um eine solide Bildungsmittelschicht entstehen lassen zu können. In diesem Zusammenhang lassen sich viele Projekte Suzanne Mubaraks verorten, seien es Aktionen wie “Reading for All“ und die Gründung der Einrichtung EBBY – “Egyptian Chapter of International Board on Books for Young People“ oder die kontinuierliche Verbesserung bildungspolitischer Infrastruktur, wie die Errichtung öffentlicher Bibliotheken und Schulen in ressourcenschwachen Stadtvierteln.

In Bezug auf das 1979 erneuerte und 1984 re-implementierte Personenstandsrecht bewahrt Suzanne Mubarak eine eindeutige Haltung. Nicht die Reform der Gesetze, welche ihrer Meinung nach bereits faire Regelungen enthalten, soll angestrebt werden, sondern Frauen müssen mehr dabei unterstützt werden, Kenntnis bezüglich ihrer Rechte zu erlangen und diese auch für sich zu beanspruchen. Sie sieht nicht die Gesetzeslage an sich als Problem, sondern einerseits das fehlende Wissen der Frauen um diese Rechte und andererseits die fragwürdige Implementierung und Umsetzung dieser Gesetze.⁴⁹⁴

Während sich Jehan Sadats Aktivitäten überwiegend auf Ägypten beschränkten, weitete Suzanne Mubarak ihre Tätigkeiten auf der globalen Ebene durch Teilnahme an internationalen Foren oder UN-Konferenzen, insbesondere jene mit Schwerpunkt auf Frauen und Kinder, aus. Ihre vielfältigen Projekte gehen über die “Women for

⁴⁹³ Mubarak, Suzanne zit. in Sullivan, Earl L. (1989): S 97

⁴⁹⁴ vgl. Sullivan, Earl L. (1989): S 98

Peace“-Initiative, zur Stärkung der Wahrnehmung und Teilhabe von Frauen in Friedensbildungsprozessen, über Einrichtungen zur Krebsforschung bis hin zu Projekten zur Bewahrung nationalen ägyptischen Kulturguts.⁴⁹⁵ Anknüpfend an die Friedensinitiative ist sie 2003 Gründerin der “Suzanne Mubarak Women’s International Peace Movement“, einer, laut Eigendarstellung, internationalen non-profit Nichtregierungsorganisation.⁴⁹⁶

Die Ernennung zur Präsidentin, sowohl des National Council for Children and Motherhood als auch des National Council for Women stellt eine wichtige Entwicklung von ihrer ursprünglichen Wohltätigkeitsarbeit hin zu einer staatlich legitimierten und strukturierten Position dar.⁴⁹⁷ Aus der Sicht einiger BeobachterInnen gilt Suzanne Mubarak auch in allgemeinen politischen Belangen als *die* bevorzugte Beraterin des Präsidenten.⁴⁹⁸

6.1.2.4 Schlussfolgerungen

An den vorangegangenen drei biographischen Abschnitten lässt sich die Position der Ehegattin des Präsidenten in Ägypten ablesen. Sie sind in die jeweils herrschenden historischen und politischen Verhältnisse einzubetten und lassen sich nicht nur an den einzelnen Persönlichkeiten festmachen. Tahia Nasser war die Frau eines Volkshelden, ihr fiel, zusammen mit der Elite des Landes dieser Zeit, die Rolle zu, sich durch ihr Verhalten vom Leben der vorrevolutionären Führerschaft abzugrenzen. Mit dieser Einstellung zog sie es vor im Privaten zu agieren und ihre Präsenz in der Öffentlichkeit auf ein Minimum zu reduzieren. Jehan Sadat unterstützte durch ihr Verhalten ihren Mann, sich vom Stil seines Vorgängers zu emanzipieren und wurde dadurch zum Aushängeschild für die neue progressive westlich-orientierte Politik Sadats. Suzanne Mubarak versucht einen Mittelweg zu fahren, zwischen öffentlicher Aktivität und der Betonung der wichtigen Rolle als Ehefrau und Mutter. Jede Einzelne hatte mit unterschiedlichen persönlichen und gesellschaftlichen Lebenssituationen umzugehen, zu einer jeweils spezifischen Phase in der näheren ägyptischen Geschichte. Trotz dieser Unterschiede lassen

⁴⁹⁵ vgl. Raafat, Samir (2007): S 2

⁴⁹⁶ vgl. Ezzat, Dina: “‘Women can make peace a reality’. Interview with Suzanne Mubarak” in: *al-ahram weekly online* März 2004: S 1 – <http://weekly.ahram.org.eg/2004/680/intvw.htm>

⁴⁹⁷ vgl. Kapitel 7.1.1.

⁴⁹⁸ vgl. Raafat, Samir (2007): S 2

sich Positionen identifizieren, welche die First Ladies zu erfüllen hatten und auf diese Weise trotz ihrer unterschiedlichen Biographien mehr oder weniger teilen.⁴⁹⁹ Folgende Punkte sind hervorzuheben:

a) Alle drei Präsidentengattinnen entstammen den urbanen Mittelschichten, geprägt von muslimischen Familienstrukturen. Jeweils ein Elternteil war nicht-ägyptischer Abstammung und so blieben ägyptische Mentalitäten und Lebensweisen nicht einzige Bezugspunkte ihrer Erziehung. Die Tatsache, dass alle drei Frauen bi-nationalen Familien entstammen, versinnbildlicht die engen Verflechtungen, insbesondere der Mittelschichten zum Ausland, sei es aus wirtschaftlichen Gründen oder durch (Bildungs-)Aufenthalte. Alle drei erhielten ungefähr die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten in christlichen Privatschulen und heirateten sehr jung kurz vor bzw. nach Abschluss der Schule. Jehan Sadat und Suzanne Mubarak vervollständigten erst nach einigen Jahren ihren Abschluss und schlossen noch eine universitäre Ausbildung an.

b) Alle drei Frauen formulierten als wichtigste Aufgabe als Präsidentengattin die Schaffung einer behaglichen häuslichen Ordnung und knüpften dadurch an vorherrschende soziale Einstellungen zu klassischen Geschlechterverhältnissen an. Die Familie als Grundlage gesellschaftlichen und politischen Handelns wird nicht hinterfragt. Vielmehr arbeiten vor allem Jehan Sadat und Suzanne Mubarak in diesem Rahmen, um ihr Auftreten in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Ihr Ziel ist dabei, Lebensrealitäten von Frauen zu verbessern, ohne jedoch gesellschaftliche Werte und Normen in Frage zu stellen. Dieser pragmatische Zugang korrespondiert mit der politischen Rhetorik ihrer Ehemänner. Im Rahmen ihrer Rolle als Bewahrerin des Hausfriedens waren sie immer auch Diskussionspartnerinnen und Ratgeberinnen für politische Angelegenheiten, allerdings nicht politische Entscheidungsträgerinnen. Insbesondere Tahia Nasser beschränkte ihre öffentliche Repräsentationsfunktion auf offizielle Staatsempfänge. Die Nutzung informeller Politikfelder verdeutlicht jedoch den Einfluss auf öffentliche Entscheidungen.⁵⁰⁰

c) Abgesehen vom persönlichen Einfluss war keine der drei Frauen in wichtige Entscheidungsprozesse wie Verstaatlichung des Suez-Kanals oder Kriegsentscheidungen involviert. Jehan Sadat ist die Einzige, welcher

⁴⁹⁹ Die folgenden Punkte orientieren sich an Sullivan, Earl L. (1989): S 99-102

⁵⁰⁰ vgl. Kapitel 3.2.1.

direkter Einfluss auf Gesetzgebungsentscheidungen nachgewiesen werden kann, jedoch beschränkten sich ihre diesbezüglichen Aktivitäten auf frauenrechtsspezifische Gesetze. Gleichzeitig fungierten alle drei Ehegattinnen als Informationsübermittlerinnen für den Präsidenten und waren somit mehr oder weniger involviert in den offiziellen politischen Diskurs.⁵⁰¹

d) Jehan Sadat und Suzanne Mubarak engagierten sich in wohltätigen Projekten und erweiterten ihre Aufgabenbereiche im Laufe der Präsidentschaft ihrer Ehemänner. Jehan stand dabei von Anbeginn im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, was unterschiedliche Konsequenzen nach sich zog. Suzanne Mubarak versuchte in den ersten Jahre, die Medien so gut es ging zu meiden, verstand es mit der Zeit jedoch immer besser, das Medieninteresse konstruktiv zu instrumentalisieren, um auf ihre Anliegen und Projekte aufmerksam zu machen. Der politische Aspekt in der Auseinandersetzung mit unabhängigen Organisationen und ihrer Repräsentation fiel anfangs wieder vermehrt in die Kompetenz der Sozialministerin. Diese Perspektive verschiebt sich jedoch wieder etwas, je länger Mubarak Präsident ist und je mehr öffentliche Aufgaben sie übernimmt.

*“First Lady Suzanne Mubarak took up where Jehan Al-Sadat left off. At first she limited herself to charity work, preferring not to attract the same kind of harsh criticism levelled at her predecessor. With time her timid appearances multiplied and soon enough the public accustomed itself to Egypt’s first lady becoming a daily staple in printed and visual media. Suzanne Mubarak is the first Egyptian First Lady during the era of the republic to directly address the nation via television.”*⁵⁰²

Ihre sozialen und karitativen Programme verbleiben offiziell in einem „unpolitischen“ Rahmen und unterliegen der Kontrolle des Sozialministeriums, um die legale Schiene einzuhalten. Jehan Sadat und ihre Interpretationen frauenspezifischer Bedürfnisse fokussieren auf Gesundheits- und Bildungsaktivitäten. Bereiche wie Sexualität und Gewalt an Frauen werden nur beim Thema FGM berührt. Problemfelder wie öffentliche sexuelle Belästigungen, Vergewaltigung oder häusliche Gewalt erscheinen nur am Rande ihrer Agenda. Im Gegensatz zu Jehan tastet Suzanne Mubarak Regelungen des Personenstandsrechts nicht an. Pragmatischer Ansatzpunkt ist

⁵⁰¹ vgl. Sadat, Jehan zit. in: Tadros, Marlyn (1998): S 6

⁵⁰² Raafat, Samir (2007): S 2

vielmehr, Frauen ihre Rechte bewusst zu machen und ihnen Unterstützung bei der Umsetzung zu gewähren.

Auch im Rahmen der Durchsetzung politischer Rechte gehen die beiden unterschiedliche Wege. Während Jehan Sadat viel Energie in die Implementierung einer Partizipations- und Repräsentationsquote setzte, verbleibt Suzanne Mubarak im vorgegebenen legislativen Rahmen und konzentriert sich vorwiegend auf Schulungs- und Trainingsprogramme für potentielle Politikerinnen und der Gewährleistung formeller Kriterien, wie die Registrierung von Frauen ins WählerInnenverzeichnis zur Ausübung ihrer politischen Rechte.

e) Jehan Sadat wurde schnell zu einer individuellen politischen Kraft mit eigenen Kompetenzen in der ägyptischen Landschaft, allerdings ohne ein öffentliches Amt zu bekleiden. Suzanne Mubaraks Handhabe erfolgt in anderer Form - unauffälliger - und sie stellt sich selbst dabei nicht in den Mittelpunkt. Auf diese Weise gelangte Jehan auch als Einzige in den Fokus der Kritik von Seiten der Opposition. Nichtsdestotrotz ist es Suzanne Mubarak, die staatliche Positionen, wie den Vorsitz des NCW ausfüllt. Ihre Vorgehensweise erfolgt im Rahmen legislativer Gewalt, ohne sich über das Gesetz stellen, oder dieses gar ändern zu wollen. Es ergibt sich die Schwierigkeit, die Rolle als Präsidentengattin so anzulegen, öffentlich auf eine Weise aktiv zu sein, ohne eine politische Kontroverse hervorzurufen, was gleichzeitig wieder dem Amt des Präsidenten schadet.

“If she is too active, or more to the point, perceived to be too active, she will violate traditional norms and incur allegations of shame. If not active enough, she will be accused by feminists and others of betraying those Egyptian women who have fought so hard and who have so much yet to gain.”⁵⁰³

Auf diese Weise ist ein Spagat auszuführen zwischen der Vorbildrolle für andere ägyptische Frauen, für ihre Rechte einzustehen und diese auch einzufordern und einer sensiblen Vorgehensweise, um nicht die Aufmerksamkeit der politischen Opposition auf sich zu ziehen und sich schließlich der Kritik auszusetzen, die Position des Ehemanns auszunutzen und soziale Konventionen zu brechen.

f) Sowohl Jehan Sadat als auch Suzanne Mubarak hielten und halten engen Kontakt mit frauenbewegten Aktivitäten im Land. Jehan fungierte

⁵⁰³ Sullivan, Earl L. (1989): S 101f

dabei gern als Bindeglied zwischen Frauenorganisationen und staatlichen Entscheidungsgremien. Ihr Vorsitz einiger dieser Organisationen gewährleistete weit reichende staatliche Finanzierungen und die Möglichkeit, unabhängig agieren zu können. Die Fähigkeit von Frauenorganisationen politischen Einfluss zu üben, erfolgte in dieser Zeit also insbesondere über Jehan und ihre Netzwerke. Hierbei bewegte sie sich überwiegend in einem nationalen Rahmen. Auch Suzanne Mubarak arbeitet in enger Kooperation mit frauenspezifischen Einrichtungen. Dabei nutzt sie jedoch verstärkt den internationalen Rahmen, um auf frauenbewegte Anliegen aufmerksam zu machen. Die Führungsebene ihrer Organisationen überschneidet sich hierbei mit der herrschenden Elite. Das von ihr geleitete NCW dient mittlerweile als Schirmorganisation für frauenbewegte Tätigkeiten und repräsentiert Ägypten bei internationalen Konferenzen. Vielfältige Nicht-Regierungs-Aktivitäten verlieren auf diese Weise erneut an Bedeutung. Dies bedeutet eine Trendwende von netzwerkartigen sozialen Aktivitäten hin zu einer staatlichen Einrichtung mit starkem Impuls nach außen in ihrer Repräsentationsfähigkeit.

Staatsfeministische Strukturen, die sich unter Präsident Nasser implementiert und manifestiert hatten, blieben zu dieser Zeit abgekoppelt von der Position der First Lady. Geschlechterverhältnisse blieben in patriarchalen Mustern verhaftet und wurden um den neopatriarchalen Aspekt erweitert.⁵⁰⁴ Im Rahmen des staatlichen Bekenntnisses zum säkularen und egalitären Sozialismus erweiterten sich strukturelle Handlungsspielräume für Frauen. Mit dem Einzug der wirtschaftlichen Öffnung unter Sadat verringerten sich diese Entfaltungsmöglichkeiten wieder. Das Fehlen staatlicher Regelungen hinsichtlich gleichheitsgenerierender Belange wurde durch die starke Präsenz Jehan Sadats etwas kompensiert. Ihren Aktivitäten ist es zu verdanken, dass dem Abbau staatsfeministischer Maßnahmen zumindest neue gesetzliche Regelungen für die Verbesserung der sozialen und politischen Positionen von Frauen gegenüberstehen. Unter Suzanne Mubarak verbinden sich nun beide Konzepte. Das Sozialministerium erhält wieder mehr Gewicht und das NCW als Instrument zum Ausdruck frauenbewegter Bedürfnisse wird errichtet. Dieser Einrichtung, welche sich überwiegend aus TechnokratInnen, Mitglieder des Parlaments, usw. zusammensetzt, steht Suzanne Mubarak als Präsidentin vor, um der Einrichtung auf diese Weise mehr Gewicht zu verleihen. Ihre sozialen und karitativen Tätigkeiten spielen sich offiziell außerhalb des

⁵⁰⁴ vgl. Kapitel 1.4.2.

staatlichen Rahmens ab, wobei die Praxis sowohl von thematischen als auch personellen Überlagerungen geprägt ist.

6.2 Institutionelle Plattformen frauenbewegten Handelns

Institutionalisierte Foren öffentlich-politischer Teilhabe in Ägypten sind geprägt durch staatliche Verpflichtungen, internationale legislative Konditionen einzuhalten, die Wirkung traditioneller Vergemeinschaftungs- und Wertekonzepte, Machterhaltungsmechanismen der herrschenden Elite und ein damit verbundenes Patronagesystem und ideologische, insbesondere religiös-determinierte Impulse. Gründe für die hohe Unterrepräsentation von Frauen in institutionellen Gremien lassen sich aus den daraus entstehenden Konfliktfeldern und ihren darauf basierenden strukturellen Manifestationen erklären. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Parteisystem und den Wahlmodi bilden exemplarische Eindrücke für systemische Marginalisierungsprozesse und konditionelle Vorraussetzungen für die Institutionalisierung frauenspezifischer Anliegen.

6.2.1 Das Parteiensystem

Die Anfänge der Republik Ägypten waren dominiert durch eine zentralverwaltlich organisierte Institutionalisierung. Politische Grundlage bildete dafür das Ein-Parteien System, unter dessen Führung staatliche Entwicklung geregelt war. Zur Verwirklichung dieser Herrschaftsformation wurde jegliche politische Opposition verboten und jede Form formeller Vereinigungen in den staatlichen Apparat inkorporiert. Nach der Niederlage von 1967 entstand jedoch eine immer stärker werdende Forderung nach Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen. 1976 schließlich wurde den wachsenden Protesten nach mehr Freiheit und Demokratie schrittweise stattgegeben und gleichzeitig auf die Formierung immer neuer geheimer politischer Einheiten mit der Einführung des Mehr-Parteien Systems reagiert. Absicht dahinter war, diesen neuen Widerstand durch „kontrollierten“ Pluralismus in Schach zu halten.⁵⁰⁵ Die Vorgehensweise wurde charakterisiert

⁵⁰⁵ vgl. Majed, Ziad (2005): S 3

durch folgende Merkmale:

*“...change is decided from above; the gradual move towards pluralism is determined by the regime; and the executive authority (specifically, the president) dominates all political life, including the judicial and legislative branches. Consequently, the party that is close to the state apparatus always remains the majority party and other parties are not allowed to participate in the rotation of power.”*⁵⁰⁶

Die Gründung einer Partei in Ägypten hat laut Ziad Majed auf Basis spezifischer Prinzipien zu erfolgen:

- die Anerkennung der Shari'a als Quelle der Rechtsprechung
- das Bekenntnis zum sozialistisch-demokratischen System und dessen Errungenschaften
- die Partei hat sich in ihren politischen Inhalten explizit von bereits bestehenden Parteien zu unterscheiden⁵⁰⁷

Der letzte Punkt stellt sich in der praktischen Ausführung als der komplizierteste dar, da er nichts anderes bedeutet, als dass sich die neue Partei nicht erlauben darf, in feststehende Territorien der NDP einzudringen. Des Weiteren verbietet das Parteiengesetz von 1977 politische Parteien, deren Programme auf der Artikulation religiöser Identitäten basiert.⁵⁰⁸ Hier ist der widersprüchliche staatliche Umgang mit religiöser Legitimation und dem Umgang religiös-motivierter politischer Strömungen hervorzuheben. Die vollkommene Ablehnung religiös-motivierter Parteien wird, angesichts ethnischer und religiöser Minderheiten, mit der Notwendigkeit argumentiert, im Sinne einer nationalen Einheit exkludierenden Einrichtungen keinen Raum zu lassen. Gleichzeitig wird von allen, auch explizit säkular orientierten Parteien verlangt, die Shari'a als wichtigste Quelle der Rechtsprechung zu akzeptieren, womit sich die herrschende Ordnung in ihrer eigenen Argumentation widerspricht. Hier zeigt sich exemplarisch der innere konfliktgeladene Antagonismus im staatlichen Handeln bezüglich

⁵⁰⁶ Majed, Ziad (2005): S 3

⁵⁰⁷ vgl. Majed, Ziad (2005): S 3

⁵⁰⁸ vgl. FRIDE (2006): S 10

religiös-argumentierten Einflüssen und damit verbundenen Geschlechter- und Gesellschaftsordnungen.

Die Beurteilung der Zulassung politischer Parteien unterliegt zwei verschiedenen Institutionen: einerseits dem 1976 gegründeten Komitee für Politische Angelegenheiten (Political Parties Affairs Committee – PPAC), andererseits dem Gerichtshof für politische Parteien. Das PPAC ist an den Shura-Rat angegliedert und wird von dessen Generalsekretär geleitet. Aufgrund der überproportionalen Dominanz der NDP, nicht zuletzt durch die Rekrutierung eines Drittels des Shura-Rates durch den Präsidenten persönlich, ist der Erhalt der Konzession rigider Willkür unterworfen. Oppositionelle GegnerInnen kritisieren, dass ihre Vorschläge keinen Eingang in Reformierungspläne der NDP finden und fordern zumindest eine Parität zwischen NDP und oppositionellen Mitgliedern innerhalb des Zulassungskomitees, zur Gewährleistung objektiver Beurteilungen.⁵⁰⁹

Um neue effektive Parteigründungen zu verhindern, die eine ernsthafte politische Gefahr darstellen könnten, entwickelte sich die Praxis, so genannte „Parteien auf Papier“ zu kreieren, welche keinerlei Präsenz in der Öffentlichkeit haben. 2002 existierten sechs große Parteien und elf Kleinparteien, die noch nie die Möglichkeit der Repräsentation im Parlament ausschöpfen konnten. Die wichtigsten Parteien neben der NDP sind die Neue Wafd Partei, die Tagammu Partei, die Nasseristische Partei, die Al-Ahrar Partei, die Labour Partei⁵¹⁰ und als prominentestes Beispiel der jüngeren Parteien die Ghad Partei, ein Ableger der Wafd.⁵¹¹ Strukturelle Ausgrenzungen kleiner Parteien werden durch Bildung von Allianzen kompensiert. Diese sind jedoch nur bedingt handlungsfähig, da die einzige Übereinstimmung oft nur in der Kritik an der israelischen Politik besteht.⁵¹²

Die Ghad Partei wird angeführt von Ayman Nour, dem bekannten

⁵⁰⁹ vgl. FRIDE (2006): S 10

⁵¹⁰ Die Labour Partei wurde im Jahre 2000 vorübergehend „auf Eis gelegt“, indem sie alle ihre politischen Aktivitäten einstellte, da finanzielle Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden und eine heftige Führungskrise die Partei schwächte. vgl. Lange, Michael: „Mehr Demokratie wagen? Erweiterung des parteipolitischen Spektrums in Ägypten“. Kairo, Konrad-Adenauer-Stiftung 2005: S 3 – www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dock_pdf_5941_1.pdf

⁵¹¹ vgl. SIS – “Political Parties“ www.sis.gov.eg; FRIDE (2006): S 14f

⁵¹² vgl. Majed, Ziad (2005): S 3f; Ebeid, Mona Makram: “The Role of the Official Opposition” in: Tripp, Charles; Owen, Roger (Hrsg): Egypt under Mubarak. London, Billing & Sons 1989: S 29

Gegenkandidaten der Präsidentschaftswahl 2005.⁵¹³ Zur Generalsekretärin wurde Mona Makram Ebeid, langgediente Politikerin und Universitätsprofessorin aus prominenter ägyptischer Familie mit Unterstützung von beachtlichen 37% weiblichen Parteimitglieder gewählt. Erstmals hatte damit eine Frau und koptische Politikerin dieses hohe parteipolitische Amt inne.⁵¹⁴

Allen politischen Parteien gemeinsam mangelt es an internen demokratischen Strukturen. Die Formationen sind überwiegend elitär, männlich-dominiert und der Führungsstab gekennzeichnet durch sein fortgeschrittenes Alter und die Dominanz „historischer“ Führungspersönlichkeiten. Es zeigt sich die Präsenz von traditionellen patriarchalen Werten und autoritären Gepflogenheiten. Trotz ihrer oft nach außen hin modernen Aufmachung ist die Beziehungsstruktur zwischen den einzelnen Entscheidungsebenen eine totalitäre und manifestiert sich in generationenübergreifenden Spaltungen. Keine der Parteien exkludiert explizit soziale Gruppen, nichtsdestotrotz basieren die meisten politischen Parteien auf charakterisierende gesellschaftliche Segmente.⁵¹⁵

Eine weitere Schwächung alternativer Politikausübung stellt die teilweise fehlende Abgrenzung der oppositionellen zur regierenden Politik dar. Ab Mitte der 1990er Jahre begannen oppositionelle Politiker die Nähe zur regierenden Elite zu suchen, um sich ihre parlamentarischen Sitze zu sichern. Durch diese opportunistische Vorgehensweise verlor die Öffentlichkeit jedoch auch den Glauben daran, dass eine Änderung der politischen Konstellation auch tatsächlich eine Änderung des politischen Klimas nach sich ziehen würde.

⁵¹³ Ayman Nour wurde im Jänner 2007 zu fünf Jahren Haft, wegen angeblicher Dokumentenfälschung im Zusammenhang mit der Etablierung seiner Partei, verurteilt. Mittlerweile wurde er wieder freigelassen. Einige politische Beobachter sehen darin eine jener staatlichen Willkürhandlungen zur Dezimierung oppositionellen Machtanspruches. vgl. Nour, Ayman: „A Word From the Prison: Dr. Ayman Nour’s Letter on the First Anniversary of the Egyptian Presidential Election“ in: *MEMRI* 1291/2006: S 1 – <http://memri.org/bin/articles.cgi?Page=countries&Area=egypt&ID=SP1291>

⁵¹⁴ vgl. Lange, Michael A. (2005): S 2f

⁵¹⁵ vgl. Majed, Ziad (2005): S 7. Die NDP ist die Regierungspartei und repräsentiert damit die herrschende Elite, die Wafd rekrutiert sich traditionellerweise auf höhere gebildete Mittelschichten mit liberaler Ausrichtung, die Tagammu Partei sieht sich als Vertreterin sozialistischer Ideologien, während die Arbeiterpartei eine sozial-islamistische Ausprägung hat. vgl. EOHR: „Assessment of the Electoral Framework. The Arab Republic of Egypt. Final Report“. Berlin, Democracy Reporting International 2007: S 13 – http://www.democracy-reporting.org/downloads/reports/dri_egypt.pdf; Ebeid, Mona Makram (1989): S 36; Hinnebusch, Raymond A. (1984): S 110

Mitgliedschaften anderer Parteien als jener der NDP verloren dadurch an Bedeutung.

Die staatliche Position bezüglich Parteienpluralismus ist damit klar – Akzeptanz einzelner Parteien, jedoch nur unter speziellen Voraussetzungen und nach wie vor staatlicher Kontrolle unterlegen. Eine weitere Limitierung der Spielräume der Parteien stellt neben der restriktiven Gesetzgebung bezüglich Parteienbildung und –aktivität das Regierungsmonopol auf die Massenmedien dar. Auf diese Weise soll der Kontakt zwischen den Parteien, sofern es nicht die NDP und ihre Basis ist, wenn nicht verhindert, so doch erheblich erschwert werden. Des Weiteren obliegt der Regierung die Kontrolle über sämtliche formalisierte politische Aktivitäten. Unabhängige Organisationen, Arbeitervereinigungen und politische Klubs haben sich unter die staatliche Bürokratie zu stellen.⁵¹⁶ Trotz Einführung eines Mehr-Parteien Systems war Ägypten vom Parteienpluralismus faktisch niemals weiter entfernt als jetzt. Die NDP hat seit Anbeginn die überwältigende Mehrheit im Parlament inne und zeigt ihre dominierende Präsenz nach außen durch die Medien. Eine Bewertung der Erfahrungen mit Parteienpluralismus liefert Ziad Majed:

- *The regime continues to have an authoritarian character.*
- *Legal political parties are weak.*
- *The illegitimate Islamic opposition has grown stronger.*
- *Society has suffered from socio-economic problems accompanied by more social tension and political weakness.*
- *Authority continues to be monopolized by one party, although parliamentary elections have been held regularly since 1976.*⁵¹⁷

Die Repräsentation von Frauen und ihre aktive Teilhabe in der Parteienlandschaft Ägyptens gestalten sich ähnlich, wie in allen anderen

⁵¹⁶ vgl. Majed, Ziad (2005): S 4

⁵¹⁷ Majed, Ziad (2005): S 4

institutionalisierten Bereichen der Öffentlichkeit.⁵¹⁸ Die Anzahl der weiblichen Parteimitgliedschaften ist im Vergleich zu jener der Männer deutlich geringer und hohe Parteiämter werden nach wie vor, bis auf wenige Ausnahmen, ausschließlich von Männern besetzt. Die Mitgliedschaft von Frauen in den einzelnen Parteien variiert zwischen 0.02% und 5.6% und liegt im Durchschnitt bei ca. 2%. Frauen sind erst unterhalb der Führungsebene repräsentiert. Auf der Exekutivebene lässt sich je nach Partei ein 3-10%iger Anteil an Frauen feststellen.⁵¹⁹ Dort sind sie somit verglichen zu ihrem Gesamtanteil relativ stark vertreten. Ihre Tätigkeiten richten sich dabei, wie bei ihren männlichen Kollegen, nach ihren beruflichen Kompetenzen und beschränken sich nicht nur auf klassische Aufgabengebiete wie Sozialthemen und ähnlichen.

Politische Parteien in Ägypten bekennen sich offiziell zur Notwendigkeit der Unterstützung von Frauen im Zugang zu öffentlichen Gremien. Die tatsächliche Praxis sieht jedoch etwas anders aus. Oft bleibt es bei rhetorischen Zugeständnissen und notwendige Strategien zur Frauenförderung entwickeln sich nicht über vage Entwürfe hinaus. Einige Parteien gründeten, um ihren Versprechen gerecht zu werden so genannte Frauenkomitees, um das Anliegen von Frauen innerhalb der eigenen Strukturen präsent zu machen. Tatsächlich sind diese Einrichtungen so gut wie unsichtbar. Die Wafd Partei beispielsweise wird historisch gesehen als liberal bezeichnet. Nichtsdestotrotz sind gerade einmal 2 % ihrer Mitglieder weiblich. Die sozialistisch orientierte Tagammu Partei führt in ihrem Zentralkomitee einen „weiblichen“ Flügel von zehn reservierten Plätzen. Tatsächlich sind nicht mehr als vier Frauen in diesem Komitee vertreten.⁵²⁰

“This leads us to ask how far the political parties have genuinely taken up

⁵¹⁸ Cilja Harders liefert eine detaillierte Analyse der Strukturen einzelner Parteien und der Repräsentations- und Partizipationsrate von Frauen innerhalb dieser Strukturen in folgenden Parteien: Neo-Wafd, NDP, die Tagammu-Partei, die Partei der Arbeit Ägyptens, die Grüne Partei, die Arabische Demokratische Nasseristische Partei und die Partei der Sozialistischen Liberalen. Dabei unterscheidet sie nicht nur zwischen der Regierungs- und den Oppositionsparteien, sondern arbeitet auch die unterschiedlichen Zugänge innerhalb der oppositionellen Bewegung heraus. Harders, Cilja (1995): S 66-94

⁵¹⁹ Bezüglich dieser Daten widerspricht sich Cilja Harders (1995). Während sie auf Seite 67 von einem 3-10%igen Anteil spricht, ist auf Seite 91 von 3-20% die Rede. Ich beziehe mich auf den geringeren Anteil, da der höhere Anteil schwerer mit ihren restlichen Daten zu vereinbaren ist und da es mir unwahrscheinlich erscheint, dass in Ägypten auf der Exekutivebene jede fünfte Position von einer Frau besetzt wird.

⁵²⁰ vgl. Abul Komsan, Nehad (2001): S 5ff; Mustafa, Hala (2005): S 12f; Harders, Cilja (1995): S 147

*the issue of political participation by women, whether inside the party through leadership posts or outside the party, through candidacy on electoral lists. By definition, political parties are one of the channels for political modernization, whether in terms of political culture or in social terms, since they are supposed to represent a wide base and be drawn from different segment of society. The evolution and healthy state of political parties is one of the most important guarantees of political vitality and democratic effectiveness. We must call on all political parties to make the role of women in the party more effective, since the parties are among the most important institutions responsible for furthering the causes of women.*⁵²¹

Sofern also eine Frauensektion existiert, versteht sie sich als Teil der Partei und wird von dieser auch überwacht. Sie sind im Rahmen der Parteien strukturell verankert und ihre Aktivitäten, welche sich je nach Partei und Anliegen inhaltlich und substantiell unterscheiden, stehen immer im Einklang mit den jeweiligen ideologischen Anliegen der Parteien. Konflikte mit der männlichen Führung werden intern ausgetragen, nach außen hin jedoch ein einheitliches Bild vermittelt. Dabei sind jene Politikerinnen, welche bereits Posten innerhalb der Partei haben, aktive Mitglieder dieser Frauensektionen oder deren Vorsitzende. Dergleichen Ansammlung mehrerer Ämter auf eine Person lässt sich wiederum auf den absoluten und relativen Anteil von Frauen in den Parteien zurückführen.⁵²² Auch die NDP besitzt eine eigene Frauensektion, welche nicht zu verwechseln ist mit dem National Council of Women, die sich nicht als dem Parteiapparat zugehörig definiert. Starke personelle Überschneidungen der beiden Organisationen basieren auch hier auf einem Mangel an Frauen in den öffentlichen Gremien. Auf diese Weise fallen auf die einzelnen Politikerinnen Mehrfachbesetzungen zu. Die Frauensektion der NDP profitiert, im Gegensatz zu ihren oppositionellen Entsprechungen, von ihrer Rolle innerhalb der Regierungspartei bezüglich des Ausmaßes und der Wirksamkeit ihrer Aktivitäten.

„Der direkte Zugang zu den nationalen Entscheidungsträgern ist nur bei der NDP-Frauensektion gegeben, deren Mitglieder in der Vergangenheit zumindest in ihrer Position als Ministerin oder Parlamentarierin Entscheidungen zu frauenpolitischen Themen innerhalb der Partei mitbestimmen. Demgegenüber

⁵²¹ Mustafa, Hala (2005): S 13

⁵²² vgl. Harders, Cilja (1995): S 91f; Harders, Cilja: „Im Grunde ist alles in unserem Leben politisch. Frauen und Politik in Ägypten“ in: *Frauensolidarität* 2/1994: S 26

*sind die Oppositionsfrauen auf ihre parlamentarischen VertreterInnen beschränkt. Sie können zwar über die Oppositionszeitungen in die öffentliche Debatte eingreifen, sind von Entscheidungen aber ausgeschlossen ... Der Einfluss der Frauensektionen auf den politischen Entscheidungsprozess ist damit als gering einzuschätzen.*⁵²³

Den Frauensektionen gemein ist die fehlende Unterstützung von Seiten der Parteien, unabhängig ihres ideologischen Couleurs, sowohl auf materieller als auch auf ideeller Ebene. Es fehlt an speziellen Frauenförderungsprogrammen und frauenbewegte Anliegen werden den Parteizielen untergeordnet. Männern mangelt es an Bewusstsein und Interesse für spezifische Frauenfragen, was den Stellenwert frauenpolitischer Arbeit, trotz ihrer theoretischen Einbindung in den Parteien, gering werden lässt. Auf diese Weise fehlt den Frauensektionen jene politische Legitimität, welche für ihre politische Durchsetzung vonnöten wäre. Spürbar wird diese Tatsache insbesondere, wenn es um die Wirksamkeit ihrer Arbeit und ihrem Mobilisierungspotential in den ländlichen Gebieten geht. Die mangelnden Kapazitäten verhindern die Installierung von Frauengruppen in der Peripherie und politische Aktivitäten beschränken sich überwiegend auf die großen Städte.⁵²⁴

Die Parteiprogramme – sofern sie sich überhaupt auf frauenspezifische Themen beziehen – nehmen durchgängig eine pragmatische Haltung bezüglich von Frauenrechten ein. Cilja Harders beschreibt anhand des Parteiprogramms der Grünen Partei ihren fehlenden Stellenwert im Selbstbild der Partei und die Instrumentalisierung gesellschaftlicher Normen zur Untermauerung primärer

⁵²³ Harders, Cilja (1995): S 93

⁵²⁴ vgl. Harders, Cilja (1995): S 92f

politischer Anliegen.⁵²⁵ Gesellschaftlich akzeptierte Frauenrollen werden hervorgehoben, hauptsächlich als Ehefrau und Mutter und dahingehend genutzt, um sie als Initiatorin eines Wertewandels – im Fall der Grünen im Sinne eines ökologischen Umdenkens zu definieren.⁵²⁶

„Als Mutter trägt die Frau Verantwortung für den Aufbau einer neuen – hier ökologischen – Gesellschaft. In dieser Eigenschaft muss ihr ökologisches Bewusstsein gestärkt werden. Fragen der politischen Vertretung von Frauen, Aussagen zur allgemeinen Lage oder Stellungnahmen zu gesetzlichen Regelungen fehlen ganz. Mit dem Bezug auf die „wichtige Rolle der Frau als Mutter“ schließt sich die Partei einer gesellschaftspolitischen Standardaussage an, die weder religiöse Gefühle noch die Aussagen der Verfassung verletzt, und die in ihrer Pauschalität das herrschende Frauenbild unterstützt.“⁵²⁷

Fehlende strukturelle Partizipations- und Repräsentationskraft von Frauen hat in Ägypten damit nicht nur eine geschlechtsspezifische, sondern auch eine systemische Dimension. Die unmittelbare Inklusion in politische Entscheidungsprozesse und die Fähigkeit, ihre eigenen Agenden zu artikulieren obliegt der herrschenden Elite und ihrer loyalen Basis. Frauenbewegte Anliegen werden in allen Parteien vernachlässigt bzw. reduzieren sich auf rhetorische Zugeständnisse. Vertreterinnen der NDP haben durch ihre Mitgliedschaft in der machthabenden Partei jedoch bessere Zugänge zu Entscheidungsträgern und damit die Möglichkeit unmittelbar Einfluss zu üben. Oppositionsfrauen

⁵²⁵ Die säkular orientierte ägyptische Grüne Partei rekrutiert sich aus der intellektuellen Schicht des Landes und hat sich, im Gegensatz zu ihren europäischen Vorbildern, ausschließlich auf Umweltschutzthemen und ihre Verortung in den einzelnen Politikbereichen fokussiert. Sie geht dabei den sehr pragmatischen Weg, gegebene Ordnungen und Strukturen nicht zu hinterfragen, um eine Konfrontation mit der herrschenden Elite zu vermeiden. Dies resultiert in einem eindeutigen Bekenntnis zur Shari'a und der Gesetzgebung, sowie zum ägyptischen Nationalismus. Die Zahl der Mitglieder lag im Jahre 1996 bei 20 000 Mitglieder, wobei Frauen einen Anteil von ca. 11% ausmachen. Hierarchische Strukturen unterscheiden sich nicht von anderen Parteien und sind auf einzelne Führungspersonlichkeiten ausgerichtet. Die Konzentration der Grünen in den urbanen Regionen lässt sich auf die Tatsache zurückführen, dass dort auch die Universitäten, Rekrutierungsorte der Partei, konzentriert sind. Im politischen Leben spielen die Grünen keine Rolle. Sie waren noch nie im Parlament vertreten und schafften bis jetzt nur einige wenige Sitze in lokalen Gremien. Trotz prominenter Gründungsmitglieder gelingt es der Partei nicht, größere Teile der Bevölkerung anzusprechen, da angesichts wirtschaftlicher und finanzieller Krisen, ökologische Belange als Luxusgut betrachtet werden. vgl. Vogg, Christian: „Ökologische Herausforderungen und politisches Engagement: Das Beispiel der ägyptischen Grünen Partei“ in: Faath, Sigrid; Mattes, Hanspeter (HrsgIn.): Wuquf 10-11: Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg, Edition Wuquf 1997: S 148ff

⁵²⁶ vgl. Harders, Cilja (1995): S 89

⁵²⁷ Harders, Cilja (1995): S 89

erfahren eine doppelte Marginalisierung, einerseits durch ihr Geschlecht innerhalb der Parteien und andererseits strukturell durch ihre Zugehörigkeit zur „falschen“ Partei. Mangelnde Teilhabemöglichkeiten von Frauen lassen sich damit auch auf inkohärente demokratische Strukturen zurückführen, welche es nur einem kleinen Gesellschaftssegment erlaubt, sich politisch zu artikulieren.

6.2.2 Wahlsysteme und Parlamentswahlen

Der Rekurs auf Wahlen ist insofern von Bedeutung, als dass sie eine der grundlegenden Verweise auf prinzipielle Merkmale der politischen Landschaft darstellt. Wahlsysteme übersetzen WählerInnenstimmen in tatsächliche Sitze, welche entweder von Parteien oder KandidatInnen oder beiden gewonnen werden. Unterschiedliche Modi determinieren, ob und welche Personen oder Parteien auf welche Weise an die Macht kommen.⁵²⁸ Die Beziehungen zwischen Wahlen und Demokratisierung bilden Indizien für den Grad an nationaler Einheit, politischer Stabilität und Einbindung in Globalisierungsprozesse.⁵²⁹ Zudem repräsentieren sie einen Punkt der Transparenz in den oft undurchsichtigen Verbindungen zwischen staatlichen Institutionen und ihren AkteurInnen. Gleichzeitig dienen Wahlen zur Bewertung der Möglichkeiten politischer Teilhabe allgemein und insbesondere durch spezifische Bevölkerungssegmente. Insbesondere im Parlament als essentielles demokratisches Forum wird auf diese Weise politische Partizipation produziert und reflektiert.⁵³⁰

Präsident Mubaraks rhetorische Bekenntnisse zu fairen Parlamentswahlen, pluralistischen Präsidentschaftswahlen⁵³¹ und Volksabstimmungen dienen als Eckpfeiler für Ägyptens Weg zur Demokratie. Der Grad an Aufrichtigkeit von Reformbemühungen und ihre tatsächliche Umsetzbarkeit lassen sich also gut

⁵²⁸ vgl. Karam, Azza (1999): S 21

⁵²⁹ vgl. Hamdy, Iman A: "Introduction" in: Hamdy, Iman A. (HrsgIn): Elections in the Middle East. What do they mean? Kairo, American University in Cairo Press 2004

⁵³⁰ vgl. Karam, Azza (2000): S 64; Karam, Azza (1999): S 5

⁵³¹ Den Parlamentswahlen 2005 gingen im gleichen Jahr die Präsidentschaftswahlen voraus, für die Mubarak bereits für eine fünfte Legislaturperiode kandidierte. Das Amt des Präsidenten wird in Ägypten alle sechs Jahre gewählt, wobei es keine Begrenzung der Anzahl an Legislaturperioden gibt.

anhand von Wahlen beurteilen.⁵³²

Unterschiedliche Wahlsysteme haben verschiedene Effekte auf Geschlechterverhältnisse. Wesentliche Elemente dieser Wahlsysteme bilden Verteilungsschlüssel, Wahlkreis oder Auswahlmöglichkeiten. Diese prägen nicht nur das Parteiensystem oder definieren das Verhältnis zwischen KandidatInnen und WählerInnen, sondern haben auch unmittelbaren Einfluss auf das Wahlergebnis selbst. Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, Größe des Wahlkreises und Anzahl der KandidatInnen, die in den jeweiligen Wahlkreisen gegeneinander antreten bzw. Listen- oder Personenwahl sind damit konstituierende Größen in der Frage nach geschlechtsspezifischen Verteilungen in institutionellen Gremien.⁵³³

Seit 1882 fasst sich das öffentliche politische Leben Ägyptens unter dem Schirm einer Verfassung zusammen. Zudem reicht das parlamentarische Prinzip auf die längste Tradition innerhalb der arabischen Welt zurück. Wahlen fanden erstmals 1923 statt. Die nach der Revolution von 1952 neudeklarierte

Im Mai 2005 wurde dafür eine Reform des Artikels 76 der ägyptischen Verfassung verabschiedet, welche das bisherige Verfahren der Wahl des Präsidenten durch 2/3-Mehrheitsbeschluss des Parlaments und anschließendem Volksreferendum zugunsten der Zulassung mehrerer KandidatInnen zur Wahl aufhob. Zahlreiche Parteien boykottierten jedoch das Referendum, das der Gesetzesänderung voranging, da es ihrer Meinung nach zu sehr auf die NDP zugeschnitten ist. Die Tagammu Partei und die Nasseristen stellten aus diesem Grund auch keine eigene Kandidatur für die Position des Präsidenten auf. Die Verfassungsreform 2007 brachte eine revidierte Version: Jede Partei, welche seit mindestens fünf Jahren offiziell zugelassen ist und mindestens drei Prozent der Sitze der beiden Kammern des Parlaments innehat, ist in der Lage eine/n KandidatIn zu stellen. Für die kommende Wahl soll eine Ausnahmeregelung gelten, wonach Parteien mit mindestens einem Parlamentsmitglied in der Lage sein sollen, einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Unabhängige KandidatInnen benötigen die Unterstützungserklärungen von 250 Abgeordneten der beiden Häuser und der lokalen Gremien, um sich der Wahl stellen zu können. vgl. EOHR (2007): S 28f. Die Tatsache, dass sowohl die Parlamentskammern als auch die Bezirksgremien von der NDP dominiert waren, stellt eine wesentliche Hürde für die Aufstellung unabhängiger KandidatInnen außerhalb der NDP-Riege dar. Oppositionelle KritikerInnen betonen jedoch auch die Notwendigkeit fortgesetzter Reformen, zur Durchführung fairer und freier Wahlen und zur Stärkung demokratischer Verhältnisse durch: *“amending Article 77 to limit the duration of presidential terms (decreasing from six to four years) and their number (from unlimited to two); strengthening provisions for judicial supervision of elections; lifting the state of emergency and ending violation of civil and political liberties.”* - FRIDE (2006): S 5; Tadros, Mariz: *“Egypt’s Election All About Image, Almost”* in: *Middle East Report Online* Sept 2005: S 1 – www.merip.org/mero/mero090605.html; El-Amrani, Issandr: *“Controlled Reform in Egypt: Neither Reformist nor Controlled”* in: *Middle East Report Online* Dez 2005: S 1 – <http://merip.org/mero/mero121505.html>

⁵³² vgl. Conti, Erika (2007): S 4

⁵³³ vgl. Hardmeier, Sibylle (2004): S 161; Pripstein-Posusney, Marsha: *“Behind the Ballot Box: Electoral Engineering in the Arab World”* in: *Middle East Report* Nr. 209/1998: S 13

Konstitution von 1956 legte gleiche politische Rechte für Männer und Frauen fest. Frauen erhielten das Recht zu wählen und sich der Wahl zu öffentlichen Ämtern zu stellen. Bis zum heutigen Tag klafft jedoch eine große Lücke zwischen Gesetz und tatsächlich ausgeübter Praxis. Denn trotz seiner Pionierarbeit im Rahmen des Aufbaus einer Konstitution experimentiert das Land nach wie vor mit neuen verfassungsrechtlichen Mechanismen, um die Teilhabe von BürgerInnen zu forcieren, da es das System selbst allein aufgrund dieser Verfassungstexte nicht schafft.⁵³⁴

Die Jahre zwischen 1983 und 2007 waren geprägt durch drei verschiedene Wahlsysteme. 1983 wurde das Wahlgesetz Nr. 114 eingeführt, welches auf der proportionalen Verteilung der Parteien im Parlament basierte. Dieser Zusatzartikel schaffte es jedoch nicht, die politische Partizipation zu erhöhen, weder durch höhere Teilhabe bei Wahlen, noch bei Nominierungen für öffentliche Ämter. Sowohl Männer als auch Frauen waren davon betroffen, was einen negativen Effekt auf das politische Leben Ägyptens hatte.⁵³⁵

1986 wurde das Gesetz vom Obersten Verfassungsgericht revidiert mit Verweis auf Verletzung des Prinzips der gleichen Möglichkeiten, mit der Begründung, dass dieses System unabhängige KandidatInnen aus dem Wahlprozess ausschließe. Es erfolgte eine Abänderung in eine Mischform von Parteilisten und individuellen Kandidaturen. Der Gesetzeszusatz Nr. 188 von 1986 schrieb die Reservierung eines Sitzes pro Wahlkreis für unabhängige KandidatInnen vor. Die neue Rechtsordnung behielt alle negativen Aspekte des alten Gesetzes bei, bis auf die Neuerung, dass nun eine Möglichkeit der öffentlichen Teilhabe für Kräfte eröffnet wurde, welche durch die herrschende politische Situation bis dato nicht in der Lage waren, sich institutionell zu konsolidieren und am öffentlichen politischen Geschehen aktiv zu partizipieren.⁵³⁶

Unter der generellen Bezeichnung der unabhängigen Kandidatur subsumieren sich Personen unterschiedlicher Backgrounds. Viele von ihnen gehören einer Partei an, wurden jedoch von dieser nicht aufgestellt. Andere wiederum, wie die Muslimbruderschaft, versuchen auf diese Weise das Verbot, als religiöse Partei aufzutreten, zu umgehen. Assia Boutaleb fasst zusammen:

⁵³⁴ vgl. Conti, Erika (2007): S 10

⁵³⁵ vgl. Abou-Zeid, Gihan (2003): S 3; The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt (1992): S 29

⁵³⁶ vgl. The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt (1992): S 29; Pripstein-Posusney, Marsha (1998): S 14

*“And so the ‘independent’ label actually covers those who were either disappointed, excluded or marginalized from the official political scene, but also the ambitious, the opportunists whose ‘independence’ was rather temporary and often simply a phase preceding cooptation, a tactfully bargained integration. Many of them were strong and influential personalities known and respected in the social sphere. In the end, we can say that the growing trend of independent candidates actually highlights the dysfunctions, weaknesses, and gaps proper to the official political realm.”*⁵³⁷

Der überwiegende Großteil dieser unabhängigen KandidatInnen sind Mitglieder der NDP, die in den internen Nominierungsrunden keine fixe Aufstellung ergattern konnten. Nach den gewonnenen Wahlen kehren sie schließlich wieder zur Mutterpartei zurück.⁵³⁸

Diesem Rechtsatz folgte 1990 Gesetz Nr. 201 und Nr. 202 welche sich von nun an ausschließlich auf individuelle Kandidaturen in Form einer Personenwahl stützten und alle Regelungen von 1983 und 1986 bezüglich proportionaler Repräsentation für nichtig erklärten. Jede qualifizierte Person sollte ohne Einschränkung das Recht auf eine Kandidatur haben, egal ob sie einer Partei angehörte oder nicht. Daraus ergab sich die Tatsache, dass sich politische Parteien und dabei insbesondere die schwächeren mit mehr Hindernissen bezüglich einer gesicherten Repräsentation konfrontiert sahen.⁵³⁹ Ein wichtiger Aspekt des Wahlgesetzes blieb jedoch seit der Implementierung der Konstitution 1971 in Artikel 87 fest verankert – die Hälfte aller Sitze im Parlament müssen von ArbeiterInnen und LandwirtInnen besetzt werden. In der Praxis bedeutet das, dass jeder Bezirk von zwei Personen im Parlament repräsentiert wird – eine Person aus der Arbeiterschaft bzw. den LandwirtInnen, eine Person aus einem anderen Segment der Gesellschaft.⁵⁴⁰

2007 wurde neuerlich eine Gesetzesänderung verabschiedet. Gesetz Nr. 62 der Verfassung greift wieder auf ein System zurück, welches individuelle

⁵³⁷ Boutaleb, Assia: “The Parliamentary Elections of Year 2000 in Egypt: A Lesson in Political Participation” in: Hamdy, Iman A. (HrsgIn.): Elections in the Middle East. What do they mean? Kairo, American University in Cairo Press 2004: S 19

⁵³⁸ vgl. Langohr, Vickie: “Cracks in Egypt’s Electoral Engineering. The 2000 Vote” in: *Middle East Report Online* Nov 2000: S 3 – www.merip.org/mero/mero110700.html; Biegel, Reiner: „Parlamentswahlen in Ägypten werfen ihren Schatten voraus“. Kairo, Konrad-Adenauer-Stiftung 2000: S 3 – www.kas.de/druckansicht/dokument_druck.php?dokument_id=2269

⁵³⁹ vgl. Abul Komsan, Nehad (2001): S 3; Pripstein-Posusney, Marsha (1998): S 15

⁵⁴⁰ vgl. Abou-Zeid, Gihan (2003): S 2; Majed, Ziad (2005): S 4f

Kandidaturen mit der Möglichkeit der Aufstellung über Parteilisten verbindet. Erstmals seit der Abschaffung der Quotenregelung soll wieder eine Basis für eine Mindestrepräsentation für Frauen in den legislativen Gremien geschaffen werden. Eine bestimmte Regelung muss jedoch erst verabschiedet werden.⁵⁴¹

Die unterschiedlichen Systeme hatten verschiedene Auswirkungen auf die Partizipation bei Wahlen, sowohl bei KandidatInnen als auch bei der WählerInnenschicht. Mangelnde politische Partizipation von Frauen lässt sich damit auch auf diese wechselnden und in Folge verwirrenden Umstände zurückführen.

Legislative Repräsentation von Frauen rangierte zwischen 0.5% bis 2.4% von 1957 bis 2000. 2005 lag die Repräsentationsquote bei 2.2%. Einzige Ausnahmen stellten die Parlamentswahlen von 1979 und 1984 dar, in der der Anteil an weiblichen Parlamentariern auf 9% bzw. 8.3% stieg. Diese Tatsache ist dem Gesetz Nr. 21 des Jahres 1979 zu verdanken, worin Präsident Sadat eine Quote von mindestens 30 reservierten Plätzen für Frauen im Parlament festschreiben ließ. Das Gesetz von 1983 führte die Verpflichtung ein, in jedem der damals 31 Wahlbezirke eine Frau in die KandidatInnenlisten der einzelnen Parteien aufzunehmen – eine Adaption dieser Frauenquote – was bedeutet hätte, dass mindestens 31 Frauen im Parlament präsent sein müssten. Bei den Wahlen 1984 wurden alle reservierten Sitze von weiblichen Mitgliedern der NDP besetzt. Diese Frauen hatten keine unabhängige Unterstützungsbasis innerhalb der Bevölkerung, sondern wurden zu abhängigen Akteurinnen des herrschenden Regimes. Viele fühlten sich dadurch in ihren Positionen und der Themenfindung an die Parteilinie gebunden. Der Versuch einen Block innerhalb des Parlaments zu kreieren, um genderspezifische Interessen zu schützen blieb letztlich bedeutungslos.⁵⁴²

1986 wurden diese Gesetze zwar durch Gesetz Nr. 188 wieder aufgehoben, trotzdem hatten weibliche Politiker immer noch die Möglichkeit, sich über das interne System der Parteilisten zu etablieren. Als Konsequenz darauf erhielten weibliche Kandidaten 14 Sitze bei den Parlamentswahlen von 1987.⁵⁴³ Vier

⁵⁴¹ vgl. SIS – “Constitution“ 2007 – <http://constitution.sis.gov.eg/en/2.htm>

⁵⁴² vgl. El-Baz, Shahida (1997): S 159

⁵⁴³ vgl. Majed, Ziad (2005): S 5; den Daten des NCW (2002) zufolge ergibt sich für die Legislaturperiode 1987-1990 eine Repräsentationsquote von 3.9%. vgl. NCW: “Egyptian Women in Figures“. Kairo, NCW 2002: S 61

weitere Kandidatinnen wurden vom Präsidenten ernannt.⁵⁴⁴ Aufgrund der Ersetzung des Parteilistensystems durch das individuelle Wahlsystem 1990 wurden Frauen insofern am Zugang zur politischen Teilhabe gehindert, als dass sie nun in direkter Konkurrenz zu ihren männlichen Gegenkandidaten standen.⁵⁴⁵

1990 traten 2676 KandidatInnen im Kampf um einen Sitz im Parlament an, davon 42 weibliche Kandidaten.⁵⁴⁶ Neun dieser Frauen traten über eine Partei an, 33 versuchten es als unabhängige Kandidatinnen. Letztendlich erhielten sieben dieser Frauen einen Platz im Parlament, was eine Repräsentationsquote von 1.6 % ausmacht.⁵⁴⁷

1995 kandidierten 87 Frauen und damit 2.1 % unter 3980 KontrahentInnen für die Wahl. Die Verdopplung der weiblichen Anwärtnerinnen lässt sich auf eine verstärkte nationale und internationale Kampagne, um die politische Partizipation von Frauen zu fördern, zurückführen. Der überwiegende Großteil dieser Frauen – 75 Anwärtnerinnen bzw. 1.23 % aller Teilnehmerinnen – kandidierte unabhängig jeglicher Unterstützung von Seiten einer Partei. Nichtsdestotrotz wurden schließlich nicht mehr als fünf Kandidatinnen ins Parlament gewählt. Weitere vier Kandidatinnen wurden durch den Präsidenten ins Parlament berufen. Die Repräsentationsquote belief sich nun auf 1.9 %.⁵⁴⁸

Im Shura-Rat lässt sich die Situation ähnlich beschreiben. Bei ihrer Installierung 1980 gab es sieben weibliche Vertreter (3.3%). Eine Frauenquote wie im Parlament war nie vorgesehen. 1992 steigerte sich der Anteil auf zwölf (4.8%) und 1995 weiter auf fünfzehn weibliche Abgeordnete von insgesamt 264 Mitgliedern. Diese Rate lässt sich auf die Anzahl der Frauen zurückführen, welche direkt vom Präsidenten bestellt wurden. Diese Vorgangsweise lässt

⁵⁴⁴ Artikel 87 der Verfassung räumt dem Präsidenten das Vorrecht ein, von den 445 Sitzen im Parlament 10 Stühle durch Ernennung zu besetzen. In den letzten Jahren nutzte er dieses Vorrecht immer mehr, um auf diese Weise den Frauenanteil und den Anteil an Kopten – der christlichen Minderheit in Ägypten – im Parlament zu erhöhen. vgl. SIS – “Constitution” – <http://constitution.sis.gov.eg/en/2.htm>

⁵⁴⁵ vgl. ECWR (2006): S 2

⁵⁴⁶ Die meisten der Oppositionsparteien boykottierten diese Wahlen, da sie der Regierungspartei Wahlbetrug und massive Behinderung im Vorfeld der Wahlen vorwarfen. vgl. Biegel, Reiner (2000): S 1

⁵⁴⁷ vgl. Gomaa, Salwa Shaarawi (1998): S 4; vgl. Mustafa, Hala (2005): S 12; Der NCW (2002) wiederum spricht von einem 2.2 %igen Anteil von Frauen im Parlament.

⁵⁴⁸ vgl. Gomaa, Salwa Shaarawi (1998): S 41, vgl. Mustafa, Hala (2005): S 12; die Daten der NCW (2002) beziehen sich auf 1.6. %. vgl. NCW (2002): S 61

sich als indirekte Maßnahme der Führung interpretieren, den Frauenanteil in diesem Forum zu steigern. 1992 wurden beispielsweise 91% der Kandidatinnen direkt vom Präsidenten bestellt, während es 1998 sogar 100% waren. Die durchschnittliche Repräsentationsrate von Frauen in diesem Gremium überschritt jedoch nie die Marke von 5.7 %.⁵⁴⁹

Betrachtet man die Sachlage bei Bezirksratswahlen⁵⁵⁰, ergibt sich kein besseres Bild. Frauen hatten zu Beginn der 80er Jahre 10.22 % aller Sitze in den Gemeinderäten inne. Diese Rate sank 1991 auf 2.11 % und 1992 auf 1.2 %. 1997 befanden sich unter den 58793 KandidatInnen 663 weibliche. Der Anteil lag bei 1.2 %. Der Großteil der Frauen, die einen Sitz gewinnen konnten, waren Mitglieder der NDP. Bei den Wahlen im April 2002 stieg der Anteil erstmals wieder. Insgesamt 1034 Kandidatinnen partizipierten bei den Wahlen, 774 davon erhielten letztlich ein Mandat.⁵⁵¹ 2008 wurden schließlich 2335 Frauen in Bezirksratsgremien gewählt, was einen Anteil von 4.4% ausmacht.⁵⁵²

Die Parlamentswahlen von 2000 waren aus frauenbewegter Sicht die – relativ betrachtet – erfolgreichsten seit der Abschaffung des Quotensystems. Im Oktober und November 2000 kandidierten ca. 4250 Personen, darunter

⁵⁴⁹ vgl. NCW (2002): S 61; Abul Komsan, Nehad (2001): S 4; Abou-Zeid, Gihan (2003): S 3

⁵⁵⁰ Lokale Gremien sind institutionell in 26 Gouvernorate, angeführt von einem Gouverneur und dem Exekutivrat, welcher vom Präsidenten berufen wird, 126 administrativen Distrikten, 4496 Dorfgemeinden und 199 Stadtgemeinden unterteilt. Wahlen finden alle vier Jahre statt. Diese Institutionen verbleiben in ihrer Bedeutung vernachlässigbar. Sie werden überragend von der NDP (95%) dominiert. Interessantes Detail am Rande: Im Februar 2006 wurde mit großer Mehrheit ein Beschluss verabschiedet, wonach die für dieses Jahr anfallenden Bezirkswahlen für zwei Jahre ausgesetzt wurden. Begründet wurde diese Maßnahme mit dem Argument ein neues Gesetz verabschieden zu wollen, welches regionalen Regierungsvertretern mehr Kompetenzen und Entscheidungsvollmachten einräumen würde. Tatsächlich ist es als Intention der NDP zu betrachten, sich angesichts des großen Erfolges der Muslimbruderschaft bei den vorhergegangenen Parlamentswahlen neu zu konsolidieren. Die Muslimbrüder sind zwar keine zugelassene Partei, wenn sie jedoch genügend Stimmen in den lokalen Gremien und den beiden Kammern des Parlaments auf sich vereinen können, entsteht auf diese Weise ein rechtliches Schlupfloch, um einen unabhängigen Kandidaten zu den nächsten Präsidentschaftswahlen entsenden zu können. Die Wahlen fanden schließlich im April 2008 statt. vgl. FRIDE (2006): S 9

⁵⁵¹ vgl. Abul Komsan, Nehad (2001): S 4; Mustafa, Hala (2005): S 12; Abou-Zeid, Gihan (2003): S 3

⁵⁵² vgl. ECWR: "Report on the Status of Egyptian Women in 2008. Unimplemented Legal Reforms: Egypt's Declining International Reputation". Kairo, ECWR 2008: S 2 – <http://ecwronline.org/pub/TheStatusOfWomenIn2008.pdf>

109 Frauen, also 2.56 % aller KandidatInnen für die Parlamentswahl.⁵⁵³ Sieben Frauen erkämpften sich einen Sitz, vier weitere wurden schließlich wieder vom Präsidenten bestimmt. Diese elf Vertreterinnen machten 2.49 % aller ParlamentarierInnen aus.⁵⁵⁴ Die Konsequenzen zeigten sich in den Wahlaufstellungen der einzelnen Parteien. Von den 109 KandidatInnen wurden gerade einmal elf (2.48 %) von der NDP aufgestellt, welche insgesamt 444 KämpferInnen ins Rennen geschickt hatten. Eine dieser Bewerberinnen ist die ehemalige Sozialministerin Amal Osman. Die Wafd Partei entsendete von 273 KandidatInnen schließlich acht Frauen (2.94 %).⁵⁵⁵ Die Tagammu Partei stützte sich von 51 TeilnehmerInnen auf drei Frauen (5.88 %).⁵⁵⁶ 75 Kandidatinnen von 3387 Personen stellten sich schließlich als Unabhängige der Wahl.⁵⁵⁷

Auch die Muslimbruderschaft, welche für ihre eher konservativen Standpunkte bekannt ist, bekennt sich in ihren öffentlichen Stellungnahmen zu

⁵⁵³ Mona Makram Ebeid spricht von 120 Kandidatinnen, davon werden 25 von den Parteien aufgestellt, der Rest kandidiert als Unabhängige. vgl. Ebeid, Mona Makram: "Elections in Egypt: Rumbblings for Change" in: Hamdy, Iman A. (HrsgIn): Elections in the Middle East. What do they mean? Kairo, The American University Press in Cairo 2004: S 30

⁵⁵⁴ vgl. Mustafa, Hala (2005): S 12

⁵⁵⁵ Oppositionsparteien wie der Wafd Partei gelingt es – im Gegensatz zu den Muslimbrüdern – nicht, aus den Proteststimmen, die sich gegen das politische, ökonomische und soziale Management der NDP wehren, Profit zu schlagen. Diese renommierte Partei, die ursprünglich für ökonomischen und politischen Liberalismus stand, verliert zunehmend an Glaubwürdigkeit und Unterstützung (vor allem der säkular-orientierten WählerInnenschichten) durch interne Inkonsistenzen, fehlende inhaltliche Abgrenzungen zur NDP, zunehmenden Konservatismus und eine kurzzeitige Liaison 1984 mit der Muslimbruderschaft, eine Tatsache, die zudem viele der koptischen Parteiveteranen zum Ausstieg veranlasste. vgl. Langohr, Vickie (2000): S 2f; Ebeid, Mona Makram (1989): S 30f

⁵⁵⁶ Dem zweiten Bollwerk der säkularen Opposition, der Tagammu Partei, welche 1990 nach Boykottmaßnahmen der anderen Parteien als einzige ernstzunehmende Konkurrenz antrat, mangelt es hingegen an einer breiten Basis, da sie aufgrund der staatlichen Kontrolle von Gewerkschaften und ähnlichen Assoziationen auf das WählerInnensegment der ArbeiterInnenschaft reduziert ist. vgl. Langohr, Vickie (2000): S 3

⁵⁵⁷ vgl. Biegel, Reiner (2000): S 2; Mustafa, Hala (2005): S 13; Insgesamt kann die NDP 175 Parlamentssitze auf sich vereinen, hinzukommen jene 213 Sitze, welche von so genannten „Unabhängigen“ erworben wurden. Diese schlossen sich nach den Wahlen wieder der NDP an. Offizielle NDP-KandidatInnen konnten damit gerade einmal 38% auf sich vereinen. Ihre überwiegende Mehrheit von knapp 90% erhielt die Partei erst nach der „Rückkehr“ der „unabhängigen“ KandidatInnen. vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 2. Mit den Muslimbrüdern assoziierte Parlamentarier errangen 19 Sitze. Des Weiteren sind 7 Mitglieder der neuen Wafd Partei, 6 Mitglieder der Tagammu Partei, 2 Mitglieder der Democratic Nasserist Party und weitere 5 Mitglieder einer Splitterfraktion der Nasseristen vertreten. Die Parlamentssitze werden komplettiert durch ein Mitglied der Liberal Party und 14 Sitzen, die von tatsächlichen unabhängigen KandidatInnen besetzt werden. Als so genannte Randgruppen errangen, wie bereits erwähnt 11 Frauen und 3 KoptInnen Parlamentssitze. vgl. Ebeid, Mona Makram (2004): S 27f; EOHR (2007): S 15

Bürgerrechten von Frauen. Um ihre adaptierten Sichtweisen zu demonstrieren, schickte sie bei der Parlamentswahl 2000 und 2005 jeweils eine Kandidatin ins Rennen.⁵⁵⁸

Ein Beispiel für die Regierungswillkür stellte der Wahlhergang in Jihan al-Halafawis (der Kandidatin der Muslimbrüder) Bezirk dar. Als 18 Mitglieder der Muslimbrüder, die für die Repräsentation al-Halafawis in den Wahllokalen verantwortlich waren, verhaftet wurden, stellt sie den Antrag auf Verschiebung der Wahl. Die Regierung ignorierte jedoch den positiven Gerichtsbeschluss und pochte auf die Durchführung der Wahlen. Als jedoch sie und ein weiteres Mitglied der Muslimbrüder die meisten Stimmen auf sich vereinen konnten und gegeneinander in einer Stichwahl antreten sollten, besann sich das Regime auf den ursprünglichen Gerichtsentscheid in seiner Begründung für die Annullierung der Stichwahl.⁵⁵⁹

Die Wahlen 2000 markieren den Zeitpunkt, an dem die stetig wachsende Erfolgsserie der NDP erstmals gestoppt wurde. Hatte sie 1987 noch 68% der Parlamentssitze inne, so stieg diese Zahl weiter über 86% im Jahre 1990 auf unglaubliche 94% 1995. Nur 14 Sitze konnten damals von oppositionellen Parteien erobert werden. Die Gründe für den Rückgang der Stimmen für die NDP sind vielfältig: die Devaluierung des ägyptischen Pfundes aufgrund einer Liquiditätskrise der Regierung verbunden mit einer Teuerungswelle, insbesondere auf Lebensmittel, brachte Mubaraks Propaganda einer harten Währungspolitik zu Fall. Weiters gerieten in dieser Zeit mehrere Mitglieder der NDP unter Korruptionsverdacht bzw. wurden der Annahme von Schmiergeldern überführt. Und schließlich brachte der Ausbruch der Al-Aqsa Intifada die ägyptische Bevölkerung einmal mehr auf die Strassen, um gegen die Politik Israels zu demonstrieren. Dieser gesellschaftliche Protest kollidiert jedoch mit den vorsichtigen Bemühungen des Regimes, die diplomatischen und ökonomischen Beziehungen zu Israel zu stärken.⁵⁶⁰

Diese Wahlen standen auch ganz im Zeichen beginnender Reformbestrebungen, was am deutlichsten an der Tatsache abzulesen ist, dass die Überwachung des Wahlprozesses nicht mehr der Kontrolle des Innenministers unterlag, sondern

⁵⁵⁸ vgl. Conti, Erika (2007): S 9; Langohr Vickie (2000): S 2; Die 2000 aufgestellte Kandidatin Jihan al-Halafawi ist die Frau eines führenden Mitglieds der Muslimbrüder vgl. Ebeid, Mona Makram (2004): S 31

⁵⁵⁹ vgl. Langohr, Vickie (2000): S 2

⁵⁶⁰ vgl. Langohr, Vickie (2000): S 1f

von nun an der Judikative oblag.⁵⁶¹ Angesichts der Tatsache, dass die Wahlen von 1995 von den bis dato gewaltvollsten Ausschreitungen überschattet war, wurde die staatliche Seite nicht müde, freie und faire Wahlen zu propagieren.

Unabhängige Frauenorganisationen zeigten sich dennoch entsetzt ob der mangelnden Zahl an weiblichen Kandidaten in den Aufstellungslisten. Staatliche Rhetorik, Frauen in ihren Teilhabemöglichkeiten zu fördern, resultierte im Frühjahr 2000 zwar in der Etablierung des NCW als beratendes Organ, Frauen tatsächlich den Weg in politische Positionen durch Wahlaufstellungen zu ebnen, ist jedoch keine Priorität der Parteien.⁵⁶²

Trotz der rigiden Anwendung der Notstandsgesetze in Bezug auf politische Aktivitäten gab es kleine Anzeichen einer wachsenden Sensibilisierung innerhalb der Bevölkerung. Die Zahl der WählerInnen stieg, Randgruppen im parlamentarischen Feld wie Frauen und religiöse Minderheiten, hier insbesondere die Kopten, rückten vermehrt in den Fokus der Aufmerksamkeit und konnten so mehr Stimmen auf sich vereinen und die übermächtige NDP verlor erstmals an Stimmen. Diese Entwicklungen bewegen sich jedoch in einem derart engen Rahmen, dass man schwer beurteilen kann, wie sich zukünftige Tendenzen entwickeln. Bei der NDP ist anzumerken, dass einige der lang gedienten Parteiveteranen deutlich an Popularität verloren und durch eine „jüngere“ Generation abgelöst wurden⁵⁶³. Erklärbar ist dieses Phänomen durch die Tatsache, dass sich die Bevölkerung nach Veränderung sehnt und

⁵⁶¹ vgl. Hamdy, Iman A (2004): S 2; zur Debatte bezüglich des, dieser Entscheidung vorausgehenden politischen Diskurses siehe Kassem, Maye: "The 2000 Election: New Rules, New Tactics" in: Hamdy, Iman A. (HrsgIn): Elections in the Middle East. What do they mean? Kairo, American University in Cairo Press 2004: S 38f. Eine der ersten Entscheidungen der Judikatur war die Splittung des Wahlverlaufs auf drei Etappen, um so sicherzustellen, dass die Richter die Überwachung in allen Wahlbezirken gewährleisten können. vgl. Langohr, Vickie (2000): S 1; Biegel, Reiner (2000): S 1

⁵⁶² vgl. Biegel, Reiner (2000): S 3

⁵⁶³ Tatsächlich liegt das Durchschnittsalter bei PolitikerInnen in relevanten Positionen bei knapp 60 Jahren. Die so genannte jüngere Generation zeichnet sich dadurch aus, dass sie noch nicht kurz vor der Pensionierung steht und liegt im Durchschnitt bei etwa 50 Jahren. vgl. Boutaleb, Assia (2004): S 14. Die Wahlen von 2005 zeigten eine deutliche Niederlage der alten Garde innerhalb der NDP. Viele von ihnen werden für das korrupte Image der Partei verantwortlich gemacht. Einige sehr prominente Parteimitglieder verloren darauf ihre, als sicher geglaubten Parlamentssitze. Gamal Mubarak, Sohn von Präsident Mubarak, betont wiederholt die Reformierung der öffentlichen Landschaft Ägyptens und strebt eine Generalüberholung der Strukturen der eigenen Partei an. An den altersmäßig jüngeren, um ihn gescharten, so genannten reformistischen Block werden erstmals wieder zaghafte Erwartungen zu Veränderungen geknüpft. vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 5; vgl. Kapitel 7.3.1.

die Regierungspartei die Notwendigkeit zu erkennen vorgibt, grundsätzliche Umstrukturierungsmaßnahmen zu ergreifen, um sensibler für die Bedürfnisse der Bevölkerung zu werden.⁵⁶⁴

6.2.3 Parlamentswahl 2005

Den Parlamentswahlen 2005 gingen im Vorfeld erhitzte Debatten über eine Revitalisierung der politischen Landschaft und fairen Wahlen voraus. Die ägyptische Regierung setzte grundlegende politische Neuerungen in Gang, deren Rhetorik auf die Bedeutung des politischen Entscheidungsprozesses fokussiert war. Augenmerk lag dabei auf den Möglichkeiten der direkten Partizipation der BürgerInnen durch Volksabstimmungen, Wahlen und erweiterter Repräsentation im Parlament.⁵⁶⁵ Vorschläge zu politischen Reformen beherrschten die öffentliche Stimmung und ließen einen gewissen Grad an Euphorie zu. Eines der Merkmale war die erstmalige Zulassung von 21 Parteien zu den Wahlen. Ein weiterer Grund dieser Hochstimmung war die Garantie, Wahlbeobachtung durch Gericht und unabhängige Menschenrechtsorganisationen zuzulassen.⁵⁶⁶

Im Vorfeld der Wahlen wurde auch das Thema der Stärkung der öffentlichen Präsenz von Frauen im aktiven politischen Prozess wiederholt in allen Medien diskutiert. In Folge kam es zu einem Gesetzesvorschlag, der eine Quote von 26 Sitzen (für jedes Gouvernorat ein Sitz) für Frauen im Parlament garantieren sollte. Dieser Vorschlag entspricht in keiner Weise tatsächlichen Gegebenheiten innerhalb der WählerInnenschaft, in der Frauen einen Anteil von 40% der registrierten WählerInnen ausmachen. Im Rahmen dieser öffentlichen Debatte versprach die Regierungspartei NDP, 26 Frauen für die Parlamentswahlen zu nominieren und ihre politischen Bemühungen zu unterstützen. Die Partei

⁵⁶⁴ vgl. Hamdy; Iman A (2004): S 2f; Langohr, Vickie (2000): S 1

⁵⁶⁵ vgl. Conti, Erika (2007): S 2

⁵⁶⁶ Das Gefühl der Aufbruchstimmung Richtung demokratischer Partizipationsrechte wurde verstärkt durch die Tatsache, dass im Vorfeld der Wahlen hunderte Muslimbrüder, welche seit Mai 2005 arretiert waren und als politische Gefangene galten, freigelassen wurden. Auch in der ersten Wahlrunde wurden, im Gegensatz zum Jahr 2000, keine Muslimbrüder verhaftet. Erst mit dem sich abzeichnenden Wahlerfolg der Organisation gingen die Sicherheitskräfte wieder restriktiv vor, was in vielen Bezirken offene Gewaltanwendungen zur Folge hatte und in manchen Wahlbezirken sogar zur Schließung der Wahlstationen führte. Es ist ausschließlich der hohen Popularität und Organisationsfähigkeit der Muslimbruderschaft zuzuschreiben, dass es ihnen in der letzten Runde, trotz dieser rigorosen Maßnahmen gelang, weitere 12 Sitze zu erringen. vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 3ff

argumentierte dies mit der wichtigen Rolle weiblicher Stimmen während der Präsidentschaftswahlen – von insgesamt sechs Mio. WählerInnen gaben 1,5 Mio. Frauen ihre Stimmen ab – mit der Betonung der Relevanz der Frauenbewegungen in Ägypten und insbesondere der Bemühungen des National Council for Women.⁵⁶⁷

Im Rahmen der Wahlen konnte sich die NDP offensichtlich nicht mehr an ihre Versprechungen erinnern und nominierte schließlich von 444 aufgestellten KandidatInnen sechs Frauen. Die oppositionellen Parteien und politischen Bewegungen stellten zusammen sieben Frauen auf, von insgesamt 222 KandidatInnen. 111 Hoffnungsträgerinnen liefen abseits der Parteilisten.⁵⁶⁸

Übereinstimmung mit der jeweiligen politischen Ideologie verkommt immer mehr zu einem Nebenaspekt in der Wahl der KandidatInnen. Aufgestellt werden in erster Linie wohlhabende und einflussreiche Mitglieder, die in der Lage sind, aufgrund ihrer ökonomischen und sozialen Situation die nötigen Stimmen auf sich zu vereinen.⁵⁶⁹ Die Unterstützung für die weiblichen Kandidaten blieb minimal. Unter den sechs Nominierten fand sich nur eine Newcomerin. Drei von ihnen spielten bereits seit über zwanzig Jahren eine Rolle im politischen Leben Ägyptens und die verbleibenden zwei hatten immerhin schon die letzte Wahl gewonnen. Natürlich findet sich diese Situation nicht nur in der NDP, sondern zieht sich durch alle ideologischen Lager. Aufgrund der wiederholten Ankündigungen wurde bei der NDP jedoch noch eher angenommen, dass die präsidentialen Bekenntnisse bezüglich der Rolle von Frauen in der Gesellschaft und im politischen Leben durch eine höhere Frauenquote zum Ausdruck gebracht würden.⁵⁷⁰

Die Oppositionsparteien, welche die NDP offen oder insgeheim für ihre

⁵⁶⁷ vgl. ECWR (2006): S 2f

⁵⁶⁸ vgl. ECWR (2006): S 6

⁵⁶⁹ Vermehrt ließen sich einflussreiche Geschäftsleute zur Wahl aufstellen. Ihr Erfolg lässt sich zum einen durch die finanzielle Möglichkeit kostspielige Wahlkampagnen zu bestreiten und zum anderen durch die Tatsache erklären, dass ihnen aufgrund ihres ökonomischen Erfolges entsprechende Führungsqualitäten unterstellt werden, die staatlichen „Geschäfte“ zu leiten. Einen detaillierten Überblick über die Ökonomie der Wahlen liefert Boutaleb, Assia (2004): S 21-25

⁵⁷⁰ vgl. ECWR (2006): S 6

Methoden kritisieren, stützen sich ebenso auf ökonomischen Einfluss⁵⁷¹ und gleiche Rekrutierungsstrukturen, was eine weibliche Kandidatur erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Eine Nominierung erfolgt weniger als grundsätzliche Unterstützung als vielmehr angedeutete Geste, ohne den Fokus auf einen tatsächlichen Wahlsieg ihrer Kandidatin. Das Egyptian Center for Women's Rights, welches als eine der Organisationen zur Wahlbeobachtung zugelassen wurde, stellte fest, dass die Parteien überwiegend dort Frauen aufstellten, wo ein übermächtiger Gegenkandidat ohnehin die Wahl im Vorfeld bereits für sich entschieden hatte.⁵⁷²

*“This was an indication that all the ideals and principles were put aside for several months until the elections ended safely. With this, the issue of marginalized groups such as women became reduced to a mere trivial matter, or to flattering statements on the importance of the role of women as mothers, sisters, and great home makers.”*⁵⁷³

Die NDP errang schließlich 316 Sitze im Parlament, was einen Anteil von ca. 70% ausmacht. Die Gründe, warum es schließlich zu diesem Ergebnis kam, sind vielfältig. Zum einen zeigte der überragende Wahlsieg der NDP⁵⁷⁴, dass es trotz großer Skepsis der Bevölkerung hinsichtlich der Politik der Partei und damit Mubaraks offensichtlich keine wählbaren Alternativen gibt. Das Konzept der „Unabhängigen Kandidatur“ verliert an Glaubwürdigkeit, da diese Möglichkeit vorwiegend von NDP-Mitgliedern genutzt wird, die nicht über die Parteiliste

⁵⁷¹ Ein wesentliches Problem bei diesen Wahlen zeigte sich im alten Phänomen des Stimmenkaufs, der 2005 völlig neue Dimensionen annahm. Je nach Bezirk konnte man mehr oder weniger direkte Parteiwerbungen vorfinden, die für jede abgegebene Stimme für ihren Kandidaten eine bestimmte Geldsumme oder Grundnahrungsmittel versprachen. Diese Praxis wurde sowohl von Geschäftsleuten ausgeübt, die der NDP nahe standen und sich durch einen Sitz im Parlament die Ausweitung ihrer Unternehmungen erhofften, als auch von Mitgliedern der Muslimbrüder, die es schafften, ihr Vorgehen als soziales Anliegen zu verkaufen und sich so in machtvollen Positionen „einkauften“. vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 3

⁵⁷² vgl. ECWR (2006): S 7

⁵⁷³ vgl. ECWR (2006): S 7

⁵⁷⁴ Technisch betrachtet ist die NDP die große Wahlverliererin. Tatsächlich erhielten von den 444 offiziellen NDP-KandidatInnen 38% der Stimmen oder 149 Sitze. Die restlichen 167 Sitze erhielten NDP-Mitglieder, die nicht für die internen Parteilisten zum Wahlkampf aufgestellt wurden und aus diesem Grund als Unabhängige liefen. vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 5. Al-Ahram weekly online veröffentlichte folgendes Ergebnis: NDP (311), opposition (9), muslimbrothers-independents (88), independents (24), still contested (12), appointed (10). Diese Zahlen beziehen sich jedoch auf 432 offiziell ausgeschriebene Plätze. 12 Sitze sind bei diesem Ergebnis noch offen. vgl. El-Din, Gamal Essam: “Procedure and Polarisation“ in: *al-ahram weekly online* Nr. 773/15-21 Dez 2005: S 1 – <http://weekly.ahram.org.eg/2005/773/eg1.htm>

aufgestellt wurden. Dadurch bietet die Tatsache, dass sich ein/e KandidatIn unabhängig von einer Partei aufstellen lässt, keine Bürgschaft mehr für eine individuelle Repräsentation abseits ausgetretener politischer Pfade.⁵⁷⁵

Auch gilt die NDP nach wie vor aus pragmatischen Gründen als attraktive Partei, da der Zugang zu staatlichen Ressourcen und Netzwerken der Regierungspartei vorbehalten ist. Die politische Maschinerie verweilt nach wie vor in den Händen einer ausgewählten Elite. Es zeigt sich auch hier wieder das Problem, dass bei allen Erneuerungsversuchen die tatsächliche Rolle der Partei darin besteht, als Legitimationsbasis für das Amt des Präsidenten zu dienen.⁵⁷⁶

Die oppositionellen Gruppen schafften es zudem nicht, alternative politische Perspektiven zu vermitteln. Sämtliche Wahlprogramme drehten sich rhetorisch um Reformen im Bildungs- und Gesundheitssektor und kontinuierlichen Verbesserungen des politischen Systems. Einzige Unterscheidung zu Wahlversprechen der NDP stellen Bekenntnisse dar, der Korruption in den Bürokratien den Kampf anzusagen. Diese Thematik fehlt im Programm der Regierungspartei vollkommen. Auf die Details, wie diese Veränderungen vollbracht werden sollen, wird nicht eingegangen.⁵⁷⁷ Vielmehr reduzierte sich ihr Wahlkampf auf althergebrachte politische Parolen und interne Zwistigkeiten. Zudem verloren sie, durch gemutmaßte Kooperationen mit der NDP das Vertrauen vieler potentieller WählerInnen.⁵⁷⁸ Die säkulare Opposition schafft es nicht, sich aus ihrer marginalisierten Position zu befreien. Angeführt von alternden und wenig charismatischen Autokraten gelingt es ihr nicht, eine wählbare Alternative zur regierenden Partei darzustellen. Auch fehlt es ihnen, verglichen zur NDP und den Muslimbrüdern an wichtigen finanziellen

⁵⁷⁵ vgl. ECWR (2006): S 8

⁵⁷⁶ vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 6

⁵⁷⁷ Tadros, Mariz (2005): S 2

⁵⁷⁸ vgl. ECWR (2006): S 8; Mit der Präsidentschaftswahl gingen beispielsweise Spekulationen einher, dass der wenig aussichtsreiche Kandidat der Wafd Numan Gumaa nur ins Rennen ging um den wesentlich gefährlicheren Gegner der Ghad-Partei Ayman Nour für die NDP in Schach zu halten, als Gegenleistung für mehr Parlamentsitze in den darauf folgenden Wahlen. Diesen Vorwürfen konnte nie eine reelle Grundlage nachgewiesen werden. Derartige Anschuldigungen (unabhängig tatsächlicher Gegebenheiten) führten jedoch zum Verlust der Glaubwürdigkeit. vgl. Tadros, Mariz (2005): S 1f

und organisatorischen Ressourcen.⁵⁷⁹

Einzig erfolgreiche oppositionelle Bewegung ist die Vereinigung der Muslimbrüder. Als politische Partei verboten, gelang es ihnen durch Infiltration und Allianz mit den zugelassenen Parteien bzw. im Block der Unabhängigen stimmenstärkste Oppositionskraft im Parlament zu werden.

*“They reaped the product of many years of patient suffering as a result of torture, arrests, investigations and unemployment without legal protection... Their success seemed to carry feelings of silent revenge against the National Democratic Party whose economic policies had long made the poor become poorer and women’s illiteracy more tragic.”*⁵⁸⁰

Ihr Erfolg ist nicht nur Ausdruck ihrer wachsenden Popularität, es verdeutlicht auch den fundamentalen Strategiewechsel dieser Organisation. Die Muslimbrüder kämpfen nicht mehr, wie noch wenige Jahre zuvor, ums politische Überleben. Es gelingt ihnen nun, durch aktive politische Teilhabe, der gesellschaftlichen Landschaft Ägyptens ihre Sicht der Welt aufzumalen. Ihr breites Netzwerk an UnterstützerInnen, ihre ausgeprägte Basis auf der Graswurzelebene, breite Medienpräsenz und ihre langfristig angelegte hohe Repräsentationskraft in den verschiedenen Gewerkschaften erlaubten es ihnen, zum Trotz staatlicher Verhinderungsmechanismen diesen erfolgreichen Wahlkampf zu führen.⁵⁸¹

6.2.4 Schlussfolgerungen

Die geringe Partizipation von Frauen in Ägypten ist nicht nur auf die Repräsentation im legislativen Bereich beschränkt, sondern breitet sich vielmehr aus auf ihre allgemeine Präsenz in der politischen Öffentlichkeit, insbesondere in den Parteien. Die Teilhabe von Frauen an den politischen Aktivitäten der Parteien ist, wenn überhaupt vorhanden, extrem eingeschränkt. Wie auch global zu beobachten ist, lassen sich Frauen

⁵⁷⁹ Auch auf der Oppositionsseite verloren viele prominente KandidatInnen ihre Sitze. Nur der Wafd-Partei gelang es ihre relative „Stärke“ von 6 Sitzen beizubehalten. Die Tagammu-Partei erhielt 2 Sitze, die Ghad und die Ahrar Partei jeweils einen Sitz im Parlament. Die Nasseristen schafften es erstmals seit ihrer Formierung 1977 nicht ins Parlament einzuziehen. vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 7

⁵⁸⁰ ECWR (2006): S 8

⁵⁸¹ vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 6; Kixmüller, Jan (1995): S 138

in Ägypten, die sich Zugang zu männlich dominierten politischen Sphären verschaffen konnten, nicht per se auf so genannte frauenspezifische Themen festlegen oder sind sich schlicht der Relevanz dieser Thematiken nicht bewusst. Wichtiges Argument hierfür stellt die Sorge dar, im öffentlichen Bereich wieder in einen speziellen Sektor marginalisiert zu werden.⁵⁸²

*“What is critical here is not the absolute number of women participating in the decision-making process, but rather the quality of these women, their understanding of and commitment to equal gender relations in society. In the case of Egypt where real democracy, in the sense of circulation of power and participation in decision-making, does not exist most of the women who reach this level are backed by the government and thus, more inclined to support the status quo.”*⁵⁸³

Insbesondere weibliche Mitglieder der Regierungspartei zeichnen sich durch ihre pragmatische Haltung zu staatlicher Politik aus. Ihr Anliegen ist es nicht – im Gegensatz zu ihren oppositionellen Pendanten – Strukturen zu verändern. Frauenspezifische Themen, sofern sie als solche identifiziert werden, werden im Rahmen staatlicher Handlungsspielräume festgemacht. Nicht Gesetzesänderungen stehen im Fokus der Bemühungen, sondern vielmehr das Bereitstellen von Serviceleistungen und die Art der Umsetzung legislativer Regelungen, welche insbesondere Frauen betreffen, werden forciert. Dieser enge Aktionskreis lässt sich auf das ausgeklügelte Protektionssystem zurückführen, in dem weibliche Politikerinnen, wie ihre männlichen Kollegen, ihre Positionen aufgrund ihrer Loyalitäten zum herrschenden Regime bewahren. Ein Abweichen von parteiinterner Doktrin würde den Verlust der Unterstützung bedeuten. Oppositionelle Politikerinnen auf der anderen Seite sehen sich mit dem Problem der doppelten Marginalisierung qua Geschlecht und über fehlende entscheidungsstrategische Zugänge zur herrschenden Struktur konfrontiert.

Sämtliche Parteien bekennen sich in ihren Parteiprogrammen trotz ihrer ideologischen Unterschiede dazu, die nötige Basis zu schaffen, um Frauen

⁵⁸² vgl. Karam, Azza (1999): S 8. Holland-Cunz (2004) und Hardmeier (2004) weisen auf demokratietheoretische Debatten hin, ob Frauen als gewählte Repräsentantinnen für eine diskriminierte Gruppe einzustehen haben und daher Fokus auf frauenspezifische Themen legen sollen, oder ob sie im Rahmen ihres freien Mandats von ihnen definierte Positionen vertreten sollen. vgl. Holland-Cunz, Barbara (2004): S 143f; Hardmeier, Sibylle (2004): S 153

⁵⁸³ El-Baz, Shahida (1997): S 159

dabei zu unterstützen, ihre politischen Rechte und Pflichten wahrnehmen zu können. Politische Akteure betonen in ihrer offiziellen Rhetorik, WählerInnenregistrierungen voranzutreiben und die Teilhabe von BürgerInnen am öffentlichen Leben sowohl als WählerInnen als auch als KandidatInnen zu unterstützen, wobei das spezielle Augenmerk auf den sozialen Zuordnungen der Rollenmuster von Frauen liegt.⁵⁸⁴ Generell werden Frauen vermehrt als wichtiges Instrument wahrgenommen um mehr WählerInnenstimmen auf sich zu vereinen. Die Gründe für den Fokus auf ein neues Segment der potentiellen WählerInnenschaft sind vielfältig. Zum einen verstärkt sich der Bedarf der Legitimation von politischen Kräften und Autorität hinsichtlich einer kritischen internationalen Öffentlichkeit, welche immer besser über nationale ägyptische Politik informiert ist. Zum anderen steht schlichtweg der politische Sieg auf dem Spiel.⁵⁸⁵

An dieser Stelle ist interessanterweise anzumerken, dass die Anzahl der Wählerinnen aus den ländlichen Gebieten jene der Wählerinnen aus den urbanen Räumen übersteigt, obwohl die durchschnittliche Alphabetisierungsrate signifikant niedriger ist. Gründe dafür könnten im starken Einfluss und Zusammenhalt der Großfamilien und deren Repräsentanten, die durch die hohe Quote bezüglich Arbeiter und Landwirte im Parlament und den lokalen Gremien starke Präsenz zeigen, liegen. Für diese bedeutet die Mobilisierung ihrer weiblichen Verwandten einen Stimmenvorteil und damit die Stärkung der politischen Artikulations- und Repräsentationsfähigkeit der Sippe in institutionalisierten Foren. Damit liegt es in ihrem ureigensten politischen Interesse, Frauen in der Wahrnehmung ihrer politischen Rechte zu unterstützen.⁵⁸⁶

Obwohl nun sämtliche Parteien auf unterschiedliche Weise die Relevanz der Präsenz von Frauen in der politischen Öffentlichkeit propagieren und entsprechende Maßnahmen in den Parteiprogrammen angekündigt werden, sind diese Zugeständnisse schnell unter den Teppich gekehrt, wenn es darum geht, ihnen Substanz zu verleihen.⁵⁸⁷ Sofern beispielsweise Frauensektionen installiert sind, werden sie als kleine Interessensgruppe mit geringem Einfluss gesehen, welche auf generelles Desinteresse der Mutterpartei stößt und durch

⁵⁸⁴ vgl. Conti, Erika (2007): S 9

⁵⁸⁵ vgl. Conti, Erika (2007): S 9

⁵⁸⁶ vgl. Zulficar, Mona (1995): S 64

⁵⁸⁷ vgl. Conti, Erika (2007): S 15

fehlende materielle und ideelle Unterstützung marginalisiert wird. Dissidentes Verhalten wird als Verrat an Parteiprinzipien verstanden und entsprechend sanktioniert.⁵⁸⁸

In weiterer Folge stellen sich Ägypterinnen im Rahmen von Wahlen überwiegend als Unabhängige einer Kandidatur, was sich auf die mangelnde Unterstützung von Seiten der Parteien zurückführen lässt. Gerade oppositionelle Parteien sehen sich mit der Situation konfrontiert, dass ihre Kandidaten im Vergleich zur übermächtigen NDP wenige Chancen haben, die nötigen Stimmen auf sich zu vereinen. Aus ihrer Sicht stellt die Tatsache, eine Frau als Kandidatin aufzustellen ein großes Risiko dar, einen potentiellen Sitz auf einer bereits limitierten Wahlliste zu verlieren.⁵⁸⁹ Die Möglichkeit, einen effektiven Wahlkampf zu führen, wird determiniert durch die Fähigkeit der Mobilisierung entsprechender Ressourcen und von den Beziehungen zu staatlichen Autoritäten und Polizeikräften.⁵⁹⁰

*“Of course money was not the only source of discrimination among candidates. Many other factors created an imbalance between the different campaign strategies. Among these are the privileges and supports in terms of means, electoral arguments, but mostly of official authorizations available through NDP membership or holding a ministerial post.”*⁵⁹¹

Ressourcenausstattung erfolgt in erster Linie über familiäre Beziehungen, welche geschlechtsspezifischen Zuordnungen unterliegen. Auch langjährige parlamentarische Abwesenheit und damit einhergehend fehlende Netzwerke erschwert es Frauen, in institutionalisierten politischen Gremien Ägyptens Fuß zu fassen.⁵⁹²

Weiters zeigen sich die Gender-Ungleichheiten entlang horizontaler Linien innerhalb formeller Strukturen, wo die so genannte gläserne Decke für Frauen besonders deutlich wird. Politische Partizipation von Frauen beschränkt sich auf den untersten Ebenen, während Führungspositionen von Männern monopolisiert werden. Die wenigen Frauen, die es in die oberen Führungsebenen schaffen, entstammen überwiegend einflussreichen

⁵⁸⁸ vgl. Abou-Zeid, Gihan (2003): S 4; Harders, Cilja (1995): S 147f

⁵⁸⁹ vgl. Ebeid, Mona Makram (2004): S 30

⁵⁹⁰ vgl. Boutaleb, Assia (2004): S 16

⁵⁹¹ Boutaleb, Assia (2004): S 23

⁵⁹² vgl. Kapitel 4.1.

Familien mit ausreichenden sozialen und ökonomischen Ressourcen und überdurchschnittlicher Bildung im Vergleich zu männlichen Kontrahenten.⁵⁹³ Dieses hierarchische Modell der Partizipation basiert auf sozialen Einstellungen, welche wesentlich von konservativen und religiös-determinierten Ideologien beeinflusst sind und die von großen Teilen der Gesellschaft nicht hinterfragt, sondern vielmehr als gegebene Konstanten hingenommen werden.⁵⁹⁴ Dieser anwachsende gesellschaftliche Konservatismus macht auch vor liberalen und sozialistisch ausgerichteten Parteien nicht halt und äußert sich auf die Art, dass politisches Engagement von Frauen auch hier erschwert wird.⁵⁹⁵

Der Rückgang der Präsenz von Frauen in öffentlichen Gremien Ägyptens und die damit verbundene mangelnde Repräsentation seit dem Verbot der Frauenquote führte zu einer weiteren öffentlichen kulturellen Stagnation, welche ein negatives Bild der Positionen von Frauen in der Gesellschaft vermittelt. Kulturelle und soziale Prinzipien lehnen die Vorstellung ab, dass Frauen für weibliche KandidatInnen aufgrund ihres Geschlechts stimmen könnten und erst recht, dass gar Männer für Politikerinnen ihre Stimme abgeben würden. Dies ist unter anderem einer der Gründe, warum zwar mehr Frauen gewillt wären für ein öffentliches Amt anzutreten, weniger WählerInnen jedoch, aus unterschiedlichen Gründen sich dafür entscheiden können, ihnen schließlich auch ihre Stimme zu geben.⁵⁹⁶ Mitglieder ethnischer oder religiöser Minderheiten sehen sich mit denselben Schwierigkeiten konfrontiert: ein/e muslimische/r WählerIn hätte Schwierigkeiten damit, einen koptischen Kandidaten zu unterstützen, seine politische Macht auszubauen und damit dieser öffentlichen Stimme mehr Substanz zu verleihen.⁵⁹⁷

Nichtsdestotrotz gilt es die Verdienste und Anstrengungen von weiblichen Politikern hervorzuheben und die Erfolge zu würdigen, welche sie innerhalb der begrenzten Freiräume, in denen sie aktiv arbeiten können erreichten. Auch wenn sie anteilmäßig grob unterrepräsentiert sind, stellen sie qualitativ

⁵⁹³ 2008 wurde Eva Habeel in Koma Boha (Assiut Gouvernorate) zum ersten weiblichen Bürgermeister Ägyptens gewählt. Die Rechtsanwältin entstammt einer in der Region angesehenen koptischen Familie. Der Vater war bereits Bürgermeister des Dorfes. Im Wahlgang setzte sich das NDP-Mitglied überraschend gegen ihren jüngeren Bruder durch. vgl. ECWR (2008): S 3

⁵⁹⁴ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 190

⁵⁹⁵ vgl. Harders, Cilja (1995): S 82

⁵⁹⁶ vgl. Gomaa, Salwa Shaarawi (1998): S 41

⁵⁹⁷ vgl. Majed, Ziad (2005): S 6

die Arbeit ihrer männlichen Kollegen in den Schatten. Die Arbeit von Politikerinnen in den Parteien ist geprägt von Mehrfachbesetzungen aufgrund der geringen Anzahl an Frauen. Auch wenn ihnen der Zugang zur Parteispitze versperrt ist, so sind sie verhältnismäßig stark repräsentiert in den darunter liegenden Parteihierarchien. Im Parlament nutzen Frauen, verglichen zu ihrem Anteil mehr Redezeit und setzen sich aktiver für Projekte ein als männliche Parlamentarier. Dies sind Hinweise für ein verstärktes Bewusstsein der Notwendigkeit der Teilhabe von Frauen. Dabei geht es Frauen, die sich dafür entschieden haben in staatlich determinierten Institutionen zu partizipieren weniger darum, frauenspezifische Themen zu forcieren. Sie übernehmen vielmehr Ressorts, die ihren professionellen Kompetenzen entsprechen. Die Arbeit in institutionell fest verankerten Einrichtungen wie Parteien ist besonderes attraktiv für ältere Generationen, welche in der Einheitspartei politisch sozialisiert sind und für die jüngsten Generationen, die eine pragmatische Haltung zu Institutionen einnehmen, um auf diese Weise ihr persönliches berufliches Fortkommen zu sichern. Generationen mittleren Alters, deren politisches Bewusstsein zu Zeiten der StudentInnenunruhen geweckt wurde, stehen tendenziell Parteien eher skeptisch gegenüber und ziehen es vor in anderen Partizipationsforen wie NGOs zu partizipieren. Dieses Segment der politischen Teilhabe scheint generell attraktiver als Betätigungsfeld für Frauen und frauenbewegte Interessen zu sein.⁵⁹⁸

Staatliche Positionen nehmen in Bezug auf weibliche Partizipations- und Repräsentationsformen eine ambivalente Haltung ein. Im Rahmen des Rückzuges der staatlichen Verpflichtung aus staatsfeministischen Belangen wurden Maßnahmen, die öffentliche Präsenz von Frauen stärken und Mechanismen für gleichheitsgenerierende Geschlechterpolitik implementiert hatten, sukzessive zurückgenommen.

“President Mubarak justified his early policy of withdrawing any specific electoral support for women by claiming that women were capable of challenging men on their own right and no longer needed special legal mechanisms to guarantee their participation in politics. He was soon proven wrong. During the last three parliamentary elections, female representation has been rather low and President Mubarak had to re-address the issue at the time of drafting

⁵⁹⁸ vgl. Harders, Cilja (1995): S 146ff; Harders, Cilja (1994): S 26. vgl. Kapitel 8

*a new reform.*⁵⁹⁹

In diesem Sinne wurde 2000 die NCW gegründet, als erster Schritt, strukturelle Grundlagen für die Möglichkeit der Partizipation von Frauen in der institutionalisierten Sphäre zu schaffen. Weitere Reformen im Jahr 2007 sind ebenfalls unter diesem Aspekt zu betrachten. Die Änderungen des Wahlgesetzes 2007 sind als Versuch zu betrachten, Partizipations- und Repräsentationsmöglichkeiten zu forcieren. Bei den nächsten Wahlen wird wieder eine Mischung von Parteilisten und unabhängigen Kandidaturen zugelassen, mit der Vorschreibung einer Mindestrepräsentation für Frauen. Die Regelung der unterschiedlichen Zugänge zu Kandidaturen gab es bereits, mit mäßigem Erfolg, aufgrund der Undurchschaubarkeit der Wahlmechanismen. Es bleibt zu hoffen, dass die Reformen auch strukturelle Verbesserungen nach sich ziehen, um Wahlen effektiver zu gestalten. Die tatsächliche Umsetzung für die verfassungsmäßig festgelegte Mindestrepräsentation für Frauen wird ein Indiz sein für den wahrlichen Reformwillen der Regierung. Noch liegt keine Regelung dazu vor. Wichtig wird vor allem sein, Frauen nicht als Additiv zum bestehenden System zu betrachten. Die qualitative Einbeziehung von Frauen in politische Foren muss vorangetrieben werden, um Quotenregelungen nicht als symbolisches Zeichen frauenspezifischer Zugeständnisse verkommen zu lassen.

Mit diesen neuen Regelungen wird an bereits etablierte Einrichtungen, Maßnahmen und legislativen Verordnungen vorangegangener politischer Phasen angeknüpft. Alte Vorlagen werden in einen neuen demokratiepolitischen Kontext gestellt, um auf diese Weise auf unterschiedliche Forderungen von Seiten der Zivilgesellschaft und internationaler Gemeinschaften zu reagieren. Erstmals herrscht wieder das Bewusstsein, dass Frauen allein im freien Konkurrenzkampf, aufgrund ihrer mannigfaltigen gesellschafts-, geschlechts- und systemspezifischen Benachteiligungen ohne strukturelle Unterstützung, keine Chancen haben.

⁵⁹⁹ Conti, Erika (2007): S 12

Teil IV

Maßnahmen

7 Geschlechterpolitische Strategien

In diesem Kapitel gilt es den “National Council for Women“, welcher als staatsfeministische Einrichtung identifiziert wird, darzustellen. Facetten der Stärkung weiblicher Repräsentation in legislativen Institutionen zeigen Mechanismen der strukturellen Einbeziehung von Frauen auf. Welche gesellschaftliche und politische Relevanz Geschlechterpolitik hat, soll anhand der Rhetorik hinsichtlich Reformbestrebungen näher beleuchtet werden. Hier stellt sich die Frage, inwiefern frauenspezifische Forderung nach besseren Möglichkeiten der politischen Teilhabe in gegenwärtigen politischen Reformvorschlägen Berücksichtigung finden. Welche Themen mit Geschlechterpolitik assoziiert werden, die Art und Weise ihrer Implementierung in den politischen Prozess und ihre gesellschaftliche Durchsetzung, fördern dabei hegemoniale Diskursstrukturen zutage.

7.1 Portrait einer staatsfeministischen Einrichtung

Die Institutionalisierung frauenbewegter Anliegen kann auf unterschiedliche Weise erfolgen. Ägyptische Machthaber erkannten in verschiedenen Phasen politischer Entwicklungen die Inklusion von Frauen in öffentlichen Strukturen als notwendig und sinnvoll, nicht zuletzt zur Legitimierung ihres eigenen Herrschaftsanspruchs. Die ersten breitenwirksamen strukturellen Maßnahmen wurden in der sozialistischen Regierungszeit Nassers implementiert. Der sukzessive staatliche Rückzug von seinen staatsfeministischen Verpflichtungen wurde begleitet durch zwischenzeitliche Zugeständnisse an frauenbewegte Anliegen. Mit der Einbettung Ägyptens in globalisierte Politikmechanismen und indigenen Authentizitäts- und Modernitätsdiskursen begann sich staatliche Rhetorik wieder verstärkt auf die Verbesserung der Präsenz von Frauen in öffentlichen Sphären festzulegen. Mit der Ratifizierung internationaler Konventionen wurde die Grundlage gelegt, erneut strukturelle Schritte einzuleiten.

*“Any state should have a mechanism in charge of the promotion of women, which is the central policy coordination unit. Its main task is to support government – wide mainstreaming of a gender equality perspective in all policy areas”*⁶⁰⁰

Diese Richtlinie wird bereits im Beijing Platform of Action vorgegeben. Die jeweiligen Einrichtungen können hierbei verschiedene Formen annehmen – als Ministerium, als Sekretariat für frauenspezifische Angelegenheiten oder als Rat oder Kommission für frauen- oder genderrelevante Themen. Die Etablierung des National Council of Women 2000 dient somit als Schritt auf dem Weg, einige der Grundsätze des Aktionsplanes zu erfüllen.⁶⁰¹

7.1.1 Die Rolle des National Council of Women

Die Entwicklung der Position von Frauen in der Öffentlichkeit Ägyptens voranzutreiben wird immer mehr zu einem offiziellen Credo staatlicher Politik. Dies zeugt von der Einstellung, dass frauenspezifische Problematik nicht mehr nur eine Frage der Geschlechterordnungen ist, sondern vielmehr ein Anliegen darstellt, welches die Gesamtgesellschaft betrifft und beeinflusst. Die offiziellen Diskurse in einer Reihe von arabischen Ländern, darunter auch Ägypten betonen die Notwendigkeit, die politische Präsenz arabischer Frauen zu verstärken. In Folge wurde der National Council for Women installiert, als Sprachrohr für die Anliegen von Frauen und Förderinstrument für den Einstieg ins öffentliche und politische Leben, um auf diese Weise einen Beitrag zu nachhaltigen Entwicklungen im gesellschaftlichen Leben zu leisten.⁶⁰²

*“The National Council for Women was established by Presidential Decree No. 90 in the year 2000 as an independent institution under the Presidency of the Republic. The purpose of NCW is to advance the status of Egyptian women through social, economic and political empowerment. The establishment of NCW coincided with a number of national and international challenges and represents the culmination of Egyptian women’s achievements over the course of the twentieth century.”*⁶⁰³

⁶⁰⁰ Khafagy, Fatma: “A look at the women’s machinery” in: al-ahram weekly online März 2007: S 1 – <http://weekly.ahram.org.eg/2007/835/sc14.htm>

⁶⁰¹ vgl. Khafagy, Fatma (2007): S 1, Tallawy, Mervat (1997): S 129

⁶⁰² vgl. Mustafa, Hala (2005): S 15

⁶⁰³ aus einem Folder der NCW 2001

Im Sinne einer staatsfeministischen Einrichtung übernimmt der NCW dabei teilweise jene Aufgaben, wofür eigentlich das Sozialministerium zuständig wäre. In seinen Tätigkeiten steht er ausschließlich dem Präsidenten zur Rechenschaft.⁶⁰⁴ Die Aktivitäten des NCW sind durch Mandate festgelegt. Ein Mandat stellt dabei die Überwachung und Beurteilung politischer Entscheidungen und Gesetze dar, welche insbesondere Frauen betreffen bzw. die Kooperation mit den jeweils betrauten Regierungsinstitutionen. Möglichkeiten des NCW stellen auch den Einfluss auf die nationale Agenda dar, Gender-Themen publik zu machen, welche bis dato vernachlässigt wurden. Dafür wurde es mit Autonomie, eigenen Zuständigkeiten, einem eigenen Budget und Vollmachten ausgestattet, um notwendige Veränderungen in Beratung von und Kooperation mit legislativen Autoritäten, den Ministerien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen betroffenen Einrichtungen voranzutreiben.⁶⁰⁵

*“The council represents an important mechanism for improving the social and political role of Egyptian women, and can be relied on in the future to create women cadres. In cooperation with the ministries concerned, especially the ministries of culture and information, the council can play a leading role in spreading a social awareness that is characterized by understanding and flexibility, and is positive about political participation by women and about adopting their causes.”*⁶⁰⁶

Das NCW ist ein ausgeprägter Apparat mit einem Generalsekretariat, welches sich aus einem technischen und einem exekutiven Büro zusammensetzt und unterhält insgesamt 11 ständige Ausschüsse, welche sich auf die Bereiche Bildung, Training und wissenschaftliche Forschung, Information, Politische Partizipation, NGOs, Local Governance, Umwelt, Wirtschaft, internationale Beziehungen, Legislation, Kultur und Gesundheit fokussieren.⁶⁰⁷ 27 Zweigstellen, welche sich über das ganze Land verteilen, sollen den Dialog zu allen Segmenten der Bevölkerung ermöglichen. Auf diese Weise sollen Informationen zu Gender-Themen aus erster Hand generiert bzw. der Versuch unternommen werden, Unterstützungsprogramme punktgenau aufzubauen,

⁶⁰⁴ vgl. NCW – “Decree of the President of the Arab Republic of Egypt No 90 of year 2000”: Article 1 - http://www.ncwegypt.com/english/pres_dec.jsp

⁶⁰⁵ vgl. NCW (2006): S 19

⁶⁰⁶ Mustafa, Hala (2005): S 15

⁶⁰⁷ vgl. NCW (2000): Artikel 5

während gleichzeitig auf lokale Mentalitäten und Subkulturen eingegangen wird.⁶⁰⁸

Es gibt sowohl ehrenamtliche MitarbeiterInnen als auch hauptberuflich Angestellte. Das Aufsichtskomitee setzt sich aus verdienten Politikpersönlichkeiten beiderlei Geschlechts zusammen. Der Vorsitz obliegt Suzanne Mubarak. Ihr zur Seite gestellt, als Generalsekretärin, ist Farkhonda Hassan, Parlamentsmitglied von 1979 bis 1984 und anschließend Mitglied des Shura-Rates. Eine kleine Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Generalsekretariats rekrutiert sich aus frauenspezifischen NGOs, wobei diese weniger als RepräsentantInnen ihrer Organisationen, sondern vielmehr aufgrund ihres Profils als herausragende Persönlichkeiten der Gesellschaft ausgewählt werden.⁶⁰⁹

Entsprechend seines Mandats versucht der NCW in seiner Arbeit das Bewusstsein der Frauen bezüglich ihrer Rechte und Fähigkeiten zu schärfen, um damit ihre aktive Teilhabe am öffentlichen Geschehen des Landes zu fördern. Hierbei ist es beispielsweise ermächtigt, einen nationalen Aktionsplan zur Verbesserung der Möglichkeiten von Frauen zu erstellen. Gleichzeitig dient es als beratendes Gremium beim Entwurf von Gesetzen, welche insbesondere weibliche Lebensrealitäten ansprechen. Durch Veröffentlichungen von Zeitschriften und Publikationen, seiner Repräsentationstätigkeit in nationalen und internationalen Foren und der Leitung unterschiedlicher Schulungen wird die Tätigkeit des NCW komplettiert.⁶¹⁰ Spezifische Programme beispielsweise sollen Frauen nicht nur ermutigen, wählen zu gehen, sondern sich auch bei Wahlen einer Kandidatur zu stellen. Im Rahmen der Parlamentswahlen 2005 verhalf der NCW durch sein "National Digital Identification Card Programme" ca. 1 ½ Mio. Frauen zu einem Personalausweis, welcher obligatorisch für die Eintragung ins WählerInnenverzeichnis ist.⁶¹¹ Um die Anzahl potentieller Kandidatinnen bei kommenden Wahlen zu erhöhen, initiierte der NCW zusammen mit einigen NGOs als Pilotprojekt das *Centre for the Political Empowerment of Women*. Wesentliches Ziel stellt hier das Training potentieller Kandidatinnen für laufende Wahlkämpfe dar, um ihnen die nötigen technischen und Managementfähigkeiten zu vermitteln, sich

⁶⁰⁸ vgl. NCW (2006): S 19

⁶⁰⁹ vgl. Khafagy, Fatma (2007): S 2

⁶¹⁰ vgl. Khafagy, Fatma (2007): S 1

⁶¹¹ vgl. Kapitel 4.1.; vgl. Conti, Erika (2007): S 13; NCW (2006): S 5

gegen Konkurrenz durchzusetzen.⁶¹² Bemühungen fokussieren sich dabei auf folgendes 3-Punkte Programm:

1. *Increasing the awareness of women of their civic and political rights*
2. *Building their capacity for participation in public and political life through both theoretical and practical training*
3. *Creating awareness in the society at large of the importance of the participation and contribution of women to development through a country-wide activity in collaboration with the Ministry of Culture*⁶¹³

Konkrete Leistungen des Council zeigen sich am Einfluss zu verschiedenen Gesetzesänderungen, wie der Abänderung des StaatsbürgerInnenschaftsgesetzes dahingehend, dass nun auch ägyptische Frauen, welche mit nicht-ägyptischen Männern verheiratet waren, ihre StaatsbürgerInnenschaft auf ihre Kinder übertragen können.⁶¹⁴ Dieses Recht war bis dahin ägyptischen Männern vorbehalten. Auch die Einführung der Khula-Scheidung⁶¹⁵ lässt sich unter anderem auf NCW-Initiativen zurückführen. Des Weiteren bilden die Etablierung von Gleichstellungseinheiten in einzelnen Ministerien Schnittstellen der Kooperation zwischen dem Council und staatlichen Behörden. Fehlende finanzielle Förderungen und Vollmachten lassen die Bedeutung dieser Einrichtungen jedoch auf ein Minimum reduzieren. Die Einrichtung einer Ombudsstelle für Gender-Gerechtigkeit 2002 stellt eine Entwicklung in die richtige Richtung dar, auch wenn Nachhaltigkeit und Effektivität derartiger Institutionen bezweifelt werden.⁶¹⁶

⁶¹² vgl. NCW (2006): S 12

⁶¹³ vgl. NCW (2006): S 3

⁶¹⁴ vgl. NCW (2006): S 3; Einzige Ausnahme bilden binationale Partnerschaften mit palästinensischen Männern. vgl. Khafagy, Fatma (2007): S 2

⁶¹⁵ Dieses neue Gesetz wurde 2002 verabschiedet und erleichtert es Frauen einseitig die Scheidung auszusprechen. Bis dato war dies nur Männern vorbehalten. Frauen mussten vor Gericht ziehen und hatten triftige Gründe für die Trennung vorzubringen. Vorteil dieser Form der Scheidung ist die Möglichkeit einer raschen, unbürokratischen Trennung und der Vermeidung zeit- und energieraubender und psychisch belastender Gerichtsverhandlungen. Wesentlicher Nachteil stellt für viele, vor allem ressourcenschwache Frauen der Verzicht der materiellen Abfindung und die Rückgabe des Brautgeldes dar. Auf diese Weise wird diese Scheidung tendenziell eher von ökonomisch abgesicherten Frauen in Anspruch genommen. Frauen in prekäreren sozialen und ökonomischen Situationen wagen sich erst zu diesem Schritt, wenn die häusliche Situation einen untragbareren Zustand darstellt, als die Position einer geschiedenen Frau. vgl. FRIDE (2006): S 12

⁶¹⁶ vgl. Khafagy, Fatma (2007): S 2; NCW (2006): S 2

Zusammen mit der Etablierung des National Council for Childhood and Motherhood (NCCM) und dem National Council for Human Rights (NCHR)⁶¹⁷ bildet der NCW ein wichtiges staatliches Instrumentarium, um Gender-Ungleichheiten aufzuspüren mit dem Ziel, diese Kluft zu verringern, durch die Entwicklung von Strategien zur Steigerung weiblicher Teilhabe in sozialen, politischen und ökonomischen Belangen.⁶¹⁸

Der NCCM wird ebenfalls von Suzanne Mubarak geleitet und etablierte sich 1988 als wichtige Einrichtung zur Durchsetzung bedarfsorientierter Anliegen von Frauen im Familienverband und jungen Mädchen. Symptomatisch ist hier, dass die Interpretation der Bedürfnisse von Frauen über ihre Positionen als Mutter und Ehefrauen definiert wurde. Projekte fokussieren deshalb auf gesellschaftliche Thematiken. Im Jahr 2003 startete beispielsweise ein groß angelegtes Programm gegen die Praxis des FGM. Hierbei fokussierte diese Aktion auf rurale Regionen, wo diese Ausübung nach wie vor weit verbreitet ist. Derartige Kampagnen führten in weiterer Konsequenz zu einer Verurteilung von staatlicher Seite dieses Rituals als unislamisch und schließlich zu einem Verbotsgesetz. Eine weitere Kampagne stellt die Verbesserung der Konditionen von Geburtskliniken dar, zusammen mit einer Sensibilisierung von Frauen hinsichtlich der großen Risiken von, insbesondere in den ruralen Gebieten gängigen Hausgeburten.⁶¹⁹

Die Etablierung eines Apparates für frauenspezifische Angelegenheiten in Ägypten wird, nach Fatma Khafagy, charakterisiert durch eine Reihe von Dualismen, welche den Entwicklungsprozess einer Einrichtung wie den NCW formen und definieren. So treffen beispielsweise nationale auf internationale Motivationen mit jeweils spezifischen Interessensausrichtungen, religiöse Perspektiven kollidieren mit säkularen und es ergeben sich Spannungen zwischen staatlichen Traditionen einer top-down Entscheidungsfindung zu

⁶¹⁷ Das Parlament verabschiedete im Juni 2003 einen Beschluss zur Etablierung des NCHR, welches im Jänner 2004 seine Arbeit aufnahm. Sein Auftrag besteht darin, die Leistungen der ägyptischen Regierung bezüglich der Einhaltung von Menschenrechtsstandards zu überwachen und Menschenrechtsbildung voranzutreiben. Es gliedert sich an den Shura-Rat, besitzt jedoch ein eigenes Budget und eigene Statuten. In regelmäßigen Berichten zeigt der Menschenrechtsrat Missstände auf und plädiert in diesem Zusammenhang für die Außerkraftsetzung des Ausnahmezustandes, für eine Reform des Strafgesetzes, für die Abschaffung von Folter in den Gefängnissen und für erweiterte Kompetenzen der Judikative im Rahmen der Wahlüberwachung. vgl. FRIDE (2006): S 13

⁶¹⁸ vgl. NCW (2006): S 3

⁶¹⁹ vgl. NCW (2006): S 3ff

bottom-up Demokratisierungsprozessen.⁶²⁰

Der erste Dualismus findet Ausdruck in der Tatsache, dass sich die Verpflichtung der Installierung einer frauenspezifischen Einrichtung auf entsprechende UN-Initiativen der 1970er Jahre zurückführen lassen. Ägypten richtete daraufhin eine Frauenabteilung innerhalb des Sozialministeriums ein, welches jedoch aufgrund ihrer fehlenden Vollmachten wenig zur Etablierung gender-gerechter Maßnahmen beitragen konnte.⁶²¹ Aufgrund vermehrten internationalen Drucks folgte 1993 ein *National Committee for Women*, welches sich innerhalb des *National Council for Childhood and Motherhood* konstituierte. Als eigenständige Einrichtung erhielt 2000 das National Council for Women schließlich grundlegende Vollmachten durch ein vielfältiges Mandat und wurde mit eigenständigen Geldmitteln aus dem Regierungsbudget ausgestattet.⁶²²

Die Tatsache, dass ursprünglich ein Frauenkomitee innerhalb des NCCM existierte, repräsentiert den zweiten Dualismus. Das Verlangen traditioneller Elemente, Frauen in erster Linie als Mitglieder einer (patriarchal organisierten) Familie zu definieren, resultierte in einer institutionalisierten Festlegung von Frauen als Mütter und Hüterinnen des eigenen Clans. Dem Anspruch, Frauen zuerst als Individuen mit eigenen Rechten festzulegen, wurde erst mit der Aufteilung frauenspezifischer Angelegenheiten auf zwei verschiedene Councils Rechnung getragen.⁶²³

Der dritte Dualismus bezieht sich auf die Form der Entwicklung eines nationalen Apparatus als top-down Entscheidungsprozess mit limitierten Formen der Teilhabe.

“The decisions to establish these machineries were taken by a few important public figures, often by first ladies supported by their close and trusted associates without much participation from women’s groups or NGOs. The initiatives often partly reflected a desire to improve the countries’ external image, in addition to genuine political will to promote the status of women, albeit as defined by a few select women not necessarily representing the interests

⁶²⁰ vgl. Khafagy, Fatma (2007): S 1

⁶²¹ vgl. Kapitel 5.2.2.

⁶²² vgl. Khafagy, Fatma (2007): S 1

⁶²³ vgl. Khafagy, Fatma (2007): S 1

*of wider women's groups.*⁶²⁴

Die Tatsache, dass diese wichtige frauenspezifische Einrichtung von der First Lady geleitet wird, verdeutlicht die Form der Politik des Landes und die Rollen, welche zivilgesellschaftliche Organisationen darin spielen. Auch hier lässt sich eine Transformation feststellen, da vor Suzanne Mubarak keine der First Ladies ein staatliches Amt innehatte. Jehan Sadat initiierte viele Organisationen, welche aufgrund ihrer Stellung großzügige staatliche Förderungen erhielten, sie bekleidete jedoch keinen politischen Posten. Suzanne Mubarak verbindet in ihrer Arbeit persönliche Netzwerke und bereits etablierte Frauennetzwerke innerhalb staatlicher Strukturen. Auf diese Weise bleibt die entscheidungsfähige Instanz fest in Händen der herrschenden Elite. Die Interpretation frauenbewegter Anliegen erfolgt vor dem Hintergrund der Einhaltung internationaler Konventionen in Verbindung mit machstrategischen Zielen. Tradierte Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen werden dabei nicht in Frage gestellt. Die pragmatische Grundhaltung der Organisation in Bezug auf Gesellschafts- und Geschlechterordnungen und ihre Bedeutung für öffentlich-politische Teilhabe verdeutlicht Farkhonda Hassan folgendermaßen:

*"I do not even think it is necessary for us to talk about being in politics as women, we must do our work and do it well – showing our strength through our work and thereby saying here we are, reckon with us."*⁶²⁵

Geschlechterverhältnisse und darauf basierende soziale, politische und ökonomische Ordnungsgefüge bedürfen ihrer Meinung nach nicht einer Reform. Auch staatliche Strukturen müssen nicht transformiert, sondern lediglich die weiblichen Zugänge zu diesen erleichtert werden. Diese Perspektive spiegelt die Handhabe von Frauen in formellen Politikbereichen wieder, wo frauenspezifische Förderung als bürokratische Grundhaltung betrachtet wird, weibliche Quantität in etablierten Gremien zu steigern. Die Selektion politischer Entscheidungsträgerinnen und ihre Protektion durch den Staat ergibt ein dynamisches Verhältnis der gegenseitigen Legitimität.

⁶²⁴ Khafagy; Fatma (2007): S 1

⁶²⁵ Hassan, Farkhanda zit. in Karam, Azza (1999): S 5

7.1.2 Kritik am National Council of Women

Der NCW wird von SkeptikerInnen weniger als staatliche Einrichtung als vielmehr Teil der Regierungspartei gesehen. Tatsächlich werden dem NCW im Gebäude der Regierungspartei großzügige Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Auch wenn es auf den ersten Blick wie ein und dasselbe wirkt, so gibt es doch feine Unterschiede. Die Assoziation des NCW mit der NDP lässt sich darauf zurückführen, dass die Regierungspartei selbst, weniger als eigenständige Partei denn vielmehr als Legitimationsbasis für den Präsidenten auftritt.

Die Arbeit des NCW wird beeinträchtigt durch fehlende Organisationsstrukturen und insbesondere durch die Abwesenheit eines grundlegenden nationalen Konsenses hinsichtlich Geschlechterpolitik. Neopatriarchale Muster innerhalb dieser staatlichen Strukturen erschweren die Implementierung geschlechtergerechter Direktiven noch zusätzlich. Die EntscheidungsträgerInnen der NCW adaptieren zwar internationale Projekte zur Frauenförderung, es fehlt jedoch an effektiven Förderungsmechanismen, diese auch konsequent umzusetzen. KritikerInnen unterstellen ihnen mangelnden Willen, Frauen adäquat zu unterstützen, um auf diese Weise die eigene Regierung und ihre politischen Entscheidungen nicht unter Druck zu setzen. Vielmehr konzentrierte sich der NCW darauf, der NDP Wahlstimmen zu vermitteln, indem sie sich beispielsweise verstärkt dafür einsetzt, dass alle Frauen in Besitz eines Personalausweises und einer Wahlkarte gelangen, wenn diese Themen im Fokus der Medien stehen. Auf diese Weise wird die Rhetorik bezüglich politischer Rechte von Frauen als politische Strategie entlarvt.⁶²⁶

Auch der Fokus auf Verwaltungsaufgaben, denen sich der NCW verschrieben fühlt, verfehlt den Sinn einer Einrichtung, welche als übergeordnete Schirmorganisation wichtige Verbindungen zwischen der Vielzahl an Organisationen und Einrichtungen der Frauenbewegungen und staatlichen Entscheidungsstrukturen herstellen soll, um auf diese Weise frauenspezifische Anliegen nach innen wie nach außen konstruktiv zu vertreten.

“The National Council for Women’s role is to influence and group together the main players in the women’s movement and coordinate their efforts, but they get side tracked with administrative work to hold trainings and to prepare

⁶²⁶ vgl. ECWR (2006): S 9

*women for political participation, but this isn't really its role, this is the role of women's organisation.*⁶²⁷

Einer der 11 ständigen Ausschüsse setzt sich mit der Arbeit von NGOs auseinander. Das Verhältnis von Council und NGOs ist jedoch nicht formalisiert, was an der Tatsache verdeutlicht wird, dass keine der einflussreichsten frauenspezifischen Organisationen Eingang in das Regelwerk des NCW finden, auch wenn sie manchmal zu Veranstaltungen geladen sind. Vorgehensweisen und Kommunikationskanäle sind nicht klar definiert.⁶²⁸

Ägypten wird bei internationalen Konferenzen zunehmend vom NCW vertreten. Diese Delegation tritt als Sprachrohr für die Anliegen ägyptischer Frauen auf. Durch ihre selektive Rekrutierung ergibt sich auf diese Weise ein eindimensionales Bild weiblicher Lebensrealitäten in Ägypten. NGOs wird die interne Koordination und Kooperation durch einen Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen und ihre angefochtene Legitimität erschwert. Sie kritisieren, dass staatliches Agieren und der NCW als dessen Vertreter zwar die Rhetorik unabhängiger Organisationen in Hinsicht auf Frauen- und Menschenrechtsdebatten übernimmt, den substantiellen Wert ihrer Tätigkeiten jedoch weder anerkennt noch adaptiert.

Die Arbeit des NCW wird von Seiten zivilgesellschaftlicher Organisationen als wichtige Maßnahme in Bezug auf die Implementierung frauenspezifischer Mechanismen empfunden. Die Kooperation mit staatlichen Institutionen wird als bedeutendes Element betrachtet, breitenwirksame Veränderungen herbeizuführen.⁶²⁹ Kritisiert wird jedoch die pragmatische Haltung des NCW hinsichtlich staatlicher Entscheidungsprozesse, was jedoch aus der Verortung der NCW-Führungsriege in ebendiesen Strukturen begründet liegt. Auch droht durch die Instrumentalisierung frauenbewegter Anliegen unter einer einheitlichen staatlichen Struktur, unabhängigen Bewegungen eine zusätzliche Einschränkung ihrer Bewegungsräume. Zivilgesellschaftliche Forderungen an den NCW sind, weniger als staatliches Auffangbecken der Aktivitäten von Nichtregierungseinrichtungen zu fungieren und damit NGOs ihrer Berechtigung und Existenz zu berauben, als vielmehr wesentliche Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten zwischen Staat

⁶²⁷ ECWR (2006): S 9

⁶²⁸ vgl. Khafagy, Fatma (2007): S 2

⁶²⁹ vgl. Kapitel 3.1.2.

und unabhängigen Organisationen herzustellen.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist eine klare Abgrenzung und Definition der Aufgabenfelder des NCW. Hier ist eine deutliche Abwendung von Tätigkeiten notwendig, welche besser NGOs obliegen würden. Diese müssten jedoch auch die nötigen legislativen Spielräume erhalten, um politisch agieren zu können. Auch wenn der NCW innerhalb staatlicher Strukturen fungiert, ist es dennoch nötig, sich von regierungstreuen Vorgaben zu lösen, um auf diese Weise andere Regierungsorganisationen, in Hinblick auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten, untersuchen und kritisieren zu können und um den nötigen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Auslegung der Formen der Geschlechterrepräsentativität und die Problemwahrnehmungen frauenspezifischer Bedürfnisse verdeutlichen den Umgang des NCW mit so genannten „Frauenthemen“. Diesen selektiven Auseinandersetzungen mit weiblichen Lebensrealitäten stellen frauenbewegte Organisationen konterkarierende Lebenskonzeptionen entgegen. Wesentlicher Fokus des Egyptian Center for Women's Rights beispielsweise zielt seit Jahren auf sexuelle Belästigungen von Mädchen und Frauen in der Öffentlichkeit ab. Der NCW befasste sich lange Zeit nicht mit diesem gesellschaftlichen Tabuthema. Bezug nehmend auf publik gewordene sexuelle Übergriffe sprachen offizielle Entscheidungsträgerinnen noch von einigen unglücklichen Ausnahmen. 2008 erfuhr diese Thematik, nicht zuletzt durch die fortwährende Agitation von Seiten der Frauenbewegungen, öffentliches Medieninteresse und gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen. Erst diese gesteigerte Konfrontation mit der Thematik veranlasste den NCW zu einer Auseinandersetzung und zur Empfehlung verstärkter strafrechtlicher Maßnahmen bei sexuellen Übergriffen, Vergewaltigung und Entführung.⁶³⁰

Fraueninteressen werden in diesem Sinne vom NCW im Rahmen ihrer Positionen als Ehefrauen und Mütter oder im Sinne des Zuganges zu Bildung, Gesundheit, öffentlichen Einrichtungen interpretiert. Auch die Verflechtung von frauenspezifischen Anliegen mit demokratiepolitischen Forderungen scheint in diesem Zusammenhang nicht immer klar zu sein.

“When they first attempted to exercise their political empowerment to voice their opinion on changing Article 76 of the Constitution, peacefully

⁶³⁰ vgl. ECWR (2008): S 3ff

*demonstrating women were subject to sexual harassment in front of journalist syndicate. Expressing their “new concept of political women’s empowerment”, Farkhanda Hassan, General Secretary of the National Council for Women, declared no responsibility because “women who demonstrated were expressing their opinions on the general interest of this country, not specifically on women’s rights”.*⁶³¹

Der NCW ist aus diesem Grund nach wie vor überwiegend fixiert auf wohlfahrtsstaatliche Programme, wie es der Struktur staatlicher Politik entspricht. Vielmehr sollte mehr Stellenwert auf strategische Interessen von Frauen gelegt werden. Personenstandsrecht, StaatsbürgerInnenchaftsrecht, Strafrecht oder geschlechtsspezifische Gewalt sind nach wie vor Ansätze, Forderungen nach mehr Demokratie und einer Kultur der Partizipation und Repräsentation gerecht zu werden.⁶³²

Die Existenz des NCW ist prinzipiell positiv und als ersten Schritt in Richtung frauenspezifischer Maßnahmen zu werten. Dabei soll es jedoch nicht bleiben. Der staatliche Apparat bedarf einer grundlegenden Umgestaltung und der Implementierung gleichheitsgenerierender Institutionen auf allen Ebenen formalisierter Gefüge.

*“It should be noted that a national women’s machinery cannot do miracles without other institutions and legislation in place, such as a strong Gender Equality Act as well as a strong ombudsperson for gender equality, a parliamentary commission for gender equality, gender focal points in all governmental institutions, and a consultative commission on gender equality for the preparation of development plans.”*⁶³³

Auch breitenwirksame Strukturen müssen weiter implementiert werden, um auf diese Weise großen Bevölkerungsteilen nicht nur Serviceleistungen, sondern insbesondere auch Möglichkeiten zukommen zu lassen, sich politisch artikulieren zu können, ohne Repressionen fürchten zu müssen. Die Einbettung frauenspezifischer Anliegen in gesellschafts- und demokratiepolitische Debatten ist daher unumgänglich. Es darf nicht genügen, Frauen in legislativen Strukturen und anderen Bereichen der Öffentlichkeit hinzu zu addieren. Bewusstseinsbildende Maßnahmen und eine Transformation politischer

⁶³¹ ECWR (2006): S 5

⁶³² vgl. Khafagy, Fatma (2007): S 2f

⁶³³ Khafagy, Fatma (2007): S 3

Konstruktionen sind vonnöten, um Frauen auf einer ebenbürtigen Basis die Teilhabe zu ermöglichen. Machtstrategische Überlegungen stehen diesen Forderungen aber nach wie vor im Wege. So sehr top-down Handlungen zur umfassenden gleichheitsgenerierenden Regelungen zu begrüßen sind, so sehr müssen zivilgesellschaftliche Institutionen gestützt werden, um weite Segmente der Bevölkerung und ihre Lebensrealitäten in den Entscheidungsprozess inkludieren zu können.

7.2 Mechanismen zur strukturellen Verbesserung der Teilhabe von Frauen

Neben den eben vorgestellten Möglichkeiten der Implementierung von Frauenanliegen in eine staatliche Institution sind, als wesentliche Elemente staatsfeministischen Handelns, strukturelle Maßnahmen zu schaffen, um weibliche Repräsentation in formalisierten Institutionen sowohl auf quantitative als auch auf qualitative Weise zu forcieren.⁶³⁴

Hardmeier formuliert unter anderem als entsprechende Instrumente Maßnahmen für breitenwirksame Aufklärung und Information, Gender Mainstreaming, Frauenparteien und -listen und Quotenregelungen in legislativen und exekutiven Arenen und Listenquoten für die Aufstellung in Wahlkämpfen.⁶³⁵ Einiger dieser Regelungen hat es in Ägypten in der einen oder anderen Form schon gegeben. Sie sind jedoch im spezifischen sozio-kulturellen Kontext des Landes zu betrachten. Frauenparteien wurden in Ägypten bereits ab 1944 gegründet, doch nicht zuletzt aufgrund der allgemeinen schwachen Repräsentationsfähigkeit von Parteien gerieten auch diese Fraktionen nicht über ihren symbolischen Charakter hinaus. Demokratiepolitische Weichenstellungen sind damit unumgänglich, um allgemeine systemische Partizipations- und Repräsentationsbedingungen zu schaffen. Darauf aufbauend können frauenspezifische Maßnahmen ihre Wirksamkeit entfalten.

Azza Karam identifiziert vier Ebenen, worauf sich Aktivitäten und Entwicklungen konzentrieren müssen, um die Präsenz von Frauen in öffentlichen Gremien Ägyptens zu stärken. Diese sind die institutionelle oder

⁶³⁴ vgl. Kapitel 2.3.

⁶³⁵ vgl. Hardmeier, Sibylle (2004): S 165

prozedurale Ebene, die Ebene der Repräsentation, das Diskursfeld und die Form des Einflusses in Entscheidungsfindungsprozessen.

Im ersten Bereich gilt es, die jeweils geltenden Regeln zu erfassen, lernen damit umzugehen und in weiterer Konsequenz Mechanismen zu entwickeln, diese Regeln zu ändern. Die artikulierten Ziele lauten hierbei die Analyse der Beschaffenheit der Institutionen an sich und das Aufzeigen jener Vorgehensweisen, welche Zugänge für Frauen bis jetzt verhindern. Als wesentlich stellt sich die Identifikation ägyptischer politischer Gremien als patriarchale Hierarchie- und Protektionsgefüge dar. Es gilt diese Gerüste aufzubrechen, um substantielle Partizipationsmuster implementieren zu können.

Die zweite Ebene der Repräsentation von Frauen kann nur gewährleistet werden, wenn konkrete und spezifische Bemühungen unternommen werden, Zugänge auch in höhere Positionen zu öffnen. Dreh- und Angelpunkt stellen hierbei auch die politischen Parteien dar, welche durch eine Veränderung ihrer hierarchischen Aufstellungen bereits erste Barrieren im Zutritt für Frauen in öffentliche Ämter beseitigen könnten.

Die Diskursebene bezieht sich auf politische Sprache und Verhalten, also einen politischen Code, welchen es sich anzueignen gilt, um Einfluss auf politische Diskurse üben zu können. Aufgrund der historisch bedingten fehlenden Erfahrungen konnten sich Frauen diese Verhaltensschlüssel nicht aneignen. Spezielle Trainings dienen dazu, weibliche Kandidaten konkurrenzfähig zu machen. Gleichzeitig ist es notwendig, Verhaltenskenntnisse zu erweitern und mit dem brachliegenden Erfahrungsschatz von Frauen zu ergänzen.

Und die letzte Ebene bezieht sich auf Einflussmöglichkeiten, um auf legislative Maßnahmen dahingehen einwirken zu können, eine inklusive Haltung zu Frauenperspektiven, -angelegenheiten und -haltungen zu erreichen.⁶³⁶ Diesem demokratiepolitischen Problem liegt die Notwendigkeit der Mobilisierung weiter Bevölkerungsteile zugrunde. Die Machterhaltungsstrategie der Regierung muss zugunsten erweiterter Teilhabemöglichkeiten adaptiert werden.

Um als Frauen einen Unterschied im politischen Prozess festmachen zu können, benötigt es laut Azza Karam einer „kritischen Masse“, um auf diese

⁶³⁶ vgl. Karam, Azza (1999): S 23f

Weise der Gefahr zu entrinnen, im institutionellen Rahmen unterzugehen und um gemeinsame Standpunkte hinsichtlich frauenspezifischer Themen finden zu können. Diese „kritische Masse“ kann erreicht werden, wenn mindestens 30% der entscheidungsfindenden Gremien von Frauen besetzt sind. Zwei grundlegende Mechanismen dienen hierbei dazu, die Anzahl von Frauen in legislativen Foren zu steigern – Quotenregelungen und Wahlmodi.⁶³⁷

Über die unterschiedlichen Formen der Wahlmodi und deren Auswirkungen auf Partizipationsmöglichkeiten von Frauen wurde bereits in Kapitel 6.2.2. näher eingegangen. Darum beschäftigen wir uns nun mit dem zweiten grundlegenden Mechanismus zur Förderung der Teilhabe von Frauen in politischen Institutionen.

7.2.1 Quotenregelung

Quotenregelungen werden im politischen Diskurs meist synonym benutzt für reservierte Plätze für Frauen in legislativen Gremien, auch wenn der Begriff nichts anderes bedeutet, als systematische Aufteilungen nach spezifischen Kriterien, worunter Kategorien wie Geschlecht, Alter, Herkunft, Beruf, etc. fallen können.⁶³⁸

Ein bezeichnendes Merkmal des ägyptischen Wahlsystems in Ägypten ist die Tatsache, dass die Hälfte aller Sitze von ArbeiterInnen und LandwirtInnen besetzt werden müssen. Dies reflektiert die sozialistische Orientierung und ihre Prinzipien, welche Ende der 50er Jahre proklamiert wurden und bis auf den heutigen Tag Eingang in die Verfassung finden. Interessant hierbei ist der Aspekt, dass diese selbst auferlegte Quote, im Gegensatz zum Kontingent bezüglich der Repräsentation von Frauen, nicht als verfassungswidrig gilt, da die Konstitution diesbezüglich selbst widersprüchlich ist. Tatsächlich widerspricht auch die repräsentative Reglementierung nach Berufsstand rein argumentativ genauso dem Prinzip der Gleichheit aller BürgerInnen, unabhängig ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Ideologie oder ihres Geschlechts und der Grundsatz der Gleichheit der Möglichkeiten wird umgangen.⁶³⁹

Auch wenn die Repräsentationsquote von Frauen vom Verfassungsgericht auf

⁶³⁷ vgl. Karam, Azza (1999): S 19

⁶³⁸ vgl. Karam, Azza (1999): S 19

⁶³⁹ vgl. Majed, Ziad (2005): S 6; Abou-Zeid, Gihan (2003): S 2ff

den ersten Blick als dem Gleichheitsgrundsatz widersprüchlich gesehen wird, entspricht es auf einer tiefer gehenden Ebene vielmehr dem Grundprinzip der Gleichberechtigung. Das aufgehobene Gesetz bezweckte gerade eine Minimumrepräsentation für Frauen im Parlament, um den Weg zu einer proportionalen Repräsentation zu ebnen. Intention ist die kurzfristige Implementierung einer „positiven“ Diskriminierung, um Frauen die Möglichkeit zu geben, Erfahrungen und eigene Ressourcen aufzubauen, um in einem gleichwertigen Forum gegen männliche Kontrahenten antreten zu können.⁶⁴⁰ Es entspricht also der verfassungsrechtlichen Forderung nach Gleichheit, Frauen für soziale und historische Faktoren temporär zu entschädigen, welche sie daran gehindert haben, Fähigkeiten und Selbstvertrauen aufzubauen, die unumgänglich dafür sind eine aktive Rolle im öffentlichen Leben einzunehmen.⁶⁴¹

*“It is a requirement and indeed a duty of the Egyptian government and the political parties to make an effort to provide minimum representation of the Egyptian woman. At this stage the Egyptian women should be treated like a minority that requires protection and not like 50 % of the total population. Equality should in this case be regarded in a deeper sense and not just at the formal level.”*⁶⁴²

Diese Regelung stimmt auch mit der *Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women* überein, welches Ägypten 1981 ratifiziert hatte. Diese fordert außerordentliche Übergangsmechanismen, um Frauen den Zugang zu verschiedenen politischen und ökonomischen Feldern zu erleichtern. Die Notwendigkeit von institutionalisierten Maßnahmen wird betont, um Frauen den Weg zu voller Gleichberechtigung zu ebnen. Die ägyptische Führung bezeugte damit ihr Interesse, internationale Beziehungen weiter zu verbessern und ihr Image hinsichtlich des Umgangs mit Menschenrechten zu verbessern.⁶⁴³ Die Auswirkungen bei Wegfall dieser Übergangsmaßnahmen zeigten sich im kontinuierlichen Abfall des

⁶⁴⁰ vgl. Zulficar, Mona (1995): S 65; Karam, Azza (1999): S 20

⁶⁴¹ vgl. The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt (1992): S 29

⁶⁴² Zulficar, Mona (1995): S 112

⁶⁴³ vgl. Abou-Zeid, Gihan (2003): S 2; Abou-Zeid, Gihan (2006b): S 176; United Nations: “Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women” – <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/text/econvention.htm>

Frauenanteils im Parlament ab 1979.⁶⁴⁴ Als Reaktion auf diese Entwicklung und die jüngsten Reformbestrebungen von Seiten der Regierung wird eine neuerliche Quotenregelung festgelegt. Der Entwurf des Artikels 62 der neuen Verfassung von 2007 garantiert Frauen eine Mindestanzahl an Sitzen in beiden Häusern des Parlaments. Die Höhe dieser Anzahl muss jedoch erst per Gesetz beschlossen werden.⁶⁴⁵

Sowohl Quotenregelungen als auch bestimmte Wahlsysteme gelten also als erfolgreiche Mechanismen, um die Anzahl von Frauen in entscheidungsbildenden Gremien zu fördern. Doch in den Bemühungen, mehr Frauen Zugang zu politischen Institutionen zu verschaffen, wird oft darauf vergessen, sich der Bedürfnisse und Erfordernisse von Frauen anzunehmen, die es bereits geschafft haben in diesen Gremien Fuß zu fassen. Auf diese Weise ergeben sich entsprechend eines Reports der UN Commission on the Status of Women von 1997 wenige Möglichkeiten, spezifische Formen der politischen Handhabe von Frauen herauszufiltern. Einer Analyse, inwieweit politisches Agieren geschlechtsspezifisch festgemacht werden kann, sind damit erhebliche Hindernisse gesetzt.⁶⁴⁶

*“This lack of information is particularly true of the Arab region, where most of the emphasis tends to be focused on phase 1: attempting to reach a critical mass, with little, if any, thought, given to assisting the ones who have made it to important positions of political influence. Although this situation makes it difficult to come up with universalised strategies, there are nevertheless important steps that can be taken into account in women’s attempts to make a difference to and within, political institutions.”*⁶⁴⁷

Temporäre geschlechtsspezifische Kontingente dürfen nicht nachhaltige Auseinandersetzung mit Frauenpartizipation und –repräsentativität eliminieren. Der zahlenmäßigen Eingliederung weiblicher Kandidatinnen in formalisierten Institutionen müssen qualitative Maßnahmen folgen, um Ägypterinnen die Artikulation und Durchsetzung ihrer Anliegen möglich zu machen.

⁶⁴⁴ vgl. Zulficar, Mona (1995): S 65; The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt (1992): S 29

⁶⁴⁵ vgl. Conti, Erika (2007): S 12; Abou-Zeid, Gihan (2006b): S 189f

⁶⁴⁶ vgl. Karam, Azza (1999): S 22

⁶⁴⁷ vgl. Karam, Azza (1999): S 22f

7.2.2 Rolle internationaler Organisationen

Internationale Organisationen, insbesondere die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) spielen vermehrt eine sozio-politische Rolle in nationalen Strukturen Ägyptens. Sie können sowohl als Unterstützung zur Umsetzung gleichheitsgenerierender Strategien, als auch als Druckmittel in der Auseinandersetzung mit machstrategischen Überlegungen dienen. Die 1975 durch den ersten Weltfrauengipfel in Mexiko eingeläutete UN-Frauendekade führte beispielsweise zu weit reichenden nationalen Entwicklungen.⁶⁴⁸

*“The UN Decade for Women encouraged a significant amount of global networking and flow of information on the issue of gender relations, gender and development, and women’s rights (as part of human rights) more broadly. In the context of the Arab world, the UN provided a much-needed aegis of support and activism which greatly benefits existing women-based and human rights networks, as well as encourages ongoing efforts towards strengthening existing endeavours on that front.”*⁶⁴⁹

Unterstützung sowohl für staatliche als auch Nicht-Regierungs-Projekte können internationale Organisationen auf unterschiedlichen Ebenen gewähren⁶⁵⁰:

- Schaffung von Maßnahmen, um demokratische Prozesse als Werte erkennbar zu machen, durch die Unterstützung von Rahmenbedingungen und das Ermöglichen von Erfahrungsaustausch. Ressourcenförderungen sollen insbesondere, im politischen Prozess schwach verankerten Vereinigungen Partizipationsmöglichkeiten erleichtern.⁶⁵¹
- In einem Zeitalter globalisierter Informationstechnologie stellt es für ressourcenschwache Gesellschaftssegmente nach wie vor eine Schwierigkeit des Zuganges zu unterschiedlichen Informationsquellen dar, nicht zuletzt aufgrund der hohen AnalphabetInnenrate. Neben fehlender Bildung sind mangelnder Zugang zu Computern und ungenügendes Wissen damit umzugehen, insbesondere für Frauen, ein wesentliches Handicap, sich öffentlichen Ausdruck zu

⁶⁴⁸ vgl. Tallawy, Mervat (1997): S 129ff

⁶⁴⁹ Karam, Azza (1999): S 26

⁶⁵⁰ folgende Aspekte orientieren sich an Karam, Azza (1999): S 27f

⁶⁵¹ vgl. Tallawy, Mervat (1997): S 139

verschaffen und auf der politischen Ebene konkurrieren zu können. Alphabetisierungsprogramme, das zur Verfügungstellen der nötigen Einrichtungen und das unerlässliche Training im Umgang mit neuen Medien stellen eine wesentliche Herausforderung dar.

- Es fehlen über weite Teile aussagekräftige wissenschaftliche Analysen, welche die Barrieregründe für politische Partizipation und Repräsentation von Frauen in arabischen Ländern ausreichend erläutern. Diese sind vonnöten, um Argumente in öffentlichen Diskursen zu zementieren, die die Notwendigkeit der Etablierung frauenfördernder Maßnahmen betonen. Das Herausarbeiten unterschiedlicher Aspekte wie Einfluss verschiedener Wahlsysteme auf Repräsentationszahlen von Frauen, (Miss-)Erfolg von Quotenregelungen oder Erfahrungswerte aktiver Politikerinnen stellen Maßnahmen dar, Frauen in politischen Feldern sichtbar zu machen. Grundlagen stellen seriöse Statistiken zu Partizipations- und Repräsentationsmöglichkeiten und –formen dar. Das staatliche Statistikbüro hat es bis dato verabsäumt dieser Verpflichtung nachzukommen, um darauf basierende Auswertungen vornehmen zu können.
- Ökonomische Rahmenbedingungen finden bei Internationalen Organisationen insbesondere Beachtung in Bereichen, welche sich auf Armutsbekämpfung beziehen. Bis jetzt fehlt eine stärkere Verbindung zwischen Wirtschafts- und politischen Programmen, welche finanzielle Möglichkeiten von Frauen stärken und ihnen den Zugang zu und die Ausübung von politischen Posten ermöglichen würde.⁶⁵²

Der Einfluss internationaler politischer Entscheidungen auf die Region ist nicht als gering zu schätzen. Die Auseinandersetzung mit den spezifischen sozio-kulturellen Merkmalen arabischer Länder rückte jedoch angesichts strategischer und ökonomischer Interessen oft in den Hintergrund. Ein sensibler Umgang mit charakterisierenden Bedürfnissen der indigenen Bevölkerung ist gefragt, nicht zuletzt um polarisierende Zuordnungen zu vermeiden und vertrauensbildende Maßnahmen zu setzen.⁶⁵³

⁶⁵² vgl. Tallawy, Mervat (1997): S 139

⁶⁵³ vgl. Tallawy, Mervat (1997): S 140

7.3 Politische Diskurse im Rahmen neuerer Reformbestrebungen

7.3.1 Staatliche Haltung

Führer in arabischen Ländern weisen in ihrer Konstanz großteils eine bemerkenswerte Kontinuität zu vergangenen Herrschaftsformen auf. Präsident Mubarak gestaltet seit beeindruckenden 28 Jahren staatliche ägyptische Politik nach seinen Vorstellungen. Auch wenn Wahlen und legislative Institutionen in den Systemen etabliert sind, ist das eigentliche Thema deren demokratische Umsetzung, welche die Möglichkeit der Wahl der Führer, Repräsentation und Partizipation beinhalten würde sowie der Aussicht auf einen eventuellen Wechsel der regierenden Elite. Das ägyptische System und seine ihm zugrunde liegende politische Kultur sind in ein legislatives Gefüge eingebettet. Auch wenn das Regime in seinen politischen Entscheidungen autoritäre Züge aufweist, bewegt es sich doch im Rahmen der Gesetze. Dabei zieht es die Regierung vor, Gesetze zu ändern oder einen legalen Weg zu finden sie zu umgehen, als sie zu ignorieren. Die regierende Partei weist in ihrer legislativen Dominanz dabei eine erstaunliche Fähigkeit auf, Gesetze zu verfassen, welche oberflächlich betrachtet von demokratiepolitischer Bedeutung sind, in der Praxis jedoch insbesondere der NDP zum Vorteil gereichen.⁶⁵⁴ Diese fehlende Einsicht und Handhabe hinsichtlich pluralistischer politischer Entwicklungen kreiert im politischen Feld generell und auf einer demokratischen Ebene im Besonderen ein komplexes Gebilde, welches durch politische Apathie, personalisierter, willkürlicher und oftmals undurchschaubarer Führungsweisen und einem Mangel an glaubwürdigen und legitimen Regelwerken gekennzeichnet ist.⁶⁵⁵

In diesem Zusammenhang identifiziert Amr Hamzawy als wesentliche Themen in den politischen Debatten Ägyptens, das Amt des Präsidenten an sich, Korruption der machthabenden Familien und Eliten, die Beziehungen des Präsidenten zu anderen Bereichen der formellen Öffentlichkeit, die Rolle der Söhne des Präsidenten und die Rolle des Sicherheitsapparates, der mithilfe der Notstandsgesetze auf uneingeschränkte Weise politische und soziale Bereiche

⁶⁵⁴ vgl. EOHR (2007): S 11

⁶⁵⁵ vgl. Stack, Liam: "Democratic Reforms Missing from Egypt's Political Debate" in: *The Daily Star Egypt* Okt 2006: S 1 – www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=18812&prog=zgp&proj=zdri,zme; Karam, Azza (1999): S 6

des Landes reguliert.⁶⁵⁶

Die letzten Jahre zeigten, beeinflusst durch nationale und internationale Entwicklungen, eine gewisse Erneuerungsbewegung im politischen Leben Ägyptens. Die Regierung löste eine neue Welle politischer Reformen aus, welche sich insbesondere auf den Wahlprozess, die Rechte von Frauen und politische Parteien fokussierte.⁶⁵⁷ Dabei formulierte sie drei Hauptziele⁶⁵⁸:

- a) die Durchführung von fairen und freien Wahlen nach dem Prinzip der “good practices“ wie sie von den internationalen Gemeinschaften definiert werden;
- b) die Durchsetzung von Frauenrechten, um Ungleichheiten und fehlende soziale Gerechtigkeit, welche auf einer geschlechtsspezifischen Diskriminierung basiert, zu beseitigen;
- c) die Stärkung der Rolle der politischen Parteien durch die Möglichkeit des Wettbewerbs bei Wahlen und verstärkter Teilnahme an der öffentlichen politischen Debatte.

Das politische Leben Ägyptens ist seit jeher geprägt von einem offiziellen Diskurs des Strebens nach Reformen. Der Unterschied der seit 2000 eingeleiteten “*Agenda for Change*“ zu vorhergehenden Reformbemühungen besteht in der politischen Rhetorik, sich in der Entwicklung demokratischer Normen allein auf die verfassungsmäßigen Richtlinien zu stützen und damit den Entscheidungsprozess von der Willkür des Präsidenten unabhängig zu machen und auf die institutionellen Pfeiler der Verfassung zu verlagern. Politische Reformen, welche sich hinsichtlich einer tiefer gehenden Unterstützung durch die BürgerInnen orientiert, sind immer eng verbunden mit einem formalen Entwicklungsprozess des Status von Frauen.

Als Annäherung an internationale Standards galt es in der Folge, regelmäßige Wahlen stattfinden zu lassen, Teilnahme an Wahlen sowohl als KandidatInnen als auch als WählerInnen zu erleichtern und den Wahlprozess unter die

⁶⁵⁶ vgl. Hamzawy, Amr zit. in: Stack, Liam (2006): S 1

⁶⁵⁷ Eine detaillierte Auflistung der propagierten Reformvorhaben findet sich auf der Homepage des Egypt State Information Service. Dort findet sich auch eine Gegenüberstellung des gegenwärtigen Gesetzestextes der Verfassung und des neuen Gesetzesvorschlags; vgl. SIS (2007): “Political Reform in Egypt“. www.sis.gov.eg

⁶⁵⁸ vgl. SIS (2007): “Political Reform in Egypt“. www.sis.gov.eg

Aufsicht der Judikative zu stellen, statt wie bisher unter das Innenministerium. Unabhängige Organisationen, welche vom National Council for Human Rights koordiniert werden, sind als Wahlbeobachterinnen zugelassen.⁶⁵⁹ Interessanterweise stößt man beim Studium der relevanten Literatur immer wieder auf den Hinweis, dass von nun an durchsichtige Boxen für die Stimmzettel verwendet werden, was neben seiner praktischen Bedeutung gewissermaßen auch als Symbol für die angestrebte Transparenz der Wahl an sich zu werten ist.

Am 25. Mai 2005 legte die Regierung Mubaraks einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Artikels 76 der Verfassung zur Volksabstimmung⁶⁶⁰ vor, welche erstmals die Direktwahl des Präsidenten und damit die Zulassung von anderen KandidatInnen ermöglichte. Bisher wurde der Präsident mit Zweidrittelmehrheit vom Parlament gewählt und anschließend vom Volk via Referendum bestätigt.⁶⁶¹

Wahlkampagnen sind charakterisiert durch eine verstärkte Medienpräsenz, durch Werbeeinschaltungen und kurze Fernsehspots, in denen auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, wählen zu gehen und anschaulich dargestellt wird, wie dies vonstatten gehen sollte. Insbesondere Frauen wird in diesen Fernsehauftritten ans Herz gelegt, wählen zu gehen, da diese zusammen mit der jungen WählerInnengruppe, Kopten und weiteren unterrepräsentierten Gruppen der formalen Politik als ein bisher unausgeschöpftes Wahlstimmenpotential gesehen werden. Bei den Parlamentswahlen 2005 stiegen die Einschaltungen, welche sich explizit auf Frauen bezogen, signifikant an. Dies ist dem National Council for Women zu verdanken, der auf diese Weise versuchte, das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Wahlen zu schüren und jene Frauen zu erreichen, für die Wahlen nicht zu ihrer Lebensrealität gehören.⁶⁶²

⁶⁵⁹ vgl. Conti, Erika (2007): S 7ff

⁶⁶⁰ Intention war es, das Image einer um Demokratisierung und Reformen bemühten Regierung zu pflegen. Tatsächlich lag der Fokus der Berichterstattung nationaler und internationaler Medien auf der Darstellung der gewalttätigen Übergriffe von NDP-Anhängern auf ProtestwählerInnen, darunter viele Frauen, vor den Wahlkabinen. Zudem wurden von zivilgesellschaftlichen Organisationen die offizielle Bezifferung der WählerInnenbeteiligung von 54% hinterfragt. Nach Untersuchungen des Wahlverlaufes durch die Judikative stellte sich heraus, dass offizielle offenkundig manipulierte Daten in einigen Wahlbezirken eine WählerInnenbeteiligung von 100% auswiesen. vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 2

⁶⁶¹ vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 1

⁶⁶² vgl. Conti, Erika (2007): S 8

Trotz der formellen staatlichen Verpflichtung zu Veränderungen macht das System jedoch nur äußerst widerwillig diese generellen Prinzipien geltend. Die Zwiespältigkeit im Bereich der politischen Reformen zeigt sich in der Kluft zwischen den offiziellen Statements der Regierung und den tatsächlichen Umsetzungen im politischen Leben des Landes. Das Prinzip der Fairness hat sich bei Wahlen noch lange nicht durchgesetzt. Im Gegenteil, sowohl direkte als auch indirekte Gewaltandrohungen und gar -anwendungen im Rahmen von Wahlen sind nichts Ungewöhnliches.⁶⁶³ Zudem haben politische Parteien nach wie vor wenig Chance eine ernst zu nehmende Konkurrenz im Wahlprozess darzustellen, zum einen aufgrund fehlender menschlicher, finanzieller und organisatorischer Ressourcen, zum anderen aufgrund einer fehlenden WählerInnenbasis.⁶⁶⁴

Wichtige Impulse zu Erneuerungsbestrebungen, insbesondere innerhalb der NDP lassen sich auf Mubaraks jüngeren Sohn Gamal zurückführen. Der Kopf des politischen Sekretariats der NDP gilt zusammen mit jüngeren, teils im Ausland ausgebildeten Technokraten aus der Parteienriege als Initiator zahlreicher Reformvorschläge der letzten Jahre.⁶⁶⁵ Es zeigt sich innerhalb der NDP eine Spaltung zwischen diesen so genannten Modernisierern und der alten Garde der Partei. Tatsächlich unterscheiden sich diese Gruppen zwar in der Rhetorik, nicht jedoch in ihren politischen Handlungen⁶⁶⁶. Mona El-Ghobashy bringt es folgendermaßen auf den Punkt:

*“The younger representatives of Egypt’s ruling class may be technologically savvy, US-educated and American-accented, and properly deferential to private sector dominance and the „laws of the market“, but when it comes to institutionalizing binding consultation of citizens or protecting citizens from arbitrary state power, their silence is palpable. Egypt’s circulation of elites portends an economic transformation – but not a political one.”*⁶⁶⁷

Ökonomische Liberalisierung und Professionalisierung stellen für die Reformer innerhalb der NDP Priorität dar. Politische Transformationen sind unter dem Blickwinkel ihrer Zweckmäßigkeit für wirtschaftliche Belange und im

⁶⁶³ vgl. ECHR (2008): S 16

⁶⁶⁴ vgl. Conti, Erika (2007): S 6

⁶⁶⁵ vgl. FRIDE (2006): S 13

⁶⁶⁶ vgl. El-Ghobashy, Mona: “Egypt Looks Ahead to Portentous Year” in: *Middle East Report Online* Feb 2005: S 4 – www.merip.org/mero/mero020205.html; Stack, Liam (2006): S 1

⁶⁶⁷ El-Ghobashy, Mona (2005): S 4

Rahmen der strategischen Vorteile in den Beziehungen mit internationalen Handelspartnern zu betrachten.

Die öffentliche Debatte fokussiert in diesem Zusammenhang auf zwei Hauptthemen, einerseits die politische Zukunft Gamal Mubaraks und die wachsende Interaktion der ägyptischen Regierung mit Israel, welche heftige Reaktionen in der Bevölkerung hervorrufen. Trotz wiederholter Betonung Präsident Mubaraks, seinen Sohn nicht – wie im syrischen Beispiel – als seinen Nachfolger aufzubauen, sprechen dennoch einige Faktoren dafür.⁶⁶⁸ Viele fragen sich auch, ob Gamal Mubaraks politischer Aufstieg ein Zeichen darstellt für die tatsächliche Umsetzung lang angekündigter Reformen. Ein weiterer Aspekt stellt die Tatsache dar, dass seine Präsidentschaft die ägyptische Tradition seit der Schaffung der Republik durchbrechen würde, als Nicht-Militär ins höchste Amt zu gelangen.⁶⁶⁹

Amr Hamzawy sieht in diesem Zusammenhang, insbesondere nach den Wahlen 2005 die politische Landschaft Ägyptens polarisiert in drei Gruppen: die erste Gruppe stellt die Allianz zwischen Gamal Mubarak, seinen Anhängern und dem privaten Sektor dar, die zweite Gruppe formiert sich durch die Apparate der Staatssicherheit und dem Militär und die letzte wesentliche Kraft stellen die Muslimbrüder dar.⁶⁷⁰ Die Wechselwirkung dieser Kräfte, die Fähigkeiten eines Segmentes sich durchzusetzen und die Mobilisierbarkeit breiter Bevölkerungsschichten determinieren den zukünftigen politischen Weg Ägyptens.

7.3.2 Oppositionelle Stimmen

Internationale Ereignisse und ihre nationalen Implikationen auf

⁶⁶⁸ Beispielsweise hat Mubarak nie einen Vizepräsidenten eingesetzt. Auch die Tatsache, dass Gamal trotz seines Alters so schnell innerhalb der Partei aufsteigen konnte und zu einem wesentlichen Einflussfaktor wurde, spricht für Stimmen, die darin eine zukünftige Präsidentschaft Gamals sehen. Weitere Spekulationen wurden genährt, als Hossam Badrawi, langjähriges Mitglied der NDP, in einem Interview verlauten ließ: *“It is our right as a party to nominate [during the next presidential election] whoever has the qualifications for leadership and it is his right to accept or decline... This is not succession because, at the end of the day, it must take place in a framework of transparency and democracy.”* Badrawi, Hossam zit.: in: Stacher, Joshua: *“Egypt: A Leap toward Reform - or Succession?”* in: *Arab Reform Bulletin* Vol 4, Nr. 8/2006: S 1 – www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=18782&prog=zgp&proj=zdr1,zme#egyptaleap

⁶⁶⁹ El-Ghobashy, Mona (2005): S 2f

⁶⁷⁰ Hamzawy, Amr zit. in: Stack, Liam (2006): S 2

gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Ebene trugen zu einer stärkeren Mobilisierung der Bevölkerung, zu Straßendemonstrationen und damit zu einer Art politischer Bewegungen bei, welche sich aufgrund ihrer Kritik zu westlichen Handlungen und der Politik von Präsident Mubarak formieren. Es erweckt den Anschein, als würden BürgerInnen auf diese Weise mehr Raum für sich beanspruchen, um sich in der politischen Debatte Ausdruck zu verleihen und ihre Kritik am regierenden System zu positionieren. Tatsächlich sind diese Stimmen zu schwach und die Möglichkeiten der freien Artikulation stark beschränkt, um mehr als eine oberflächliche Kenntnisnahme von Seiten der Regierung, geschweige denn eine adäquate Reaktion hervorzurufen. Gleichzeitig wächst der Einfluss der internationalen Gemeinschaften durch vermehrte Hilfsprojekte und verbesserten Kenntnissen hinsichtlich des politischen Lebens in Ägypten. Nicht nur durch den regelmäßig herausgegebenen Arab Human Development Report der Vereinten Nationen entwickelte sich ein internationales Bewusstsein für demokratische Defizite in den arabischen Ländern, unter anderem der Partizipationsmöglichkeiten von Frauen, verglichen zu anderen postkolonialen Ländern.⁶⁷¹

Die Tendenz einer begrenzten Liberalisierung in Form der Reformvorhaben der letzten Jahre trägt nur wenig zu einer Verbesserung oppositioneller Arbeit und mehr Teilhabe breiter Bevölkerungssegmente bei.

*„Das Parteiengesetz, das Vereinsgesetz, die Notstandsgesetze und die weit reichenden Kompetenzen des Präsidenten reduzieren die Aktivitäten der Politikerinnen auf ein, von der Regierung kontrolliertes und notfalls mit repressiven Maßnahmen sanktioniertes Maß. Trotz vielfältiger Aktivitäten in unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Bereichen bleibt die Opposition von wichtigen politischen Entscheidungsprozessen auf lokaler und nationaler Ebene ausgeschlossen.“*⁶⁷²

Es zeigt sich in diesem Zusammenhang eine spezifische Schwäche der oppositionellen Stimmen. Die säkulare Opposition, welche aus Bürgertum, oberen Mittelschichten und Teilen der intellektuellen Kräfte des Landes bestehen, sind weiters gesellschaftlich wenig verankert und stehen einem Staat mit ausgeprägtem Repressions- und Manipulationspotenzial gegenüber.

⁶⁷¹ vgl. Conti, Erika (2007): S 7

⁶⁷² Harders, Cilja (1995): S 146

Hierarchische Strukturen innerhalb der Opposition bieten zudem keine Alternative zum herrschenden System. Sie selbst weisen hohen Reformbedarf auf. Säkulare Parteien kämpfen interne Gefechte entlang ideologischer und generationenbedingter Linien, im Versuch eigenständige offizielle Positionen in Abgrenzung zur herrschenden Diktion zu etablieren.⁶⁷³ Die islamistische Opposition auf der anderen Seite, deren Führung aus in Europa und den USA ausgebildeten Akademikern besteht, stützt sich auf eine breite Basis in den unteren Mittelschichten und jenen marginalisierten Sektoren der Gesellschaft, deren fehlende wirtschaftliche Ressourcen nicht durch sozialstaatliche Maßnahmen kompensiert werden.⁶⁷⁴

*„Beide Oppositionsgruppen sind nicht nur mit dem autoritären Staat konfrontiert, sondern bekämpfen sich weithin auch gegenseitig. Aus Furcht vor einer islamistischen Machtübernahme flüchtete sich die säkulare Opposition dabei nicht selten ... in den Schutz des Staates, der sie einerseits teils kooptierte, teils in einem beschränkten Rahmen oppositionell agieren ließ.“*⁶⁷⁵

Ägyptens säkular orientierte Linke und Liberale sehen sich mit der großen Gefahr konfrontiert, vollkommen ins politische Abseits zu geraten. Sowohl Regierung als auch Muslimbruderschaft beherrschen den Diskurs bezüglich neuer Reformbestrebungen. Das Regime von Mubarak sieht sich hierbei dem Problem gegenüber gestellt, eine neue Positionierung zu finden, die sich weit genug von politischen Unzulänglichkeiten und Unverhältnismäßigkeiten der bisherigen Regierungszeit distanziert, um Vertrauensverluste zu kompensieren und gleichzeitig wesentliche ideologische Grundsätze beizubehalten, um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die islamistische Opposition wiederum ist darum bemüht, eine moderate Strategie zu verfolgen. Ihre Bekenntnisse zu Demokratie, Partizipation und formalen politischen Strukturen werden zwar etwas skeptisch betrachtet, insgesamt ist ihre politische Performance jedoch von hoher Professionalität geprägt und ihre soziale Agenda stellt für viele BürgerInnen die einzig konstruktive Alternative zu staatlicher Politik dar.⁶⁷⁶

⁶⁷³ vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 8

⁶⁷⁴ vgl. Kreile, Renate (2003): S 43

⁶⁷⁵ Kreile, Renate (2003): S 43

⁶⁷⁶ vgl. El-Amrani, Issandr (2005): S 8

Teil V

Ausblick

8 Alternativen zu staatlicher Doktrin – unabhängige Frauenrechtsorganisationen

Politische Teilhabe in institutionalisierten Einrichtungen wie Parteien oder Gewerkschaften werden von Frauen aufgrund ihrer androzentrischen Strukturen oft als wenig attraktiv wahrgenommen. Auch der selektive Rekrutierungsmechanismus in staatlich gelenkten Frauenorganisationen und –institutionen ist vermehrt in den Fokus öffentlicher Kritik gerückt. Ausdruck dessen ist ein vermehrtes Aufkommen von Nichtregierungsorganisationen seit den 80er Jahren. Aus diesem Grund wird oftmals Engagement in unkonventionellen Politikbereichen vorgezogen, um geschlechterspezifische Projekte und Initiativen umzusetzen.⁶⁷⁷ Der NGO-Bereich entpuppt sich daher als wichtige Ebene für die Teilhabe von Frauen im politischen Leben.⁶⁷⁸ Doch auch dieser ist in den legislativen staatlichen Rahmen eingebettet.

“According to the general legal framework, nongovernmental organisations (NGOs) in Egypt must serve the public interest, be formally registered, have internal regulations, and have a non-religious mission.”⁶⁷⁹

Während sich unabhängige Einrichtungen ursprünglich aus einem Wohlfahrtsengagement entwickelt haben, welche vor allem älteren Generationen und Frauen aus ökonomisch besser gestellten Verhältnissen ein Forum bieten, tendieren neue Formen von unabhängigen Organisationen dazu, als politische Akteurinnen aufzutreten, deren Anliegen es ist, eine konstruktive Alternative zu versagenden institutionalisierten Politikformen zu bieten.

Bibars und Harders analysieren auf Basis von Beurteilungskriterien wie Basisverankerung, Zugang zu EntscheidungsträgerInnen und der Konfliktfähigkeit der jeweiligen Gruppen den Erfolg von

⁶⁷⁷ vgl. Geißel, Brigitte; Penrose, Virginia (2003): S 12

⁶⁷⁸ vgl. Kapitel 2.2.

⁶⁷⁹ vgl. FRIDE (2006): S 11

Interessensgemeinschaften bezüglich ihrer Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse. Ziele sind Veränderungen von innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und damit neue Demokratisierungsstrukturen.⁶⁸⁰

*„Konfliktfähige Gruppen, die sich gegen bestehende Machtverhältnisse wenden, werden dann zu wichtigen Trägern des politischen Wandels, wenn sie über ein hinreichendes Droh- und/oder Verweigerungspotential zur Durchsetzung ihrer Interessen verfügen und bestrebt sind, dieses Potential aktiv zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele gegen strategische Gruppen einzusetzen. Die Konfliktfähigkeit solcher Gruppen hängt dabei vom Grad ihrer formalen Institutionalisierung, von ihrer politischen Glaubwürdigkeit und ideologischen Kohärenz, von ihrer Legitimation und von ihrem Mobilisierungspotential ab.“*⁶⁸¹

Doch auch dieser Bereich ist strikten Repressionen ausgesetzt und der politische Einfluss dadurch auf ein Minimum verringert. Allen Organisationen gemeinsam ist die Notwendigkeit, sich beim Sozialministerium laut Gesetz Nr. 32 des Jahres 1964 registrieren zu lassen. Dieses Gesetz gibt dem Ministerium und lokalen Gremien weit reichende Befugnisse, Assoziationen zu genehmigen, zu regulieren, zu überwachen oder sie wieder aufzulösen. Durch diese direkte Kontrolle werden Handlungsspielräume stark eingeschränkt.⁶⁸²

*„Somit sind der Grad der Institutionalisierung und das Mobilisierungspotential der Gruppen eher gering einzuschätzen, während die Legitimation und die ideologische Kohärenz der NGO im Vergleich zu den Frauensektionen der Parteien höher zu sein scheint.“*⁶⁸³

Auf der Grassroot Ebene tragen unabhängige Organisationen mehr als alle anderen politischen AkteurInnen dazu bei, eine Form der politischen Kultur zu etablieren. Informationen zu politischen Veränderungen und das Schärfen des Bewusstseins der BürgerInnen für die damit verbundenen Auswirkungen auf die individuelle Lebenssituation obliegt oft jenen Organisationen und Vereinigungen, welche unmittelbar an die Lebensrealitäten der Menschen andocken und somit ein Bindeglied zwischen den öffentlich-gesellschaftlichen

⁶⁸⁰ vgl. Harders, Cilja (1995): S 64

⁶⁸¹ Harders, Cilja (1995): S 65

⁶⁸² vgl. Zubaida, Sami (1992): S 5; Salem, Amir: “Non-Governmental Organisations and the Bureaucratic State” in: A Monthly Human Rights Journal Nr. 10/1996: S 4

⁶⁸³ Harders, Cilja (1995): S 142

Anforderungen und Richtlinien und den spezifischen Gegebenheiten darstellen.

Die *Association for Development and Enhancement of Women* oder das *Egyptian Centre for Women's Rights* gelten als eindrucksvolle Beispiele für Basisarbeit in den ressourcenschwächsten Bezirken der großen Städte und den ländlichen Gebieten, um Frauen ihre Rechte näher zu bringen. Insbesondere auch in Zeiten von großen Wahlkampagnen, wie bei der Parlamentswahl 2005 werden von NGOs Konferenzen, Podiumsdiskussionen und Seminare initiiert, um politische AkteurInnen unterschiedlichen Couleurs zusammen zu bringen, die Debatte bezüglich Frauen in der Politik zu erleichtern und Vorschläge für frauenrechtsspezifische Gesetzesänderungen auszuarbeiten.⁶⁸⁴ Eine konkrete Maßnahme stellt beispielsweise ein Trainingsprogramm potentieller Kandidatinnen für kommende Wahlen dar.⁶⁸⁵

*“Before the approval of the constitutional amendments, the Egyptian Centre for Women Rights, drafted a list of recommendations and at the time of the debate on the new Law on Exercising Political Rights, they gathered representatives from all the main political parties and activist movements to discuss the restricted provisions which the government intended to put into force.”*⁶⁸⁶

Obwohl dergleichen Kräfte nach wie vor um ihre Anerkennung kämpfen, zeigen sie doch deutliche Ambitionen, sich stärker und immer besser organisiert Gehör zu verschaffen. Zukünftig wird es der Regierung immer weniger gelingen diese Stimmen zu ignorieren, wie sich am Beispiel der Kifaya⁶⁸⁷-Bewegung eindrucksvoll verdeutlichen lässt. Unter dem Schirm der populären „Kampagne für den Wechsel“ subsumieren sich Menschenrechtsgruppen sowie Interessensvertretungen aus zahlreichen Segmenten der Zivilgesellschaft, welche sich im Dezember 2004 als öffentlicher Protest gegen eine erneute Legislaturperiode Mubaraks konstituierte. Zahlreiche UnterstützerInnen dieser Bewegung wurden im Rahmen der Demonstrationen inhaftiert.⁶⁸⁸ Hierbei überschreiten die Aktivitäten von unabhängigen Organisationen oft die Grenzen ihrer ursprünglichen Domänen. Vermehrt greifen sie dort ein, wo politische Parteien versagen, vor allem wenn es darum geht Dialog

⁶⁸⁴ vgl. Conti, Erika (2007): S 14

⁶⁸⁵ vgl. Biegel, Reiner (2000): S 3

⁶⁸⁶ Conti, Erika (2007): S 14

⁶⁸⁷ Kifaya bedeutet soviel wie „Genug!“

⁶⁸⁸ vgl. FRIDE (2006): S 18

aufrecht zu erhalten und Initiativen und Kooperationen zwischen BürgerInnen, ExpertInnen, PolitikerInnen und politischen AktivistInnen anzuregen und konstruktiv umzusetzen. Gründe dafür lassen sich in der Erstarrtheit parteipolitischer Strukturen und fehlenden politischen Visionen finden.⁶⁸⁹

Wesentliche Herausforderung an staatliche Institutionen wie der NCW stellt die Notwendigkeit dar, Schnittstellen zwischen Organisationen und Einrichtungen der Zivilgesellschaft und Regierungsgremien zu schaffen. Diese Verbindungen zu autonomen Frauenbewegungen sollen Aussichten liefern auf mögliche Kooperationen und alternative Partizipationsformen. Die Inklusion breiter Bevölkerungssegmente und die Interpretation frauenspezifischer Bedürfnisse erhält auf diese Weise neue Facetten.

⁶⁸⁹ vgl. Conti, Erika (2007): S 14

9 Resümee

Als Bürgerinnen haben ägyptische Frauen immer schon Druck auf den Staat ausgeübt, um ihren Bedürfnissen und Forderungen Ausdruck zu verleihen. Ihre Vorgehensweisen erfolgten dabei aus Positionen der Marginalisierung, nicht der Stärke. Nichtsdestotrotz gelang es Frauen in Ägypten immer wieder, teilweise in wichtigen Allianzen mit Männern und im Rahmen breit angelegter Diskurse um Demokratie und Menschenrechte, ihre Ansprüche zu artikulieren und durchzusetzen und Sensibilisierungsarbeit für frauenbewegte Anliegen zu leisten, als Weg zu einer ebenbürtigen Gesellschaft, von der alle profitieren.⁶⁹⁰ Die Erleichterung des Zuganges zum politischen Leben des Landes für Frauen ist ein langsamer und zögerlicher Prozess in einem männlich-dominierten System, das vorgibt, Gleichheit und Gerechtigkeit erreichen zu wollen, jedoch von den falschen Grundlagen ausgeht.⁶⁹¹

Geschlechterrepräsentativität erfolgt in Ägypten nach wie vor über spezifische Frauenorganisationen und -sektionen. Staatliche Institutionen selektieren auf zwei Ebenen – auf der personellen Ebene und im Bereich der Problemwahrnehmung. Die Weise der Identifikation der Bedürfnisse und Forderungen ägyptischer Frauen und die Art der Rekrutierung weiblicher Politiker verdeutlichen staatliche Haltungen zu demokratiepolitischen Entwicklungen im Allgemeinen und frauenspezifischen Veränderungen im Besonderen. Machtstrategische Überlegungen, internationaler Einfluss und Auseinandersetzungen mit religiös-motivierten ideologischen Kräften determinieren dabei den Rahmen der Wirksamkeit gleichheitsgenerierender Mechanismen.

Wesentlich in diesem Zusammenhang ist die Verortung von Ägypterinnen in ihren familiären Vergemeinschaftungen zu berücksichtigen, um Felder informeller Partizipations- und Repräsentationsmuster sichtbar zu machen und in den institutionellen Rahmen zu integrieren. Erodierende familiäre und tribale Gemeinschaften und ihre darauf basierenden Geschlechter- und Gesellschaftsstrukturen reduzieren traditionelle Partizipations- und Repräsentationsräume von Frauen auf marginalisierte Sphären. Staatliche Transformationsprozesse und repressive Handhabe verstärken dieses

⁶⁹⁰ vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 192

⁶⁹¹ vgl. Conti, Erika (2007): S 19

Ungleichgewicht zusätzlich. Der Staat muss sich seiner Verantwortlichkeit bewusst werden und Maßnahmen zur Überwindung dieses Vakuums ergreifen.

Um gleichheitsgenerierende Strukturen durchzusetzen, benötigen Frauen eigene repräsentative Einrichtungen und die Implementierung frauenspezifischer Maßnahmen, die es ihnen ermöglicht, politischen Einfluss auf einer gender-gerechten Basis zu üben. Vielfältige weibliche Erfahrungen haben über pluralistische Plattformen in politische Gremien Eingang zu finden, mit dem Ziel sozialen Konsens zu erreichen, welcher den Interessen der verschiedenen sozialen und gesellschaftlichen Schichten und verschiedenen Generationen von Frauen Rechnung trägt.⁶⁹²

Die gegenwärtige Gesetzeslage, welche die Möglichkeit der Ausübung politischer Rechte von BürgerInnen unabhängig ihres Geschlechts vorsieht, korrespondiert nicht mit der praktischen Handhabung bezüglich Gleichheit der Rechte und ihrer Möglichkeiten. Soziopolitische Faktoren, wie die signifikant höhere AnalphabetInnenrate bei Frauen verglichen zu Männern oder die höhere Rate an Schulabbrecherinnen spielen hierbei eine wesentliche Rolle, genau wie dominierende Geschlechter- und Gesellschaftsmuster, welche Frauen auf die Stellung der Mutter und Verwalterin des Haushalts reduzieren bzw. ihre politische Teilhabe an sozio-politischen Prozessen auf ein Minimum beschränken. Auf institutioneller Ebene leiden Frauen am schleppenden Aufholprozess hinsichtlich Erfahrung, sowie mangelnder politischer und finanzieller Unterstützung von Seiten politischer Parteien und anderen Institutionen.⁶⁹³ Das gegenwärtige politische System stellt keine Hilfe zur Verfügung, um Frauen für die entgangenen Erfahrungen in der Öffentlichkeit und die verlorenen Jahre der politischen Inaktivität zu entschädigen.

*“Clearly, the lack of women’s substantive participation stems from the authorities’ failure to prioritize women’s political participation or opinions. Public policies in the past have only served to further weaken women’s position, and contribute to higher illiteracy and impoverishment, making them vulnerable to increased discrimination. The situation has not changed – women’s issues are not a source of concern to politicians and their participation in the political arena remains off the agenda.”*⁶⁹⁴

⁶⁹² vgl. Hatem, Mervat F. (1996): S 192

⁶⁹³ vgl. Zulficar, Mona (1995): S 111

⁶⁹⁴ ECWR (2006): S 5

Durch die niedrige Partizipationsrate sowohl als Wählerinnen als auch als politische Akteurinnen in der Öffentlichkeit haben Frauen wenig oder keinen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess, der eine wichtige Grundlage für die persönliche soziale und ökonomische Entwicklung darstellt. Bewusstseinsbildende Maßnahmen bezüglich der politischen Rechte sind ebenso unumgänglich wie die Förderung ihrer Teilhabe an politischen Aktivitäten.⁶⁹⁵

Die Anzahl ägyptischer Frauen, die sich dafür entscheiden, ihre öffentlichen politischen Rechte auszuüben und diese Möglichkeit auch nutzen können, ist nach wie vor vernachlässigbar gering. Die überwiegende Mehrheit verbleibt als passive Zuschauerin im demokratischen Prozess. Diese negative Haltung hat jedoch nicht nur eine geschlechtsspezifische, sondern auch eine systemische Dimension und betrifft die Gesellschaft als Ganzes in einem schwach ausgeprägten demokratiepolitischen System.

Um die Kluft zwischen Tradition und Moderne im politischen Denken Ägyptens zu überwinden und damit die Grundlage zu schaffen, die spezifische Entwicklung des Landes zu forcieren und damit Frauen die Gelegenheit zu verschaffen am politischen Projekt zu partizipieren, gibt Ziad Majed folgende Empfehlungen⁶⁹⁶:

Forcierung von (Bewusstseins-)Bildung: Grundlage der Entwicklung stellt dabei eine (Re)Interpretation der eigenen Geschichte und Herkunft dar, um eine neue Mentalität der Vernunft und des Interesses zu schaffen und bloßer Imitation abzuschwören. Positive Konzepte zur politischen Bildung und Führung von Frauen generieren neue Richtungen und Zugänge bezüglich frauenspezifischer Angelegenheiten und ihrer Rolle in der Gesellschaft und dienen als grundlegende Bestandteile einer demokratischen Entwicklung. Parteien müssen sich auf ihre politische Mission bezüglich sozio-kultureller Leitlinien und politischer Weiterbildung fokussieren und nicht nur politische Macht anstreben. Eine wichtige Vorgangsweise wäre die Modernisierung der internen organisatorischen Formationen, um das Machtgefüge zu dezentralisieren und der Ausbau der Informationsstrukturen, um breites öffentliches Bewusstsein zu schaffen und insbesondere unterprivilegierte Bevölkerungssegmente zu erreichen.

⁶⁹⁵ vgl. Zulficar Mona (1995): S 112

⁶⁹⁶ nachfolgende Punkte orientieren sich an Majed, Ziad (2005): S 7-8

Inklusion, Dialog und Bottom-up Prozess: Formalisierte Institutionen wie politische Parteien müssen die Rolle der Frau innerhalb ihrer eigenen Gremien effektiver gestalten, da sie die wichtigsten Institutionen auf formeller Ebene darstellen, um die Anliegen der Frau in der Öffentlichkeit zu fördern. Auf allen Ebenen der drei Gewalten und im zivilgesellschaftlichen Bereich ist großer Aufholbedarf an Partizipation und Repräsentation von Frauen.

Ein Weg, um aus dieser politischen Apathie zu entkommen, politische Rechte auszuüben und damit einen persönlichen Beitrag zur Konsolidierung von Demokratie leisten zu können, stellt die Registrierung ins WählerInnenverzeichnis und die Wahrnehmung des Wahlrechts dar. Nur durch aktive Partizipation sowohl als Wählerinnen und als Kandidatinnen können Frauen jene politische Macht erlangen, die notwendig ist zur Formulierung einer öffentlichen Meinung, um auf diese Weise ihren Standpunkt klarzumachen und ihre Interessen in der Gesellschaft zu schützen.⁶⁹⁷

*“In Fact, women have a national duty to enrol themselves in the electoral registers and to go to the polls at election time, not only to consolidate the democratic process but also to enhance their own status by becoming a force of pressure in society whose opinion is taken into account by all candidates and political parties when laying down their programmes.”*⁶⁹⁸

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die verstärkte Verbindung von formaler Parteienpolitik und den Institutionen der Zivilgesellschaft zur Förderung der Einflussnahme breiter Bevölkerungsschichten. Durch die Einbeziehungen unterster Partizipationsebenen in die Strukturen der öffentlichen Debatte wird der Bottom-up Prozess gefördert und die Möglichkeit einer demokratischen Form der Partizipation ein Stück weiter verwirklicht. Öffentlicher Druck findet auf diese Weise verstärkt Eingang in politische Entscheidungsprozesse.

*“It should be emphasized that grass root participation in the decision making process is essential for the development of women’s role in development.”*⁶⁹⁹

Verfassungsrechtliche und politische Reform: Die Trennung der Gewalten muss durch gezielte Schritte auf eine neue Basis gestellt werden, um die Freiheit

⁶⁹⁷ vgl. The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt (1992): S 30f

⁶⁹⁸ vgl. The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt (1992): S 31

⁶⁹⁹ Zulficar, Mona (1995): S 112

der einzelnen BürgerInnen und allgemeine Menschenrechte zu garantieren. Die Notstandsgesetze müssen außer Kraft treten, um freie politische, gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Aktivität zu gewährleisten und um den Rahmen für grundlegende soziale und gesellschaftliche Anforderungen zu schaffen. Staatliches Monopol und Kontrolle z.B. im Medienbereich ist abzulehnen und das Wahlrecht hinsichtlich einer faireren Wettbewerbsfähigkeit zu reformieren. Zudem obliegt es dem Staat, von den Möglichkeiten der Globalisierung zu profitieren und dessen negative Aspekte durch Studium des Einflusses auf die ägyptische Gesellschaft zu limitieren, um dadurch internationalen Demokratie- und Menschenrechtsstandards gerecht zu werden.

Weiterer Reformbedarf wird in Bezug auf das Strafrecht, hinsichtlich des Pressegesetzes, bei der Kompetenz- und Gewaltvergabe des Shura-Rates und bei gesetzlichen Regelungen, welche die Tätigkeiten professioneller sowie zivilgesellschaftlicher Assoziationen betreffen, gesehen.⁷⁰⁰

2005 und 2007 wurden weit reichende Reformen von staatlicher Seite angekündigt und umgesetzt. Einige dieser neuen Lösungen enthalten in ihrer Grundstruktur erste Schritte in Richtung pluralistischer Entscheidungsfindungsprozesse. Bis dato profitiert jedoch nur die machthabende Elite des Landes von diesen neuen Richtlinien. Der substantielle Wert staatlicher Rhetorik zu demokratiepolitischen Modernisierungsmaßnahmen wird sich erst am Gehalt der politischen Umsetzungen zeigen und an darauf aufbauenden weiteren Reformprogrammen. Die Art, wie sich Frauen in Ägypten ihre Räume im öffentlichen Leben des Landes erobern, ist ein Indikator für politische, ideologische und strukturelle Entwicklungen in Ägypten. Auf diesem steinigen Weg sind die ersten Schritte getan, es wird sich zeigen, welche politische Maßnahmen zukünftig getroffen werden, um gleichheitsgenerierende Partizipations- und Repräsentationsrechte zu gewährleisten.

⁷⁰⁰ vgl. FRIDE (2006): S 13

Teil VI

Anhang

A Liste der Abkürzungen

ASU	Arab Socialist Union
AWSA	Arab Women's Solidarity Association
CAPMAS	Central Agency for Public Mobilisation and Statistics
CEDAW	The Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women
ECHR	The Egyptian Center for Human Rights
ECWR	The Egyptian Center for Women's Rights
EFU	Egyptian Feminist Union
FGM	Female Genital Mutilation
FRIDE	Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior
LSCO	Local Community Development Organizations
MEMRI	The Middle East Media Research Institute
NCCM	National Council for Childhood and Motherhood
NCHR	National Council for Human Rights
NCW	National Council for Women
NDP	National Democratic Party
NFP	National Feminist Party
NGO	Non-Governmental Organisation
PPAC	Political Parties Affairs Committee
PVO	Private Voluntary Organisation
SIS	State Information Service
UNDP	UN-Development Program
UNO	United Nations Organisation
USAID	US-amerikanische Entwicklungsbehörde – Agency for International Development

B Literaturverzeichnis

- Abdalla, Ahmed: "Egypt's Islamists and the State: From Complicity to Confrontation" in: *Middle East Report* Nr. 183/1993: S 28-31
- Abdel Kader, Soha: "A Survey of Trends in Social Sciences Research on Women in the Arab Region, 1960-1980" in: Social Science Research (Hrsg): Women in the Arab World. Paris, UNESCO 1984: S 139-149
- Abou-Habib, Lina: "Gender, Citizenship, and Nationality in the Arab Region" in: *Gender and Development* Vol 11/3 Nov 2003: S 66-75
- Abou-Zeid, Gihan: "Introducing Quotas in Africa: Discourse in Egypt". Pretoria, IDEA 2003
http://www.quotaproject.org/CS/CS_Egypt_Gihan_2004.pdf
9.11.2006
- Abou-Zeid, Gihan: "The Arab Region. Women's access to the decision-making process across the Arab Nation" in: Dahlerup, Drude (HrsgIn): Women, Quotas and Politics. New York, Routledge 2006: S 168-193
- Abu Sahleya, Sami Awad Al-Deeb: "The Need to Unify Personal Status Laws" in: *A Quarterly Women's Human Rights Journal* Nr. 3/1996: S 18-19
- Abul Komsan, Nehad: "Political and Economic Discrimination Against Women". Kairo, The Egyptian Center for Women's Rights 2001
<http://www.exwronline.org/english/Word%20files/Political%20and%20Economic%20Discrimination%20Against%20Women.doc> 9.11.2006
- Abu-Lughod, Lila (HrsgIn): "Remaking Women. Feminism and Modernity in the Middle East". Princeton, Princeton University Press 1998
- Abu-Lughod, Lila: "The Marriage of Feminism and Islamism in Egypt: Selective Repudiation as a Dynamic of Postcolonial Cultural Politics" in: Abu-Lughod, Lila (HrsgIn): Remaking Women. Feminism and Modernity in the Middle East. Princeton, Princeton University Press 1998: S 243 - 269

- Afkhami, Mahnaz; Friedl, Erika (HrsgIn): "Muslim Women and the Politics of Participation: Implementing the Beijing Platform". New York, Syracuse University Press 1997
- Aflatun, Inji: "We Egyptian Women" in: Badran, Margot; Cooke, Miriam (HrsgIn): Opening the Gates: A Century of Arab Feminist Writing. Bloomington, Indiana University Press 1990: S 345-351
- Afshar, Haleh (HrsgIn): "Women and Politics in the Third World". London & New York, Routledge 1996
- Al-Ali, Nadjie: "Feminism and Contemporary Debates in Egypt" in: Chatty, Dawn; Rabo, Annika (HrsgIn): Organizing Women. Formal and Informal Women's Groups in the Middle East. New York, Berg 1997: S 173-194
- Al-Ali, Nadjie: "Secularism, Gender and the State in the Middle East. The Egyptian Women's Movement". Cambridge, Cambridge University Press 2000
- Alemann, Ulrich von; Tönnemann, Wolfgang: „Planung und Ablauf von Forschung" in: Alemann, Ulrich von (Hrsg): Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung. Opladen, Westdeutscher Verlag 1995: S 17-138
- Alemann, Ulrich von: „Repräsentation" in: Nohlen, Dieter (Hrsg): Kleines Lexikon der Politik. München, Beck 2001: S 437-440
- Alemann, Ulrich von; Forndran, Erhard: „Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis". Stuttgart, Kohlhammer 2002
- Amin, Qasim: "The Liberation of Women". Kairo, The American University in Cairo 2000
- Amin, Qasim: "The New Woman". Kairo, The American University in Cairo 2000
- Amireh, Amal: "Framing Nawal El-Saadawi: Arab Feminism in a Transnational World" in: Saliba, Therese; Allen, Carolyn; Howard, Judith (HrsgIn): Gender, Politics and Islam. Chicago, The University of Chicago Press 2002: S 269-304

- Ask, Karin; Tjomsland, Marit (HrsgIn): "Women and Islamization. Contemporary Dimensions of Discourse on Gender Relations". New York, Berg 1998
- Ayubi, Nazih N.: "The Political Revival of Islam: the Case of Egypt" in: *International Journal of Middle East Studies* Vol. 12, Nr. 4/1980: S 481-499
- Ayubi, Nazih N.: "Government and the State in Egypt Today" in: Tripp, Charles; Owen, Roger (Hrsg): *Egypt under Mubarak*. London, Billing & Sons 1989: S 1-20
- Baden, Sally; Byrne, Bridget: "Gender profile of Egypt". Brighton, European Commission Report 1996
- Badran, Margot: "Independent Women. More than a Century of Feminism in Egypt" in: Tucker, Judith E. (HrsgIn): *Arab Women. Old Boundaries, New Frontiers*. Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1993: S 129-148
- Badran, Margot: "Gender Activism. Feminists and Islamists in Egypt" in: Moghadam, Valentine M. (HrsgIn): *Identity, Politics and Women. Cultural Reassertions and Feminisms in International Perspective*. Boulder, Westview Press 1994: S 202-227
- Badran, Margot: "Feminists, Islam, and Nation: Gender and the Making of Modern Egypt". Princeton, Princeton University Press 1995
- Badran, Margot: "Framing Women. Feminist Historiography and the Politics of Gender and Culture" in: *A Quarterly Women's Human Rights Journal* Nr. 6/1998: S 4-5
- Badran, Margot: "Feminism in a nationalist century" in: *al-ahram weekly online* Nr. 462/Dez 1999- Jan 2000
<http://weekly.ahram.org.eg/1999/462/women.htm> 17.6.2005
- Becker-Schmidt, Regina: „Probleme einer feministischen Theorie und Empirie in den Sozialwissenschaften" in: *Feministische Studien* 2/1985: S 93-103
- Bibars, Iman: "Victims and Heroines. Women, Welfare and the Egyptian State". London, Zed Books Ltd 2001

- Bibars, Iman: "Women, Prosperity and the State" in: RU'YA: Towards Gender Equity. Kairo, Institute of Cultural Affairs 2002: S 13-16
- Biegel, Reiner: „Parlamentswahlen in Ägypten werfen ihren Schatten voraus". Kairo, Konrad-Adenauer-Stiftung 2000
http://www.kas.de/druckansicht/dokument_druck.php?dokument_id=2269 7.12.2003
- Botman, Selma: "Engendering Citizenship in Egypt. The History and Society of the Modern Middle East". New York, Columbia University Press 1999
- Boutaleb, Assia: "The Parliamentary Elections of Year 2000 in Egypt: A Lesson in Political Participation" in: Hamdy, Iman A. (HrsgIn.): Elections in the Middle East. What do they mean? Kairo, American University in Cairo Press 2004
- Burke, Peter: „Was ist Kulturgeschichte?" Frankfurt, Suhrkamp Verlag 2005
- Chatty, Dawn; Rabo, Annika (HrsgIn): "Organizing Women". Oxford/New York, Berg 1997
- Chernitsky, B.: "The Egyptian Controversy Over Circumcising Girls". MEMRI Nr. 152 Nov 2003
<http://www.memri.org/bin/articles.cgi?Page=countries&Area=egypt&ID=IA15203> 1.11.2004
- Conti, Erika: "Citizenship and Political Reform in Egypt: Which Role for Women?" 2007;
http://www.sgir.org/archive/turin/uploads/Erika_Conti_Turin_2007.pdf 17.8.2007
- Coronil, Fernando: „Jenseits des Okzidentalismus. Unterwegs zu nichtimperialen geohistorischen Kategorien" in: Conrad, S.; Randeria, S. (HrsgIn): Jenseits des Eurozentrismus. Frankfurt am Main, Campus Verlag 2002: S 176-219
- Creifelds, Carl: „Rechtswörterbuch". München, C.H. Beck 2002
- Dackweiler, Regina-Maria: „Wissenschaftskritik – Methodologie – Methoden" in: Rosenberger, S.K.; Sauer, B. (HrsgIn): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, WUV 2004: S 45-64

- Degele Nina; Winker, Gabriele: „Intersektionalität als Mehrebenenanalyse“. Technische Universität Harburg 2007
http://www.tu-harburg.de/agentec/winker/pdf/Intersektionalitaet_Mehrebenen.pdf 15.3.2008
- Diekmann, Andreas: „Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen“. Reinbeck, Rowohlt 2003
- Duval, Soraya: “New Veils and New Voices. Islamist Women’s Groups in Egypt” in: Ask, Karin; Tjomsland, Marit (HrsgIn): Women and Islamization. Contemporary Dimensions of Discourse on Gender Relations. New York, Berg 1998: S 45-72
- Ebeid, Mona Makram: “The Role of the Official Opposition” in: Tripp, Charles; Owen, Roger (Hrsg): Egypt under Mubarak. London, Billing & Sons 1989: S 21-52
- Ebeid, Mona Makram: “Elections in Egypt: Rumblings for Change” in: Hamdy, Iman A. (HrsgIn): Elections in the Middle East. What do they mean? Kairo, The American University Press in Cairo 2004
- El-Amrani, Issandr: “Controlled Reform in Egypt: Neither Reformist nor Controlled” in: *Middle East Report Online* Dez 2005
<http://merip.org/mero/mero121505.html> 9.11.2006
- El Baradei, Mona: “Education for All” in: RU’YA: Towards Gender Equity. Kairo, Institute of Cultural Affairs 2002: S 11-12
- El-Baz, Shahida: “The impact of social and economic factors on women’s group formation in Egypt” in: Chatty, Dawn; Rabo, Annika (HrsgIn): Organizing Women. Oxford/ New York, Berg 1997: S 147-171
- El-Din, Gamal Essam: “Procedure and Polarisation” in: *al-ahram weekly online* Nr 773/15-21 Dez 2005
<http://weekly.ahram.org.eg/2005/773/eg1.htm> 21.6.2008
- El-Gawhary, Karim: “An Interview with Heba Ra’uf Ezzat“ in: Joseph, Suad; Slyomovics, Susan (HrsgIn): Women and power in the Middle East. Philadelphia, University of Pennsylvania Press 2001: S 99-102
- El-Ghobashy, Mona: “Egypt Looks Ahead to Portentous Year” in: *Middle East Report Online* Feb 2005
<http://www.merip.org/mero/mero020205.html> 9.11.2006

- El-Kholy, Heba: “Concept Note – Arab Women: Towards Equal Citizenship?” Amman, UNDP Okt 2002
<http://www.undp-pogar.org/publications/gender/heba/concept.pdf>
9.11.2006
- El Leithy, Heba: “The Poverty Connection” in: RU’YA: Towards Gender Equity. Kairo, Institute of Cultural Affairs 2002: S 8-10
- El-Saadawi, Nawal: “Toward Women’s Power, Nationally and Internationally“ in: Eck, Diana L.; Devaki, Jain (HrsgIn): Speaking of Faith. Cross-Cultural Perspectives on Women, Religion and Social Change. New Delhi, Kali for Women 1986: S 247-254
- El-Saadawi, Nawal: “The Political Challenges Facing Arab Women at the End of the 20th Century” in: Toubia, Nahid (HrsgIn): Women of the Arab World – The Coming Challenge. Papers of the Arab Women’s Solidarity Association Conference. London, Zed Books Ltd 1988: S 8-26
- Elsadda, Hoda; Abu-Ghazi, Emad: “Significant Moments in the History of Egyptian Women”. Kairo, National Council for Women, Committee for Culture and Media 2001
- Endres, Jürgen: „Zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit. Muslimbrüderschaft und militante Islamisten in Ägypten“. Hamburg, Universität Hamburg 1994
- Esposito, John L. (Hrsg.): “Political Islam. Revolution, Radicalism, or Reform?” Kairo, The American University in Cairo Press 1997
- Esposito, John L.: “Introduction. Women in Islam and Muslim Societies” in: Haddad, Yvonne Yazbeck; Esposito, John L. (HrsgIn): Islam, Gender, and Social Change. New York, Oxford University Press 1998: S IX-XXVIII
- Ezzat, Dina: “Women can make peace a reality. Interview with Suzanne Mubarak” in: *al-ahram weekly online* März 2004
<http://weekly.ahram.org.eg/2004/680/intrvw.htm> 30.10.2004
- Faath, Sigrid; Mattes, Hanspeter (HrsgIn): „Wuquf 10-11. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika“. Hamburg, Edition Wuquf 1997

- Farsoun, Samih K.: "Class Structure and Social Change in the Arab World" in: Hopkins, Nicholas; Ibrahim, Saad Eddin (Hrsg): Arab Society. Class, Gender, Power and Development. Kairo, The American University in Cairo Press 2003
- Fawzy, Essam: "Muslim personal status law in Egypt: the current situation and possibilities of reform through internal initiatives" in: Welchman, Lynn (HrsgIn): Women's Rights and Islamic Family Law. London, Zed Books Ltd 2004: S 15-94
- Flores, Alexander: "Egypt: A New Secularism?" in: *Middle East Report* Nr. 153/1988: S 27-30
- Flores, Alexander: "Secularism, Integralism and Political Islam: The Egyptian Debate" in: *Middle East Report* Nr. 183/1993: S 32-38
- Flores, Alexander: „Die arabische Welt“. Wien, Reclam 2003
- FRIDE: "Egypt"
www.fride.org/eng/Publications/Publication.aspx?Item=787
11.11.2006
- Friedrichs, Jürgen: „Methoden empirischer Sozialforschung“. Opladen, Westdeutscher Verlag 1980
- Geißel, Brigitte; Penrose, Virginia: „Dynamiken der politischen Partizipationsforschung" in: *gender...politik...online* Sept. 2003
http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/geissel_penrose/geissel_penrose.pdf
21.11.2004
- Geißel, Brigitte: „Konflikte um Definitionen und Konzepte in der genderorientierten und Mainstream-Partizipationsforschung – Ein Literaturüberblick“. Berlin, WZB 2004
<http://skylla.wzb.eu/pdf/2004/iv04-403.pdf> 21.11.2004
- Gerlach, Julia; Siegmund, Marna: „Nicht mit ihnen und nicht ohne sie: Die Rolle der Frauen in der Gesellschaft seit 1952" in: Ibrahim, Ferhad (Hrsg): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. Hamburg, Demokratie und Entwicklung Band 19 Lit 1995: S 231-288
- Gomaa, Salwa Shaarawi: "Political Participation of Egyptian Women". Kairo, Social Research Center of the American University in Cairo 1998

- Graham-Brown, Sarah: "Women's Activism in the Middle East. A Historical Perspective" in: Joseph, Suad; Slyomovics, Susan (HrsgIn): Women and Power in the Middle East. Philadelphia, University of Pennsylvania Press 2001: 23-33
- Guenena, Nemat; Wassef Nadia: "Unfulfilled Promises. Women's Rights in Egypt". Kairo, Population Council 1999
http://www.popcouncil.org/pdfs/unfulfilled_promises.pdf 9.11.2006
- Haddad, Yvonne Yazbeck; Esposito, John L. (HrsgIn): "Islam, Gender, and Social Change". New York, Oxford University Press 1998
- Hafez, Sherine: "The Terms of Empowerment. Islamic Women Activists in Egypt". Kairo, The American University in Cairo Press 2001
- Hamdy, Iman A. (HrsgIn.): "Elections in the Middle East. What do they mean?" Kairo, American University in Cairo Press 2004
- Hamdy, Iman A: "Introduction" in: Hamdy, Iman A. (HrsgIn): Elections in the Middle East. What do they mean? Kairo, American University in Cairo Press 2004
- Hamzawy, Amr: „Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft: Zwischen der Suche nach einer neuen Demokratisierungsformel und der Auseinandersetzung um die politische Stellung der Religion“ in: Orient Nr. 39/3 1998: S 405-431
- Hanak, Irmtraud: „Entwicklung – ein männlicher Mythos?“ in: Fischer, Karin; Hanak, Irmtraud; Parnreiter, Christof (HrsgIn): Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Frankfurt, Brandes & Apsel Verlag 2002: S 103-115
- Harders, Cilja: „Im Grunde ist alles in unserem Leben politisch. Frauen und Politik in Ägypten“ in: *Frauensolidarität* 2/1994: S 25-27
- Harders, Cilja: „Frauen und Politik in Ägypten. Untersuchungen zur Situation ägyptischer Politikerinnen“. Hamburg, Demokratie und Entwicklung Band 16 Lit 1995
- Harders, Cilja: „Transformation ohne Frauen? Liberalisierung und politische Partizipation in Ägypten“ in: *Orient* Nr. 38/1997: S 85-106

- Harders, Cilja: „Das Ende der Strukturkategorie Geschlecht? Empirische Erfahrungen aus Ägypten“ in: Bauhardt, Christine; von Wahl, Angelika (HrsgIn): Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft. Opladen, Laske + Budrich 1999: S 171-197
- Harders, Cilja; Khalert, Heike; Schindler, Delia (HrsgIn): „Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften“. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften 2005
- Harders, Cilja; Kahlert, Heike; Schindler, Delia: „Forschungsfeld Politik: Method(ologi)e – Geschlecht – Politik“ in: Harders, Cilja; Kahlert, Heike; Schindler, Delia (HrsgIn): Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften 2005: S 7-26
- Hardmeier, Sibylle: „Repräsentation“ in: Rosenberger, S.K.; Sauer, B. (HrsgIn): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, WUV 2004: S 149-170
- Harik, Iliya: “Pluralism in the Arab World“ in: Hopkins, Nicholas; Ibrahim, Saad Eddin (Hrsg): Arab Society. Class, Gender, Power and Development. Kairo, The American University in Cairo Press 2003
- Hatem, Mervat F.: “Toward the Development of Post-Islamist and Post-Nationalist Feminist Discourses in the Middle East” in: Tucker, Judith (HrsgIn): Arab Women. Old Boundaries, New Frontiers; Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1993: S 39
- Hatem, Mervat F.: “Egypt. The Paradoxes of State Feminism in Egypt.” in: Chowdhury N.; Nelson B. (HrsgIn): Women and Politics Worldwide. New Heaven/London, Yale University Press 1994: S 226-242
- Hatem, Mervat F.: “Privatization and the Demise of State Feminism in Egypt” in: Sparr, Pamela (HrsgIn): Mortgaging Women’s Lives. London, Zed Books 1994b: S 40-60
- Hatem, Mervat F.: “Economic and Political Liberation in Egypt and the Demise of State Feminism” in: Sabbagh, Suha (HrsgIn): Arab Women. Between Defiance and Restraint. New York, Olive Branch Press 1996: S 171-193

- Hijab, Nadia: "Islam, Social Change, and the Reality of Arab Women's Lives" in: Haddad, Yvonne Yazbeck; Esposito, John L. (HrsgIn): Islam, Gender, and Social Change. New York, Oxford University Press 1998: S 45-56
- Hijab, Nadia: "Women Are Citizens Too: The Laws of the State, the Lives of Women". UNDP, Regional Bureau for Arab States 2002
<http://www.undp-pogar.org/publications/gender/nadia/summary.pdf>
9.11.2006
- Hinnebusch, Raymond A.: "The Re-emergence of the Wafd Party: Glimpses of the Liberal Opposition in Egypt" in: *International Journal of Middle East Studies* Vol. 16, Nr. 1/1984: S 99-121
- Hitchcock, Peter: "The Arab Women's Solidarity Association: The contexts of controversy and the politics of voice" in: Nnaemake, Obioma (HrsgIn): Sisterhood, Feminisms and Power. Trenton/ New Jersey, Africa World Press 1998: S 239- 250
- Hoecker, Beate: „Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch“. Opladen, Leske + Budrich 1995
- Holland-Cunz, Barbara: „Demokratie – StaatsbürgerInnenschaft – Partizipation“ in: Rosenberger, S.K.; Sauer, B. (HrsgIn): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, WUV 2004: S 127-148
- Hopkins, Nicholas S.; Ibrahim, Saad Eddin (Hrsg.): "Arab Society. Class, Gender, Power and Development". Kairo, The American University in Cairo Press 2003
- Howard-Merriam, Kathleen: "Egypt's Other Political Elite" in: *The Western Political Quarterly* Vol 34, Nr 1/ März 1981: S 174-187
- Human Rights Watch - Middle East: "Egypt. Court Upholds Closure of Women's Organizations" in: *Middle East Watch* Vol 4, Nr. 7/1992
- Ibrahim, Ferhad (Hrsg): „Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten“. Hamburg, Demokratie und Entwicklung Band 19 Lit 1995
- Ibrahim, Ferhad: „Die Kontroverse über die „arabische“ Zivilgesellschaft“ in *Orient* Nr. 39/3 1998: S 459-474

- Inglehart, Ronald; Norris, Pippa: „Islamische Demokratie: Frauenfrage als Prüfstein“ in: *Europäische Rundschau* Nr. 2/2003: S 37-45
- Jayawardena, Kumari: “Feminism and Nationalism in the Third World“. London, Zed Books 1994
- Joseph, Suad: “Gender and Citizenship in Middle Eastern States“ in: *Middle East Report* Vol. 26, Nr. 198/1996: S 4-10
- Joseph, Suad; Slyomovics, Susan (HrsgIn): “Women and Power in the Middle East“. Philadelphia, University of Pennsylvania Press 2001
- Joseph, Suad: “Gender and Citizenship in the Arab World“. Amman, UNDP Concept Paper for the Mediterranean Development Forum, 2002
<http://www.undp-pogar.org/publications/gender/suad/gender.pdf>
9.11.2006
- Jürgensen, Carsten: „Menschenrechte und politische Entwicklung in Ägypten“ in: Faath, Sigrid (HrsgIn): Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika. Hamburg, Edition Wuqf 1992: S 195-222
- Kandiyoti, Deniz: “Identity and its Discontents: Women and the Nation“ in: Millenium. *Journal of International Studies* Vol 20/3 1991: S 429-443
- Kandiyoti, Deniz: “Women; Islam and the State“ in: *Middle East Report* Nr. 173/1991b: S 9-14
- Kandiyoti, Deniz: “The Politics of Gender and the Conundrums of Citizenship“ in: Joseph, Suad; Slyomovics, Susan (HrsgIn): Women and Power in the Middle East. Philadelphia, University of Pennsylvania Press 2001: S 52-58
- Karam, Azza M: “Gender in Egypt: Between Islamisms, Feminisms, and the State. Perspectives of Some Women Activists“ in: *Vena Journal* 6/1994: S 41-47
- Karam Azza M.: “Contemporary Islamisms and Feminisms in Egypt“ in: Women Living Under Muslim Laws. London, Women Living Under Muslim Laws Dossier 1997a: S 38-50
- Karam, Azza M.: “Women, Islamisms, and State. Dynamics of Power and Contemporary Feminisms in Egypt“ in: Afkhami, Mahnaz; Friedl,

Erika (HrsgIn): Muslim Women and the Politics of Participation. New York, Syracuse University Press 1997b: S 18-28

- Karam, Azza M.: "Women, Islamisms and the State. Contemporary Feminisms in Egypt". London, Macmillan 1998
- Karam, Azza M.: "Feminist Futures" in: *A Quarterly Women's Human Rights Journal* Nr. 6/1998b: S 16-17
- Karam, Azza M.: "Strengthening the Role of Women Parliamentarians in the Arab Region: Challenges and Options". Belfast, UNDP 1999
<http://www.undp-pogar.org/publications/gender/karam1/karama.pdf>
9.11.2006
- Karam, Azza M.: "Democrats without Democracy: Challenges to Women in Politics in the Arab World" in: Rai, Shirin M. (HrsgIn): International Perspectives on Gender and Democratisation. London, Macmillan Press 2000: S 64-82
- Kassem, Maye: "The 2000 Election: New Rules, New Tactics" in: Hamdy, Iman A. (HrsgIn.): Elections in the Middle East. What do they mean? Kairo, American University in Cairo Press 2004
- Keddi, Nikki R.: "Problems in the Study of Middle Eastern Women" in: *International Journal of Middle East Studies* Vol 10, Nr. 2/ Mai 1979: S 225-240
- Kerner, Ina: „Forschung jenseits von Schwesternschaft. Zu Feminismus, postkolonialen Theorien und Critical Whiteness Studies“ in: Harders, Cilja; Kahlert, Heike; Schindler, Delia (HrsgIn): Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften 2005: S 217-238
- Khafagy, Fatma: "A look at the women's machinery" in: *al-ahram weekly online* März 2007: S 1-3
<http://weekly.ahram.org.eg/2007/835/sc14.htm> 20.8.2008
- Kixmüller, Jan: „Islamische Gesellschaft: Demokratie und soziales Netz bei den Muslimbrüdern“ in: Ibrahim, Ferhad (Hrsg): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. Hamburg, Demokratie und Entwicklung Band 19 Lit 1995: S 116-144

- Krämer, Gudrun: „Aus Erfahrung lernen? Die islamische Bewegung in Ägypten“ in: Six, Clemens; Riesebrodt, Martin; Haas, Siegfried (Hrsg.): Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Wien, StudienVerlag 2004: S 185-200
- Kreile; Renate: „Politische Herrschaft, Geschlechterpolitik und Frauenmacht im Vorderen Orient“. Pfaffenweiler, Centaurus Verlag 1997
- Kreile, Renate: „Identitätspolitik, Geschlechterordnung und Perspektiven der Demokratisierung im Vorderen Orient“ in: Rumpf, Mechthild; Gerhard, Ute; Jansen, Mechthild M. (HrsgIn): Facetten islamischer Welten. Geschlechterordnungen, Frauen- und Menschenrechte in der Diskussion. Bielefeld, transcript Verlag 2003: S 32-52
- Kreile, Renate: „Der Kampf um die Frauen. Politik, Islam und Gender im Vorderen Orient“ in: *gender...politik...online* April 2007
http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/r_kreile/renate_kreile.pdf 19.1.2009
- Kreisky, Eva: „Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung“ in: Kreisky, Eva; Sauer, Birgit (HrsgIn.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Frankfurt/Main, Campus Verlag 1995: S 203-222
- Kreisky, Eva: „Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie“ in: Rosenberger, S.K.; Sauer, B. (HrsgIn): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, WUV 2004: S 23-44
- Lange, Michael: „Mehr Demokratie wagen? Erweiterung des parteipolitischen Spektrums in Ägypten“. Kairo, Konrad-Adenauer-Stiftung 2005
http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dock_pdf_5941_1.pdf 9.11.2006
- Langohr, Vickie: „Cracks in Egypt’s Electoral Engineering. The 2000 Vote“ in: *Middle East Report Online* Nov 2000
<http://www.merip.org/mero/mero110700.html> 9.11.2006
- Lippert, Susanne: „Politisches Engagement – noch immer eine Frage des Geschlechts? Geschlechtsspezifische Aspekte politischer Partizipation

unter besonderer Berücksichtigung politischer Proteste“. Hamburg, Verlag Dr. Kovac 2002

- Lüders, Michael: „Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der arabischen Welt“. München, Piper 1993
- Magdi, Cherifa: „Nationalismus behindert den Feminismus. Frauenbewegungen in der arabisch-islamischen Welt“ in: *Frauensolidarität* 4/1995: S 19-21
- Majed, Ziad (Hrsg): “Democracy in Egypt: Women’s Political Participation, The Development of Political Party Life and Democratic Elections”. International IDEA 2005
http://www.idea.int/publications/dem_egypt/upload/Egypt_country_report_English.pdf 5.4.2007
- Majid, Anouar: “The Politics of Feminism in Islam” in: Saliba, Therese; Allen, Carolyn; Howard, Judith A. (HrsgIn): Gender, Politics and Islam. Chicago, The University of Chicago Press 2002: S 53-94
- Mernissi, Fatima: „Islam und Demokratie. Die Angst vor der Moderne“. Freiburg im Breisgau, Herder spektrum 2002
- Miles, Angela: „Westlicher Feminismus – globaler Feminismus. Gegensätze und Gemeinsamkeiten“ in: *Frauensolidarität* 2/2000: S 2-4
- Moghadam, Valentine M. (HrsgIn): “Identity Politics and Women. Cultural Reassertions and Feminisms in International Perspective”. Boulder, Westview 1994
- Moghadam, Valentine M.: “Introduction. Women and Identity Politics in Theoretical and Comparative Perspective“ in: Moghadam, Valentine M. (HrsgIn): Identity Politics and Women. Cultural Reassertions and Feminisms in International Perspective. Boulder, Westview 1994: S 3-26
- Moghadam, Valentine M.: “Islamic Feminism and its Discontents: Towards a Resolution of the Debate” in: Saliba, Therese; Allen, Carolyn; Howard, Judith A. (HrsgIn): Gender, Politics and Islam. Chicago, The University of Chicago Press 2002: S 15-52
- Moghadam, Valentine M.: “The Gender of Democracy: The Link Between Women’s Rights and Democratization in the Middle East“ in:

Arab Reform Bulletin Vol 2, Nr 7/2004

<http://www.carnegieendowment.org/pdf/files/arb-july-2004.pdf>

11.11.2006

- Mufema, Edmore: “Empowerment and development of women in Egypt: Salient challenges of the 1990s” in: MacFadden, Patricia (HrsgIn): Reflections on gender issues in Afrika. Harare, Sapes 1999: S 85-108
- Mustafa, Hala: “Women, Politics and Modernization“ in: Majed, Ziad (Hrsg.): Democracy in Egypt: Women’s political participation, The development of political party life and democratic elections. International IDEA 2005: S 9-16
- Nashat, Guity; Tucker, Judith E.: “Women in the Middle East and North Africa. Restoring Women to History”. Bloomington and Indianapolis, Indiana University Press 1999
- NCW: “Decree of the President of the Arab Republic of Egypt No 90 of year 2000”. Kairo, NCW 2000
http://www.ncwegypt.com/english/pres_dec.jsp 19.1.2009
- NCW: “Profile of Suzanne Mubarak, Egypt’s First Lady”. Kairo, NCW 2001
- NCW: “Egyptian Women in Figures”. Kairo, NCW 2002
- NCW: “Egypt”. Kairo, NCW 2006
<http://www.un.org/womenwatch/daw/Review/responses/EGYPT-English.pdf> 9.11.2006
- Nelson, Cynthia: “A Woman Apart. Doria Shafik – Egyptian Feminist”. Kairo, The American University in Cairo Press 1996
- Nohlen, Dieter (Hrsg.): „Lexikon Dritte Welt“. Reinbek, Rowohlt 2000
- Nohlen, Dieter (Hrsg.): „Kleines Lexikon der Politik“. München, Beck 2001
- Nour, Ayman: “A Word From the Prison: Dr. Ayman Nour’s Letter on the First Anniversary of the Egyptian Presidential Election” in: *MEMRI* 1291/2006
<http://memri.org/bin/articles.cgi?Page=countries&Area=egypt&ID=SP129106> 9.11.2006

- Okeke-Ihejirika, Philomina E.; Franceschet, Susan: "Democratization and State Feminism: Gender Politics in Africa and Latin America" in: *Development and Change* 33/3 2002: S 439-466
- Osman, Hoda: "Secular and Islamic Feminist Voices in Egypt – Louder if Together". Kairo, MA Thesis of the American University in Cairo 2003
- Peteet, Julie M.: "Authenticity and Gender. The Presentation of Culture" in: Tucker, Judith E. (HrsgIn): Arab Women. Old Boundaries, New Frontiers. Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1993: S 49-62
- Philipp, Thomas: "Feminism and Nationalist Politics in Egypt" in: Beck, Lois; Keddie, Nikki (HrsgIn): Women in the Muslim World. Cambridge, Harvard University Press 1978: S 277-294
- Pripstein-Posusney, Marsha: "Behind the Ballot Box: Electoral Engineering in the Arab World" in: *Middle East Report* Nr. 209/1998: S 12-15+42
- Raafat, Samir: "The changing role of the First Ladies" in: *al-ahram weekly* 3/2007: S 1-2
<http://weekly.ahram.org.eg/2007/835/sc89.htm> 18.6.2008
- Rai, Shirin: "Women and the State in the Third World" in: Afshar, Haleh (HrsgIn): Women and Politics in the Third World. London & New York, Routledge 1996:S 25-39
- Rassam Amal: "Towards a Theoretical Framework for the Study of Women in the Arab World" in: Social Science Research (Hrsg): Women in the Arab World. Paris, UNESCO 1984: S 122-138
- Rosenberger, S.K.; Sauer, B. (HrsgIn): „Politikwissenschaft und Geschlecht“. Wien, WUV 2004
- Rumpf, Mechthild; Gerhard, Ute; Jansen, Mechthild M. (HrsgIn.): „Facetten islamischer Welten. Geschlechterordnungen, Frauen- und Menschenrechte in der Diskussion“. Bielefeld, transcript Verlag 2003
- Sabbagh, Suha (HrsgIn.): "Arab Women. Between Defiance and Restraint". New York, Interlink Publishing Group 1996

- Sabbagh, Suha: "Introduction: The Debate on Arab Women" in: Sabbagh, Suha (HrsgIn): Arab Women. Between Defiance and Restraint. New York, Interlink Publishing Group 1996
- Sadat, Jehan: „Ich bin eine Frau aus Ägypten. Mein Leben". München, Heyne 1987
- Said, Edward W.: „Orientalismus". Frankfurt, Ullstein Verlag 1981
- Salem, Amir: "Non-Governmental Organisations and the Bureaucratic State" in: *A Monthly Human Rights Journal* Nr. 10/1996: S 4-5
- Sauer, Birgit: „Engendering Democracy. Staatsfeminismus im Zeitalter der Restrukturierung von Staatlichkeit". Demokratiezentrum Wien 2006
http://www.demokratiezentrum.org/media/pdf/sauer_engendering.pdf 12.5.2007
- Seif El-Dawla, Aida: "Women's rights in Egypt" in: *Women Against Fundamentalism* 8/1996: S 25-28
- Sha'rawi, Hoda: „Harem Years. The memoirs of an Egyptian Feminist"; translated and introduced by Margot Badran. Kairo, The American University in Cairo Press 2003
- Singerman, Diane: "Avenues of Participation. Family, Politics, and Networks in Urban Quarters of Cairo". Kairo, The American University in Cairo Press 1997
- Stacher, Joshua: "Egypt: A Leap toward Reform - or Succession?" in: *Arab Reform Bulletin* Vol 4, Nr 8/2006
<http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=18782&prog=zgp&proj=zdr1,zme#egyptaleap> 11.11.2006
- Stack, Liam: "Democratic Reforms Missing from Egypt's Political Debate" in: *The Daily Star Egypt* Okt 2006
<http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=18812&prog=zgp&proj=zdr1,zme> 11.11.2006
- State Information Service: "Guide to the 2005 People's Assembly Election". Kairo 2005
- State Information Service: "Constitution". Kairo 2007
<http://constitution.sis.gov.eg/en/2.htm> 17.6.2008

- State Information Service: "People's Assembly Election 2005. The Electoral Process" www.sis.gov.eg 17.6.2008
- State Information Service: "Political Parties" www.sis.gov.eg 17.6.2008
- State Information Service: "Political Reform in Egypt" www.sis.gov.eg 17.6.2008
- Steinbach, Udo: „Flucht in die Geschichte? Zur Genesis und Wirkung islamistischer Strömungen“ in: Lüders, Michael (Hrsg.): Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der arabischen Welt. München, Piper 1993: S 76-93
- Sullivan, Earl L.: "Women in Egyptian Public Life". Kairo, The American University in Cairo Press 1989
- Tadros, Mariz: "Egypt's Election All About Image, Almost" in: *Middle East Report Online* Sept 2005
<http://www.merip.org/mero/mero090605.html> 9.11.2006
- Tadros, Marlyn: "Why did demonstrators shout: Dyan's reign, rather than Gihan's? Interview with Gihan al-Sadat" in: *A Quarterly Women's Human Rights Journal* Nr. 7/1998: S 6-7+18-19
- Tallawy, Mervat: "International Organizations, National Machinery, Islam, and Foreign Policy" in: Afkhami, Mahnaz; Friedl, Erika (HrsgIn): Muslim Women and the Politics of Participation. New York, Syracuse University Press 1997: S 128-140
- Terpin, Evelyn: „Frauen in der islamischen Welt: Ein theoretischer Rahmen am Beispiel Ägyptens“ in: Ibrahim, Ferhad (Hrsg): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. Hamburg, Demokratie und Entwicklung Band 19 Lit 1995: S 197-230
- The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt: "Legal Rights of Egyptian Women in Theory and Practice". Kairo, 1992
- The Egyptian Center for Women's Rights: "Rising on Women's Bodies. Report on Women in the 2005 Parliamentary Election. Kairo, ECWR 2006

- The Egyptian Center for Women's Rights: "Report on the Status of Egyptian Women in 2008. Unimplemented Legal Reforms: Egypt's Declining International Reputation". Kairo, ECWR 2008
<http://ecwronline.org/pub/TheStatusOfWomenIn2008.pdf> 17.1.2009
- The Egyptian Organisation for Human Rights: "Assessment of the Electoral Framework. The Arab Republic of Egypt. Final Report". Berlin, Democracy Reporting International 2007
http://www.democracy-reporting.org/downloads/reports/dri_egypt.pdf 17.1.2009
- Tripp, Charles; Owen, Roger (Hrsg): "Egypt under Mubarak. London, Billing & Sons 1989
- Tucker, Judith E. (HrsgIn): "Arab Women. Old Boundaries, New Frontiers". Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1993
- Tucker, Judith E.: "Introduction" in: Tucker, Judith E. (HrsgIn): Arab Women. Old Boundaries, New Frontiers; Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1993: S VII-XVIII
- Tucker, Judith E.: "Women in the Middle East and North Africa: The Nineteenth and Twentieth Centuries" in: Nashat, Guity; Tucker, Judith E. (HrsgIn): Women in the Middle East and North Africa. Restoring Women to History. Bloomington/Indianapolis, Indiana University Press 1999: S 73-133
- United Nations: "Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women"
<http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/text/econvention.htm> 30.10.2004
- Varela, Maria Do Mar Castro; Dhawan, Nikita: "Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung". Bielefeld, transcript Verlag 2005
- Vogg, Christian: „Ökologische Herausforderungen und politisches Engagement: Das Beispiel der ägyptischen Grünen Partei“ in: Faath, Sigrid; Mattes, Hanspeter (HrsgIn): Wuquf 10-11: Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg, Edition Wuquf 1997: S 142-165

- Waylen, Georgina: “Analysing Women in the Politics of the Third World” in: Afshar, Haleh (HrsgIn.): *Women and Politics in the Third World*. London & New York, Routledge 1996:S 7-24
- Welchman, Lynn (HrsgIn.): “Women’s Rights & Islamic Family Law”. London, Zed Books Ltd 2004
- Yuval-Davis, Nira: “Gender & Nation”. London; SAGE Publications Ltd 1997
- Zakariya, Fouad: „Säkularisierung – eine historische Notwendigkeit“ in: Lüders, Michael (Hrsg.): *Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der arabischen Welt*. München, Piper 1993: S 228-245
- Zubaida, Sami: “Islam, the State and Democracy: Contrasting Conceptions of Society in Egypt” in: *Middle East Report* Nr. 179/1992: S 2-10
- Zuhur, Sherifa: “The Mixed Impact of Feminist Struggles in Egypt During the 1990s“ in: *Middle East Review of International Affairs* Vol.5, Nr. 1/2001: S 1-12
<http://meria.idc.ac.il/journal/2001/issue1/jv5nla6.html> 3.12.2003
- Zulficar, Mona: “Women in Development. A Legal Study”. Kairo, UNICEF 1995

- CURRICULUM VITAE -

PERSÖNLICHE DATEN

Name	Mag. ^a Maisa KHALIL
Geburtsdatum	02.12.1980
Geburtsort	Linz, Österreich
Staatsbürgerschaft	Österreich
Familienstand	ledig

AUSBILDUNG

SS 2005 – SS 2009	Doktoratsstudium am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien (Titel der Dissertation: „Staatsfeminismus in Ägypten –Perspektiven zur Manifestierung und Implementierung von Frauenpolitik oder Instrumentalisierung frauenbewegungsorientierter Anliegen?“)
12/2004	Erlangen des Titels Mag. ^a phil., Studienrichtung Politikwissenschaft (Titel der Diplomarbeit: „Genderspezifischer Diskurs zwischen Frauenorganisationen und Staat in Ägypten im Spannungsfeld endogener und exogener ideologischer Einflüsse“)
1999 – 2004	Studium der Politikwissenschaft, Universität Wien
seit WS 1999	Studium der Arabistik, Universität Wien
1991 – 1999	Bundesrealgymnasium Landwiedstrasse, Linz

FORSCHUNGSaufenthalte

12/2006 – 03/2007 Forschungsaufenthalt in Kairo, Ägypten

Stipendien:

- Stipendium der Universität Wien für kurzfristiges wissenschaftliches Arbeiten im Ausland
- Stipendium des Landes Oberösterreich
- Stipendium der Julius Raab Stiftung

01/2006 – 08/2006 Forschungsaufenthalt in Kairo, Ägypten

SPRACHEN

Deutsch: Muttersprache
Englisch: sehr gute Kenntnisse in Wort und Schrift
Französisch: Schulkenntnisse
Arabisch: verhandlungssicher
Sprachkurse: *“Elementary Modern Standard Arabic”* und *“Intermediate Spoken Arabic”* an der American University in Cairo, März bis Mai 2006
Kurs am Sprachenzentrum der Universität Wien SS 09: *Level C1 Phase 1*
Sonstiges: Basiskurse Türkisch und Persisch

STUDIENPROJEKTE UND -ASSISTENZ

- o Studienassistent am Institut für POLITIKWISSENSCHAFT, Subeinheit Bibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft 03/2008-06/2008
- o Mitarbeit an der Studie *“Musliminnen in Österreich”*, geleitet von Dr. Ishraga M. Hamid, gefördert durch das VIDC, 2002

Abstract

Die Auseinandersetzungen zwischen Frauen und Staat in Ägypten weisen eine lange Geschichte auf, die geprägt ist durch einander abwechselnde Phasen von Kooperation und Konflikten. Frauenbewegungen und ihre Forderungen stellten und stellen dabei ein wesentliches Element in der Formulierung staatlicher Politiken dar. Institutionalisierte Maßnahmen und Regelungen schaffen den Rahmen, Geschlechterpolitiken zu definieren und umzusetzen. „Staatsfeminismus“ als eine Form der Geschlechterrepräsentativität dient hierbei zur Beschreibung des manifestierten Einflusses frauenbewegter Anliegen. Unterschiedliche Auswirkungen reichen von der Identifizierung ungleichheitsgenerierender Faktoren in allen Politikfeldern über die Umsetzung frauenspezifischer Rechte bis hin zur Etablierung institutionalisierter Maßnahmen, wie bürokratische Einrichtungen oder Quotenregelungen. Die Beschäftigung mit staatlichen Strukturen, Interaktionen und Dynamiken in Ägypten, welche zu einem spezifischen Verständnis von Geschlechterpolitik und ihren Auswirkungen auf weibliche Lebensverhältnisse führen, stehen daher im Mittelpunkt dieser Arbeit. Ausgehend von einem postkolonialen Ansatz ist die primäre Zielsetzung die Darstellung der Institutionen und Felder politischer Aktivitäten in staatlichen Bereichen und die Identifikation westlicher Modelle innerhalb dieser Gefüge bzw. entsprechende alternative Formen indigener Politikgestaltung. Es gilt den Grad an westlichen Partizipationsmustern im kolonialen Erbe herauszuarbeiten. Darauf basierend wird der Frage nachgegangen, wo sich „Staatsfeminismus“ im Spannungsfeld zwischen institutionalisierter Geschlechterpolitik und der Vereinnahmung frauenbewegungsorientierter Anliegen festmachen lässt und welche Ziele mit dieser Strategie verfolgt werden. Als wichtige methodische Herangehensweisen stellen sich in diesem Zusammenhang das Historisieren (das Einbetten der Forschungsthematik in einen geschichtlichen Kontext), das Kontextualisieren (die Bedeutung von Interdependenzen und Verflechtungen auf allen Ebenen der Analyse) und das Pluralisieren (die Vermeidung vereinheitlichender Darstellungen) heraus. Staatliche Institutionen selektieren hierbei auf zwei Ebenen – auf der personellen Ebene und im Bereich der Problemwahrnehmung. Die Weise der Identifikation der Bedürfnisse und Forderungen ägyptischer Frauen und die Art der Rekrutierung weiblicher Politiker verdeutlichen staatliche Haltungen zu demokratiepolitischen Entwicklungen im Allgemeinen und frauenspezifischen Veränderungen im Besonderen. Machtstrategische Überlegungen, internationaler Einfluss und Auseinandersetzungen mit religiös-motivierten ideologischen Kräften determinieren dabei den Rahmen der Wirksamkeit frauenspezifischer Mechanismen.